

HISTORISCHER VEREIN FÜR STADT UND KREIS  
LUDWIGSBURG e.V.



# Ludwigsburger Geschichtsblätter

Heft 54

Mit 60 Abbildungen

2000

Kommissionsverlag J. Aigner, Buchhandlung, Ludwigsburg

P

Z 17 4772, 54. 2000

LS

0 640



ISSN 0179-1842

Herausgegeben vom Historischen Verein  
für Stadt und Kreis Ludwigsburg e.V.

Redaktion: Dr. Thomas Schulz, Remseck  
unter Mitarbeit von Wolfgang Läßle, Asperg

Produktion und Layout: Karl-Heinz Zimmerstädt, Steinheim/Murr

Alle Rechte beim Historischen Verein für Stadt und Kreis Ludwigsburg e.V.

Für den Inhalt der Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich

Gesamtherstellung: ARA-Druck GmbH + Co, Stuttgart

Geschäftsstelle des Historischen Vereins:

Stadtarchiv Ludwigsburg, Kaiserstr. 14, 71636 Ludwigsburg

# Inhalt

Mitarbeiter/innen an diesem Band	4
Vorwort ( <i>Wolfgang Bollacher</i> )	5
Die »Gründungsurkunde« des Klosters Mariental in Steinheim (um 1255) von <i>Stephan Molitor</i>	7
Das Stift Oberstenfeld. Von der Salierzeit bis ins 20. Jahrhundert von <i>Hermann Ehmer</i>	11
Bücher, Bildung und Kirchengesang in Eglosheim am Ende des Mittelalters von <i>Martin Burkhardt</i>	25
Ein bisher unbekannter Manufakturmarkentyp auf Ludwigsburger Porzellan von <i>Hans Dieter Flach</i>	41
»Einen Keil in das Gewissen schlagen« Der Theologe Ludwig Hofacker (1798–1828) von <i>Albrecht Gübring</i>	51
Ein Revolutionär mit zwei Anläufen Georg David Hardegg aus Eglosheim (1812–1879) von <i>Joachim Baur</i>	69
Friedrich Wilhelm von Schaal (1842–1909). Ein Ludwigsburger Ehrenbürger von <i>Gertrud Bolay</i>	95
Von den Gewächshäusern bis zur Filmakademie Ein Beitrag zur Ludwigsburger Kasernengeschichte von <i>Wolfgang Klusemann</i>	109
Der Aussichtsturm am Salonwald. Ein vergangenes Wahrzeichen Ludwigsburgs von <i>Wolfgang Läßle</i>	125
Als Ludwigsburg gleislos fuhr Die Oberleitungsbahnen nach Aldingen und Hoheneck 1910–1926 von <i>Eduard Theiner</i>	151

Die Ludwigsburger Lehrersfamilie Müller und ihr soziales Umfeld von <i>Paul Kopf</i>	175
Berichte und Notizen	
Die Veranstaltungen des Historischen Vereins 1999/2000 ( <i>Wolfgang Läßle</i> )	183
Otto-Hirsch-Gedenkmedaille für Paul Sauer ( <i>Wolfgang Bollacher</i> )	189
Nachgelassene Bauzeichnungen und Entwürfe des Ludwigsburger Architekten Friedrich Hausser (1875–1963) jetzt im Stadtarchiv Ludwigsburg ( <i>Günther Bergan</i> )	194
Rückblick auf das Jahr 1999 ( <i>Thomas Schulz</i> )	199
Buchbesprechungen	211
Bildnachweis	219
Ludwigsburger Geschichtsblätter 1900–2000	220
Beilage: »Gründungsurkunde« des Klosters Mariental (um 1255) (Faksimile) 3. Umschlagseite	

## Mitarbeiter/innen an diesem Band

Baur, Joachim, Historiker, Stuttgart  
 Bergan, Günther, Diplom-Ingenieur, Ludwigsburg  
 Bolay, Gertrud, Rektorin i. R., Asperg  
 Dr. Bollacher, Wolfgang, Rechtsanwalt, Ludwigsburg  
 Dr. Burkhardt, Martin, Archivar, Heidenheim  
 Dr. Ehmer, Hermann, Kirchenoberarchivdirektor, Stuttgart  
 Dr. Flach, Hans Dieter, Wenzelbach  
 Gühring, Albrecht, Stadtarchivamtsrat, Möglingen  
 Klusemann, Wolfgang, Oberstleutnant a. D., Ludwigsburg  
 Kopf, Paul, Prälat, Leiter des Katholischen Büros Stuttgart, Ludwigsburg  
 Läßle, Wolfgang, Stadtarchivrat, Asperg  
 Dr. Molitor, Stephan, Archivdirektor, Marbach a. N.  
 Dr. Schulz, Thomas, Kreisarchivrat, Remseck  
 Dr. Sting, Albert, Direktor i. R. der Karlshöhe Ludwigsburg, Löchgau  
 Theiner, Eduard, Archivar, Altbach  
 Dr. Viehöfer, Erich, Leiter des Strafvollzugsmuseums Ludwigsburg, Marbach a. N.  
 Zimmerstädt, Karl-Heinz, Verkaufsleiter, Steinheim a. d. Murr

## Vorwort

Am 6. Juni 1825 schrieb Goethe an Zelter: »Alles aber, mein Teuerster, ist jetzt ultra, alles transzendiert unaufhaltsam, im Denken wie im Tun. Niemand kennt sich mehr, niemand begreift das Element, worin er schwebt und wirkt, niemand den Stoff, den er bearbeitet. Von reiner Einfalt kann nicht die Rede sein; einfältiges Zeug gibt es genug. Junge Leute werden viel zu früh aufgeregt und dann im Zeitstrudel fortgerissen; Reichtum und Schnelligkeit ist, was die Welt bewundert und wonach jeder strebt; Eisenbahnen, Schnellposten, Dampfschiffe und alle Möglichkeiten der Kommunikation sind es, worauf die gebildete Welt ausgeht, sich zu überbilden und dadurch in der Mittelmäßigkeit zu verharren.«

Der im Auszug wiedergegebene Brief könnte gestern oder heute geschrieben sein, so sehr spiegelt er unsere eigene Befindlichkeit, wenn wir die Welt unserer Tage sehen. Es wirkt da fast balsamisch, wenn der Pavillon des Vatikanstaats auf der Expo 2000 in Hannover unter der Botschaft stand: »Der Mensch ist mehr als seine Leistung«. Damit wird der Messlatte des Äußersten ein anderer – wärmerer – Maßstab entgegengehalten. Reichtum, Schnelligkeit und Macht sind nicht das Maß der Dinge, es gibt Kräfte, die stärker sind: Geduld, Weisheit, Barmherzigkeit.

Das sich zu Ende neigende Jahr brachte Licht und Schatten. Verdunkelt haben es rechtsextremistische Gewalttaten im Lande, blutige Unruhen in Israel und Palästina, die Geiselnahme von Jolo, die Explosionskatastrophe von Enschede, der Absturz des französischen Passagierflugzeugs »Concorde« und der Untergang des russischen Atomunterseebootes »Kursk«. Verdunkelt haben es desgleichen die lähmende Parteispendenaffäre, in welche die CDU verstrickt ist, und die unbegreifliche Haltung des Helmut Kohl in diesem Szenarium. Erhellte haben das Jahr die XXVII. Olympischen Spiele von Sydney, die Annäherung der verfeindeten Bruderstaaten Nord- und Südkorea, die schon erwähnte Expo 2000 in Hannover als eine »friedliche Messe der Völker« und die Verneigung der Welt vor Johann Sebastian Bach, dessen 250. Todestag in diesem Jahr gedacht wurde. Für die Ludwigsburger waren darüber hinaus lichte Ereignisse die Rede von Alfred Grosser bei der Stadtgründungsfeier, in der er auf die Bedeutung der Städtepartnerschaften für das Zusammenwachsen der Völker hinwies, und das Mut machende Gemeinschaftswerk »Der Messias«. Mit großer Anstrengung ist es gelungen, dieses Oratorium szenisch zur Aufführung zu bringen, nicht nur unter großer Anteilnahme der Bevölkerung in Ludwigsburg, sondern auch der Bevölkerung in Jevpatorija, der Partnerstadt Ludwigsburgs auf der Krim. Unter der musikalischen und künstlerischen Leitung von Siegfried Bauer und Rainer Kittel wurde das Händelsche Opus hier wie dort zu einem Erlebnis.

Der Historische Verein war im Berichtsjahr wieder in seinem Wirkungskreis tätig. Wenn dieser Band der Ludwigsburger Geschichtsblätter – es ist der 54. – erscheint, werden sechs Vortragsveranstaltungen stattgefunden haben. Die Exkursionen führten nach Haigerloch und Hechingen-Stein sowie nach Marbach und zu

ausgewählten Mühlenplätzen im Landkreis. In dem von Dr. Thomas Schulz redigierten und bearbeiteten Band, dem angesehenen Vereinsorgan, der pünktlich zum Jahresschluss vorgelegt wird, finden sich – nun schon Tradition – eine wichtige Urkunde aus der Geschichte des Landkreises, diesmal die »Gründungsurkunde« des Klosters Mariental zu Steinheim (Stephan Molitor), und Aufsätze, die als Vorträge vor dem Verein gehalten wurden, so »Das Stift Oberstenfeld« (Hermann Ehmer), »Einen Keil in das Gewissen schlagen – Leben und Wirken des pietistischen Predigers Ludwig Hofacker« (Albrecht Gühring) und »Oberleitungsbahnen nach Aldingen und Hoheneck« (Eduard Theiner), ferner Aufsätze über den Aussichtsturm am Salonwald (Wolfgang Läßle) und die Geschichte des Areals, auf dem sich heute die Filmakademie befindet (Wolfgang Klusemann), außerdem Lebensbilder des Baudirektors Friedrich Wilhelm von Schaal, eines Ludwigsburger Ehrenbürgers (Gertrud Bolay), und des Georg David Hardegg aus Eglosheim (Joachim Baur), sodann Abhandlungen über Bücher, Bildung und Kirchengesang am Ende des Mittelalters in Eglosheim (Martin Burkhardt) und über einen bisher unbekanntenen Manufakturmarkentyp auf Ludwigsburger Porzellan (Hans Dieter Flach). Eine Arbeit über die Ludwigsburger Lehrerfamilie Müller, aus der Gebhard Müller hervorgegangen ist (Paul Kopf), Berichte und Notizen, der Rückblick auf das Jahr 1999 und Buchbesprechungen schließen das stattliche Werk ab, das sicher wieder seine Freunde finden wird.

Allen, die zum Gelingen dieses Bandes beigetragen haben, sei herzlicher Dank gesagt. Herzlicher Dank gilt auch den Mitgliedern, Spendern und Förderern des Vereins und seiner Arbeit und hier vor allem der Stadt Ludwigsburg, dem Landkreis Ludwigsburg und der Wüstenrot Stiftung.

Im Herbst 2000

*Dr. Wolfgang Bollacher*

# Die »Gründungsurkunde« des Klosters Mariental in Steinheim (um 1255)\*

von Stephan Molitor

Die Geschichte der Gründung des Klosters Mariental in Steinheim an der Murr ist schon mehrfach thematisiert worden.<sup>1</sup> Zu der von Berthold von Blankenstein und seiner Gattin Elisabeth durchgeführten frommen Stiftung sind gleich mehrere urkundliche Zeugnisse überliefert und doch wurde in der Literatur eine »eigentliche Gründungsurkunde« vermisst. In der Tat ist in einem Teil der einschlägigen Dokumente von der geplanten, in anderen von der bereits vollzogenen Klostergründung die Rede.<sup>2</sup> Gewissermaßen an der Schnittstelle zwischen beiden Gruppen steht jene, heute im Hauptstaatsarchiv Stuttgart aufbewahrte Urkunde, in der die Stifter Berthold und Elisabeth von Blankenstein eine Reihe von Verfügungen bezüglich ihrer Stiftung treffen.<sup>3</sup> Einerseits wird in dem Stück eine bereits gegründete Kirche der Nonnen (*ecclesiam sanctimonialium, quam ... fundavimus*) erwähnt, andererseits wird deutlich, dass Kloster und Klausur noch nicht eingerichtet sind. Bestimmungen hinsichtlich der Klostersvogtei, einem im Wortsinn grundlegenden Element der Klosterverfassung, sind ebenfalls hier zu finden. Dies lässt vermuten, dass unsere undatierte Urkunde<sup>4</sup> zwischen der von Bischof Heinrich von Speyer am 31. Dezember 1254 ausgestellten Genehmigung für die Klostergründung und Klosterausstattung<sup>5</sup> und der am 18. November 1255 vom Propst von Beutelsbach auf Weisung des Papstes vollzogenen Inkorporation der Steinheimer Pfarrkirche mit allem Zubehör in das Kloster Mariental<sup>6</sup> einzuordnen ist.<sup>7</sup> Da die Forschung heute bei Gründungsvorgängen allgemein von einem »gestreckten Verlauf« ausgeht, dürfen wir das von Berthold und Elisabeth von Blankenstein ausgestellte Dokument, in dem sich der Stifterwille manifestiert, durchaus als »Gründungsurkunde« des Klosters Mariental in Steinheim betrachten.<sup>8</sup> Bemerkenswert ist, dass eine Bestimmung der Klostergründer mindestens drei Jahrhunderte überdauert hat: In der 1577 von der württembergischen Klosterhofmeisterei aufgenommenen Beschreibung der Baulichkeiten im Klosterbezirk findet sich eine Vorschrift hinsichtlich der Benutzung der Klostermühle in genau der Form, wie sie 1255 festgelegt wurde.<sup>9</sup>

Zeile

Transkription<sup>10</sup>

- 1 *Cum ea, que geruntur in terris, labi soleant a memoria, nisi scripto fuerint commendata, noverint universi presentem paginam inspecturi, quod nos Bertoldus liber de Blankenstein<sup>11</sup> et*

\* Eine farbige fotografische Wiedergabe der heute im Hauptstaatsarchiv Stuttgart unter der Signatur A 524 U 88 verwahrten Urkunde ist Beilage zu diesem Heft der Ludwigsburger Geschichtsblätter. Dem Hauptstaatsarchiv Stuttgart ist für die Reproduktionsvorlage und die Abdruckerlaubnis zu danken.

2 Elizabeth uxor ipsius ecclesiam sanctimonialium, quam in honore sancte dei  
genitricis Marie fundavimus cum assensu venerabilis patris ac domini  
3 Heinrici<sup>12</sup> Spirensis episcopi et cancellarii sacri  
imperii, et ecclesiam parrochiale ibidem, quam supradicte ecclesie sancti-  
monialium cum assensu iam dicti venerabilis patris ac domini episcopi  
4 Spirensis et capituli ex integro donavimus et omnes possessiones  
earum cum predio a domino Ruodolfo marchione de Baden<sup>13</sup> empto et aliis  
quibuscumque prediis ab antiquo vel de novo collatis vel emptis claustrum vel  
5 parrochie ab omni iure advocatie,  
quod ad nos pertinet, libere absolvimus, ita tamen quod predictae sancti-  
moniales tempore vite nostre non eligant sibi aliquem alium advocatum, ne  
6 et concedimus, ut termini predictarum sanctimonialium, in quibus possint  
facere libere monasterium, claustrum, hortos, pomeria, molendina,  
7 piscariam et omnes officinas sibi competentes, sint pons, qui transit  
fluvium, qui dicitur Botebor<sup>14</sup>, et libera curia et area sutoris et due strate  
publice tendentes versus villam, que dicitur Minus Botebor<sup>15</sup>, et lapicidina  
8 superior versus eandem villam et totum, quod in-  
cluditur, exceptis tribus areis, scilicet Bernoldi, Cönnradi et relicte Gimainerii,  
9 ultra lapicidinam autem superiorem piscaria nobis et eis erit communis.  
Insuper X iugera commutanda eis,  
10 ubi necesse fuerit, ab omni iure advocatie absolvimus. Volumus etiam, ut  
molendina ipsarum non recipiant molentes de villa Steinhein, nisi aliquo  
casu impediendo molendina  
11 iuxta aquam, que dicitur Murra<sup>16</sup>, molere non possint, de aliis autem villis  
omni tempore possunt recipere molentes. Volumus etiam et concedimus, ut  
lapidinas[!] et aqueductus in omni suo predio  
12 et suorum libere possint habere. Item concedimus, quod dicte sorores  
faciant, si placuerit eis, de villa, que dicitur Iuchese<sup>17</sup>, grangiam<sup>18</sup>, ita tamen  
quod silve eis et nostris hominibus de Steinhein ad secunda menia<sup>19</sup> sint  
13 communes. Promittimus etiam, quod operam dabimus bona fide, ut omnes  
residentes in predictis terminis vendant sua predia sororibus ac si nos ipsi  
comparare vellemus. Homines sive servientes claustrum  
14 conducticii, si aliquid fecerint, unde incidant in emendam, que vulgo<sup>20</sup>  
dicitur fravilin<sup>21</sup>, sorores se a talibus absolvant vel pro eis solvant emendam.  
Qui vero per obedientiam eis fuerint astricti, more aliorum religiosorum  
pro eis  
15 satisfaciant. Promittimus etiam in animas nostras, quod in cimiterio perti-  
nente ad ecclesiam parrochiale non locabimus homines nisi tempore  
gwerre<sup>22</sup> et propter instantes inimicos, nec ibi aliquid amplius edificabimus<sup>23</sup>.  
De omnibus  
16 autem supradictis hoc promittimus, quod bona fide, sine dampno nostro  
tamen, laborabimus, ut ad libertatem omnimodam perducantur. Et ut  
omnia supradicta maiorem habeant firmitatem, sigillis<sup>24</sup>  
17 domini H. episcopi Spirensis et comitum Vtrici de Wirtenberc<sup>25</sup> et Hart-  
manni de Grönigen<sup>26</sup> et [..]<sup>27</sup> de Veihigen<sup>28</sup> et proprii roborari presentem  
18 paginam procuravi. Acta sunt hec [..]<sup>29</sup>



## Übersetzung

Weil das, was in der Welt geschieht, der Erinnerung zu entgleiten pflegt, wenn es nicht der Schrift anvertraut wird, sollen alle, die diese Urkunde ansehen werden, wissen, dass wir Berthold, ein Freier von Blankenstein, und seine Frau Elisabeth die Kirche der Nonnen, welche wir zu Ehren der heiligen Gottesgebälerin Maria gegründet haben, mit Zustimmung des verehrungswürdigen Vaters und Herrn Heinrich, des Speyrer Bischofs und Kanzlers des heiligen Reichs, sowie die dortige Pfarrkirche, welche wir der oben genannten Kirche der Nonnen mit Zustimmung des schon genannten verehrungswürdigen Vaters und Herrn, des Speyrer Bischofs, und des Kapitels ganz geschenkt haben, und all ihre [= der Nonnen] Besitzungen einschließlich des von dem Herrn Rudolf, Markgraf von Baden, gekauften Guts und allen anderen Gütern, die von alters her oder neuerdings dem Kloster oder der Pfarrkirche zugebracht oder gekauft wurden, von jeglichem Vogtrecht, welches uns gehört, befreien, indessen in der Weise, dass die vorgenannten Nonnen zu unserer Lebenszeit sich niemanden anderen zum Vogt wählen, damit wir nicht dadurch den Ehrentitel (*nomen*) der Gründer zu verlieren scheinen. Wir wollen auch und bestimmen, dass die Grenzen für die vorgenannten Nonnen, innerhalb welcher sie Kloster, Klausur, Gärten, Obstgärten, Mühlen, Fischteiche und alle erforderlichen Wirtschaftsgebäude errichten können, die Brücke sei, die den Fluss, der Bottwar heißt, überquert, und der Freihof und das Gebiet des Schusters und die beiden öffentlichen Straßen, die zu dem Dorf, das Kleinbottwar heißt, führen sowie der obere Steinbruch in Richtung dieses Dorfs und alles, was darin eingeschlossen ist, mit Ausnahme dreier Flächen, nämlich die des Bernold, die des Konrad und die der Witwe des Gimainer. Der Fischteich jenseits des oberen Steinbruchs aber soll uns und ihnen gemeinsam sein. Darüber hinaus befreien wir 10 Jauchert, die mit ihnen zu tauschen sind, wo es notwendig sein sollte, von jeglichem Vogtrecht. Wir wollen auch, dass ihre Mühlen keine Leute, die mahlen wollen, aus dem Dorf Steinheim annehmen, sofern nicht die Mühlen an dem Gewässer, das Murr heißt, aus irgendeinem Hinderungsgrund nicht mahlen können; von anderen Dörfern aber können sie die Leute, die mahlen wollen, jederzeit annehmen. Wir wollen auch und bestimmen, dass sie die Steinbrüche und Wasserleitungen in ihrem ganzen Gut und [dem] ihrer Leute frei besitzen sollen. Weiterhin erlauben wir, dass die genannten Schwestern, wenn es ihnen belieben sollte, aus dem Dorf Jux eine Grangie machen, indessen in der Weise, dass die Wälder ihnen und unseren Leuten von Steinheim zum Fällen von Bauholz gemeinsam seien. Wir versprechen auch, dass wir uns nach bestem Wissen Mühe geben werden, dass alle in den vorgenannten Grenzen Ansässigen ihre Güter den vorgenannten Schwestern verkaufen mögen, als ob wir selbst sie erwerben wollten. Wenn in einem Dienstverhältnis zum Kloster stehende Leute oder Knechte etwas tun, wodurch sie der Buße anheimfallen, die volkssprachlich Frevel heißt, mögen sich die Schwestern von diesen lossagen oder für sie die Buße zahlen. Bei denjenigen aber, die ihnen (= den Schwestern) durch Gehorsamspflicht verbunden sind, sollen sie nach Art der anderen Religiösen für diese Genugtuung leisten. Wir versprechen auch bei unseren Seelen, dass wir auf dem zur Pfarrkirche gehörenden Friedhof keine Leute stationieren, es sei denn zu Kriegszeiten oder wegen einfalender Feinde, und dass wir dort nichts weiter bauen werden. Im Hinblick auf alles oben Gesagte aber versprechen wir, dass wir uns nach bestem Wissen, doch

ohne unseren Nachteil darum bemühen werden, dass es zur gänzlichen Freiheit gelangen werde. Und damit alles oben Gesagte größere Sicherheit habe, habe ich dafür gesorgt, dass die vorliegende Urkunde mit den Siegeln des Herrn H[einrich], des Speyrer Bischofs, der Grafen Ulrich von Württemberg, Hartmann von Grüningen und [...] von Vaihingen und unseren eigenen Siegeln bekräftigt werde. Dies ist geschehen [...]

### Anmerkungen

- 1 Vgl. insbesondere Christoph Besold: *Virginum Sacrarum Monumenta in Principum Wirtembergicorum ergastulo litterario*, Tübingen 1636, S. 365–422; F. A. Scholl: *Geschichte und Topographie des MarktflECKENS und ehemaligen Frauen-Klosters Steinheim an der Murr mit erläuternden Anmerkungen und einem Anhange bisher ungedruckter Urkunden. Ein Beitrag zur Geschichts- und Vaterlandskunde*, Ludwigsburg 1826, S. 4 ff.; Bernhard Theil: *Von der Gründung des Klosters Mariental bis zum Übergang an Württemberg (13. bis 16. Jahrhundert)*, in: *Steinheim an der Murr*, hrsg. von der Stadt Steinheim an der Murr 1980, S. 61–88, hier S. 61–65; Matthias Untermann: *Kloster Mariental in Steinheim an der Murr. Römisches Bad, Grafenhof, Kloster (Führer zu archäologischen Denkmälern in Baden-Württemberg 13)*, Stuttgart 1991, S. 43–47. – Zur Forschungsgeschichte ebd. S. 11 f.; Literatur S. 119 ff.
- 2 Vgl. Theil (wie Anm. 1) S. 61 f.
- 3 Hauptstaatsarchiv Stuttgart A 524 U 88. – Druck: *Württembergisches Urkundenbuch (= WUB) 6*, Stuttgart 1894, S. 476–478, Nachtrag Nr. XL.
- 4 Fehlende Datierung kommt bei vorausgefertigten Urkunden vor. Die »etappenweise« Ausfertigung ergibt sich auch aus dem Neueinsatz des Schreibers bei der Siegelankündigung.
- 5 *WUB 5*, Stuttgart 1889, S. 83 f., Nr. 1316.
- 6 Ebd. S. 133 f., Nr. 1365.
- 7 Die in *WUB 6* (wie Anm. 3) vorgenommene Spätdatierung gründet auf der Titulatur des Bischofs. Die titularischen Feinheiten, die der bischöflichen Kanzlei selbstverständlich waren, müssen dem Schreiber unserer Privaturkunde aber nicht geläufig gewesen sein.
- 8 So auch eine Aufschrift auf der Rückseite des Originals (wohl 16. Jahrhundert): »Fundation undt Donation brieff«.
- 9 Untermann (wie Anm. 1) S. 80.
- 10 Die Transkription folgt den gebräuchlichen Richtlinien. – Zur Situation im Klosterbereich vgl. die Karte bei Untermann (wie Anm. 1) S. 79.
- 11 Blankenstein, abgegangene Burg bei Dapfen, Lkr. Reutlingen. – Zur Person vgl. Untermann (wie Anm. 1) S. 43 f.
- 12 Heinrich (von Leiningen); seit 1247 Kanzler Wilhelms von Holland.
- 13 Markgraf Rudolf von Baden (reg. 1243–1288).
- 14 Bottwar.                            15 Kleinbottwar.                            16 Murr.
- 17 Jux, Gemeinde Spiegelberg, Rems-Murr-Kreis.
- 18 Wirtschaftshof.                            19 *menia* = *moenia (munia)*.                            20 Vorlage: *wlgo*.
- 21 Frevel: Hier im Sinne einer Geldstrafe für eine Straftat; vgl. *Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte 1*, Berlin 1971, Sp. 1273 f.
- 22 Von *guerra* (Krieg).
- 23 *fi* über der Zeile nachgetragen.
- 24 Mit *sigillis* Einsatz einer etwas kleineren Schrift mit dünnerer Feder.
- 25 Graf Ulrich I. (»der Stifter«, »mit dem Daumen«) von Württemberg (gest. 1265).
- 26 Hartmann I. von Grüningen (gest. 1280).
- 27 Eigenname fehlt; Raum für ca. acht Buchstaben freigelassen.
- 28 Vaihingen/Enz.                            29 Text bricht hier ab.

# Das Stift Oberstenfeld

Von der Salierzeit bis ins 20. Jahrhundert\*

von Hermann Ehmer

Das Oberstenfelder Ortsbild ist bis zum heutigen Tag geprägt durch zwei unmittelbar nebeneinander stehende Kirchen. Die kleinere ist die Dorf- oder Fleckenkirche zu St. Gallus, die im Wesentlichen aus dem 18. Jahrhundert stammt; die größere ist die Stiftskirche, die Johannes dem Täufer geweiht ist, eine der bedeutenderen romanischen Kirchen unseres Landes. Ihr heutiges Erscheinungsbild verdankt die Stiftskirche einer durchgreifenden Renovierung am Ende des 19. Jahrhunderts.<sup>1</sup> Hinsichtlich ihrer Entstehung unterscheidet man zwei Bauphasen. Es wird angenommen, dass die Krypta als ältester Bauteil im 11. Jahrhundert entstanden ist, während die Kirche insgesamt in der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts erbaut wurde und vermutlich das Werk einer Maulbronner Bauhütte ist.<sup>2</sup> Zur Stiftskirche gehört das Stiftsgebäude, ein barocker zweiflügeliger Bau auf der Südseite der Kirche, der mit deren Westchor verbunden ist. Weitere baugeschichtliche Erkenntnisse wurden 1990 bei den Ausschachtungsarbeiten beim Bau eines Pflegeheims im angrenzenden Stiftsgarten erwartet, doch hat die Fundamentierung offenbar keine archäologisch verwertbaren Aufschlüsse ergeben. Schon früher sind jedoch in diesem Bereich Reste eines Kreuzgangs gefunden worden.

Aber auch in Zukunft wird man in diesem Bereich höchste Aufmerksamkeit walten lassen müssen, nicht nur wegen möglichen Erkenntnissen über die Entstehungsgeschichte des Stifts Oberstenfeld, sondern auch wegen der komplizierten, noch wenig aufgehellten Siedlungsgeschichte des oberen Bottwartals überhaupt. Was man darüber heute weiß – oder annimmt – ist, dass Oberstenfeld wohl eine Gründung ist, die von Großbottwar aus im »obersten Feld« erfolgt ist, während Großbottwar selbst auf die Zeit der alamannischen Landnahme zurückgeht. Merkwürdig ist aber, dass nur wenige hundert Meter talaufwärts von der Stiftskirche bei der Kratzmühle eine Wüstung Kratzheim zu erschließen ist, deren Pfarrkirche die romanische Peterskirche ist. Noch komplizierter wird das Bild dadurch, dass zwischen Stiftskirche und Peterskirche die durch Bachläufe markierte Grenze zwischen den Diözesen Würzburg und Speyer verläuft, wonach die Peterskirche, die in den Urkunden im Besitz der Stiftskirche erscheint, zum Würzburger, die Stiftskirche hingegen zum Speyerer Sprengel gehörte. Das Cyriakuspatrozinium der Gronauer Kirche deutet hingegen mit einiger Sicherheit darauf, dass diese Kirche mit der Peterskirche ursprünglich, das heißt vor der Gründung der Würzburger Diözese 742, zur Wormser Diözese gehört hat.

Das Stift Oberstenfeld, das im Mittelalter von regulierten, das heißt nach einer Regel lebenden Augustiner-Chorfrauen besiedelt war, hat man im 19. Jahrhun-

\* Überarbeitete Fassung des am 10. Februar 2000 vor dem Historischen Verein gehaltenen Vortrags.

dert<sup>3</sup>, wie dies noch in der Oberamtsbeschreibung von 1866 nachzulesen ist, als eine Gründung der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts angesehen. Die beiden Stiftungsurkunden von 1016, denen der eigentliche Urkundencharakter deswegen abgeht, weil es sich um zwei auf ein Pergamentblatt geschriebene Texte handelt, waren ja schon im 18. Jahrhundert als Fälschung erkannt worden und die Urkundenkritik des 19. Jahrhunderts hat sie dann gänzlich verworfen. Für eine Gründung des Stifts in der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts schien die älteste echte Oberstenfelder Urkunde von 1244 zu sprechen, eine Entscheidung wegen des Besitzes von Reichenbach, Schiffraim und des ansonsten unbekanntem Geiselmar. Das Stift musste also um diese Zeit ins Leben getreten sein, zumal aus dem Jahre 1247 auch die ältesten päpstlichen Bestätigungsurkunden datieren.

Mehr Licht in die Oberstenfelder Geschichte kam dadurch, dass man nicht nur die Urkunden, sondern auch noch andere Quellen beachtete. Von besonderer Bedeutung sind hier ein Nekrolog und ein Seelbuch des Stifts, das heißt Aufzeichnungen, die dem gottesdienstlichen Totengedächtnis dienten, so dass darin stets Tag und Monat des Todes der jeweiligen Person, in den allerseltensten Fällen aber auch das Jahr genannt wird. Das Gedächtnis der Toten, derer so an bestimmten Tagen im Jahreslauf gedacht wurde, machte sich übrigens auch auf dem Tisch der Stiftsfrauen bemerkbar, da aufgrund der jeweiligen Stiftungen besondere Speisen oder Getränke gereicht wurden. Nekrolog und Seelbuch wurden 1897 veröffentlicht.<sup>4</sup> Die Eintragungen des Nekrologs, die aufgrund der Schrift zwischen dem Anfang des 13. Jahrhunderts und dem Anfang des 16. Jahrhunderts gemacht wurden, enthalten auch Angaben über gräfliche Stifter des Stifts Oberstenfeld, die jedoch vom Herausgeber als unglaubwürdig bezeichnet wurden, denn auch er ging nach wie vor von einer Gründung des Stifts im frühen 13. Jahrhundert aus.

Gegen diese Deutung der schriftlichen Quellen sprach nun allerdings die Baugeschichte. Wenn es richtig war, die Entstehung der Krypta im 11. Jahrhundert anzunehmen, dann war doch eine Gründung des Stifts im Jahre 1016 durchaus wahrscheinlich. Erst eine erneute Untersuchung der Stiftungsurkunde von 1016 durch Gerhard Heß vermochte hier mehr Klarheit zu schaffen.<sup>5</sup> Heß hat diese so genannte Stiftungsurkunde als eine Fälschung des 12. Jahrhunderts erwiesen, die unter Benutzung des so genannten Hirsauer Formulars erfolgte, nämlich des Diploms Kaiser Heinrichs IV. für Hirsau vom Jahre 1075, das auch anderwärts als Vorlage für ähnliche Bestätigungen diente. Für die Oberstenfelder Urkunde wurde jedoch nicht die Hirsauer Urkunde unmittelbar benutzt, sondern die entsprechende Urkunde des Stifts Kumburg vom Jahre 1090.

Als noch wichtiger erwiesen sich die Übereinstimmungen, die Heß zwischen der Stiftungsurkunde und dem Nekrolog feststellen konnte. So redet die Urkunde von 1016 von einem Stifter Graf Adelhard, der ebenfalls im Nekrolog erscheint als »ein greve . . . der lit in der cruofte«. Heß ging davon aus, dass dieser Graf in einer entfernteren Gegend beheimatet war und nahm an, dass dies der ostfränkische Rangau sein könnte. Nach Oberstenfeld konnte dieser Graf dann dadurch gekommen sein, dass hier das Heiratsgut seiner Frau, die aus der Familie der Calwer Grafen stammen mochte, lag.

Weitere Personen, die in beiden Quellen genannt werden, waren Adeltrud,

---

*Blick in die dreischiffige Säulenkrypta aus dem 11. Jahrhundert* ▷



»unser stifter muoter«, nämlich die Mutter des Grafen Adelhard, dann ein Graf Heinrich, der laut Urkunde ein Sohn des Adelhard war und ebenfalls im Nekrolog erscheint. Es konnte weiterhin festgestellt werden, dass dieser Graf Heinrich identisch ist mit einem Grafen »Hezil von Oberstenvelt«, dessen Tod die Mainzer Annalen zum Jahr 1054 verzeichnen. Bewiesen wird die Identität dadurch, dass das Tagesdatum des Todes des Grafen, nämlich der 27. Januar, in beiden Quellen übereinstimmend angegeben ist. Zusätzlich ist Graf Heinrich oder Hezil, wie die Kurzform lautet, noch dadurch mit Oberstenveld in Verbindung zu bringen, weil in der Nähe Etzelswenden liegt, das 1245 erstmals als »Ezelinswiler«, das heißt Weiler des Hezil, genannt wird.

Von besonderem Interesse ist der geistliche Zeuge in beiden Urkundentexten aus dem Jahre 1016, nämlich »Oudalrich«, der kaiserliche Kanzler. Er wird als Kanzler Kaiser Heinrichs II. 1024 genannt, hat aber auch noch unter Konrad II. dieses Amt bekleidet. Er war zweifellos vornehmer Abkunft und stammte aus der Familie Adelhards. Nach den Fuldaer Totenannalen ist der Kanzler »Oudalrich« oder Ulrich 1032 gestorben. Der Oberstenvelder Nekrolog nennt ihn unter dem 10. September: »Ob[iit = starb] Ulrich canzler«. Dieses Todesdatum stimmt überein mit der seitherigen Annahme, dass der Kanzler Ulrich im Herbst 1032 verstorben sei. Auf ihn bezieht sich auch eine wohl bei der Renovierung am Ende des 19. Jahrhunderts verlorene Inschrift, die aber in einer Abzeichnung von 1850 überliefert ist und von Ulrich, dem Kanzler der Kaiser Heinrich und Konrad redet. Demnach ist der Kanzler Ulrich in der Oberstenvelder Stiftskirche begraben. In gleicher Weise nennt der Nekrolog noch drei weitere Grafen, nämlich Otto, Eberhard und Heinrich, die somit ebenfalls in der Stiftskirche begraben sind.

Allem nach ist eine Gründung des Stifts Oberstenveld im Jahre 1016 wahrscheinlich. Weiterhin ist deutlich, dass es die Stiftung eines vornehmen Familienverbands des salischen Reiches ist. Die Tatsache, dass die Urkunden des Stifts mehr als zwei Jahrhunderte nach der anzunehmenden Gründung einsetzen, teilt das Stift Oberstenveld mit anderen dergleichen Einrichtungen, wie dem Kloster Unterreggenbach bei Langenburg. Von diesem wurden anfangs des 20. Jahrhunderts zwei Kirchen aus dem 9. und 11. Jahrhundert ergraben, die Anfang des 13. Jahrhunderts durch Brand zerstört worden sind. Das »Rätsel von Unterreggenbach«, wie man es genannt hat, besteht nun darin, dass keine Urkunde von dieser offenbar einst bedeutenden klösterlichen Einrichtung überliefert ist. Lediglich eine Urkunde aus dem Jahre 1033 berichtet über eine Schenkung der Kaiserin Gisela in Unterreggenbach an das Bistum Würzburg.

Die Gemeinsamkeit von Unterreggenbach und Oberstenveld ist dies, dass sich an beiden Orten sehr wahrscheinlich der Herrenhof einer bedeutenden Familie befand, zu dem jeweils ein Eigenkloster gehörte, also eine klösterliche Einrichtung in einer rechtlich unselbständigen Form. In Oberstenveld scheint es nun so gewesen zu sein, dass das Stift erst in der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts zu einer gewissen Selbständigkeit gelangt ist. Für diese enge Verbindung zu einem Herrenhof spricht wohl auch, dass die Dotation des Stifts Oberstenveld nicht gerade bedeutend ist und vor allem aus einigen Kirchenpatronaten besteht. Der Besitz des Stifts umfasst drei Teile, nämlich zunächst im Altsiedelland in nächster Umgebung von Oberstenveld, worunter vor allem Mundelsheim mit seinem Kirchenpatronat gehörte. Der zweite Komplex liegt im Rodungsgebiet des Schwäbischen Walds, der dritte im Weinsberger Tal mit dem Zentrum Eberstadt.

Über die inneren Verhältnisse des Stifts Oberstenfeld lässt sich zunächst so viel sagen, dass die dort lebenden Frauen bis zur Reformation die Augustinerregel befolgten. Jedenfalls wird diese in den päpstlichen Urkunden von 1247 und 1249 genannt. Doch schon der zweite der beiden Urkundentexte aus dem Jahre 1016 trägt den Charakter einer Regel und enthält Vorschriften für die Lebenshaltung der Frauen. Nimmt man das 12. Jahrhundert als die Entstehungszeit auch dieses Textes an, so ist daraus zu ersehen, dass damals die Frauen Weizenbrot und Wein an drei Tagen in der Woche, täglich aber Bier erhalten sollten. An besonderen Tagen gab es so genannte »consolationes«, also Zulagen, wie sie im Nekrolog genau genannt sind. So heißt es an Galli, dem Tag des Heiligen der Dorfkirche: »soll man uns geben einen braten um vier pfenning und ein brot und zwurunt [zweierlei] win«. Allerdings ist die Geltung dieser angeblich in der Gründungszeit entstandenen Regel fraglich, denn die ältesten Statuten des Stifts wurden erst um 1262 durch Bischof Heinrich von Speyer erlassen. Diese Urkunde besagt nämlich, dass die Stiftsdamen bisher noch keiner Regel unterworfen gewesen seien, weshalb der Bischof ihnen jetzt eine gab.

Diese Regel von 1262 nennt als Zweck des Stifts an erster Stelle den von Äbtissin und Chorfrauen zu feiernden Gottesdienst, dessen Grundlage das Gelübde der lebenslänglichen Keuschheit und des Gehorsams ist. Die Chorfrauen wohnen zu zweit in eigenen Häusern, wo sie eine eigene Haushaltung führen und eigene Dienerschaft halten. Sie schlafen in einem gemeinsamen Dormitorium, doch sind zum Beispiel bei Krankheit Ausnahmen von dieser Regel möglich. Der klosterähnliche Zuschnitt dieser Gemeinschaft wird dadurch unterstrichen, dass weltliches Treiben, insbesondere Tänze und weltliche oder sonst unpassende Gesänge verboten sind. Die Kleidung der Frauen soll schwarz sein. Hinsichtlich der Kleidung ist offensichtlich das verboten, was damals als modisch galt, wie Handschuhe, Halsbänder und seidene Gürtel. Die Bestimmungen über die Nahrung bestehen vor allem in einer Einschärfung des Fastens. Die Disziplin wird durch ein wöchentliches Kapitel, bei dem etwaige Vergehen gegen die Ordnung zur Sprache kommen, aufrechterhalten. Die weiteren Bestimmungen der Regel betreffen die zwei Priester des Stifts, dann die Diener, ferner den Ausgang der Stiftsfrauen und die Armenpflege, die ihnen besonders nahe gelegt wird.

Insgesamt erscheint das Stift als eine Versorgungsanstalt des Adels zur Aufnahme von Töchtern, die nicht verheiratet werden sollten, somit auch keine Mitgift erhielten und beim Erbgang nicht berücksichtigt wurden. Gleichwohl ermöglichte das Stift diesen Frauen eine standesgemäße Lebenshaltung und billigte ihnen auch gewisse Freiheiten zu. Besonders im Spätmittelalter unterschied sich das Stift darin von den Frauenklöstern. So antwortete die Äbtissin von Oberstenfeld 1478 dem Grafen Eberhard im Bart, der von ihr verlangt hatte, zwei Nonnen aufzunehmen, dass der Zweck der Stiftung, der sie vorstand, nicht sei, wirkliche Nonnen aufzunehmen, »sunder dem gemainen adel sin kind, die under den jaren sind, ufunemen und zu ziehen nach gesatz der pfuond, die den uf dise zeit verlihen«. Hier liegt also die Betonung auf der Lebenshaltung, die die gestifteten Pfründen ermöglichen sollten. Hierfür konnten auch minderjährige Mädchen aufgenommen werden, die im Stift eine entsprechende Erziehung erhielten. Das Stift ist somit auch als eine Art Bildungsanstalt anzusprechen.

Als unmittelbarer geistlicher Vorgesetzter des Stifts Oberstenfeld wird der Propst des Stifts Backnang genannt. Da das Stift im Bistum Speyer lag, unterstand

es damit letztlich dem Bischof von Speyer, nicht etwa dem Erzbischof von Mainz, wie die Urkunde von 1016 will. Der angebliche Stiftungsbrief von 1016 ist also in einem Streit mit Speyer im 12. Jahrhundert entstanden. In weiteren Streitigkeiten mit dem Bischof von Speyer hat das Stift noch in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts diesen gefälschten Stiftungsbrief eingesetzt, wie ein noch vorhandener Vidimus, eine beglaubigte Abschrift, von 1320 zeigt. Aber dieser und alle anderen Versuche, die das Stift Oberstenfeld unternahm, sich unter die Mainzer Jurisdiktion zu begeben, scheiterten.

Stifte und Klöster benötigten einen weltlichen Schutzvogt, der ihre Rechte nach außen wahrnahm und diese nötigenfalls auch mit Gewalt durchsetzte. Die Vogtei über Oberstenfeld hatten im 12. Jahrhundert die Herren von Heinriet inne, wobei nicht ersichtlich ist, wie diese dazu gekommen sind. Immerhin ist klar, dass die Heinrieter staufische Reichsministeriale waren, sie gehörten also zu der Adelschicht, derer sich die staufischen Könige und Kaiser für Aufgaben in Regierung und Verwaltung des Reichs bedienten. Dasselbe Wappen wie die Heinrieter führten die Herren von Lichtenberg, die sonach wohl mit ihnen verwandt waren. Die Lichtenberger, die sich in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts Hummel von Lichtenberg nannten und nach 1407 ausstarben, haben die Vogtei über das Stift Oberstenfeld wohl von den Heinrietern übernommen. Von den Hummel von Lichtenberg kaufte Graf Eberhard von Württemberg 1357 die Herrschaft Lichtenberg und »die vogty uber das kloster zu Oberstenvelt und elle die recht, so wir an derselben vogty und zu dem kloster Oberstenvelt . . . haten oder haben«. Dieser Übergang in die württembergische Einflussphäre sollte die fernere Geschichte des Stifts Oberstenfeld bestimmen.

Eine wichtige Veränderung für das Stift brachte die Reformation, die im Herzogtum Württemberg seit 1534 durchgeführt wurde. Für die Einführung der Reformation in Oberstenfeld müssen das Stift und das Dorf getrennt betrachtet werden, wenn auch der Pfarrer des Dorfs zugleich einer der beiden Priester des Stifts war und das Stift beide Stellen zu besetzen hatte. Der Inhaber der Pfarrstelle war Albrecht von Weiler, also ein adliger Kleriker, der diese Stelle nicht persönlich versah, sondern durch einen Vertreter versehen ließ, der wohl schon 1535 die Reformation annahm. Es scheint darüber Verhandlungen gegeben zu haben, denn das Stift erklärte sich 1535 bereit, die »bepstliche kirchenordnung abschaffen und . . . seiner f[ürstlichen] g[naden] khirchenordnung anrichten laßen« zu wollen. Die Feier der Messe im Stift wurde 1536/37 abgeschafft, wie aus einer Rechnungsnotiz hervorgeht. Demnach fielen einige Spesen an, »do man die meß ab hat thon und mit dem pfarrer gehandelt hat«.

Insgesamt verlief also die Reformation von Oberstenfeld problemlos. Eine spätere Notiz berichtet jedoch von der Weigerung der Äbtissin, den Pfarrer in der Stiftskirche predigen zu lassen. Da die Galluskirche zu klein gewesen sei, hätte er im Freien predigen und dazu auf einem Stapel Zimmerholz stehen müssen und sei nur bei Regenwetter in die Stiftskirche gelassen worden. Hierbei handelt es sich jedoch nicht um religiöse Auseinandersetzungen, sondern um Kompetenzstreitigkeiten; die Stiftsdamen wehrten sich offenbar gegen ein generelles Recht der Benutzung der Stiftskirche durch die Gemeinde. Dennoch scheint durch die Reformation ein gewisses Wohnheitsrecht auf die Benutzung der Stiftskirche für den Hauptgottesdienst der Gemeinde begründet worden zu sein.

Die Annahme der evangelischen Kirchenordnung rettete aber das Stift als Insti-



tution, es blieb als »Spital des Adels« erhalten. Eine 1544 von der herzoglichen Regierung angestellte Untersuchung der ökonomischen Zustände, eine der Aufgaben des Schutzvogts, hatte wenig erfreuliche Zustände zutage gebracht, so dass die Stiftsdamen ermahnt wurden, gemäß der herzoglichen Kirchenordnung fleißig zur Predigt zu gehen, auch Bücher anzuschaffen und diese zu lesen. Genannt wird das Augsburger Bekenntnis von 1530, Luthers Großer Katechismus und anderes,



*Grabdenkmal der Magdalena von Talheim,  
1526–1570 Äbtissin des Stifts Oberstenfeld*

also theologische Literatur, die die Damen möglicherweise überforderte. Der bruchlose Übergang des Stifts Oberstenfeld in der Reformationszeit stellt aber in Württemberg einen Ausnahmefall dar. Ansonsten kämpften die Frauenklöster verzweifelt, aber letztlich vergeblich ums Überleben. Ein solcher Kampf spielte sich in nächster Nähe im Dominikanerinnenkloster Steinheim ab. Die Stiftsdamen von Oberstenfeld nahmen aber die Reformation an und konnten dadurch das Stift erhalten.

Die Stellung des Stifts Oberstenfeld wurde nun dadurch abgesichert, dass sich dieses an die Reichsritterschaft in Schwaben anschloss. Diese Verbindung des Stifts mit der sich in jenen Jahren bildenden Organisation des Adels wird erstmals 1533 erwähnt. 1560 erklärte das Stift durch einen Vertreter seine Zustimmung zur Ritterordnung des Adels am Kocher; Oberstenfeld gehörte also zum Kanton oder Ort Kocher der Reichsritterschaft in Schwaben.<sup>6</sup> Das Stift entrichtete seine Steuern an den Kanton Kocher, wurde auch zu den Viertelstagen eingeladen,

hat aber daran jeweils nur durch Abgabe schriftlicher Voten teilgenommen.

Wegen der vom Stift an die Ritterschaft entrichteten Reichssteuern kam es alsbald zu einem Prozess mit Württemberg, der vor dem Reichskammergericht in Speyer ausgetragen wurde. Es ging hier um die Reichsunmittelbarkeit des Stifts, wofür dieses den Stiftungsbrief von 1016 vorlegte, der dafür sprach, während Württemberg den Kaufbrief von 1357 ins Feld führte, mit dem der Herzog den

Besitz der Schirmvogtei über das Stift beweisen konnte. Das Reichskammergericht entschied 1587 gegen Württemberg, worauf man in gütliche Verhandlungen eintrat. 1588 wurde darüber ein Vertrag abgeschlossen, wonach Württemberg künftig keine Reichssteuern vom Stift Oberstenfeld mehr erheben sollte. Der Herzog versprach, dem Stift eine Prozesskostenentschädigung zu zahlen, das Stift räumte dafür aber dem Herzog verschiedene Rechte im Stiftsort Winzerhausen ein. Diese konnten in der Folgezeit weiter ausgebaut werden, bis Winzerhausen 1610 ganz an Württemberg fiel.

Das Stift Oberstenfeld wurde von der Ritterschaft nach dem Dreißigjährigen Krieg als steuerfrei erachtet und war das einzige Mitglied dieser Art im Kanton Kocher. Dieser lehnte nämlich später Aufnahme gesuche geistlicher Institutionen ab, auch wenn diese Rittergüter im Gebiet des Kantons erworben hatten. Dies betraf das Domkapitel Augsburg ebenso wie das Kloster Schöntal. Das letztere hatte 1698 Burg und Herrschaft Ebersberg bei Backnang erworben und wäre daraufhin gerne Mitglied der Ritterschaft geworden.

Ein weiteres Element im Sicherungssystem des Stifts Oberstenfeld gegen den übermächtigen Nachbarn Württemberg war die Unterstellung unter den Bischof von Speyer, die auch nach der Reformation und trotz des konfessionellen Unterschieds – zumindest formal – bestehen blieb. So fand 1570 die Neuwahl der Äbtissin in Gegenwart des Speyerer Generalvikars statt. Wie notwendig diese Absicherung war, zeigt sich darin, dass sich alsbald ein Streit wegen der Besetzung der Stelle des Stiftspredigers erhob, der ja zugleich Pfarrer von Oberstenfeld war. Hier verlangte Württemberg die Mitsprache. Auch dieser Streit wurde mit einem Vertrag beendet, der 1610 geschlossen wurde. Hierin wurde das Patronatsrecht des Stifts anerkannt, doch sollte ein neu zu ernennender Stiftsprediger zuvor durch das Konsistorium in Stuttgart geprüft und auch regelmäßig visitiert werden.

Trotz dieser Verträge bestand zwischen Württemberg und dem Stift Oberstenfeld nur ein labiles Gleichgewicht, das von gegenseitigem Misstrauen geprägt war. Dies führte zum Beispiel dazu, dass 1714–1728 vom Stift ein »privativer« Stiftsprediger angestellt wurde, wobei es sich nicht einmal um einen Württemberger handelte, sondern um einen Thüringer, der über Baden nach Oberstenfeld gekommen war. Dieser »privative« Stiftsprediger war nur für die Stiftsdamen zuständig, ein württembergischer Vikar an der Fleckenkirche versorgte während dieser Zeit die Bewohner des Ortes.

Der Grund für diesen Schritt war ein Prozess mit Württemberg beim Reichshofrat in Wien, einem der drei höchsten Reichsgerichte, wegen der kirchlichen Rechte, der schließlich damit endete, dass man 1730 hinsichtlich des Stiftspredigers zum alten Zustand zurückkehrte. Als neuer Stiftsprediger wurde der aus Leipzig stammende Christian Friedrich Dornfeld angestellt, allerdings erst, nachdem er durch das Konsistorium geprüft worden war. Dornfeld ist übrigens der Großvater von Immanuel August Ludwig Dornfeld (1796–1869), dem Gründer der Weinsberger Weinbauschule, der einer dort gezüchteten Rebsorte seinen Namen gegeben hat. Die Stiftsdamen ließen die Oberstenfelder übrigens den Streit mit dem Herzog von Württemberg nicht entgelten, sondern räumten der Gemeinde während des Umbaus der Galluskirche 1738 großzügig die Stiftskirche als Ausweichgottesdienstraum ein.

Für die äußere Geschichte des Stifts Oberstenfeld bedeutete der Dreißigjährige Krieg einen schweren Einschnitt. Als nach der Schlacht von Nördlingen Anfang

September 1634 ganz Württemberg von den kaiserlichen Heeren überschwemmt wurde, befand sich nur noch die Stiftsdame Anna Maria von Reitzenstein in Oberstenfeld. Die Äbtissin und die anderen drei Chorjungfrauen waren geflohen, und das Stiftsfräulein Katharina von Zeiskam war, wie auf der Grabplatte in der Turmkrypta zu lesen ist, kurz zuvor, am 31. August 1634, verstorben. Diese Katharina von Zeiskam wird auch neben der Äbtissin Dorothea von Neuenhaus auf der Gedenktafel von 1626 über dem Eingang zur Kirche genannt.

Das Stift erlitt durch den Krieg schwere Schäden, es entstanden Missstände in der Verwaltung, so dass 1650 die Ritterschaft eingreifen und die Äbtissinnenstelle



*Oberstenfeld um 1685; Ansicht aus dem Reichenberger Forstlagerbuch von Andreas Kieser (Ausschnitt).*

*Links von der Stiftskirche, in etwa firstgleich mit dem Kirchendach, das alte Stiftsgebäude, das 1713 durch einen Neubau ersetzt wurde.*

neu besetzen musste. Das Bemühen, wieder an die Zustände vor dem Krieg anzuknüpfen, zeigt sich daran, dass die 1651 erfolgte Neuwahl wieder vom Generalvikar von Speyer beurkundet wurde. 1687 befanden sich nun schon wieder vier Stiftsdamen neben der Äbtissin in Oberstenfeld. Doch das Kriegsjahr 1693 brachte weitere Schäden, dennoch konnte im 18. Jahrhundert eine gewisse Konsolidierung des Stifts stattfinden, zu der auch tüchtige Amtleute beitrugen. Zu nennen ist hier der letzte Stiftsamtmann Wilhelm Friedrich Trautwein (1745–1827), der seit 1776 von Weinsberg aus die Besitzungen im Weinsberger Tal verwaltete und 1789–1807 Stiftsamtmann in Oberstenfeld war. Er hat sich vor allem auch um das Archiv des Stifts angenommen und dieses geordnet. Trautwein war ein Pfarrerssohn aus dem damals württembergischen Hornberg im Schwarzwald und Schwiegersohn des bekannten Pfarrers Johann Friedrich Flattich in Münchingen.

Die Annahme der Reformation brachte auch Veränderungen der inneren Verfassung des Stifts mit sich. Nach der Ordnung des Stifts von 1571, die 1579 vom Bischof von Speyer bestätigt worden war, sollte der Chordienst der nunmehr evangelischen Stiftsdamen in einer gemeinsamen Morgen- und Abendandacht bestehen. Sie hatten einfache schwarze Kleidung zu tragen, Schleier und Schmuck sollten nur am Sonntag gestattet sein. Ausgang außerhalb des Stiftsbezirks war ohne Erlaubnis der Äbtissin nicht gestattet. Für die Aufnahme ins Stift wurde eine Ahnenprobe zu acht Ahnen verlangt, also der Nachweis adliger Herkunft zurück bis in die Urgroßelterngeneration.

Diese Ordnung von 1571 wurde 1651 erneut in Kraft gesetzt und wiederum vom Generalvikar von Speyer bestätigt. 1678 wurde bestimmt, dass außer der Äbtissin wenigstens drei Fräulein im Stift sein sollten. Für die Aufnahme ins Stift wurde nun eine sechsjährige Probezeit vorgeschrieben. Hierfür sollten jeweils zwei Novizinnen aufgenommen werden. Jeder Stiftsdame war eine eigene Wohnung zu stellen, sie konnte sich zwei Dienerinnen halten. Das Stift kam für den Lebensunterhalt der Stiftsdamen auf. Außer diesen Naturalleistungen war eine Geldleistung von 200 Gulden in bar vorgesehen sowie jährlich 30 Gulden für eine Badekur. Bei Verheiratung war der Austritt aus dem Stift jederzeit möglich.

Zu Beginn des 18. Jahrhunderts ist ein gewisses Unabhängigkeitsstreben des Stifts zu bemerken. 1705 kam es zu einem Streit mit der Ritterschaft wegen der Aufnahme von Damen aus anderen Ritterkreisen. Die Forderung der Ritterschaft, nur Fräulein aus der schwäbischen Ritterschaft, besonders aus dem Kanton Kocher aufzunehmen, wurde vom Stift mit der schlagenden Begründung abgelehnt, dass das Stift schon lange vor der Reichsritterschaft bestanden habe. Dieser Streit wurde 1711 in der Weise beigelegt, dass das Direktorium des Kantons von frei werdenden Stellen zu unterrichten war und geeignete Damen zur Aufnahme empfehlen konnte.

Während dieses Streits gab das Stift 1709 durch eine irreguläre Äbtissinnenwahl für Württemberg Anlass zum Eingreifen. Der Reichshofrat beauftragte den Herzog von Württemberg, durch eine Kommission die Angelegenheit vor Ort zu bereinigen. Die Reichsritterschaft war mit diesem Vorgehen einverstanden. Es wurden nun zwei Fräulein ausgeschlossen und drei neu aufgenommen, wovon eine zugleich als Äbtissin eingesetzt wurde. Die jetzt neu erlassenen Statuten schrieben vor, dass die Damen in einem gemeinsamen Haus wohnen sollten, und zwar jeweils zu zweit in einem Zimmer, wobei aber jede eine eigene Schlafkammer haben sollte. Daraufhin wurde 1713 das heute noch stehende Stiftsgebäude erbaut.

Das vom Reichshofrat ermächtigte Eingreifen Württembergs im Stift bot für die herzogliche Regierung die Gelegenheit, auch noch weitere Rechte durchzusetzen, nämlich die Beteiligung an der Äbtissinnenwahl und der Rechnungsabhör. Damit hatte sich Württemberg Einfluss in zwei wichtigen Angelegenheiten gesichert. Dies führte aber zu einem erneuten Prozess, den das Stift vor dem Reichshofrat gegen Württemberg anstrebte und der, ausgelöst durch die oben erwähnte Anstellung eines »privativen« Stiftspredigers, in einen Kirchenstreit einmündete. Diesen beschloss man 1730 mit einem Vergleich, der eine Bestätigung der früheren geschlossenen Verträge beinhaltete. Demnach war Württemberg uneingeschränkt Schutz- und Schirmherr des Stifts, ein württembergischer Abgeordneter sollte bei der Äbtissinnenwahl anwesend sein, ferner wurden ständige Konferenzen mit Württemberg zur Beilegung der laufenden Streitigkeiten eingerichtet.

Die Säkularisation des Stifts infolge des Reichsdeputationshauptschlusses 1802/03 konnte die Reichsritterschaft nicht verhindern. Schon am 24. November 1802 erfolgte im Vorgriff auf den noch nicht erlassenen Reichsdeputationshauptschluss die württembergische Besitzergreifung. Dem Stift gehörten zu dieser Zeit an die Äbtissin Karoline Friederike von Weiler, drei Fräulein von Gaisberg und jeweils ein Fräulein von Wöllwarth und von Weiler sowie ein Probefräulein von Ziegesar. Die Ritterschaft, die durch die Mediatisierung 1806 selbst von den durch Napoleon ausgelösten grundlegenden Veränderungen im Gefüge des Reichs ergriffen wurde, war aber nicht bereit, das Stift kampfflos aufzugeben und beanspruchte dieses als Privateigentum, da es »seinem Ursprung nach nichts anderes sey, als eine ... aus dem Privatvermögen einiger Edeln gegründete wohlthätige Anstalt, worinnen arme Fräulein des Kantons bis zu ihrer Verhehlung oder ihrem Tode Zuflucht und Unterhalt finden«. Dieser Argumentation wurde im Wesentlichen stattgegeben. Schon am 23. Dezember 1802 bestimmte Herzog Friedrich von Württemberg, dass Oberstenfeld als adliges Stift weiterhin bestehen sollte.

Dieser Fortbestand war jedoch nicht ohne eine Verfassungsänderung möglich, weshalb der damalige Kurfürst Friedrich 1805 neue Statuten erließ. Das Stift sollte künftig aus einer Äbtissin und zehn Stiftsdamen bestehen, die für die Aufnahme einen Adelsnachweis zu acht Ahnen zu erbringen hatten. Der Kurfürst vergab jetzt die Stellen im Stift, die Äbtissinnen sollten Prinzessinnen des Hauses Württemberg sein. Kurfürst Friedrich ernannte 1805 seine Tochter Katharina zur Äbtissin, die aber später mit dem König Jérôme von Westfalen, dem Bruder Napoleons, verheiratet wurde. Die bei dieser Gelegenheit neu erlassenen Statuten sahen nun vor, dass nur Damen aufgenommen werden sollten, deren Adelsnachweis sich auf 16 Ahnen erstreckte. Nun sollten sich die Damen nicht mehr im Stift aufhalten müssen, sondern lediglich ihren Wohnsitz in Württemberg haben. Dies hatte zur Folge, dass – von Ausnahmen abgesehen – künftig weder Äbtissin noch Stiftsdamen am Ort waren. Ab 1850 nutzten einige von ihnen das Stift wenigstens als Sommeraufenthalt. Das Stiftsgebäude konnte aber somit für Beamtenwohnungen, für Pfarrer und Förster, genutzt werden.

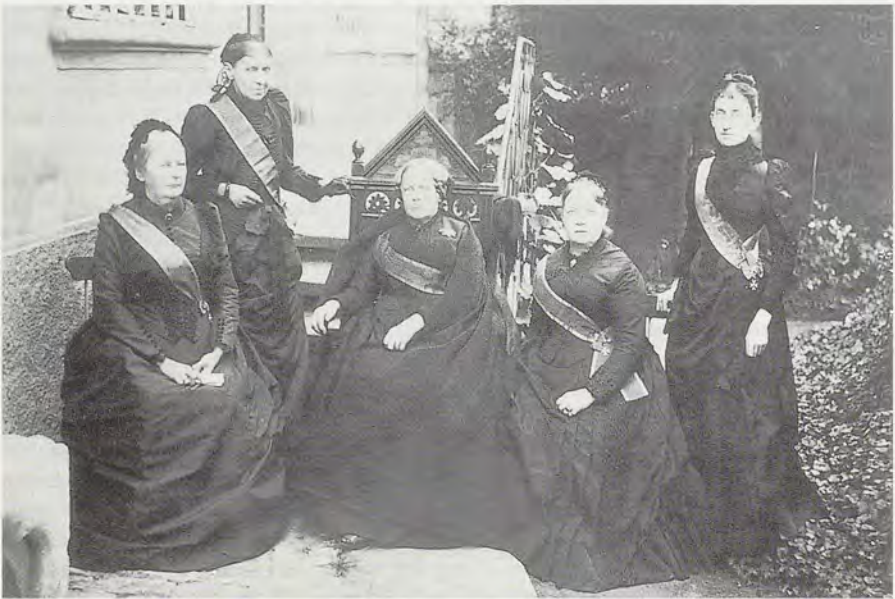
Die Statuten wurden 1815 erneuert und verliehen dem Stift vollends den Charakter einer Versorgungseinrichtung. Durch eine Zustiftung, die im Jahre 1818 erfolgte, wurde eine eigene Präbendenstiftung in Verbindung mit dem Fräuleinstift geschaffen, die fünf, später zehn Pfründen umfasste. Diese Stiftung war für unbemittelte Fräulein des ritterschaftlichen Adels bestimmt, ohne Rücksicht auf Konfession oder Ahnen, und war mit dem Vermögen der vormaligen ritterschaftlichen Kassen dotiert. Die Inhaberinnen dieser so genannten kleinen Präbenden oder Pfründen wurden ebenfalls als Stiftsdamen betrachtet. Als Voraussetzung für den Empfang einer solchen Präbende wurde neben dem Erreichen des 18. Lebensjahrs vorgeschrieben, dass die Bewerberin einer Familie des ritterschaftlichen, im Land ansässigen Adels entstammte und bedürftig war.

1851 wurde im Landtag gefordert, dass Ersparnisse bei den Stiftspfründen nicht in die Staatskasse fallen, sondern zur Stiftung neuer Pfründen verwendet werden sollten. Dieser Vorschlag wurde aufgenommen. Es war damit möglich, eine elfte kleine Präbende einzurichten. Die Verleihung dieser Präbenden erfolgte durch den König auf Vorschlag des Innenministeriums<sup>7</sup>, doch war seit 1869 der ritterschaftliche Ausschuss, die Vertretung des Adels im Lande, vorher gutachtlich zu hören. Das Stift Oberstenfeld umfasste also in dieser Zeit eine Äbtissin, zehn Stiftsdamen

und zehn, später elf bepfändete Fräulein. Die Statuten der großen Präbenden wurden 1906 von König Wilhelm II. erneuert.

Nachdem die napoleonischen Veränderungen zu Beginn des 19. Jahrhunderts die Rechtsstellung und Verfassung des Stifts stark beeinflusst hatten, war abzusehen, dass das Ende des Königreichs 1918 ebenfalls Auswirkungen auf das Stift haben würde. Schon 1919 wurde im Finanzausschuss des württembergischen Landtags festgestellt, dass das Stift Oberstenfeld als ein Vorrecht des Adels nicht mehr weiterbestehen könne. Dies betraf aber nur die großen Präbenden, die bisher aus dem Staatshaushalt bezahlt wurden. Für diese erfolgten ab 1920 keine Neuverleihungen mehr. Die kleinen Präbenden hingegen wurden als eine Familienstiftung des Adels angesehen und waren somit von der Veränderung nicht betroffen.

Der Grund dafür, dass die großen Präbenden mit einem Federstrich abgeschafft werden konnten, geht auf die Säkularisation 1803 zurück, durch die der gesamte Besitz des Stifts dem Staat einverleibt worden war. Es war somit kein Stiftungskapital vorhanden und der Erlass der neuen Statuten 1805 kam gewissermaßen einer Neugründung gleich, die dazu nötigte, mangels Kapital den Aufwand für die Präbenden aus dem allgemeinen Staatshaushalt zu finanzieren. Diese Stelle im staatlichen Haushaltsplan wurde 1920 gestrichen. Die daraufhin beim Verwaltungsgerichtshof erhobene Klage des St. Georgen Vereins der Württembergischen Ritterschaft wurde 1923 abgewiesen.



*Stiftsdamen anlässlich der Einweihung der renovierten Stiftskirche  
am 11. Oktober 1891, v. l.: Bertha von Lützow, Marie von Wagner,  
Herzogin Mathilde von Württemberg (Äbtissin 1874–1913),  
Julie von Stetten-Buchenbach, Elisabeth von Ziegesar.*

Das Stiftungskapital der kleinen Präbenden wurde durch die Inflation 1923 entwertet, durch die Währungsreform 1948 erfolgte ein weiterer Einschnitt. Das noch vorhandene Restkapital wird seitdem vom St. Georgen Verein verwaltet. Dieser plante 1923, Ehrenstiftsdamen zu ernennen, doch ist es nie dazu gekommen. Es wäre zu hoffen, dass der St. Georgen Verein diesen seinerzeit gefassten Plan doch noch in die Wirklichkeit umsetzt, denn die Gründung des Stifts Oberstenfeld liegt nun bald 1000 Jahre zurück. Die Frage wird dann nämlich sein, ob man im Jahr 2016 die Jahrtausendfeier der Gründung oder des Bestehens des Stifts Oberstenfeld begehen kann.

### Quellen und Anmerkungen

Für weiterführende Quellen- und Literaturnachweise außer den nachstehend genannten vgl. Hermann Ehmer: Das Stift Oberstenfeld von der Gründung bis zur Gegenwart, in: Geistliches Leben und standesgemäßes Auskommen. Adlige Damenstifte in Vergangenheit und Gegenwart, hrsg. von Kurt Andermann (Kraichtaler Kolloquien Bd. 1), Tübingen 1998, S. 59–89. Hierfür herangezogen wurden die hier nicht einzeln nachgewiesenen Archivalien des Stifts Oberstenfeld im Staatsarchiv Ludwigsburg, Bestände B 480S und B 480L. Die ebenfalls eingesehenen württembergischen Akten betr. das Stift Oberstenfeld werden im Hauptstaatsarchiv Stuttgart im Bestand A 219 verwahrt.

- 1 Ernst Schedler: Die Stiftskirche Oberstenfeld. Ihr Zustand kurz vor der großen Renovierung 1888/91 und deren wesentliche Veränderungen, in: Geschichtsblätter aus dem Bottwartal 3, 1989, S. 4–17 (mit zahlreichen Abbildungen).
- 2 Adolf Mettler: Die bauliche Anlage der alten Stiftskirche und der Peterskirche in Oberstenfeld, in: Württembergische Vierteljahrshäfte für Landesgeschichte 25, 1916, S. 47–60, hier S. 48–56.
- 3 Die einzige Gesamtdarstellung der Geschichte des Stifts war bislang: Karl Pfaff: Geschichte des adelichen Fräuleinstiftes Oberstenfeld, in: Württembergische Jahrbücher für Statistik und Landeskunde 1840, S. 319–346.
- 4 Gebhard Mehring: Stift Oberstenfeld, in: Württembergische Vierteljahrshäfte für Landesgeschichte 6, 1897, S. 241–308.
- 5 Gerhard Heß: Beiträge zur älteren Geschichte des Frauenstifts Oberstenfeld, in: Zeitschrift für württembergische Landesgeschichte 9, 1949/50, S. 47–77.
- 6 Dazu: Thomas Schulz: Der Kanton Kocher der Schwäbischen Reichsritterschaft 1542–1805. Entstehung, Geschichte, Verfassung und Mitgliederstruktur eines korporativen Adelsverbandes im System des alten Reiches (Esslinger Studien 7), Esslingen 1986.
- 7 Das Stift erscheint deshalb im Hof- und Staatshandbuch des Königreichs Württemberg gewissermaßen als staatliche Einrichtung unter dem Geschäftsbereich des Innenministeriums.





# Bücher, Bildung und Kirchengesang in Eglosheim am Ende des Mittelalters

von Martin Burkhardt

Eine ebenso banale wie wahre Erkenntnis der Geschichtsforschung lautet, dass man nur das über die Vergangenheit wissen oder wenigstens vermuten kann, worüber sich Nachrichten oder materielle Belege erhalten haben. Friedrich Schiller zeichnete das Bild der Weltgeschichte als einen breiten Strom, der in Finsternis unkenntlich dahinfließt – bis auf einige kleine Wellenkämme, die hier und da im Mondlicht aufblitzen.<sup>1</sup> Weite Bereiche vergangener Realität bleiben für immer unerahnt, es sei denn, ein Quellchen beginnt unvermutet irgendwo zu tröpfeln.

Die Geschichte des abendländischen Bibliothekswesens im Mittelalter und in der Frühen Neuzeit behandelt, auf guter Quellengrundlage, ausschließlich die Büchersammlungen von Klöstern, Universitäten, reichsstädtischen Ratsgremien und Landesfürsten.<sup>2</sup> Doch auch außerhalb dieser kulturellen Zentren, in durchschnittlichen württembergischen Bauerndörfern gab es bereits vor der Reformation Bibliotheken und eine, modern ausgedrückt, verbreitete Nutzung des Kommunikationsmittels »Buch«, wie ein seltenes Zeugnis aus Eglosheim ausweist. Das Besondere dabei ist, dass die Umstände so gewöhnlich sind.

## I.

Ein Güter- oder genauer: Einkünfteverzeichnis der Eglosheimer Pfarrkirche Unserer Lieben Frau aus dem letzten Drittel des 15. Jahrhunderts überliefert auf dem vorletzten Blatt ein Inventar derjenigen Bücher, die zur Ausstattung der verschiedenen Pfründen in der damaligen Wallfahrtskirche gehörten:<sup>3</sup>

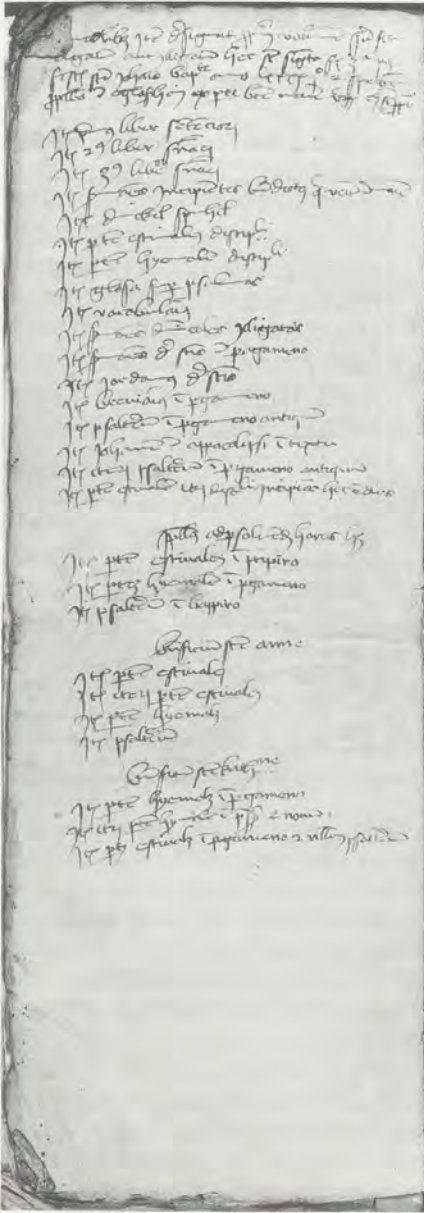
1. *Summo liber item designat presentem volumen sanctarum scripturarum*
2. *ligatum aut colligatum; hec sunt significata feria tertia post*
3. *festum sancti Iohannis baptiste anno lxxxxi<sup>o</sup>, et spectabant*
4. *capellam in Eglosheim; ex parte beate Marie virginis eius sancte capelle:*
5. *Item primus liber sententiarum*
6. *Item secundus liber sententiarum*
7. *Item tertius liber sententiarum*
8. *Item speculationes, incipientes: benedictus qui venit in nomine*
9. *Item Dinckelspuhel*
10. *Item partem estivalem discipuli*
11. *Item partem hyemalem discipuli*
12. *Item glossa super psalmos*
13. *Item vocabularium*
14. *Item speculationes dominicales colligatas*

15. *Item speculationes de sanctis in pergameno*
16. *Item Iordanus, de sanctis*
17. *Item breviarium in pergameno*
18. *Item psalterium in pergameno antiquum*
19. *Item Iohannem in appocalipsi in textu*
20. *Item ceterum psalterium in pergameno antiquum*
21. *Item partem estivalem ceterum discipuli, incipiens: hec est dies.*
22. *Capella ad persolvendas horas habet:*
23. *Item partem estivalem in papiro*
24. *Item partem hyemalem in pergameno*
25. *Item psalterium in bappiro.*
26. *Beneficium sancte Anne:*
27. *Item partem estivalem*
28. *Item ceterum partem estivalem*
29. *Item partem hyemalem*
30. *Item psalterium.*
31. *Beneficium sancte Katharine:*
32. *Item partem hyemalem in pergameno*
33. *Item ceterum partem hyemalem in presentibus et nomine*
34. *Item partem estivalem in pergameno et nullum psalterium.*

Die Einleitung lautet, ins Deutsche übertragen: »Schließlich bezeichnet das Buch auch die Menge der hier vereinigten und zusammengetragenen heiligen Schriften; diese sind aufgelistet worden am Dienstag, den 28. Juni 1491, und sie gehören der Kirche in Eglosheim; und zwar der seligen Jungfrau Maria in diesem Gotteshaus«; worauf die Liste folgt. Der Inhaber der Marienpfründe in jenem Jahr 1491, Pfarrherr Konrad Schympf, könnte dieses Bibliotheksinventar aufgenommen haben, auch der Kaplan Johannes Geyer auf der Katharinenpfründe oder der namentlich nicht bekannte Kaplan, der auf der Annenpfründe saß.<sup>4</sup>

Die Pfarrkirche im Ganzen besaß zusammen 27 Bände. Die Bücher gehörten nach kanonischem Recht, wie alle anderen mobilen und immobilien Kirchengüter, nicht dem Pfarrer oder Kaplan, dem Kirchenherrn oder gar der Gemeinde, sondern dem oder der jeweiligen Heiligen, hier also überwiegend Maria, Anna und Katharina. Auch die »Kapelle zum Erfüllen der Gebetszeiten« muss mindestens einem Heiligen geweiht gewesen sein; kein anderer als der heilige Leonhard kommt als Eigentümer der drei Bücher in den Zeilen 23 bis 25 in Frage.<sup>5</sup>

Einige der Bücher können bestimmten Autoren zugeordnet werden. Das »erste, zweite und dritte Buch der Lehren« in den Zeilen 5 bis 7 war ein bekanntes Werk des Bischofs Isidor von Sevilla (gestorben 636), des letzten abendländischen Kirchenvaters, der noch heute als »Lehrer Spaniens« dort bekannt ist und dessen Verdienst darin bestand, das Geistesgut der griechisch-römischen Antike in die mittelalterliche Welt übertragen zu haben. Doch kommt noch ein zweiter Autor in Frage: Das freilich vierbändige Sentenzenwerk des Petrus Lombardus (gestorben 1160 als Bischof von Paris), eine Sammlung von Zitaten der Kirchenväter zu verschiedenen Problemkreisen der Theologie. Petrus Lombardus mit dem Beinamen »Magister sententiarum« galt als führender Kopf der Scholastik, also der mittelalterlichen theologisch-philosophischen Wissenschaft und Methodik, weit über das 12. Jahrhundert hinaus;



Inventar der Bücher in der  
Eglosheimer Wallfahrtskirche  
Unserer Lieben Frau, 1491

sein Werk erlangte rasch »kanonische Bedeutung« für den theologischen Unterricht und wurde zum wichtigsten Handbuch der Dogmatik für die folgenden Jahrhunderte. Eine endgültige Entscheidung zwischen diesen beiden Autoren ist nicht mehr möglich. Für Isidor von Sevilla spricht die Dreizahl der Bände, »Libri tres sententiarum«; für Petrus Lombardus die weite Verbreitung im Spätmittelalter und die Funktion seiner »Quattuor libri sententiarum« als theologisches Lehrwerk.<sup>6</sup>

In Zeile 9 ist lediglich der Autor genannt: Nikolaus Prunzlein von Dinkelsbühl (geboren um 1360 in Dinkelsbühl, gestorben 1433 in Wien), dessen Name in vielfältigen Schreibvarianten überliefert ist. Prunzlein lehrte als Dekan und Rektor an der theologischen Fakultät der Hochschule in Wien. Da in jenen Zeiten ein Band oft aus mehreren Titeln bestand – wie umgekehrt und heutzutage gebräuchlicher ein Titel oder Buch in mehreren Bänden erscheinen konnte –, enthielt »der Dinkelsbühl« in der Eglosheimer Pfarrbibliothek möglicherweise eine Zusammenstellung seiner Werke »Tractatus dominice orationis« (Abhandlung über das Sonntagsgebet), »Tractatus de decem preceptis« (Abhandlung über die Zehn Gebote), »Tractatus de septem peccatis mortalibus et virtutibus oppositis« (Abhandlung über die sieben Todsünden und die gegenteiligen Tugenden), »Sermo de corpore Christi« (Predigt über den Leib Christi) oder auch den »Speculum artis bene moriendi« (Spiegel der Kunst, gut zu sterben).<sup>7</sup>

Zeile 16 führt einen Autor mit zweifelsfrei identifizierbarem Titel auf. Der Augustinermönch Jordanus von Quedlinburg (gestorben 1380 oder 1370) lehrte in Erfurt, Magdeburg und

anderen deutschen Klöstern und war als Prediger berühmt. Seine weit verbreiteten Predigtsammlungen übten starken Einfluss auf die Frömmigkeit des Spätmittelalters aus. Sein Buch in der Eglosheimer Bibliothek, die »Sermones de sanctis« (Predigten über die Heiligen), existierte in zahlreichen handschriftlichen Fassungen, bevor es erstmals im Jahr 1484 in Paris gedruckt aufgelegt wurde.<sup>8</sup>

Der Buchtitel in Zeile 19, »Die Offenbarung des Johannes«, verweist darauf,



Apokalypse des Johannes. Aus einem Blockbuch, Papier, gedruckt in Haarlem um 1420 (vgl. Zeile 19 der Eglosheimer Bücherliste). Die abgebildete Szene bezieht sich auf Kapitel 13, Verse 1, 2 und 7: Ein Tier ist aus dem Meer gestiegen, mit sieben Köpfen und zehn Hörnern; es hat den Leib eines Panthers, Bärenfüße und Löwenmäuler. »Und ihm ward gegeben, zu streiten mit den Heiligen« – die hier als Soldaten in zeitgenössischer Rüstung und Bewaffnung dargestellt sind – »und sie zu überwinden.«

dass eine »Bibel« im modernen Verständnis erst seit der Reformationszeit existiert – seit Martin Luther mit seiner Übersetzung die Definition für die Protestanten gesetzt und seit das Konzil von Trient 1546 die »Vulgata«, die lateinische Übersetzung der heiligen Schriften durch den Kirchenvater Hieronymus, als den verbindlichen Text für die Katholiken festgelegt hat. In den Jahrhunderten zuvor pflegten verschiedene »heilige Schriften« einzeln, wie in der Eglosheimer Kirchenbibliothek, oder in bunter Zusammenstellung zu Bänden kompiliert überliefert zu werden, je nach Geschmack des Schreibers oder seines Auftraggebers. »Apokalypsen« sind als Literaturgattung zu verstehen. Von den christlichen Apokalypsen ging nur die Offenbarung des Johannes in den Kanon der Bibel ein.<sup>9</sup> Der Zusatz

»in textu« bedeutet vermutlich, dass es sich um den Originaltext, nicht um eine fromme gelehrte Abhandlung über die Johannesoffenbarung gehandelt hat. Eher unzutreffend erscheint die Vermutung, »in textu« könnte auf die verwendete »Littera textualis formata« oder in Kurzform die »Textura«, die großformatige gotische Buchschrift verweisen.<sup>10</sup>

Das häufigste und auffallendste Element in diesem Bücherinventar ist die Unterscheidung nach »pars hiemalis« und »pars [a]estivalis«, also nach »Winter- und Sommerteil« in den Zeilen 10, 11, 21, 23, 24, 27–29 und 32–34, insgesamt elfmal. Diese Unterscheidung besagt überhaupt nichts in Bezug auf die Literaturgattung oder den Inhalt des jeweiligen Buches. Es kann sich bei den Sommer- und Winterteilen um Psalter, Andachtsbücher, Heiligenlegenden, Messbücher, Predigten oder anderes gehandelt haben. Entscheidend ist hingegen ihre Bestimmung zum zeitgebundenen Gebrauch, nämlich im Winter- oder im Sommerhalbjahr; wobei es auf der Hand liegt, dass die Gebete, Lieder, Psalmentexte für den Winter erheblich kürzer ausfielen als ihre im Sommer praktizierten Gegenstücke, damit die Geistlichen sich nicht durch überlanges Verweilen in eiskalten Kirchenhallen Erkältung und Tod zuzogen.<sup>11</sup>

Das »vocabularium« in Zeile 13 kann im Grunde nur ein lateinisch-deutsches Wörterbuch gewesen sein. Für Wörterbücher zur Übersetzung Griechisch-Latein oder Hebräisch-Griechisch, auch für ein Synonymenwörterbuch Latein-Latein war die Bibliothek in Eglosheim dann doch zu gering bestückt; und Hilfen zur Übersetzung lateinischer Begriffe in die regionale Volkssprache, hier also ins Schwäbische, gehören eher in den Kontext des Frühmittelalters als in die Welt des beginnenden Humanismus.<sup>12</sup>

Die »speculationes« in den Zeilen 8, 14 und 15 dürften als »Betrachtungen«, eher als erbauliche denn als theologische Texte anzusehen sein. Den Band in Zeile 14 führte der Verfasser des Inventars als »Gesammelte sonntägliche Betrachtungen«, den in Zeile 15 titulierte er als »Betrachtungen über die Heiligen«. Die Übersetzung von Zeile 8 lautet: »Betrachtungen, die mit den Worten beginnen: Gesegnet, der da kommt im Namen«, zu ergänzen wäre: »des Herrn« oder ähnlich. Die gleiche Weise, Buchtitel zu benennen, findet sich in Zeile 21: »Ein weiteres Winterteil [. . .], beginnend mit: Dies ist der Tag«, und vermutlich auch in Zeile 33: »Ein weiteres Winterteil: In Anwesenheit und im Namen«. Diese Beispiele belegen, dass Texte im Mittelalter – und bis weit in die Neuzeit hinein – nicht mit zusammenfassenden oder plakativen Überschriften versehen waren, sondern ihre Identifikation gebräuchlicherweise mittels Angabe der Anfangsworte erfolgte. Dieser Modus hielt sich auch in der juristischen Fachliteratur lange Zeit. Bis heute verbreitet der Vatikan päpstliche Bullen unter dem Titel ihrer einleitenden Worte, etwa »Dominus ac redemptor noster« (Unser Herr und Erlöser); noch heute führt jedes evangelische Kirchengesangbuch einen Index eigens für Liedanfänge; und einer der bekanntesten liturgischen Texte des Christentums wird anstatt mit einer zusammenfassenden Überschrift mit den beiden Anfangsworten bezeichnet: »Vater unser«.

Von den vier genannten Psaltern, also Psalmenbüchern in den Zeilen 18, 20, 25 und 30 sind die ersten beiden als »alt« und auf Pergament aufgeführt beschrieben. Bei diesen wird es sich um den ältesten Buchbestand in der Eglosheimer Kirche handeln, der wenigstens auf das 14. Jahrhundert zurückgeht, vielleicht sogar in einem noch früheren Jahrhundert angeschafft worden war. Psalter standen an zent-

raler Stelle der Messliturgie, galten als das Gebetbuch schlechthin. Einen Eindruck, wie diese beiden vermutlich großformatigen alten Folianten ausgesehen haben mögen, kann man sich noch heute in manchen Diözesanmuseen verschaffen. Psalmenbücher enthalten, wenn man so will, auch authentische Textbestandteile der neuzeitlichen Bibel. Die mittelalterlichen Psalmen freilich verbanden oft das Wort mit der Musik, lagen häufig vertont, also mit Musiknoten vor und dienten zum Chorgesang in der Kirche.<sup>13</sup>

Die »glossa« in Zeile 12 bezeichnen Erläuterungen, Kommentare, Erklärungen, die Auslegung der Psalmen, des meistkommentierten Teils der Bibel; es handelte sich demnach um ein theologisches Werk.<sup>14</sup> Das »breviarium«, Brevier in Zeile 17 beinhaltet ursprünglich Zusammenfassungen aller Art, ab dem 11. Jahrhundert vornehmlich der Stundengebete. Breviere im Spätmittelalter konnten offizielle liturgische Gebetbücher sein, die für jeden Tag des Kirchenjahres eigene Texte enthielten oder auch, häufig mit vorangesetztem Kalender, Verse erbaulichen Inhalts oder Trost und Stärkung zur Übung privater Frömmigkeit boten.<sup>15</sup>

Unter der Annahme, dass der inventarisierende Geistliche unter den Sommer- und Winterteilen überwiegend Messbücher verstand – und wo sonst im vorliegenden Inventar wären diese für den Kultus unerlässlichen Hilfsmittel zu vermuten –, gliederte sich die Bibliothek der Eglosheimer Kirche Unserer Lieben Frau im Jahr 1491 in zwei etwa gleichgewichtige Bereiche ihres Gebrauchs: Einmal die scholastische Theologie, die den Pfarrern und Kaplänen am Ort private Studien ermöglichte; zum anderen die öffentliche Liturgie. Die Messbücher für das Sommer- und die für das Winterhalbjahr enthielten die wechselnden, längeren bzw. kürzeren Gesangtexte, Gebete und Lesungen in der Reihenfolge des Messverlaufs.<sup>16</sup>



Aus dem Messbuch eines vermutlich südwestdeutschen Konvents, spätes 15. Jahrhundert. Mit solchen Messbüchern wurde auch in Eglosheim der Chorgesang bestritten.

Das Bibliotheksinventar weist für fünf Bücher den Beschreibstoff Pergament nach (»in pergameno«, Zeilen 17, 18, 20, 24 und 32), zwei bestanden sicher aus Papier (»in papiro« bzw. »bappiro«, Zeilen 23 und 25). Aussagen über den Beschreibstoff der anderen 20 Bände verlören sich in reiner Spekulation. Ebenso schwierig fiel es zu mutmaßen, welche der Bücher handschriftlich ausgeführt, welche gedruckt vorlagen. Unzulässig wären auf jeden Fall die Gleichungen Pergament = handschriftlich und Papier = gedruckt. Denn zum einen druckte Johannes Gutenberg 1450/55 einen Teil seiner ersten Bibelaufgabe auf Pergament, obgleich dieses Material die Druckerschwärze ungleichmäßiger aufnimmt als Papier und daher das Risiko, teuren Ausschuss zu produzieren, beim Pergament erheblich anwächst; andererseits wurden in jener Zeit auch zahlreiche Handschriften auf Papier gesetzt. Im 14. und 15. Jahrhundert spezialisierten sich viele der neugegründeten Nonnenklöster auf die Herstellung und den Verkauf kunstloser Papierhandschriften, die sich ohne schmückende Malerei nur auf die Vervielfältigung der reinen Texte beschränkten.<sup>17</sup> Ebenso wie die frühen Druckunternehmer vor dem Jahr 1500 ihre so genannten »Inkunabeln« im Erscheinungsbild den zeitgenössischen Handschriften möglichst getreu anzugleichen trachteten, so blieb das Abschreiben von Büchern auch nach Gutenbergs Erfindung der beweglichen Lettern noch lange üblich. Während kirchliche Stellen das neue Verfahren rasch akzeptierten, weil das Medium Druck die Verbreitung einheitlicher, theologisch verbindlicher Texte erleichterte, ließen einzelne konservative weltliche Herren noch bis ins 17. Jahrhundert hinein ihre Bücher von Hand kopieren, da sie Drucke als vulgäre Massenware verachteten. Außer Nonnen verdienten sich auch städtische Schönschreiblehrer, Hilfspriester, Vikare, Schulmeister, Scholaren oder Studenten den Lebensunterhalt ganz oder teilweise als Kopisten billiger Textausgaben. Ein reger Buchhandel sorgte seit dem 13. Jahrhundert in Europa für deren überregionale Verbreitung, auch auf die Dörfer. Die wenigsten dieser gleichsam als Massenware produzierten »Taschenbücher« des 15. Jahrhunderts dürften freilich die zahlreichen Umbrüche der Zeiten überdauern haben. Anders als die kostbaren, auf Pergament ausgeführten Prachthandschriften fand solches Gebrauchsschriftgut kaum Eingang in die Bibliothek eines Fürsten oder anderen hochmögenden Sammlers und kann so heute auch nicht mehr in Ausstellungen präsentiert werden.<sup>18</sup>

Wie viel Geld die 27 Bände in der Eglosheimer Kirchenbibliothek gekostet hatten oder welchen materiellen Wert sie darstellten, lässt sich von heutiger Warte ohne konkrete Abrechnungen für genau diese Bücher kaum mehr bestimmen. Gegenstände, die nicht dem unmittelbaren Erhalt der menschlichen Existenz dienten, waren so viel wert, wie jemand für sie bezahlte. Einige zeitgenössische Anhaltspunkte mögen wenigstens eine ungefähre Vorstellung vermitteln.

1420 kostete eine Pergamenthaut 19 Pfennig, was ungefähr einem Viertel des Wocheneinkommens eines Zimmermanns entsprach.<sup>19</sup> Da nun je nach Buchformat eine Pergamenthaut zwei bis acht Blatt ergibt, so lag der Preis allein für den Beschreibstoff eines Buches von 100 Seiten im Rahmen zwischen anderthalb und sechs Handwerker-Wochenlöhnen. In Köln hatte ein Drucker um 1470 für 32 Ries Papier, das entspricht 15 360 Bogen, 50 bis 60 Gulden zu bezahlen, den Gegenwert eines kleinen Stadthauses.<sup>20</sup> Immerhin konnte er mit diesem Material gut 600 hundertseitige Bücher im Folio-Format herstellen. Im Skriptorium eines mittelalterlichen Klosters schrieb ein Mönch an seinem breitflächigen Stehpult, so lautet die

Faustregel, an einem Buch ein Jahr lang.<sup>21</sup> Ein gewerblicher Schreiber verdiente 1484 einen Gulden für acht Blatt oder 16 Seiten<sup>22</sup>; das Beschreiben eines Buches war also um einiges teurer als das Material. Die handschriftlich auf Pergament ausgeführten Winterpredigten des Theologen Thomas Ebendorfer kosteten 1462 den Gegenwert von fünf Kälbern.<sup>23</sup> Ein vermutlich großformatiges, prächtig illustriertes Pergament-Stundenbuch erzielte gegen Ende des 15. Jahrhunderts um die 200 Gulden, wofür man auch ein mittleres Stadthaus hätte erwerben können. Ein Bibeldruck war in Straßburg 1489 für neun Gulden zu haben, den Gegenwert eines Mastochsen.<sup>24</sup> Eine Gutenbergbibel kostete nur ein Viertel des Preises einer entsprechend ausgestatteten Handschrift.<sup>25</sup>

Selbst wenn man die Bibliothek in Eglosheim 1491 realistischere eher in untere Segmente der Preisskala setzt, so stellte sie doch jedenfalls einen der wertvollsten mobilen Besitztitel im Dorf dar. Mit aller gebotenen Vorsicht wird man den Anschaffungswert der 27 Bände – wohlverstanden: in vorreformatorischer Zeit – in etwa mit einem großen Bauernhof samt Wirtschaftsgebäuden, Vieh und Nutzflächen gleichsetzen können. Fast überflüssig zu betonen, dass außer diesen Bänden kein einziges weiteres Buch im Ort existiert haben dürfte.

## II.

Hinsichtlich der Geschichte des niederen Schulwesens gilt allgemein die Auffassung: »Die Sorge für die Bildung des Volks wurde erst durch die Reformation geweckt. Vor ihr beschränkte sich alle Tätigkeit auf dem Felde des Unterrichts beinahe nur auf die Bildung der Kinder aus höheren Ständen und derer, die für einen gelehrten Stand, besonders den geistlichen, bestimmt waren. Unterrichtsanstalten finden wir bloß in Klöstern und in größeren Städten.«<sup>26</sup>

Vor diesem Hintergrund hebt sich scharf ein erstaunlicher Befund in unserem Bibliotheksinventar ab: Drei der Bücher dienten, ausweislich der Zeilen 10, 11 und 21, zum Gebrauch eines »discipuli«; es gab demnach in Eglosheim gegen Ende des 15. Jahrhunderts Schüler. Darauf lohnt es sich näher einzugehen.

Zunächst füllt dieser Befund eine Lücke: »Das spätmittelalterliche Schulwesen war«, wie ein neuer einschlägiger Handbuchartikel feststellt, »nicht ohne – zunächst handschriftliche, dann vielleicht auch schon gedruckte – Literatur möglich. Zumindest Noten(hand)schriften für den Kirchengesang und sonstige liturgische sowie theologische, philosophische und andere Schriften sind als Hilfsmittel der Lehrer zu vermuten, *wenn auch bislang nicht nachgewiesen*.«<sup>27</sup>

Die Elementarbildung vor der Reformation fand in Einrichtungen mit verschiedenen, vermutlich synonymen Namen statt, deren bekanntester die »Lateinische Schule« oder »Lateinschule« sein dürfte. Daneben finden sich die Bezeichnungen »Schola vulgaris«; »Schola particularis« in Abgrenzung zum »Studium generale« an einer Universität; vom sogleich erläuterten »trivium« abgeleitet die »Schola trivialis«; schließlich die »Schola privata«, wieder als unterscheidender Begriff zur »Schola publica«, der Universität.<sup>28</sup>

Gegen Ende des 15. Jahrhunderts bestand nachweislich in fast jeder württembergischen Amtsstadt eine solche Lateinschule. Die Erstbelege dieser Einrichtungen im heutigen Kreis Ludwigsburg datieren auf 1354 für Markgröningen, 1392 für Marbach, Anfang des 15. Jahrhunderts für Bietigheim, 1450 für Vaihingen,





*Lehrer und Schüler beim Grammatikunterricht, Holzschnitt von 1479  
(aus: Robert Alt: Bilderatlas zur Schul- und Erziehungsgeschichte, Bd. 1, Berlin 1960)*

1457 für Besigheim, 1480 für Bönningheim und 1496 für Großbottwar.<sup>29</sup>

Vorrangiger Lehrinhalt in diesen städtischen Lateinschulen war die namengebende lateinische Sprache. Das »trivium« oder der Dreiweg umfasste die Grundausbildung in den drei »niederen« Wissensgebieten der – jeweils lateinischen – Grammatik, Rhetorik und Dialektik. Erstere lehrte die Struktur der Sprache, die zweite schön und geschmackvoll und letztere logisch korrekt zu reden und zu schreiben. Auf der nächsten Stufe dieser Grundlagenbildung folgte das »quadrivium«, der Vierweg mit den Fächern Arithmetik, Geometrie, Astronomie und Musik, die bis weit in die Neuzeit hinein wegen des systematischen Aufbaus der Tonzeichensysteme als mathematische Disziplin galt.<sup>30</sup> Weniger ideal und umfassend, als es normative Quellen, wie etwa Schulordnungen<sup>31</sup>, nahe legen, dürfte sich die Schulwirklichkeit abgespielt haben, in der die Schüler, nicht viel anders als in Grundschulen des 20. Jahrhunderts, das Lesen, Schreiben und Rechnen, daneben noch Singen und ein wenig Naturkunde zu lernen suchten – dies alles freilich im Unterschied zur Neuzeit in der lateinischen Sprache.

Der Erwerb lateinischer Sprachkompetenz als Grundlagenbildung mag heutzutage befremdlich erscheinen. Im 15. Jahrhundert diente er höchst konkreten, durchaus auch materiellen Zwecken. In zeitgenössischer Diktion musste man sich vor allem anderen deshalb die alte Fremdsprache aneignen, weil »latinisch reden, scriben und verstenn ain grundvestin, fundament und weg ist, one den die schüler ander künsten [Kenntnisse] nit wol erlangen und überkommen [erwerben] mögent«. <sup>32</sup> Einzig Latein erschloss Wissen, ermöglichte die Teilnahme am wissen-

schaftlichen Diskurs, bildete die Grundvoraussetzung zur Rezeption jeglicher Fachliteratur der Theologie, Medizin und Rechtswissenschaft, diente als – internationales – Verständigungsmittel in fachlichen Debatten. Auch gehörte Lateinkenntnis zu den unerlässlichen Qualifikationen für den weltlichen wie erst recht für den kirchlichen Verwaltungsdienst.<sup>33</sup> Schließlich konnte nur, wer Latein sprach und verstand, ein Studium an einer Universität aufnehmen.<sup>34</sup> Die Nachfrage nach dieser Schlüsselqualifikation des Mittelalters wird in der Grafschaft Württemberg nach der Gründung der Landesuniversität Tübingen im Jahr 1477 rasch gewachsen sein.

Der Hauptzweck des Basisunterrichts in Latein dürfte freilich in Eglosheim, von der Warte der lokalen kirchlichen Amtsträger her gesehen, ein anderer gewesen sein als mögliche Karrieren ihrer Schüler zu befördern: »Die Gemeinden legten stets besonderen Wert darauf, dass der Lehrer Gesangsunterricht erteilte und vor allem mit seinen Schülern regelmäßig die – natürlich lateinischen – Choralgesänge einübte. Dieser Gesangsunterricht lenkt den Blick auf ein weiteres charakteristisches Merkmal der spätmittelalterlichen Schule: auf den Kirchendienst der Schule und auf die auch für die städtischen Schulen gültige enge Verbindung von Schule und Kirche. Neben dem Unterricht war für Lehrer und Schüler die wichtigste Aufgabe die Hilfe bei der liturgischen Ausgestaltung des Gottesdienstes und anderer kirchlicher Feiern. Dass die Lehrer und Schüler den Kirchengesang bestritten, galt ebenso ganz selbstverständlich als ihre Pflicht, wie ihre Teilnahme an Hochzeiten, Beerdigungen, Anniversarien [Totengedenkfeiern], Prozessionen, Wallfahrten und ähnlichen feierlichen Anlässen.«<sup>35</sup> Die Haller Schulordnung von 1514 beispielsweise verpflichtete »die Knaben« zum täglichen Singen des »Salve regina« sowie jeden Samstag und Sonntag zum Singen eines »De profundis«, des 6. Bußpsalms, der vor allem dem Gedenken und dem Seelenheil der Verstorbenen dienen sollte, in der Schuppachkirche. In St. Michael sollten die Schüler außerdem jährlich 37 Haupt- und Frühmessen, dazu 30 Marienmessen mit ihrem Gesang begleiten – eine Orgel unterstützte sie dort vermutlich seit dem Jahr 1487.<sup>36</sup> Ein weiteres Beispiel: Eine Jahrzeitstiftung vom 28. Juli 1480 sah vor, für die verstorbenen Eheleute Wendel von Neipperg und Barbara von Bubenhofen »in jeder Nacht vor der Ave-Maria-Zeit, wenn das gemeine Volk von der Arbeit geht«, in der Pfarrkirche Schwaigern das Responsorium »Tenebrae factae sunt« und das »Salve regina« zu singen, »wobei der Gesang [des Messpriesters] jeweils durch den Schulmeister zu Schwaigern und seine Schüler unterstützt werden soll.«<sup>37</sup> Ähnlich umfassende Kirchengesangsdienste verlangte auch die Stuttgarter Schulordnung von 1501 den Lehrkräften und Schülern ab.<sup>38</sup>

Lange bevor es Schulen als Zweckgebäude gab, fand Unterricht in Pfründ- oder Privathäusern statt, häufig diente ein Zimmer in der Lehrerswohnung als Schulstube.<sup>39</sup> Die Bezahlung von Schulgeld variierte. Der Unterricht konnte Bargeld in regelmäßigen Zeitabständen kosten – in Großbottwar fünf Schilling vierteljährlich, mit der Möglichkeit eines Nachlasses auf 15 Pfennig für die Kinder finanziell Minderbemittelter. Verbreitet war auch die Entlohnung des Lehrers in Form von »Kapitelgeld«, das hieß, die Schüler entrichteten ein Honorar für jedes im »Lehrbuch« behandelte, intensiv gelesene Kapitel. Üblicherweise trugen die Schüler auch mit Naturalien zur Deckung der Betriebskosten bei, indem sie winters Heizmaterial und Leuchtstoffe in die Schulstube mitbrachten. Was davon übrig blieb, durfte der Lehrer oftmals privat aufbrauchen.<sup>40</sup> Zu Lehrbüchern in den Klöstern,

städtischen Lateinschulen und an den Artistenfakultäten der Universitäten dienten über Jahrhunderte hin zu diesem Zweck verfasste scholastische Werke oder auch römische »Klassiker«. An einfacheren Unterrichtsanstalten vermittelten die Lehrkräfte den Stoff mit Abschnitten aus der Bibel und Kirchengesängen; im »Elementarunterricht vermittelte der Psalter die erste Begegnung mit dem Latein durch Auswendiglernen«. <sup>41</sup> So wenig festgelegt wie die Lernmittel, so wenig abgeschlossen war auch das Lehrtum als Profession. Laien wie Geistliche unterrichteten, in Besigheim 1457 beispielsweise ein »Schulmeister, der ein Meßner ist«; viele Lehrkräfte übten Nebenbeschäftigungen aus, manche betrieben eine Lehrtätigkeit im Nebenerwerb. Von auch nur rudimentärer pädagogischer Ausbildung konnte keine Rede sein. Als fachliche Qualifikation genügte es, selbst Latein zu können, wenigstens das »trivium« in irgendeiner Weise durchlaufen zu haben; Prüfungen mussten die Lehrer jedenfalls keine bestehen. <sup>42</sup>

Das Schul- oder genauer: Elementarunterrichtswesen vor der Reformation war allenfalls lokal reglementiert, auf keinen Fall von den Landesherrschaften – die im 15. Jahrhundert ihre volle Entwicklung noch gar nicht erreicht hatten – und auch nicht von der Kirche als Institution organisiert. Es gab im Gegensatz zu heute keine formalen Abschlüsse, ebenso wenig existierte eine übergeordnete, normierende Schulaufsicht. <sup>43</sup> Wer die Grundlagen des Wissens vermitteln wollte, wer sie vermittelt bekommen konnte – der tat dies.

Auf der Grundlage der ungefähren Bevölkerungszahl in Egosheim um 1500 und mittels der für jene Zeit in Mitteleuropa üblichen Altersstruktur lässt sich eine Anzahl potenzieller Schüler im Dorf in der Größenordnung von einem halben bis vollen Dutzend schätzen. Ein Egosheimer Universitätsstudent aus vorreformatorischer Zeit ist bekannt: Am 2. Oktober 1515 trug sich »Franciscus Sachsenhaymer ex Eglesen« in die Matrikel der Universität Tübingen ein. <sup>44</sup> Nach den vorliegenden Ergebnissen dürfte Franz Sachsenheimer seine zum Studium notwendigen Lateinkenntnisse nicht an der Lateinschule in Markgröningen, sondern in seinem Heimatdorf selbst erworben haben.

Als mögliche Lehrer standen in Egosheim um das Jahr 1500 ein Pfarrer und zwei Kapläne bereit. Während der Pfarrer und der Kaplan auf der Katharinenpfründe im Vergleich zu den vielfach notorisch mageren Einkünften niederer Kleriker im Spätmittelalter gut besoldet scheinen, könnte der Inhaber der um einiges schlechter ausgestatteten Annenpfründe aus materiellen Motiven Unterricht gegen Geld oder Naturalien erteilt haben. <sup>45</sup>

Ob man nun die Egosheimer Einrichtung unter dem Titel einer »Schule« fassen mag oder nicht – jedenfalls gab es Schüler, und das bedeutet ein Institut, wo Egosheimer Bauernjungen im Dorf selbst lesen und schreiben lernen, eine gewisse Basisbildung erwerben konnten. <sup>46</sup> Dies überkreuzte sich mit dem Interesse des lokalen Klerus – es lag vermutlich sogar darin begründet –, den zu zahlreichen Anlässen entstehenden Bedarf an Sängern für die Musik in der Wallfahrtskirche zu decken.

Von hier ist es nicht weit zu der begründeten Annahme, dass das gewöhnliche Bauerndorf Egosheim vor der Reformation keine Ausnahme in der Bildungslandschaft darstellte. Für Pfarrkirchen zahlreicher Städte sind spätmittelalterliche Bibliotheken nachgewiesen; für die Dörfer vermutet man ihre Existenz. <sup>47</sup> Unbestritten brachte die protestantische Bildungsreform des 16. Jahrhunderts einen gewaltigen quantitativen wie qualitativen Aufschwung für das Elementarschulwe-

sen; dies vor allem wegen des Anspruchs, *alle* Christen, einschließlich des weiblichen Geschlechts, mit den grundlegenden Kulturtechniken Lesen, Schreiben und Rechnen vertraut zu machen. Doch scheint die Vergangenheit vor dieser strahlenden Morgensonne nicht gar so nächtlich finster gelegen zu haben, wie lange angenommen wurde. Umgekehrt brach im Jahr 1559 die Schulordnung des Herzogs Christoph nicht in extremer Weise mit der Vergangenheit. Bücher, damit verbunden eine informelle Elementarbildungseinrichtung für Jungen, wenigstens die Möglichkeit, nach Noten- und Schriftzeichen »vom Blatt« singen zu lernen und



*Lehrer mit Schülern beim Gesangsunterricht, Holzschnitt von 1496  
(aus: Robert Alt: Bilderatlas zur Schul- und Erziehungsgeschichte, Bd. 1, Berlin 1960)*

somit zur Alphabetisierung, existierten gegen Ende des 15. Jahrhunderts in jedem schwäbischen Dorf, das mit kirchlichen Pfründen und mit geistlichem Personal hinreichend gut versehen war.

### III.

Die Eglosheimer Pfarrbibliothek des Spätmittelalters ist, wie alle anderen katholischen Pfarrbibliotheken aus vorreformatorischer Zeit<sup>48</sup>, nicht mehr vorhanden; ihre 27 Bände dürften schon seit langer Zeit vernichtet sein. Wie üblich existieren keine Nachrichten darüber, was im Einzelnen mit diesen am 28. Juni 1491 inventarisierten Büchern geschehen ist. Aufgrund anderer Quellen ist es jedoch möglich, gesicherte Vermutungen anzustellen.

Allein schon der lateinischen Sprache wegen waren selbst die Psalmen und Bibeltexte nach dem Jahr 1534 in dem mittlerweile evangelischen württembergi-

schen Pfarrdorf völlig wertlos geworden, ganz zu schweigen von der Mehrzahl der Bände mit ihrem liturgischen und scholastisch-theologischen Inhalt. Martin Luther verlangte 1528 in seinem Aufruf »an die ratsherrn aller städte deutsches lands, daß sie christliche schulen aufrichten und halten sollen«, zunächst müsse aus den vorhandenen Büchersammlungen der »mist gantz« ausgesondert werden. Unter Mist fasste Luther »aller theologen sententiarum und aller philosophen quaestiones und aller müniche sermones«. <sup>49</sup> Nun mag solches Ausmisten in den Rats- und Kirchenbibliotheken mit geringem Eifer betrieben worden sein <sup>50</sup>; aber irgendwann geschah es doch, zumal die Landes- und Kirchenobrigkeit auf der Ausführung beharrte. Herzog Ulrich von Württemberg befahl in der Visitationsordnung vom 4. Mai 1547 unter anderem: »Es sollen auch der prediger, diacon und schulmeister bibliothec besichtigt und erlernt werden«, das hieß, die visitierende Behörde sollte sich eingehend damit befassen – und theologisch Bedenkliches selbstredend aussortieren. <sup>51</sup> Sehr deutlich schrieb Herzog Christoph in der Großen Kirchenordnung 1559 zur Pfarrvisitation vor, »es solle der superintendens auch des kirchendieners, da er visitiert, bibliothecam und bücher besehen, und sie ansprechen, was ihre tägliche privata studia seien«. <sup>52</sup> In der Reichsstadt Esslingen mahlten die Behörden offenbar etwas langsamer als im Herzogtum, aber schlussendlich genauso fein. Die Esslinger Ratsversammlung befand am 3. September 1613 mehrheitlich, die städtische Bibliothek bewahre zu viele »alte papistische pergamentine und [von Hand] geschriebene unnuze büecher« auf, die man am besten verkaufen solle, um vom Erlös »andere, nuzliche büecher« erstehen zu können. Knapp 20 Jahre später veräußerte das Esslinger Stadtre Regiment tatsächlich alle greifbaren Pergamenthandschriften, zusammen fünf Zentner schwer, als Makulatur an einen Buchhändler. <sup>53</sup>

Was nicht gepflegt wird, geht zugrunde. Wenige Bücher überstanden im Lauf der Geschichte Feuchtigkeit und Schädlingsfraß, Diebstahl und Brände sowie Kriege, die alle diese Katastrophen akkumulieren. Der 1552 in Weiler bei Schorndorf geborene Landeshistoriker David Wollleber berichtete in seiner um 1590 verfassten württembergischen Chronik, vor der von 1548 bis 1551 dauernden Besetzung der Amtsstadt Schorndorf durch spanische Truppen habe die Pfarrkirche eine »liberey«, eine Bibliothek besessen, die »mit vil schönen büechern gezieret gewesen« sei; die Spanier hätten aber das Beste daraus »distrahirt«, also herausgerissen. Was übrig blieb, verbrannte mit der Kirche im Dreißigjährigen Krieg. <sup>54</sup>

Spätestens in dieser Zeit dürfte auch die Eglosheimer Büchersammlung des 15. Jahrhunderts zugrunde gegangen sein. Doch vermutlich war dies schon längst vorher geschehen, denn die mittelalterlichen Bände hatten zwar keinen Gebrauchswert mehr, erst recht keinen übergeordneten, kultischen, aber sie besaßen doch einen gewissen Materialwert. Das Material Papier kann zum An- und Einheizen dienen, es kann der Produktion neuen Papiers zugeführt oder zum Herstellen von Gewehrpatronen gebraucht werden. Auch Pergament eignet sich vorzüglich zu dem Zweck, Pulver und Blei im richtigen, abgemessenen Verhältnis zu umhüllen und zum Abschluss des Ladevorgangs als Pfropfen in den Lauf gestoßen zu werden. Orgelbauer verwendeten gerne Pergament, um Blasebälge zu flicken und Tonventile abzudichten. Die meisten Pergamenthandschriften dürften jedoch bei den Buchbindern als Makulatur geendet sein. Bestes Beispiel ist das Zinsbuch selbst, in das der Eglosheimer Pfarrer oder Kaplan 1491 das hier untersuchte Bibliotheksinventar eintrug: Sowohl sein Einband als auch kleine Streifen zur Stabili-

sierung der Fadenheftung stammen aus einer Pergamenthandschrift.<sup>55</sup> Sei es, dass der Pfarrer dieses Güter- und Einkünfteverzeichnis bereits zur Zeit seiner Anlage, also 1476, mit makuliertem Pergament einbinden ließ, sei es, dass dies später geschah – wenig gewagt jedenfalls dürfte die Vermutung sein, dass das verarbeitete Pergament aus dem 14. Jahrhundert zu einem aufgelösten Psalter oder »Sommerteil« der Eglösheimer Kirchenbibliothek gehört hatte.

Einzelblätter aus Pergamenthandschriften überstanden, wie auch für unwichtig erachtete Pergamenturkunden, die Zeiten vergleichsweise häufig als Umschläge für papierenes Schriftgut.<sup>56</sup> Der Freiherr Philipp Friedrich von Liebenstein ließ noch gegen Ende des 18. Jahrhunderts Kopien aus Lagerbüchern, die sein neuerworbenes Eigengut Buttenhausen im Lautertal betrafen, mit drei gefledderten Pergamentbögen des 14. und 15. Jahrhunderts binden. Deren Text und die Musiknotenzeichen verweisen ganz typisch auf früheren Gebrauch der Handschrift als Messbuch.<sup>57</sup>

Der hier umschriebene Verlust der 27 mittelalterlichen Eglösheimer Bände darf nicht ernsthafterweise beklagt werden. Die Menschen verloren im Laufe der vergangenen fünf Jahrhunderte viel mehr und viel Wertvolleres. Auch würde ein solches Bedauern die historische Lebenswirklichkeit verfehlen; erst der materielle Überfluss unserer Zeit erlaubt es vielen, Nichtnützlichem aufzubewahren. Ein wenig hätte man es rückblickend freilich schon bedauern können, wenn auch die Nachricht davon, das Bücherinventar der Eglösheimer Wallfahrtskirche Unserer Lieben Frau vom 28. Juni 1491 und mit ihm alle Folgerungen, die daran zu knüpfen waren, im Laufe des vergangenen halben Jahrtausends verloren gegangen wäre.

### Anmerkungen

- 1 Friedrich Schiller: Was heißt und zu welchem Ende studiert man Universalgeschichte? Akademische Antrittsrede an der Universität Jena am 26. Mai 1789.
- 2 Jüngst typisch Gerhard Römer: Bücher-Stifter-Bibliotheken. Buchkultur zwischen Neckar und Bodensee, Stuttgart 1997.
- 3 Hauptstaatsarchiv Stuttgart H 121 Bd. 55. Zur Beschreibung des Zinsbuchs und seines Einbandes Martin Burkhardt: Altäre, Reliquien und Heilige in der Pfarrkirche Unserer Lieben Frau zu Eglösheim, in: 500 Jahre Katharinenkirche Eglösheim 1498–1998, Ludwigsburg 1998, S. 21–26. Transkription: Datum und Abkürzungen aufgelöst, moderne Interpunktion, geregelte Kleinschreibung (d. h. nur Eigennamen und Satzanfänge beginnen mit Großbuchstaben), ansonsten buchstabengetreu.
- 4 Hermann Burkhardt: Eglösheimer Pfarrer und die Reformation, in: Eglösheim. Ein Ort im Wandel der Jahrhunderte, hrsg. von Hermann Burkhardt, Ludwigsburg 1991, S. 134–138, S. 134.
- 5 Gustav Hoffmann: Kirchenheilige in Württemberg, Stuttgart 1932, S. 63. Zu den Altären in der Eglösheimer Kirche vgl. auch Burkhardt (wie Anm. 3).
- 6 Martin Grabmann: Die Geschichte der scholastischen Methode, Freiburg i. Br. 1909/1911 (ND 1961), Bd. 1 S. 145 ff., Bd. 2 S. 360 ff., 395 ff.; Elmar Mittler (Hg.): Bibliotheca Palatina. Textband des Ausstellungskatalogs, Heidelberg 1986, S. 17 f., 38 f., 41 (die Heidelberger Universitätsbibliothek verwahrt einen Pergamentband des 13. Jahrhunderts, der auf 192 Blatt alle vier Bücher der Sentenzen des Lombardus vereinigt); Julius Wagner: Das Gelehrtenschulwesen des Herzogtums Württemberg in den Jahren 1500–1534, in: Württembergische Jahrbücher für Statistik und Landeskunde 1894, S. 105–166, S. 127;

- Udo Kühne: Die Bibliothek der ehemaligen Benediktinerabtei Schuttern, in: Freiburger Diözesan-Archiv 115, 1995, S. 5–33, S. 12.
- 7 Lexikon für Theologie und Kirche, 2. Aufl., Bd. 7 (1962); Die Handschriften der herzoglichen Bibliothek zu Wolfenbüttel, beschrieben von Otto v. Heinemann. 1. Abt.: Die Helmstedter Handschriften, Wolfenbüttel 1884 (ND Frankfurt am Main 1963), Bd. 1 S. 310, 322, 342, Bd. 2 S. 135; Werner Fechter: Deutsche Handschriften des 15. und 16. Jahrhunderts aus der Bibliothek des ehemaligen Augustinerchorfrauenstifts Inzigkofen, Sigmaringen 1997, S. 61; Gustav Bossert: Zur Geschichte des theologischen Bücherwesens in Schwaben im 15. Jahrhundert, in: Blätter für württembergische Kirchengeschichte 4, 1889, S. 39 f.
- 8 Lexikon für Theologie und Kirche Bd. 5 (1960).
- 9 Werner Faulstich: Medien und Öffentlichkeiten im Mittelalter 800–1400, Göttingen 1996, S. 122; Bibelhandschriften, Bibeldrucke, Gutenbergbibel in Offenburg. Katalog zur Ausstellung der badischen und der württembergischen Landesbibliothek vom 9. September bis 5. Oktober 1980 in Offenburg, Offenburg 1980, S. 90.
- 10 Anette Löffler: »Das unscheinbare Kleid alter Bücher.« Die Sondersammlung »Abgelöste Bucheinbände« im Reutlinger Stadtarchiv, in: Reutlinger Geschichtsblätter N. F. 32, 1993, S. 9–90, S. 41.
- 11 Jacob und Wilhelm Grimm: Deutsches Wörterbuch Bd. 14, II, Leipzig 1960, Sp. 482; Löffler (wie Anm. 10) S. 39; Heinemann (wie Anm. 7) Bd. 1, S. 220.
- 12 Heinemann (wie Anm. 7) Bd. 2, Index.
- 13 Lexikon des Mittelalters VII (1995); Heinemann (wie Anm. 7) Bd. 1, S. 1.
- 14 Mittler (wie Anm. 6) S. 38; Fechter (wie Anm. 7) S. 59.
- 15 Lexikon des Mittelalters II (1983); Die Handschriften der württembergischen Landesbibliothek Stuttgart 1.3, Codices Breviarii, beschr. von Virgil Ernst Fiala und Wolfgang Irtenkauf, Wiesbaden 1977, S. IX; Löffler (wie Anm. 10) S. 39; Heinemann (wie Anm. 7) Bd. 1, S. 33, 140.
- 16 Löffler (wie Anm. 10) S. 39 f.
- 17 Ausstellungskatalog Offenburg (wie Anm. 9) S. 12, 28, 30.
- 18 Ebd. S. 12; Bossert (wie Anm. 7); Wolfgang Irtenkauf: Verschollene Chorbücher aus der Haller Michaelskirche, in: Württembergisch Franken 1984, S. 245–250, S. 247; Vera Trost: Die Buchherstellung im Mittelalter. Begleitheft zur Ausstellung Bibliotheca Palatina, Heidelberg o. J. [1986], S. 4 f. – Buchhandel: Faulstich (wie Anm. 9) S. 123.
- 19 Löffler (wie Anm. 10) S. 9.
- 20 Römer (wie Anm. 2) S. 78.
- 21 Faulstich (wie Anm. 9) S. 110.
- 22 Irtenkauf (wie Anm. 18) S. 248.
- 23 Löffler (wie Anm. 10) S. 9.
- 24 Ausstellungskatalog Offenburg (wie Anm. 9) S. 50.
- 25 Ebd. S. 35.
- 26 Theodor Eisenlohr: Das deutsche Schulwesen in Württemberg vor der Reformation, in: August Ludwig Reyscher: Sammlung der württembergischen Gesetze, Bd. 11,1, Tübingen 1839, S. XLV.
- 27 Raimund J. Weber: Schwäbisch Hall, in: Wolfgang Kehr (Hg.): Handbuch der historischen Buchbestände in Deutschland Bd. 7, Baden-Württemberg und Saarland, I – S, Hildesheim/Zürich/New York 1994, S. 252. Hervorhebung von mir.
- 28 Wagner (wie Anm. 6) S. 111.
- 29 Ebd. S. 109; Thomas Schulz: Die ehemaligen Lateinschulen im Kreis Ludwigsburg. Ihre Geschichte bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts, Ludwigsburg 1995, S. 14 ff.
- 30 Wagner (wie Anm. 6) S. 140 f.; Mittler (wie Anm. 6) S. 14; Martin Zeller: Die Lateinschule von 1267 bis 1634, in: Waiblingen in Vergangenheit und Gegenwart 2, 1967, S. 137–168, S. 142.
- 31 Zum Beispiel die »Ordnung der Schul halben zu Stutgarten« vom Jahr 1501; dazu Karl Hirzel: Mittelschulen vor der Reformation, in: Reyscher (wie Anm. 26) Bd. 11,2, Tübingen 1847, S. I–IV; Text der Schulordnung ebd. S. 1–7.
- 32 Reyscher (wie Anm. 26) Bd. 11,2, S. 2.

- 33 Schulz (wie Anm. 29) S. 12; Wagner (wie Anm. 6) S. 145; Hirzel (wie Anm. 31) S. IV: »Der Unterricht war nur mit Rücksicht auf Beruf und praktische Brauchbarkeit eingerichtet.«
- 34 Thilo Dinkel: Falsche Vorstellungen über ehemalige Universitätsprüfungen, in: Zeitschrift für Württembergische Landesgeschichte 57, 1998, S. 381–384, S. 381.
- 35 Thomas Schulz: Die Markgröninger Lateinschule im Spätmittelalter und in der frühen Neuzeit, in: Ludwigsburger Geschichtsblätter 48, 1994, S. 15–32, S. 17.
- 36 Irtenkauf (wie Anm. 18) S. 248.
- 37 Dagmar Kraus (Bearb.): Archiv der Grafen von Neipperg. Urkundenregesten 1280–1881, Stuttgart 1997 (= Inventare der nichtstaatlichen Archive in Baden-Württemberg Bd. 23), Nr. 72 f., S. 62 f.
- 38 Reyscher (wie Anm. 26) Bd. 11,2, S. 4; Wagner (wie Anm. 6) S. 137.
- 39 Schulz (wie Anm. 29) S. 19; Zeller (wie Anm. 30) S. 143.
- 40 Schulz (wie Anm. 29) S. 17; Zeller (wie Anm. 30) S. 143; Wagner (wie Anm. 6) S. 119.
- 41 Wagner (wie Anm. 6) S. 138; Lexikon des Mittelalters VII (1995) Sp. 297 (Zitat).
- 42 Wagner (wie Anm. 6) S. 121 ff.; Schulz (wie Anm. 29) S. 14 ff.
- 43 Wagner (wie Anm. 6) S. 108, 112, 118 f.
- 44 Heinrich Hermelink (Hg.): Die Matrikeln der Universität Tübingen, Bd. 1: Die Matrikeln von 1477 bis 1600, Stuttgart 1906, S. 207. – In den Matrikeln der Universitäten Basel, Freiburg i. Br. und Wien keine Eglosheimer Studenten vor 1534.
- 45 Burkhardt (wie Anm. 4) S. 134; Wagner (wie Anm. 6) S. 119: »Ein Lehrer, der zugleich Geistlicher war, hatte wohl auch den Genuss einer Pfründe.«
- 46 Wagner (wie Anm. 6) S. 109: »... es ist nicht unwahrscheinlich, dass außer den urkundlich bezeugten Städten noch eine Reihe anderer Orte damals [im ersten Drittel des 16. Jhs.] schon Lateinschulen besessen hat«; ebd. S. 123: »Auch die kleinsten Dörfer lieferten zahlreiche Schüler in die Lateinschulen, wie aus den Immatrikulationslisten der Universität ersichtlich ist.«
- 47 Kehr (wie Anm. 27) Bd. A–H, S. 90 (Esslingen), Bd. I–S, S. 229 (Rottweil), S. 248 (Schorndorf), Bd. T–Z, S. 189 (Wertheim); Römer (wie Anm. 2) S. 16 (Esslingen, Weinsberg); Faulstich (wie Anm. 9) S. 106.
- 48 Wilfried Sühl-Strohmer: Bibliotheken in Baden-Württemberg, in: Kehr (wie Anm. 27) Bd. A–H, S. 21–32, S. 26.
- 49 Zit. n. Römer (wie Anm. 2) S. 83.
- 50 Ebd.
- 51 Reyscher (wie Anm. 26) Bd. 8,1, Tübingen 1834, Nr. 31, S. 72.
- 52 Ebd. Nr. 48, S. 247.
- 53 Kehr (wie Anm. 27) Bd. A–H, S. 90.
- 54 Ebd. Bd. I–S, S. 248. Zu Wolleber vgl. Michael Klein: Zur Entwicklung der Geschichtsschreibung von Württemberg, in: Werner Buchholz (Hg.): Landesgeschichte in Deutschland. Bestandsaufnahme, Analysen, Perspektiven, Paderborn/München/Wien/Zürich 1998, S. 225–255, S. 234, 240 f.
- 55 Burkhardt (wie Anm. 3) S. 25.
- 56 Irtenkauf (wie Anm. 18) S. 250; Weber (wie Anm. 27): »Ein gewisser Teil [der Handschriften] hat wohl nach der Reformation bei Bindarbeiten Verwendung gefunden. Zahlreiche Pergamentumschläge sind an älteren Haller Büchern und Archivalienbänden festzustellen.«
- 57 Archiv der Freiherren von Liebenstein, Depositum im Staatsarchiv Ludwigsburg, noch ohne Signatur.



# Ein bisher unbekannter Manufakturmarkentyp auf Ludwigsburger Porzellan

von Hans Dieter Flach

Dass erst im Jahre 1961, über 160 Jahren nach seinem Gebrauch, erstmals ein bis dahin noch unbekannter Manufakturmarkentyp auffiel, war schon ein Anlass zur Verwunderung. Obendrein wurde er entdeckt von einem Kunsthistoriker und Privatforscher einer Porzellanmanufaktur, der diese Marke fälschlicherweise zugeschrieben worden war und für die sie infolgedessen abgelehnt werden musste. Ernst Kramer aus Fulda war es, der das Zeichen für die fuldische Porzellanmanufaktur zurückwies und es richtigerweise der Ludwigsburger Manufaktur als deren erste F-Marke zuordnete.<sup>1</sup> Kramer hatte damit für Ludwigsburg einen bis dahin unbekanntan Markentyp entdeckt. Sein Fund schloss eine Lücke, da nunmehr nicht nur für die Herzöge Carl Eugen und Ludwig Eugen, sondern auch für einen dritten der vier württembergischen Regenten in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts die Verwendung einer eigenen Manufakturmarke nachgewiesen war.

Bei dem Markenfund von 1961 wurde ein F einer – pinselbedingt serifenlosen – Linearantiqua-Schrift von einer Krone überdeckt (Abb. 1), sofern man die von den Marken der 35-jährigen Manufakturzeit unter Herzog Carl Eugen von Württemberg bekannte und auch bei der Kramer-Marke noch verwendete Ludwigsburger »Krone« als eine solche bezeichnen darf. Denn sie ist streng genommen ein kronenähnlicher Herzogshut, ein Mixtum aus Krone und Fürstenhut.

Die Form des gemarkten Stückes in Zusammenhang mit dem Dekor – einer polychromen Blütenmalerei – gab die Sicherheit, dass das Stück und damit die Marke aus Ludwigsburg stammen musste (Abb. 2). Denn eine Tasse identischer Form und in stilistisch gleicher Malerei war mit Doppel-C-Marken des Herzogs Carl Eugen im Württembergischen Landesmuseum Stuttgart bekannt. Nach dieser Information und auf Zuraten von Mechthild Landenberger, der damals in diesem Museum für Keramik zuständigen Konservatorin, schrieb Kramer die Marke dem Herzog Friedrich II. zu. Dieser war am 23. Dezember 1797 durch den Tod seines Vaters Herzog von Württemberg geworden, wurde 1803 Kurfürst und am 1. Januar 1806 durch Napoleons Gnaden als Friedrich I. erster König von Württemberg.

Nun ist allerdings gerade in diesem Jahrzehnt um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert eine Marke F nicht ohne weiteres Wissen dem richtigen Herrscher zuzuordnen. Denn der Vater und Thronvorgänger Herzog Friedrichs II. hieß ebenfalls Friedrich, mit zweiten Vornamen Eugen. Doch alle drei Brüder, die ab 1744 nacheinander den württembergischen Thron bestiegen hatten – Carl Eugen, Ludwig Eugen und dann am 20. Mai 1795 Friedrich Eugen –, behandelten wohl wegen der Wiederholung ihren zweiten Vornamen als den unbedeutenderen. Die weitaus meisten Anschreiben an Carl Eugen zum Beispiel sind nur an »Herzog Carl« gerichtet, wie auch er in aller Regel nur mit Carl unterschrieb. Der Name

Eugen war ihnen mitgegeben worden aus ihres Vaters Carl Alexander Verehrung für Prinz Eugen von Savoyen, unter dem er im Spanischen Erbfolgekrieg gedient hatte. Soweit wir heute Übersicht haben, wurde der Name Eugen oder seine Abkürzung beim Porzellan von keinem der drei Herzöge verwendet.<sup>2</sup> Damit hätten oder haben aber sowohl Friedrich II. als auch Friedrich Eugen mit einem F marken können.

Landenberger hat nach ihren eigenen Worten anscheinend nur darum empfohlen, die von Kramer gefundene Marke Herzog Friedrich II. zuzuschreiben, weil dieser »damals schon seine Aufmerksamkeit sehr der Porzellanmanufaktur« zugewandt hatte.<sup>3</sup> Eine Porzellanmanufaktur muss jedoch, so lange sie weiter arbeitet und weiter marken soll, auch eine Entscheidung ihres Eigners haben, mit welcher Marke sie ihre Erzeugnisse kennzeichnen soll, auch wenn der jeweilige Regent sich ansonsten wenig um sie kümmert, wie es Friedrich Eugen unterstellt wird. Gegen eine solche Charakterisierung sprechen jedoch mindestens drei Argumente.

Zum einen wird dieses Urteil über Friedrich Eugen gefällt, obwohl doch gerade in seine Regierungszeit die beachtlichen und tiefgreifenden Umorganisationen vom Sommer 1795 fallen, durch welche die seit 1777 getrennten Ludwigsburger Porzellan- und Fayence-Manufakturen wieder zusammengelegt wurden. Friedrich Eugen war es auch, der am 24. Juli 1795 über die Intendantenebene eine verantwortliche Porzellandeputation aus hohen Beamten zur Aufsicht und Beratung der Leitung der Manufakturen einsetzte. Diese Maßnahme mag ein Mittel für ihn gewesen sein, sich durch die zwischengeschaltete Ebene im täglichen Ablauf weniger häufig mit der Manufaktur beschäftigen zu müssen. Trotzdem zeigt seine Beschäftigung mit der Manufaktur prinzipiell nicht Interesselosigkeit.

Zum zweiten ist es zunächst mit dem Umsorgen der Manufaktur auch beim Sohn Friedrich nicht so weit her. Er hat zwar mehrfach daran gearbeitet, durch organisatorische Neuerungen Verbesserungen der schlechten finanziellen Ergeb-



*Abb. 1: Ludwigsburger Manufakturmarke F in Grotteskschrift unter Krone in unterglasurblau auf dem Boden der Tasse der Abb. 2.*

nisse zu erreichen; vielleicht hatte er sich demnach auch nicht so sehr fürs Porzellan, sondern überwiegend oder gar ausschließlich für die weiter wachsenden und sich bedenklich kumulierenden Verluste interessieren müssen. Die von ihm vorgenommenen Maßnahmen fallen darüber hinaus alle in das 19. Jahrhundert.<sup>4</sup> Auch die von 1797 bis 1810 weiter absinkenden Beschäftigtenzahlen bestätigen, dass ihm erst 1810, also in seiner Königszeit, ein wirklicher Durchbruch gelang.

Und zum dritten wurde nun vom Verfasser in einer Privatsammlung ein zweiter F-Markentyp aus dem ausgehenden 18. Jahrhundert gefunden. Sie hat im F, wie zu zeigen sein wird, einen sehr spezifischen, auf Friedrich Eugen weisenden Duktus.



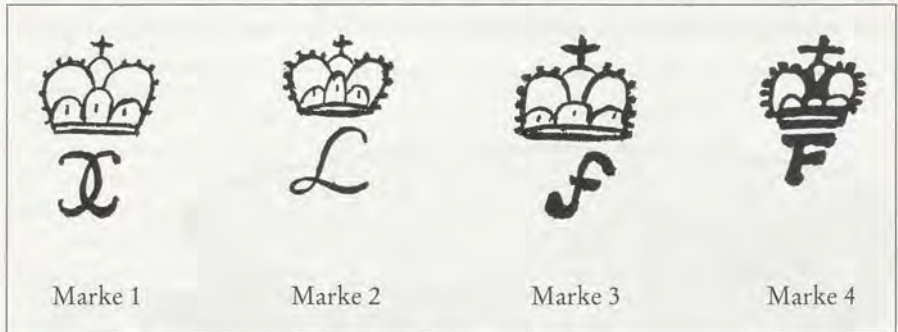
*Abb. 2: Tasse in konischer Form mit gebrochenem Henkel, schlichte polychrome Blütenmalerei auf der vorderen Wandung; Ludwigsburger Porzellan um 1800. (Britisches Museum London)*

Dieser Fund muss, zusammen mit den beiden anderen aufgeführten Argumenten, zumindest die dargebotene Eindeutigkeit der bisherigen Zuordnung in Frage stellen.

#### *Bekannte namensbezogene Marken*

In der alten Ludwigsburger Porzellanmanufaktur wurde zu aller Zeit mit Namensabkürzungen des jeweiligen Souveräns gemarkt. Ausnahmen hiervon sind lediglich eine oder drei Hirschstangen, gerahmt und ungerahmt, entnommen aus

dem württembergischen Wappen, sowie Marken mit dem Namenszug »Louisbourg«<sup>5</sup>, vielleicht auch »Ludwigsburg«.<sup>6</sup> Für Friedrich Eugens bedeutend kürzer im Herzogsamt befindlichen Thronvorgänger und Bruder, Herzog Ludwig Eugen (19 Monate Regentschaft zu 31 Monate bei Friedrich Eugen), sind schon lange zahlreiche Marken bekannt und in vielen Sammlungen und im Markt zu finden. Während Paul F. Krell noch 1875 nur die Doppel-C-Marke Carl Eugens (Abb. 3, Marke 1) anführte<sup>7</sup>, Bertold Pfeiffer in seinem frühen umfangreichen und sonst



*Abb. 3: Typische, doch idealisierte, auf die Initialen bezogene Marken der württembergischen Herzöge Carl Eugen (Marke 1), Ludwig Eugen (Marke 2), Friedrich Eugen (Marke 3) und Friedrich II. (Marke 4) auf Erzeugnissen der Ludwigsburger Porzellanmanufaktur.*

sehr informativen Beitrag aus dem Jahre 1892 keinerlei Marken zeigte und ihre Existenz nur in einer Fußnote beschrieb<sup>8</sup>, bildete erstmals 1906 Otto Wanner-Brandt in dem von ihm herausgegebenen »Album der Erzeugnisse der ehemaligen Manufaktur Alt-Ludwigsburg«, das aus der großen Ausstellung des Vorjahres im Residenzschloss in Stuttgart resultierte, zahlreiche Manufakturmarken ab.<sup>9</sup>

Die Markentafel im Wanner-Brandtschen Album zeigt neben zahlreichen anderen Manufakturmarkentypen und Künstlerzeichen vier verschiedene L-Marken: jeweils ein L allein, eines mit einer und eines mit drei unter ihm platzierten Geweihstangen sowie ein bekröntes L (Abb. 3, Marke 2). Auf dem Porzellan steht hinter dem L auf manchen Stücken ein Punkt. Die L-Form ist in allen Fällen im Wesentlichen in gleichem Duktus gemalt. Dass die L-Marke in zwei Versionen auch in Verbindung mit Geweihstangen vorkommt, lässt es wahrscheinlich erscheinen, dass während der Zeit Ludwig Eugens mit Geweihstangen auch ohne L gemarkt worden ist. Denn andere Namensmarken sind nicht in Verbindung mit Hirschstangen bekannt geworden, bis auf zwei Ausnahmen: Zum einen existiert ein Ludwigsburger Fayencestück – ein übergroßer Walzenkrug mit 2,65 Liter Fassungsvermögen –, das ein Doppel-C in Verbindung mit einer Hirschstange als Marke trägt.<sup>10</sup> Zum anderen sandte gemäß einer zweisprachigen Spezifikation König Friedrich am 23. November 1815 ein Porzellan-Konvolut an verschiedene »Allerhöchste Personen der Königl. Familie von Großbritannien«; in der Aufstellung sind alle Nummern mit einer Hirschstange gekennzeichnet<sup>11</sup>, woraus man schließen darf, dass die Porzellane in dieser Weise gemarkt waren.

Dass Carl Eugen und Ludwig Eugen mit einem eigenen namensbezogenen Zeichen markieren ließen, einer der beiden auf diese folgenden Herzöge jedoch nicht, vielmehr – nach dem Überspringen von Ludwig Eugen – in deren Regierungszeit die Doppel-Cs Carl Eugens wieder verwendet worden sein sollen, was schon 1862 Albert Jacquemart behauptet hatte<sup>12</sup> und auch in neuerer Literatur noch angeführt wird<sup>13</sup>, ist nicht glaubwürdig und müsste im Einzelnen belegt werden. Ob solche Datierungen durch Stilvergleiche anhand von Form und Dekor bei dem im Jahrzehnt ab 1795 in keiner Weise mehr innovativen und insbesondere nicht mehr kurzfristig wechselnden und nicht mehr charakteristisch ausgeprägten Schaffen der Ludwigsburger Manufaktur überhaupt möglich sind, müsste geprüft und dabei bedacht werden, ob nicht ältere, länger gelagerte Weißware, die bereits mit der Doppel-C-Marke versehen war, vielleicht später, unter Friedrich Eugen, bemalt worden ist. Dass beim Tode von Carl Eugen 14 656 unbemalte Stücke, also Weißware, im Hauptmagazin inventarisiert wurden (darunter allein 1250 der heute so seltenen Schokoladebecher!), zu denen aus ermittelten 12 678 Stücken verglühter Ware möglicherweise auch bereits gemarkte Ausformungen hinzukommen<sup>14</sup>, bestärkt die hier vertretene These einer häufig praktizierten späteren Bemalung unter Carl Eugens Nachfolger. Ein solches Vorgehen müsste besonders forciert worden sein von Regenten, die sich stärker bemühten, die Kosten der Manufaktur so niedrig wie möglich zu halten.

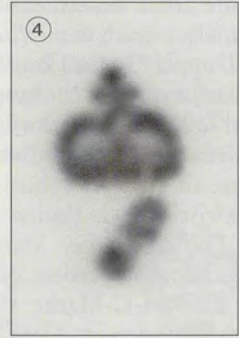
#### *Die neue F-Marke – warum eine Friedrich-Eugen-Marke?*

Fast 40 Jahre nach der Entdeckung Kramers konnte jetzt ein anderer, bisher nicht bekannter F-Markentyp aufgefunden gemacht werden, der beim F einen völlig anderen Duktus als die 1961 gefundene F-Marke aufweist (Abb. 4). Während die von Kramer entdeckte F-Marke einem Großbuchstaben eines Antiqua-Typs entspricht (Abb. 3, Marke 4), gleicht die neue mehr einem altdeutschen Großbuchstaben (Abb. 3, Marke 3). Sie schließt eine letzte Lücke, da mit ihr nun auch für Herzog Friedrich Eugen eine eigene, auf seinen Namen bezogene Manufakturmarke nachgewiesen werden kann.

Die neue F-Marke wurde gefunden auf dem Boden eines flachen Tellers mit einer Altozierfahne (ein Relief mit in sich geflochtenen, geraden Stegen) in der untrüglichen Art seiner langjährigen, nur mit geringen Variationen erfolgten Ludwigsburger Herstellung (Abb. 5). Altozier macht insbesondere auf Tellerfahnen weit über 99 Prozent der heute in Museen, Privatsammlungen und im Markt zu findenden Ludwigsburger Ozier-Teller aus; die übrigen drei Ludwigsburger Ozierarten<sup>15</sup> erreichen zusammen nur kleine Promille-Anteile. Der Teller repräsentiert also eine weit verbreitete Ludwigsburger Form. Auch der Dekor ist in seiner Schlichtheit und seinem Stilcharakter unbedingt der Ludwigsburger Produktion im letzten Jahrzehnt des 18. bzw. im frühen 19. Jahrhundert zuzuschreiben. Damit kann sicher ausgeschlossen werden, dass der Teller mit der neuen Marke nicht Ludwigsburger Herkunft ist.

Es ist in der deutschen Manufakturlandschaft ungewöhnlich und somit selten praktiziert worden, dass Regenten in ihrer Regierungszeit eine einmal eingeführte, auf ihren Namen bezogene Manufakturmarke prinzipiell ändern ließen, es sei denn ihr Rangstatus erhöhte sich.<sup>16</sup> Im Detail änderten sich die gemalten Mar-

*Abb. 4: Ludwigsburger Manufakturmarke F in altdeutscher Schrift unter Krone in unterglasurblau auf dem Boden des Tellers der Abb. 5.*



*Abb. 5: Flacher Teller mit Altozierfahne, im Spiegel einfacher polychromer Blumenstrauß, Streublümchen auf Fahne und Spiegel; Ludwigsburger Porzellan 1795/97; Durchmesser 24,5 cm (ehemals Sammlung Abs).*

ken freilich schon durch die tägliche Ausführung per Hand, denn auf das Herstellen der Marke wurde vielerorts, so auch in Ludwigsburg (die ersten zwei bis drei Produktionsjahre ausgenommen), nicht gerade die größte Sorgfalt gelegt. Umso erstaunlicher ist es, dass die Manufakturmarke nicht verbreiteter mit Stempeln geprägt wurde, wo doch ein solcher Einsatz kostengünstige Funktionserfüllung mit einer konstanten Markenqualität verband. In Ludwigsburg beispielsweise wurde die Manufakturmarke im Gegensatz zu den Manufakturen in Wien und München, Augarten und Neudeck/Nymphenburg, nie geprägt<sup>17</sup>, wohl aber unter Friedrich I. um 1810/1816 teilweise farbgestempelt.

Da bis zu weiteren Klärungen zu unterstellen ist, dass auch die beiden hier in Frage kommenden Herzöge, Friedrich Eugen und Friedrich II., den Duktus ihres



*Abb. 6: Tasse in konischer Form mit gebrochenem Henkel, schlichte polychrome Blütenmalerei auf der vorderen Wandung, rückseitig zwei große Streublümchen mit für diese Zeit typischen bunten Stiefmütterchen; Ludwigsburger Porzellan um 1793/1800.*

Zeichens im Wesen nicht änderten, kann man davon ausgehen, dass die beiden gefundenen F-Marken jeweils einen anderen Regenten repräsentierten. Und damit stehen wir vor der Frage: Welche der beiden F-Marken gehört zu welchem Herzog?

Der Rat Kramers, die Lokalforschung möge herausbekommen, ob es sich bei seiner Marke um einen Herzogs- oder Kurhut handelt, kann leider keine Datierungshilfe geben, weil der Hut sowohl der Kramerschen als auch der jetzt neu entdeckten Marke von der Form nicht abweicht, wie sie Carl Eugen lange Jahre – wenn auch oft sehr lässig ausgeführt – hatte benutzen lassen. Es ist zwar nicht auszuschließen, dass sich Friedrich II. nach seiner Ernennung

zum Kurfürsten eine neue Marke zulegte; ein solches Vorgehen ist jedoch nicht wahrscheinlich.

In derselben Form für Tassenkörper und -henkel sowie völlig stilgleicher bunter Blumenmalerei wie die Tasse der Abbildung 2 gibt es neben den beiden erwähnten Tassen mit der Doppel-C- und Linearantiqua-F-Marke auch eine formidentische Tasse (Abb. 6), die mit drei Geweihstangen in einer Schildrahmung – alles in unterglasurblau – gemarkt ist. Die Marke wurde schon bei Wanner-Brandt abgebildet.<sup>18</sup> Aus den beiden Marken des Doppel-C und des Friedrich II.-F lässt sich ableiten, dass diese Tassenform längerfristig im Produktionsprogramm war. Die Hirschstangen-Tasse ist mit der Tasse aus dem Britischen Museum auch in Details übereinstimmend, die nicht sofort ins Auge springen, nämlich die Staffierung des Henkels mit einerseits einer dem unprofilierten Henkelverlauf beidseitig seitlich mittig folgenden Linie, andererseits dem Betonen der grob profilierten Henkelansätze oben und unten durch gemalte ornamentale, dreieckige Abgrenzungen. Ein Vergleich der Abbildungen 2 und 6 verdeutlicht diese Aussage. Es wäre ungewöhnlich, wenn solche Details über längere Perioden exakt beibehalten worden wären. Die Tasse wird also wahrscheinlich zeitnahe zur Periode Friedrichs II. hergestellt worden sein, was wiederum vermuten ließe, dass auch während der Regierungszeiten beider Friedrichs Hirschstangen verwendet wurden.

Da jetzt für jeden Herzog eine namensbezogene Marke bekannt ist, kann sicher bestätigt werden, dass am Ende des 18. Jahrhunderts mit Geweihstangen zumindest zeitweise neben persönlichen, namensbezogenen Manufakturmarken gekennzeichnet wurde. Der Grund des Wechsels von der einen zur anderen Marke unter ein und demselben Souverän bleibt unbekannt. Hier könnte die These helfen, dass die namensneutrale Hirschstangenmarke von der Manufaktur in der – jeweils kurzen – Zeitspanne gewählt wurde, die auf einen Thronwechsel folgte und in der der neue Landesherr zunächst Wichtigeres zu entscheiden hatte, als sich eine neue, für ihn geltende Porzellanmarke auszusuchen.

Aus dem Zwang heraus, weder aus der Form ihres Trägerstückes noch seinem nur perioden-charakteristischen, nicht aber auf bestimmte Jahre festlegbaren Dekor Datierungshilfen innerhalb eines so eingengten Zeitraums von 1795 bis um 1803, höchstens bis um 1806 gewinnen zu können, müssen in diesem Fall auch andere Ansatzpunkte und Wege für eine Zuordnung der Manufakturmarken zu den betreffenden Herzogsperioden gesucht werden. Da es sich bei den beiden zur Frage stehenden Marken um Anfangsbuchstaben der Namen von zwei Herzögen handelt, liegt es nahe, ihrer beiden Unterschriften zur Zuordnung der beiden Ausformungen mit heranzuziehen. Denn es kann sehr wohl sein, dass sich entweder die Manufaktur in Anlehnung an diese Vorlagen ausrichtete, wenn sie bei Wechsel des Landesherrn jeweils eine Manufakturmarke festzulegen hatte, oder – noch wahrscheinlicher – der Regent gab ihr den Markentyp vor und orientierte sich dabei automatisch an seiner eigenen Signatur.<sup>19</sup>

Abbildung 7 zeigt Beispiele für Unterschriften von Friedrich Eugen und von Friedrich II., jeweils mit dem Datum ihrer Erstellung. Aus den Unterschriften Friedrich Eugens, speziell aus seiner späten, kann man ersehen, dass der ungewöhnliche Schriftzug seines F unzweideutig Vorlage für die von der Manufaktur eingeführte Marke war. Die gegenläufig geschwungene Form des F in seiner Signatur mit mittigem waagrechten Querstrich stimmt völlig überein mit dem Duktus der Marke 3 der Abbildung 3 und damit mit der neuen Marke auf dem Teller. Das



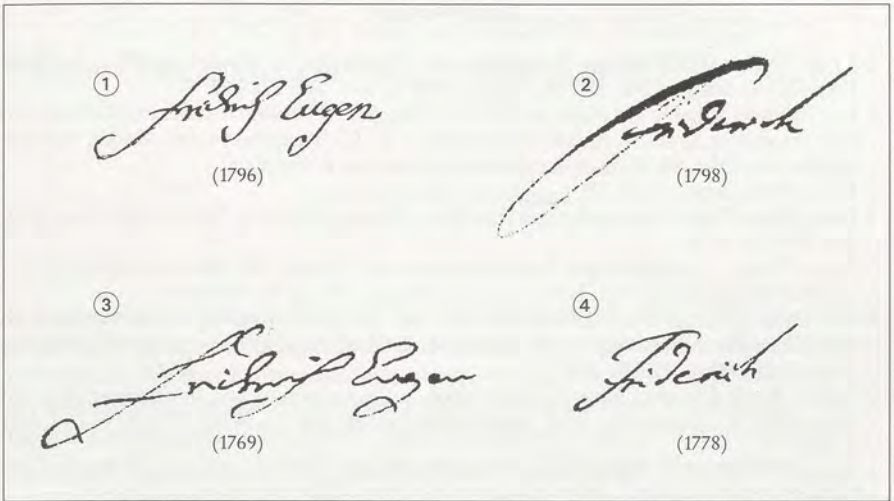


Abb. 7: Signaturen der Herzöge Friedrich Eugen (links) und Friedrich II. (rechts) aus unterschiedlichen Altersperioden (Quellen: Nr. 1 und 2: Stadtarchiv Ludwigsburg, L 1 Bü 74 und 100; Nr. 3 und 4: Hauptstaatsarchiv Stuttgart, G 236 Bü 3 und G 243 Bü 3).

F der Signatur von Friedrich II. seinerseits bietet nur in seiner frühen Form gewisse Anhaltspunkte; der Anfangsbuchstabe seiner späten Signatur ist so wenig prägnant, dass er als Vorlage in der Manufaktur nicht geeignet war und sich darum wohl das einfache Druck-F, angelehnt an seine frühe Signaturform, als Marke herausbildete. Man darf also davon ausgehen, dass die schon seit 1961 bekannte Marke (Abb. 1) zu Herzog Friedrich II. gehört, die jetzt neu entdeckte (Abb. 4) zu Herzog Friedrich Eugen.

Damit ist nun für jeden der zur Lebenszeit der Ludwigsburger Porzellanmanufaktur regierenden Herzöge im 18. Jahrhundert sowie die beiden Könige im frühen 19. Jahrhundert bis zur Schließung der Manufaktur 1824 eine von der Initiale des jeweiligen Regenten abgeleitete Manufakturmarke nachgewiesen. Dass von beiden F-Marken, sowohl von der Marke Friedrich Eugens als auch von der Marke Friedrichs II., bisher jeweils nur ein Porzellanstück nachgewiesen ist, bestätigt auch die oben vertretene These, dass unter diesen Herzögen vielleicht umfangreiche Weißware aus dem Bestand der Zeit Carl Eugens (gemarkt mit Doppel-Cs) weiter bearbeitet, das heißt insbesondere bemalt wurde. Leider sind bis jetzt noch keine Aufzeichnungen gefunden worden, die uns Auskunft über die Zahl der in diesem Zeitraum vorgenommenen Brände geben und somit diese These bestätigen könnten; diese kennt man erst aus dem 19. Jahrhundert. Auch die Frage, ob Friedrich II. während seiner Kurfürstenzeit (1803–1806) eine spezifische Marke benutzen ließ, muss noch weiterhin offen bleiben.

## Anmerkungen

- 1 Ernst Kramer: Eine seltene Ludwigsburger Blaumarke, in: Mitteilungsblatt/Keramik-Freunde der Schweiz Nr. 55 vom August 1961, S. 16 f. und Tafel 11.
- 2 Der Hinweis auf eine »Markentafel EF« bei Danckert (Handbuch des Europäischen Porzellans) und in Kramers Aufsatz (wie Anm. 1, S. 17) bezeichnet keine Marke, sondern spricht eine Tafel mit Marken der Anfangsbuchstaben E und F an.
- 3 Kramer (wie Anm. 1), S. 17.
- 4 Hans Dieter Flach: Ludwigsburger Porzellan, Fayence, Steingut, Kacheln, Fliesen, Stuttgart 1997, S. 43 ff.
- 5 Hans Christ: Ludwigsburger Porzellanfiguren, in: Bücher der Kunstsammlungen des württembergischen Staates, Bd. 1, Stuttgart/Berlin 1921, S. 40 Marke 21.
- 6 Die Ludwigsburger Porzellanmanufaktur einst und jetzt, Katalog zur Ausstellung im Deutschen Porzellanmuseum vom November 1990 bis April 1991, hrsg. von Wilhelm Siemen, Hohenberg 1990, S. 278.
- 7 Paul F. Krell: Die ehemalige Porcellanfabrik zu Ludwigsburg und ihre Erzeugnisse, in: Blätter für Kunstgewerbe, hrsg. von Valentin Teirich, Bd. IV, Wien 1875, S. 53–58, hier S. 55.
- 8 Bertold Pfeiffer: Die Ludwigsburger Porzellanfabrik, in: Württembergische Vierteljahrshefte für Landesgeschichte NF 1, 1892, S. 241–293, hier S. 257 Fußnote 1.
- 9 Album der Erzeugnisse der ehemaligen Manufaktur Alt-Ludwigsburg, nebst kunstgeschichtlicher Abhandlung von Bertold Pfeiffer, hrsg. von Otto Wanner-Brandt, Stuttgart 1906, S. V.
- 10 Flach (wie Anm. 4), S. 659 Identnummer 1357.
- 11 Staatsarchiv Ludwigsburg, E 17 Bü 143.
- 12 Albert Jacquemart/Edmond le Blant: Histoire artistique, industrielle et commerciale de la Porcelaine, Paris 1862, S. 437.
- 13 Mechthild Landenberger: Die Ludwigsburger Porzellan-Manufaktur, in: Katalog der Ausstellung Alt-Ludwigsburger Porzellan, 8. Mai bis 31. Juli 1959 in Schloss Ludwigsburg, Stuttgart 1959, S. 12–31, hier S. 16.
- 14 Hauptstaatsarchiv Stuttgart, A 248 Bü 2435.
- 15 Abgebildet nachgewiesen in Flach (wie Anm. 4), S. 705.
- 16 Einen solchen Fall sieht man zum Beispiel in der Markenveränderung Friedrichs II. bei seinem Aufstieg zur Königswürde; vgl. Flach (wie Anm. 4), S. 66.
- 17 Die gerade 1999/2000 im Markt kursierenden Ludwigsburger Stücke mit solchen Prägemarken sind Fälschungen.
- 18 Album der Erzeugnisse (wie Anm. 9), S. V, Markenreihe 3.
- 19 Dass der jeweilige Herrscher gefragt wurde, wissen wir zum Beispiel aus Meißen: Nachdem August der Starke – neben Kurfürst von Sachsen zugleich König von Polen – 1733 gestorben war, wurde unmittelbar danach sein Nachfolger in Sachsen, Friedrich August II., gefragt, welche Marken er auf seinem Porzellan wünsche, weil zum Beispiel in der AR-Marke das »R« für Rex nun keine Berechtigung mehr hatte; vgl. Robert E. Röntgen: Die Meissner AR-Marke – Irrungen und Wirrungen, in: Keramos, Heft 106, Oktober 1984, S. 13–18, hier S. 14.

# »Einen Keil in das Gewissen schlagen« Der Theologe Ludwig Hofacker (1798–1828)

von Albrecht Gühring

Die »Allgemeine Deutsche Biographie« von 1880 nennt Ludwig Hofacker »einen der bedeutendsten und eingreifendsten Prediger dieses Jahrhunderts«. <sup>1</sup> Während Hofacker in »Meyers Konversationslexikon« von 1876 noch keine Erwähnung findet, würdigt ihn das Nachschlagewerk 1897: »Schwäbischer Theologe, . . . hat in ungemein viel gelesenen Predigten (1827) auf Verbreitung einer ernst pietistischen, den Sühnetod Jesu zum Mittelpunkt machenden Gläubigkeit hingewirkt.« <sup>2</sup>

Zum Umfeld legte Karl Müller 1925 zum ersten Mal eine wissenschaftliche Untersuchung vor. <sup>3</sup> Er zeigt darin den Gegensatz einer Gruppe eingeschworener junger Pfarrer zum Rationalismus und Supranaturalismus <sup>4</sup> und die Nähe zur Brüdergemeinde, die gewissermaßen neutral und von beiden Strömungen nicht betroffen war. Im Mittelpunkt sieht er den älteren Christian Adam Dann, Albert Knapp und vor allem Ludwig Hofacker mit der größten Resonanz in der Öffentlichkeit. Müller führt die Wirksamkeit der Gruppe weiter bis in die Politik, so z. B. beim Eintreten für Preußen als deutsche Führungsmacht. <sup>5</sup>

Eine treffende Charakterisierung verfasste Hermann Ehmer einleitend in seinem Lebensbild Hofackers: »Knapp zweieinhalb Jahre, von 1826 bis 1828, war Ludwig Hofacker Pfarrer von Rielingshausen. Er war schon ein bekannter Prediger, als er hierher kam und hat weit über Rielingshausen hinaus gewirkt, wo er im Alter von 30 Jahren starb. Hofackers Predigten haben noch lange nach seinem Tod durch das Predigtbuch, das von seinem Bruder herausgegeben wurde, in Dutzenden von Auflagen unzähligen Menschen im deutschen Sprachraum und darüber hinaus als Andachts- und Erbauungsbuch gedient. Sein kurzes Wirken als Prediger und die Wirkung seines Predigtbuches machen die Bedeutung Hofackers aus.« <sup>6</sup>

## *Die Eltern, Brüder und Vorfahren Ludwig Hofackers*

Die Eltern Ludwig Hofackers entstammten typischen Familien der so genannten württembergischen Ehrbarkeit, die zahlreiche hohe Beamte, Geistliche und später auch Offiziere hervorbrachten. Auch sein Vater Karl Friedrich war Theologe und heiratete 1793 die Theologentochter Friederike Klemm (1770–1827) aus Hildrizhausen. Vom Jahr der Hochzeit bis wenige Wochen nach der Geburt des Sohnes Ludwig am 15. April 1798 lebte das Ehepaar in Wildbad, wo Karl Friedrich Hofacker die Stelle des Diakons und zweiten Pfarrers versah. Dann wurde Ludwigs Vater nach Gärtringen bei Herrenberg und 1811 nach Öschingen bei Tübingen versetzt. Bereits 1812 erfolgte die Ernennung zum Pfarrer der Stuttgarter Leonhardskirche und schließlich zum Dekan des Amtsbezirks Stuttgart. Nach längerem Lei-

den starb Karl Friedrich Hofacker 1824 mit 66 Jahren in Stuttgart an den Folgen eines Schlaganfalls.<sup>7</sup>

Christian Sigel schreibt über ihn: »In diesem gewaltigen Manne wogte ein gewaltiges Leben, er war grundehrlich und sehr verständig, von hervorragender Tüchtigkeit im Amt, ein guter Redner, dabei derb, herb und manchmal zornmütig; er ehrte Gott und hielt hoch von Christi Person Worten und Taten.«<sup>8</sup> Heinrich Hermelink beschreibt ihn als »ein Hüne von Gestalt, oft unbeherrscht, aus der streitbaren Schule der Supranaturalisten, ein Gegner des Pietismus, dem er aber unter des Sohnes Einfluss kurz vor seinem Tode doch noch zufiel.«<sup>9</sup>



*Ludwig Hofackers Eltern: Karl Friedrich Hofacker (1758–1824) und Friederike Hofacker geb. Klemm (1770–1827)*

Karl Friedrich Hofackers Frau war die Tochter des Pfarrers Johann Christoph Klemm aus dessen zweiter Ehe. In erster Ehe war Klemm mit einer Tochter des berühmten Theologen und Theosophen Friedrich Christoph Öttinger verheiratet. Öttinger urteilte über seinen Schwiegersohn: »Klemm ist so übelnehmig, ein alles von der schlimmen Seite ansehender Mann, daß meine Tochter, die schon alles gelitten, davonläuft, denn seine Blicke sind Messerstiche. Der Mensch muß wohl verrückt sein. Großes Elend! Ich klage mich an, daß ich mich durch den Spruch: Die Liebe hoffet alles, habe verleiten lassen, wider die Weise der Sprichwörter zu handeln.«<sup>10</sup>

Offenbar war Klemms Tochter, die Mutter Ludwig Hofackers, von anderer Natur als der Vater. Über sie erfahren wir: »Sie war geistreich, grundgescheit, witzig, im Hause sehr tüchtig, männlich und kräftig durchgreifend, manchmal derb,

aber gesund urteilend, gemütvoll, ihre Liebe viel mehr mit der Tat als mit Worten bekundend.«<sup>11</sup> Klemm selbst sagte über seine Tochter: »Herrlichst begabt unter allen meinen Kindern. Der Herr bewahre diesen Weinstock, er reinige ihn, daß er immer mehr Früchte trage.«<sup>12</sup>

Nach dem Tod ihres Mannes lebte Friederike Hofacker zuletzt bei ihren Söhnen Ludwig und Max im Rielingshäuser Pfarrhaus, wo sie 1827 starb und auf dem Rielingshäuser Friedhof beigesetzt wurde. Von ihren insgesamt sieben Söhnen sind drei schon früh gestorben. Die drei anderen Brüder Ludwig Hofackers seien hier kurz vorgestellt.

Der 1794 geborene Karl Wilhelm Ludwig wurde promovierter Jurist und war Oberjustizrat in Esslingen und Obertribunaldirektor in Stuttgart, wo er 1866 starb. Der spätere Kommentur des Kronordens (verbunden mit dem württembergischen Personaladel) war von 1826 bis 1830 Landtagsabgeordneter für das Oberamt Welzheim.<sup>13</sup> 1825 bis 1828/29 war er als königlicher Kommissär an der Universität Tübingen mit 20 Landjägern zur Unterdrückung von Unruhen geheimer Studentenverbindungen erfolgreich eingesetzt.<sup>14</sup> Karls Söhne waren Cäsar (1831–1896), Rittmeister und Landesoberstallmeister, der ebenfalls den württembergischen Personaladel erhielt und Anna Freiin Varnbüler von Hemmingen heiratete, sowie Carl Friedrich, Justizassessor in Urach, und Gustav Ludwig, promovierter Chemiker.<sup>15</sup> Cäsars Sohn Eberhard (1861–1928) wurde 1909 als Generalleutnant in den erblichen Adelsstand erhoben. Er war mit Albertine, Gräfin von Uexküll-Gyllenband verheiratet. Ihr 1896 in Ludwigsburg geborener Sohn Cäsar von Hofacker (Urgroßneffe Ludwigs), im Zivilleben Prokurist, beteiligte sich 1944 als Oberstleutnant im Stab des Militärbefehlshabers in Frankreich aktiv am Widerstand gegen Hitler und wurde am 20. Dezember 1944 in Berlin-Plötzensee hingerichtet. Er war mit einer Großnichte des sozialistischen Theoretikers Friedrich Engels verheiratet.<sup>16</sup>

Ludwig Hofackers Bruder Maximilian Ernst Traugott kam 1801 zur Welt und blieb unverheiratet. Er war geisteskrank und starb 1869 in Waiblingen. Mit seiner Ansicht, dass man der Schrift unbedingten Glauben schuldig sei, hatte er bedeutenden Einfluss auf die Bekehrung Ludwigs. Er war »ein höchst eigentümlicher, frühe tief sinniger Jüngling, welcher später in allerlei theosophische Verwirrungen und zuletzt in dunkle Gemütskrankheit versank«.<sup>17</sup>

Wilhelm Friedrich Hofacker (1805–1848) folgte dem Vater und dem älteren Bruder im Beruf als Theologe. Von Frühjahr bis Spätherbst 1828 stand er seinem Bruder in Rielingshausen als Vikar bei und wurde nach dessen Tod im November 1828 dort für acht Monate Pfarrverweser. Er war später Diakon in Waiblingen, dann von 1835 bis zu seinem Tode Pfarrer an der Stuttgarter Leonhardskirche und besorgte im Nebenamt die Vorstandsgeschäfte der Evangelischen Gesellschaft in Stuttgart. Im Gegensatz zu seinem Bruder Ludwig verlief Wilhelms innere Entwicklung ohne Bruch. Er war theologisch sehr begabt und erhielt einen Ruf auf einen theologischen Lehrstuhl der Universität Marburg, den er aber ablehnte. Ihm ist die Herausgabe der Predigten Ludwigs Hofackers im Druck zu verdanken.<sup>18</sup> Wilhelm Hofacker war mit Luise, der Tochter des württembergischen Ministers von Weckherlin verheiratet.<sup>19</sup>

Ludwig Hofackers Vater war begeisterter Genealoge und führte seine Abstammung auf Karl den Großen zurück.<sup>20</sup> Zwar ist er den barocken Ausschmückungen der alten Stammbaumphantasien erlegen, doch ergibt die jetzige Forschung, dass

er doch Recht hatte, auch wenn die Abstammung über andere, damals noch unbekannte Linien läuft (z. B. Bidenbach, Thumb von Neuburg).

Die Familie Hofacker ist ursprünglich eine alte Schwäbisch Haller Handwerkerfamilie. Bereits 1396 werden Seitz, Claus, Heinz und Hans Hofacker in der Siederstadt erwähnt. Die in der Katharinenvorstadt wohnende Weberfamilie war nicht reich. Ein Spross brachte es jedoch zum Metzger und hatte zudem eine glückliche Hand bei der Wahl seiner Ehepartnerin. Dieser Georg Hofacker (1569–1646) ist der vierfache Urgroßvater Ludwigs Hofackers. Er heiratete 1598 in erster Ehe Margarethe Speltacher aus einem alten Müllergeschlecht (Ludwigs direkte Vorfahren stammen aus der zweiten Ehe). Deren erster Mann hatte 1400 Gulden versteuert, während die Hofackers kaum über 100 Gulden kamen. Das Vermögen des glücklich heiratenden Hofacker wuchs rasch auf 3600 Gulden. Sein Sohn aus zweiter Ehe mit einem Mädchen vom Lande, Georg Ulrich, wurde Stadtschreiber in Württemberg und begründete eine Dynastie von Pfarrern und Beamten.<sup>21</sup>

### *Schule und Studium*

Karl Friedrich Hofacker unterrichtete seine Söhne mit hohen Anforderungen selbst, besonders in Latein, Mathematik und Geometrie. In den letzteren Fächern war Ludwig schlecht, aber Latein lag ihm. »Es wird von ihm erzählt, dass er ein heiterer Knabe war und sich durch eine besondere Gutmütigkeit und Anspruchslosigkeit auszeichnete.«<sup>22</sup>

Obwohl der Vater Ludwig anfänglich für die Verwaltungslaufbahn bestimmt hatte, kam er nach der Konfirmation 1812 zu dem Schluss, seinen Sohn Theologie studieren zu lassen. Ludwig nahm den Vorschlag begeistert an. Zum Besuch des Tübinger Stifts musste er allerdings das so genannte Landexamen vorweisen, das er nach eineinhalb Jahren Vorbereitung bei seinem Onkel, dem Rektor Jeremias Friedrich Reuß in Esslingen, 1813 bestand. Nach dem Besuch der Seminare Schöntal und Maulbronn begann Ludwig Hofacker im Herbst 1816 sein Studium in Tübingen. Dieses gliederte sich in die üblichen zwei Jahre Philosophie, nach denen man den Magistergrad erwarb, und das daran anschließende eigentliche Theologiestudium.<sup>23</sup>

Die Studienzeit genoss Hofacker zunächst, er »schwamm im Studentenleben dahin«. Dazu trug auch die keineswegs ihrem Namen entsprechende Studentengesellschaft »Solidia« bei, die ihm die lustigsten Trinkgesellen an die Seite gab. Er wurde aber bald von einer »leidenschaftlichen Wahrheitssuche umgetrieben«. Im Herbst 1818 erklärte Hofacker seinem Vater, dass er am Scheidewege stehe, entweder er gehe unter oder er werde ein anderer. Selbst urteilte er später: »Ich war weit von Gott weggekommen und steckte in greulicher Sündenfinsternis.«<sup>24</sup>

Erfüllung fand Hofacker schließlich in den »Stiftsstunden«, die eine Gruppe pietistisch orientierter Stiftsstudenten abhielt. Die früher schon existierende Versammlung war erst seit 1815 wieder aktiv. Ihr gehörten auch Auswärtige an, z. B. der Stuttgarter Gipsersohn Christian Gottlob Barth. Der spätere Pfarrer gründete den ersten Studentenmissionsverein und war später Leiter des Calwer Verlagsvereins. Aus der theologischen Fakultät besuchten die »Stunde« die Professoren Steudel und Christian Friedrich Schmid und von den Pfarrern der Umgebung bei-

spielsweise der nach Öschingen strafversetzte Christian Adam Dann. Hofacker besuchte daneben auch christliche Erbauungsstunden frommer Tübinger Geschäftsleute und Weingärtner.<sup>25</sup>

Hermelink urteilt: »Was ihn anzog, war die Entschiedenheit; alle Halbheit war ihm ein Greuel.« Daher war seine Bekehrung auch ein scharfer Bruch mit seinem bisherigem Wesen und Umgang. »Mit Gewalt wollte er das Himmelreich an sich reißen, alles schon auf einmal haben.« »Denket no, der Hofacker ist ein Pietist geworden«, sagten seine alten Freunde. Als »ungeheure Überraschung« lief diese Nachricht am Anfang des Wintersemesters 1818/19 durch das Stift und schien »rein unglaublich«, weil man das beim »Bruder Lustig am allerwenigsten erwartet hatte«, so Hermelink. Nach eigener Meinung wandelte Hofacker vorher »in lauter guter Meinung an den Abgründen der Schwärmerei herum«. Hermelink weiter: »Unter schwankendem Hin und Her, zwischen Ebbe und Flut seiner Empfindungen, kasteite er seinen Leib durch schonungslose Enthaltbarkeit, so dass er wohl damals schon sich den Grund legte zur Krankheit, die ihm den frühen Tod bringen sollte.« Sein »selbstquälerisches Wesen« verbot ihm oft das Essen und Trinken. Von dieser Enthaltbarkeit, bekennt er später, »erlöste mich Gott durch meine Krankheit in Tübingen«. Tatsächlich wird Wassersucht, seine letztendliche Todesursache, unter anderem durch falsche Ernährung und Eiweißmangel ausgelöst. Der planmäßige Abschluss des Studiums wurde durch die Erkrankung am »Nervenfieber« im Sommer 1820 vereitelt. Erst im Januar 1821 konnte er das Examen ablegen.<sup>26</sup>

### *Ludwig Hofacker als Theologe*

Die »Revolution von oben« durch den absolutistischen Herrscher König Friedrich I. war mit der württembergischen Verfassung unter seinem Nachfolger Wilhelm I. zu einem gewissen Abschluss gekommen. Die Integration der neuwürttembergischen Gebiete führte auch unter theologischem Aspekt zu Problemen, da die Mehrzahl der Bevölkerung in den neuen Gebieten katholisch war. Die Kirche löste sich langsam aus den absolutistischen Fesseln und verschiedene Richtungen entwickelten sich, so neben dem Pietismus die wissenschaftliche Theologie, die den Supranaturalismus überwand und nach Hegels Geschichtsphilosophie die Wandlung zur historischen Theologie vollzog. Im ganzen Land blühten die von den so genannten württembergischen Vätern gegründeten Gemeinschaften. Darunter waren auch die Kreise, die das Gesangbuch von 1791 und die Liturgie von 1809 mitsamt der rationalistischen Theologie ablehnten. Die chiliastischen (endzeitlichen) Strömungen wurden mit dem Heranrücken des Jahres 1836, für das Johann Albrecht Bengel die Erfüllung der Offenbarung Johannis vorhergesagt hatte, immer stärker.

Die größte Wirkung erzielte die Erweckungsbewegung Ludwig Hofackers, der streng nach dem Wort leben und Halbheiten meiden wollte. Auch seine Grundlage war eine Zeit lang Bengels Prophetie von dem im Jahr 1836 hereinbrechenden neuen Äon (Chiliasmus). So konnte es in diesen letzten Zeiten nicht mehr um Weisheit der Welt oder sozialen Fortschritt, sondern nur um die Vorbereitung auf das Neue, um Erweckung und Entscheidung gehen. »Hofacker meint einen grandiosen, rigorosen Exodus aus Theologie, Kirchlichkeit und Gesellschaft.«

Jegliches theologische System, alle Philosophie und Wissenschaft war jetzt Auflehnung gegen Gott, jede kulturelle Leistung wie Dichtung, Musik und alle Freude an Behaglichkeit war Abfall von Gott. Hofacker glaubte gar, in der Leitung der württembergischen Landeskirche »eine unter Höflichkeiten verborgene Feindschaft gegen das Evangelium« zu bemerken und akzeptierte nur den König als von Gott berufenen Hüter der Ordnung. Bei aller Abkehr von der Welt übernahm die Bewegung aber auch Impulse der Zeit, z. B. auf dem Gebiet der Publizistik. Hofacker prägte den Pietismus des 19. Jahrhunderts entscheidend mit Betonung des so genannten schmalen Wegs. »Er ist ein Prophet gegen allen Optimismus des Fortschritts in Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft am Beginn einer Epoche des Fortschritts; er nimmt auch politisch die konservative Haltung seiner Nachfolger vorweg.«<sup>27</sup>

Die Predigt, also der Mittelpunkt des evangelischen Gottesdienstes, war die größte Begabung Hofackers. Er predigte auswendig und sozusagen direkt in die Herzen der Menschen hinein. In Stetten und Plieningen fanden seine Predigten enormen Zulauf und sogar aus den umliegenden Dörfern kamen Zuhörer. Auch seine erste Predigt nach seiner Krankheit Ende Januar 1823 in der Stuttgarter Leonhardskirche fand enormen Zulauf. Daneben lag ihm die Seelsorge, besonders an Kranken, am Herzen. Teilweise sah sein Plan den Besuch von bis zu acht Kranken an einem Nachmittag vor.<sup>28</sup>

Da sein Vater häufig krank war, hielt der Sohn fast jeden Sonntag den Gottesdienst in der Leonhardskirche, wo ihn viele tausend Christen von nah und fern hörten. Es wird berichtet, dass die Leute vom Land, besonders von den Filderdörfern, sechs bis acht Stunden Fußmarsch auf sich nahmen, um ihn zu hören. Um einen Platz zu ergattern, musste man eine Stunde vor Gottesdienstbeginn da sein. Für die Außenstehenden ließ man einfach die Kirchentüren offen. Der Freund Albert Knapp berichtet: »Ist denn dies mein alter Louis? Es lag eine Inbrunst, ein hinreißendes Feuer der Wahrhaftigkeit und einer seligen Lebenserfahrung in seinem Zeugnis, wovon ich bis dahin gar keinen Begriff hatte.«<sup>29</sup>

Durch die Stuttgarter Predigt im Januar 1823 wurde Hofacker in ganz Württemberg bekannt, da er »den herkömmlichen Predigtstil ebenso wie die vorsichtig abwägenden Ermahnungen der anderen Geistlichen verschmähte. (...) Da Hofacker die theologischen Fragen auf einfache Glaubenssätze reduzierte und seinen Zuhörern das Verhältnis von Sünde und Gnade, von Buße und Glauben, von Himmel und Hölle, von Engeln und Teufeln in kurzen Sätzen einhämmerte, verstand ihn auch der einfache Mann, dem seine asketische und entschiedene Art gefiel.« Für ihn gab es nur zwei Reiche, zwei Welten, nämlich ein Reich des Lichts und eines der Finsternis bzw. des Lebens und des Todes. Er betonte im Sinne der Voraussage Bengels für die Offenbarung im Jahr 1836 immer wieder, dass es nur eine kurze Frist gebe, um sich für oder gegen das Licht und Leben zu entscheiden. Nur die existenzielle Glaubensentscheidung war ihm wichtig; er äußerte sich beispielsweise nicht zu wirtschaftlichen und sozialen Fragen, die gerade nach den schweren Notjahren 1816/17 die württembergische Bevölkerung beunruhigten.<sup>30</sup>

Hofacker selbst sagte über seine Predigten, die er wörtlich niederschrieb und oft ganz auswendig lernte: »Mein ganzes Bestreben geht darauf, keilförmig zu arbeiten, d. h. den Zuhörern in jeglicher Predigt einen Keil in das Gewissen zu schlagen und einen Totaleindruck hervorzubringen. Dies harmoniert auch



mehr mit meiner natürlichen Anlage, wonach ich zum Entwickeln ungeschickt bin. Daher sind meine Predigten mehr erwecklich als erbaulich.« Noch mehr wirkte die Technik der erwecklichen Rede. Nach ruhigem, einfachen und freundlichen Eingang wusste er zu steigern: Mit gewaltiger Stimme und immer lauter werdend wiederholte er suggestiv wichtige Sätze, meist Fragen, in verschiedene Richtungen von der Kanzel herunter, so dass dem Zuhörer fast



*Seltene Abbildung von Ludwig Hofacker ohne Kopfbedeckung  
in einer der ersten Gesamtausgaben seiner  
»Predigten für alle Sonn-, Fest- und Feiertage« aus dem Jahr 1831*

keine andere Antwort als »Ja und Amen« blieb. Hofacker war ein glänzender Rhetoriker mit natürlicher, ungelernter Redekunst. Aus dem »Glaubenssprung« von der eigenen Gerechtigkeit in die Gerechtigkeit Christi sollte die Heiligung folgen. Ein weiteres Charakteristikum seiner Predigten war der Trieb zur Buße. Die Erkenntnis sollte sein: Der Kampf gegen das Ich, das dem Teufel dienstbar ist, muss geführt werden. Dies stand im Gegensatz zum Rationalismus der Zeit, der eine Rechtfertigung vor einem gütigen Allvatergott nicht vorsah. So entwickelte Hofacker den Höhepunkt der speziell württembergischen Predigtart, die Hermelink die »numinose« oder betende Predigt in einer Verbindung von Gebet und Wort nennt.<sup>31</sup>

Bald war es der Wunsch vieler Zuhörer und Freunde, Hofackers Predigten auch in gedruckter Form zu besitzen, weshalb er sich im Winter 1826/27 mit der Herausgabe seiner Predigten beschäftigte. Hofacker hatte schon früher einzelne Predigten drucken lassen. Nach langem Abwägen entschloss er sich, zwei Hefte mit 22 Predigten herauszugeben. Ein erstes Heft mit zehn Predigten erschien 1827, ein zweites mit zwölf im Sommer 1828. Hofacker ärgerte sich aber über die Kritik von theologischer Seite, die ihm vorwarf, die Predigten seien zu keck, zu absprechend und im Ton nicht würdig. Professor Steudel, Hofackers Genosse aus Tübinger Stiftsstundenzeit, sprach vom »Überbieten der Heiligen Schrift«. Die Lehren der Bibel wollte Hofacker aber dadurch so deutlich und eindrücklich und nicht so langweilig wie möglich an den Mann bringen.<sup>32</sup>

Die Herausgabe des dritten Heftes, ebenfalls mit zwölf Predigten, erlebte Hofacker nicht mehr. Dies besorgte sein Bruder Wilhelm, der auch 1831 die Erstauflage der »Predigten für alle Sonn-, Fest- und Feiertage« herausgab. Dieses weit verbreitete und populäre Predigtbuch erschien ab der zehnten Auflage (1845) mit einem von Wilhelm Hofacker verfassten dienstlichen Lebenslauf Ludwig Hofackers. Spätere Auflagen besorgte der Bruder Karl. Erweiterungen erfuhr das Buch durch von Albert Knapp ausgesuchte Predigten in der 17. (1854) und 23. Auflage (1859).

Hermelink fragt: »Was war die Kraft seiner durchschlagenden und in Hunderttausenden von Exemplaren weit verbreiteten Predigten?« Zunächst war es sicher schon die äußere Erscheinung Ludwig Hofackers, seine »triumphierende apollinische Gestalt«, wie Albert Knapp sagt, sowie »sein bleiches, mildes und ernstes, nachdenkliches Gesicht, das vom Leiden zeugte«. In Plieningen äußerte Hofacker: »Ich bin hier meistens ein Treiber Jesu, wozu mein Äußeres nicht wenig zustatten kommt.«<sup>33</sup>

Einblick in Ludwig Hofackers theologisches Denken gibt vor allem die so genannte Zirkularkorrespondenz mit Freunden, die beim Stuttgarter Bibelfest am 28. Oktober 1823 vereinbart wurde. Insgesamt beteiligten sich daran neben Hofacker neun Geistliche, zumeist Tübinger Studienfreunde. Der Inhalt sollte vertraulich sein und den Zustand des eigenen Herzens sowie die äußere Lage beschreiben. Auch Bemerkungen zu Studien und vor allem zu einzelnen Stellen der Heiligen Schrift waren vorgesehen. Weitere Themen waren das Reich Gottes, die Reiche dieser Welt und die Zeichen der Zeit im Hinblick auf das Endjahr 1836.<sup>34</sup>

Den ersten Brief schrieb Wilhelm Roos (1798–1868), einer der besten Freunde Hofackers, am 27. November 1823. Roos war von 1818 bis 1825 Vikar in Marbach und zuletzt von 1833 bis 1849 Pfarrer in Ditzingen. In einem Brief Hofackers aus Stuttgart an Roos vom 17. April 1822 fragt er diesen im Namen von Archidiaconus Köstlen, Esslingen, ob er, Roos, dessen Vikar werden könne. »Wenn Deine Umstände in Marbach es erlaubten, so könnte man Dir mit allem Recht zu diesem Vikariat rathen; denn der Köstlen in Esslingen ist ein Mann Gottes (nach meiner Louimanns Meinung), was schon daraus hervorgeht, daß er Dich – Dich – zum Vikar haben will (?) . . . Auch ist gar nicht viel zu arbeiten (was Deinem Korpus wohl thun könnte), des Sommers hat man den Nekar in der Nähe zum abkühlen (wanns nöthig ist) und alle eussern Verhältnisse sind gut (wenn man sie gut lässt



*Die erste Ausgabe von Hofackers  
»Zehn Predigten über evangelische Texte« mit Porträt des Verfassers*

oder für gut nimmt).<sup>35</sup> Dieser Brief gehört nicht zur Zirkularkorrespondenz. Hofacker widmete sich seinen Amtsbrüdern durch bewusste Erziehungsarbeit in seinen Rundbriefen. »Diese enthalten geradezu eine Pastoraltheologie und haben wesentlich dazu beigetragen, dass der erweckliche Einschlag in der Predigt weitergepflegt wurde und der Hofackersche Typ des Erweckungspredigers nicht ausgestorben ist.«<sup>36</sup>

In den 1830er-Jahren begann in Württemberg, ausgelöst durch Hofackers Predigten, die sein Bruder entsprechend verwertete, der Kampf gegen den hegelschen Idealismus, bis dieser zu Anfang der 1840er-Jahre aus der Kirche verbannt war. Der Kampf Wilhelm Hofackers im Sinne seines Bruders richtete sich gegen »spekulative Philosophie, Rationalismus, Pantheismus und Liberalismus der Hegelinge«. 1831 wurde die Zeitschrift »Der christliche Bote aus Schwaben« gegründet, der sich besonders als Vorbereitung für das Weltende und die Offenbarung Johannis 1836 sah. Zeichen der Zeit wurden in dem Blatt besonders ausführlich dargestellt, so die zehn Könige der Offenbarung als die Februarrevolution in Frankreich, die napoleonischen Kriege, der Ausbruch der Cholera und die damalige Häufung von Erdbeben und Vulkanausbrüchen.<sup>37</sup>

Durch seine Erkrankung im August 1820, kurz vor Beendigung des Studiums, musste Hofacker zunächst zu seinen Eltern nach Stuttgart ziehen, wo sein Vater – wie bereits erwähnt – seit 1812 an der Leonhardskirche Dienst tat.<sup>38</sup> Nachdem er wieder genesen war, wurde Hofacker Anfang November 1820 Vikar in Stetten im Remstal, wo er allerdings nur 16 Tage im Amt war. Noch im November 1820 wurde Ludwig Hofacker als Vikar nach Plieningen versetzt.<sup>39</sup> Über seine dortige Tätigkeit sagt er: »Weil ich mehr Freimütigkeit im Vortrag habe als mein Vorgänger, so erregte mein Vortrag nicht geringes Aufsehen. Am Advent war die Kirche voll Menschen, und bis daher nimmt die Menschenzahl nicht ab, sondern zu, so daß viele Fremde aus benachbarten Dörfern in die Predigt kommen. . . . Die Leute machen viel aus mir und ich gefalle mir nicht selten darin; es gibt aber keine größere Sünde für einen Prediger als Selbstgefälligkeit.« In Plieningen war er aufgebracht über zahlreiche Berichte, die er zu verfassen hatte. Am liebsten würde er »alle Schreiber aus der Kirche hinauspeitschen, denn der Pfarrer könne nicht mehr Hirte sein, sondern sei eher Polizist, Schreiber und Fleckenschütz.«<sup>40</sup>

Roos schrieb ein 119-seitiges Manuskript über die Vikariatszeit Hofackers. An 13 Stellen vermerkte er am Rand: »Nicht allgemein mitteilbar«, einmal sogar: »Auch nicht allgemein für Kinder Gottes!« Fünf Stellen davon beziehen sich auf Hofacker, zwei auf die Krankheit seines Vaters, sechs auf Hofackers Bemühungen um eine erste feste Pfarrstelle und auf die Taktik des Konsistoriums, das seine Bewerbung um (Stuttgart-)Stammheim ablehnte. Das Konsistorium konnte sich der Geringschätzung Hofackers sicher sein, denn es war ein Gegner für den Pietismus, bevor ihm Prälat Kapff angehörte. Hingegen wurde von den Pietisten die Entscheidung des Königs als letzte Instanz ohne weiteres akzeptiert. Roos bringt in seinem Manuskript zahlreiche Briefabschriften, die meist sehr genau, mitunter aber auch redaktionell bearbeitet dargeboten werden. So lässt er beispielsweise volkstümliche Ausdrücke wie: »Sich-Hunzen-lassen in der Schule der Demut« weg. Auch der Freund und erste Biograph Knapp veränderte später Kraftausdrücke des jungen Hofacker, z. B. »das Maul aufsperrn« in »den Mund auf tun«. Natürlich werden auch die auf das Jahr 1836 gerichteten Bemerkungen »vorsichtig geglättet«, da mit dem Nichteintreffen der Voraussage Bengels ein Teil der Hofacker'schen Lehre nichtig geworden war.<sup>41</sup>

Im Februar 1821 erkrankte Hofacker erneut und musste er ins Elternhaus nach Stuttgart zurück. Erst Ende Januar 1823 konnte er nach rund zwei Jahren schwerster Krankheit wieder predigen. Diese erste Predigt fand an einem der damals in Württemberg üblichen monatlichen Bußtage statt und machte großen Eindruck auf die Zuhörer, die durch Mundpropaganda das gewaltige Wort des Pfarrers priesen und zum Zulauf beitrugen. So wurde Hofacker noch im Februar 1823 unständiger Vikar seines Vaters an der Leonhardskirche und nach dessen Tod im Dezember 1824 ordentlicher Pfarrvikar für die Nachmittagspredigt.<sup>42</sup> Da zur selben Zeit eine zweite Stelle an der Leonhardskirche frei geworden war, richteten die Gemeindeglieder an das Konsistorium die Bitte, den beliebten Prediger behalten zu dürfen. Elf Männer sammelten ohne sein Wissen in drei Tagen 1600 Unterschriften, aber da die Stelle für einen Anfänger ungeeignet war, bewarb sich Hofacker zunächst nicht. Zwar ließ er sich dann doch dazu bewegen, jedoch wurde die Stelle anderweitig vergeben.<sup>43</sup>

1825 war Hofackers Krankheit so weit abgeklungen, dass er sich auf eine feste Pfarstelle bewerben konnte, ja, er wurde sogar dazu aufgefordert, denn er war der älteste Vikar der Landeskirche. Seine Bewerbung nach (Stuttgart-)Stammheim lehnte das Konsistorium jedoch ab, denn die Umtriebe und das Aufsehen, das Hofacker in Stuttgart erregt hatte, »ließen es geraten erscheinen, ihn in eine Pfarrei zu versetzen, die weiter entfernt von Stuttgart war«, wohin also nicht so ein starker Zustrom von Menschen zu erwarten war. Man wollte ihn zur Ruhe kommen und in Ruhe arbeiten lassen. Er wurde aufgefordert, sich nach Rielingshausen zu bewerben. In der von Roos verfassten Lebensbeschreibung erfahren wir Hofackers Meinung: »Dieses Dörfchen [Stammheim] war zu nahe, man wollte mich weiter hinweg haben, man sagte es mir, mit 5–6 Stunden sei man zufrieden. Überhaupt erfuhr ich hier etwas, aber nur etwas unter viel Höflichkeiten, von der Feindschaft gegen das Evangelium.« An dieser Stelle schrieb Roos an den Rand: »Nicht allgemein mitteilbar.«<sup>44</sup>

Doch auch die finanzielle Lage der Familie zwang Hofacker, sich nach einer festen Stelle umzusehen. In einem Brief an den König schreibt er am 23. Januar 1826: »Euer königliche Majestät wissen aus einer früheren Bittschrift meiner Mutter, daß ich kein Vermögen besitze. Dazu kommt, daß ich durch einen Zusammenfluß ungünstiger Umstände seit Georgii vorigen Jahres ohne alle Besoldungseinnahmen bin und durch anhaltende Kränklichkeit, sowie in der letzten Zeit durch eine tödtliche Kranckheit zu vielen Ausgaben veranlasst wurde.« Hofacker bat



Älteste bekannte Fotopostkarte von Rielingshausen (1898) mit Dorfansicht, Rathausplatz, Gasthaus zur Krone und Porträt Ludwig Hofackers, der ausgerechnet neben einem Wirtshaus ausharren muss

daher um finanzielle Unterstützung und erhielt 50 Gulden aus dem geistlichen Unterstützungsfonds. Allerdings besserte sich sein Vermögen durch das Pfarrergehalt rasch, denn 1827 nahm die Gemeinde Rielingshausen zur Begleichung eines Steuerrests bei Pfarrer Hofacker ein Darlehen von 1500 Gulden mit viereinhalb Prozent Verzinsung auf.<sup>45</sup>

Ludwig Hofacker trat die Rielingshäuser Pfarrstelle am 1. Juli 1826 an.<sup>46</sup> Über Rielingshausen schreibt er: »Das hiesige Dörfchen ist freundlich und still, in ein Thälchen hineingeworfen.«<sup>47</sup> Das Dorf zählte in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts mit hohen Steuerschulden zu den armen Gemeinden im Oberamt Marbach. Durch Kriege und Missernten herrschte nach 1815 eine große Armut unter den rund 900 Einwohnern.<sup>48</sup>

In der Pfarrbeschreibung von 1827 schreibt Ludwig Hofacker: Die Rielingshäuser »sind im Wohlstand sehr heruntergekommen, doch genießt nur ein einziger Armer bis jetzt eine öffentliche Unterstützung und wenigstens hier bettelt nur eine hiesige Person mit obrigkeitlicher Erlaubnis«. Die Ursache sieht er im »Drucke der Zeit« und den gesunkenen Frucht- und Güterpreisen und zum Teil »in dem ehebrecherischen Wohlleben, das vor mehreren Jahren hier geführt wurde und das Wohlstand und das Familienglück wegen des darauf lastenden göttlichen Unsegens zerstört«. Inzwischen hätten diese Missstände aber aufgehört. Über die Rielingshäuser meint er: »Hervorstechendes im Charakter der hiesigen Einwohner kann ich bis jetzt wenig bemerken. Sie sind fleißig, nicht neuerungssüchtig, lassen sich lieber mißhandeln und zertreten, ehe sie einem Oberen die Spitze bieten; sie haben in der Regel kein schweres Blut.«<sup>49</sup>

Die Pfarrbesoldung, die ihm das Kameralamt Marbach reichte, bestand wie seit Jahrhunderten aus Geld, Naturalien, Gütergenuss, Zehnteinkünften und Gülten. Dazu kamen so genannte bürgerliche Benefizien, zu denen unter anderem ein Gulden Neujahrgeld sowie Gebühren für Taufen, Hochzeiten und Begräbnisse gehörten. Insgesamt betrug die Besoldung umgerechnet rund 770 Gulden jährlich.<sup>50</sup>

In Rielingshausen bestand die »leidige Unsitte, daß man nach kirchlicher Trauung sofort ins Wirtshaus ging und den Tag mit einem Tanzfest beschloß«. Beim ersten Paar, das Hofacker traute, redete er bei der Hochzeit »in erschütternder Weise davon, was es heiße, seinen Ehestand im Namen des Heilandes zu beginnen und dann im Namen des Teufels zu führen und zu beendigen«. Nach der Trauung, so erfahren wir, löste sich der Brautzug auf und keiner hatte mehr Lust, ins Wirtshaus zu gehen. Angeblich wurde während Hofackers Amtszeit keine Rielingshäuser Hochzeit mehr mit Tanz gefeiert, den er übrigens auch erfolgreich vom Kirchweihfest verbannte. Dafür stiftete der Pfarrer für die Jugend an Weihnachten einen Tannenbaum und kleine Bescherungen. In der Neujahrsnacht schossen die frommen Rielingshäuser nicht mehr, sondern sangen vor dem Pfarrhaus »Nun danket alle Gott« und »Lobet den Herren«.<sup>51</sup>

Hofacker bemühte sich auch, die Privatversammlungen am Ort zu organisieren, »evangelisch aufzufrischen und von leerem Gerede zu befreien«. Doch die Erweckung in Rielingshausen war nur von kurzer Dauer und frustrierte Hofacker: »Viele wachten vom Tode auf. . . Jetzt ist's wieder still.« Dabei hatte er nach eigenem Bekunden seine Gemeinde »meisterlich gewaschen. Es war hart und treibereich, und ich war nicht frei von Leidenschaft. Sie schluckten alles, aber was half's?« Erst als in der Adventszeit 1827 Nachrichten vom Krieg der Türken mit



*Innenansicht der Rielingshäuser Kirche im Zustand nach der Renovierung von 1910/11, bei der die alte Kanzel ersetzt wurde (Foto um 1930)*

Russland Angst verbreiteten, hatten die Versammlungen wieder Zulauf.<sup>52</sup>

Begeistert war Hofacker von der Rielingshäuser Kirche: »Sie hat mehr Raum, als die hiesige Gemeinde bedarf, ist hell, freundlich, sehr gut geeignet zum Predigen – man predigt ohne besondere Anstrengung der Brust darin.«<sup>53</sup> Die Kirche war unter Einbeziehung des älteren Turms 1811/12 im Betsaalstil neu erbaut worden.<sup>54</sup> Die damalige Kanzel, von der Hofacker predigte, wurde bei der Kirchenrenovierung 1910 weggeschafft und befand sich noch 1928 auf dem Dachboden des CVJM in Stuttgart im Haus in der Furtbachstraße.<sup>55</sup> Ihr Verbleib ist unbekannt.

Hofackers Predigten in Rielingshausen hatten den gleichen Effekt wie an seinen vorherigen Wirkungsstätten. Er schreibt: »Am Sonntag ist Sturm. Stuttgarter und Leute aus der weiten Umgebung strömen hierher; sie wollen einander erdrücken um das Wort Gottes.« Tatsächlich war der Zulauf zu seinen Predigten in der ganzen Rielingshäuser Zeit ungeheuer. Die Hörer kamen jeden Sonntag von weit her gefahren und teilweise bis zu zwölf Stunden gelaufen. Dies verursachte auch Unmut in der Gemeinde und die Rielingshäuser beschwerten sich: »Wir haben die Kirche gebaut und die Fremden drücken sie zusammen.« Eine Verordnung Hofackers sorgte dafür, dass Einheimische zuerst in die Kirche durften und dann Fremde die noch freien Plätze einnehmen durften. Derer waren jedoch zu wenig, so dass viele Leute, zum Teil sogar im Freien, stehen mussten. Angeblich wurden sogar Leitern an die Fenster gelehnt.<sup>56</sup>

### *Krankheit, Tod und Andenken*

1820 war Hofacker erstmals am »Nervenfieber« erkrankt. Der erste Krankheitsbote war ein »Sonnenstich« am Mittag des 18. August 1820, einen Monat vor dem

Examen. Hermelink dramatisiert die Szene: »In den heißen Wänden der Klinikumsgasse fällt er aufs Pflaster und zerschlägt sich den Kopf – Hirnkrämpfe, ein langes Krankenlager und dauernde Nervenschwäche sind die Folge.«<sup>57</sup> Zudem verletzte sich Hofacker beim Sturz an der scharfen Spitze eines Blitzableiters.<sup>58</sup> Unter Nervenfieber verstehen wir heute eine Typhusart oder teilweise auch andere mit Gehirnsymptomen einhergehende Krankheiten.

Anfang 1821 wurde Hofacker erneut schwer krank. Zwei Jahre lang musste er im Elternhaus, gepflegt von der Mutter, in der Stille bleiben. Im ersten Jahr konnte der damals 23-jährige weder lesen noch schreiben und ertrug nicht einmal das Sonnenlicht. Zwar konnte Hofacker aufstehen, musste aber wegen schwacher »Kopfnerven« selbst bei einem Blick in ein Buch eine Ohnmacht befürchten.<sup>59</sup>

Nachdem er ab Januar 1823 wieder hatte arbeiten und predigen können, kam es im Februar 1825 zu einem neuen Rückfall, der auch durch Badekuren in Teinach und in der Schweiz nicht gelindert werden konnte. Im Gegenteil: Nach seiner Heimkehr wurde die Krankheit so schwer, dass ihn sogar die Ärzte aufgaben. Doch überraschend trat eine Besserung ein, so dass Hofacker sich im April 1826 um eine Pfarrstelle bewerben und im Juli die Stelle in Rielingshausen antreten konnte.<sup>60</sup>

Im Sommer 1826 kam während einer Kur in dem kleinen Bad Neustadt bei Waiblingen eine tuberkulöse Entzündung am Ringfinger der linken Hand dazu. Die wohl falsch behandelte eitrige Wunde hatte bereits das obere Gelenk der Hand abgefressen, so dass eine Amputation des Fingers unumgänglich war.<sup>61</sup>

Auch in Rielingshausen fiel Hofacker wegen seiner Krankheit oft aus. Schon zu Jahresbeginn 1827 benötigte er eine Unterstützung, die ihm sein Vetter, Vikar Friedrich Klemm, bot. Am 31. Januar 1828 schreibt er in einem Brief an seinen Freund Wilhelm Roos: »... Ich bin, Gottlob!, so ziemlich gesund bis auf einen Catharr, der hartnäckig ist und wohl als eine Jähmung des vorjährigen Uebels angesehen werden muß.«<sup>62</sup>

Klemm wurde im März 1828 weggewersetzt, worauf Hofacker wegen Krankheit bat, ihm seinen Bruder Wilhelm als Vikar zu überlassen. Wilhelm wurde am 8. April 1828 als Vikar nach Rielingshausen gesetzt und übernahm die Geschäfte seines Bruders, der am Ostersonntag 1828 zum letzten Mal in Rielingshausen predigte.<sup>63</sup> Noch in der Osterwoche bekam Ludwig Hofacker eine Brustentzündung, die in eine Brustwassersucht überging. Albert Knapp, der ihn im Sommer 1826 vor seinem Abzug nach Rielingshausen »herzlich vergnügt« gesehen hatte, berichtet: »Jetzt saß er bleich, mit eingefallenen Augen, beklommener Brust und dickgeschwollenen Füßen vor mir in einem Lehnstuhl, mit sanfter, heißerer Stimme mich willkommend heißen. So hatte ich mir meinen geliebten Louis nicht vorgestellt, als ich mit einem Stuttgarter Freund unter lachendem Sommerhimmel und durch prangende Fluren Rielingshausen entgegenfuhr, wo uns, je näher wir dem Ort kamen, die Leute mit um so milderer Zügen und freundlicheren Augen begrüßten, so daß wir zueinander sagten: Was gilt's? Die sind von Rielingshausen, Schafe von Hofackers Herde!«<sup>64</sup>

Dazu war auch noch der geistesranke Bruder Max im Hause zu versorgen. An einen Freund schrieb Hofacker: »Sehen Sie, wenn man so dasitzt auf dem Sofa drei Monate lang, an Leib und Seele geschwächt, um einen herum ein tobender Mensch oder der wenigstens in allem überzwerch ist, eingeschneit und so weiter, dann bekommt man ganz andere Gedanken als im Mis-



sionshaus von Brüdern umgeben und im Vollauf des göttlichen Wortes.«<sup>65</sup>

Rund fünf Monate lag Ludwig Hofacker mit seinem Leiden, einer Wassersucht mit Auszehrung, krank darnieder. Schlichte Zeugnisse, die er wenige Tage vor seinem Tod auf Papierstreifen schrieb, sind überliefert. So musste er meist im Sessel sitzen, weil ihm das Liegen zu große Schmerzen bereitete. Zwölf Tage vor seinem Tod schreibt er: »Ich werde wohl im Sessel sterben müssen.« An seinem Todestag teilt er mit: »Die mit Tränen säen werden mit Freuden ernten. Mein Gott führe mich zu Deiner Freudenernte, nachdem Du mich in diese schwere Tränensaat geführt hast! Es ist genug, Herr, so nimm nun meine Seele!« Sein Bruder betete mit ihm zuletzt einen Vers von Philipp Friedrich Hiller: »Wenn mein Herz



*Hofacker-Grab auf dem Rielingshäuser Friedhof (Foto um 1930)*

bedenkt, das es ist besprengt, mit des Heilands Blut, hoch es sich erfreut und den Tod nicht scheut, stirbt mit gutem Mut.« Hofackers letzte Worte waren: »Heiland – Heiland – Heiland!«, als er am 18. November 1828 nachmittags zwischen zwei und drei Uhr starb.<sup>66</sup>

Die Beerdigung war laut Rielingshäuser Totenbuch am 21. November 1828 nachmittags um 1 Uhr auf dem Rielingshäuser Friedhof neben seiner Mutter.<sup>67</sup> Diakon Heim aus Winnenden sprach bei der Versenkung, die Leichenpredigt in der Kirche hielt Pfarrer Rommel. Er sprach über Epheser 2, 8. u. 9.: »Aus Gnaden seid ihr selig worden durch den Glauben, und dasselbige nicht aus euch: Gottes Gabe ist es, nicht aus den Werken, auf daß sich nicht jemand rühme.« Am Grabe und in der Kirche wurden folgende Lieder gesungen: »Selig sind des Himmels Erben«, »Ruhet wohl ihr Totenbeine«, »Auf meinen Jesum will ich sterben« und »Christus, der ist mein Leben«.<sup>68</sup>

Wilhelm Hofacker blieb nach dem Tod seines Bruders acht Monate Pfarr-

verweser in Rielingshausen und wurde 1829 unentgeltlich ins Bürgerrecht aufgenommen. Im Juli stellte ihm die Gemeinde, die ihn gerne als Pfarrer behalten hätte, ein tadelloses Zeugnis aus. Er wurde aber 1830 Repetent und 1833 Diakon in Waiblingen.<sup>69</sup>

Die erste eigenständige Biographie Ludwig Hofackers in Buchform verfasste 1852 Albert Knapp, einer seiner besten (Glaubens)freunde, der Teile davon schon 1844 und 1846 in dem von 1832 an 21 Jahre lang erscheinenden christlichen Jahrbuch »Christoterpe« veröffentlicht hatte. Mehrere Übersetzungen ins Holländische und Englische waren bereits erschienen und eine französische Ausgabe war geplant. Bereits 1855 musste die zweite Auflage, der mehrere folgten, gedruckt werden.

Der 100. Geburtstag Hofackers wurde am 15. April 1898 in Rielingshausen mit einem Gedenkgottesdienst und einem anschließenden Zug zum Friedhof begangen. Dort wurde an dem frisch hergerichteten und mit zahlreichen Kränzen verzierten Grab eine Ansprache gehalten.<sup>70</sup>

Entsprechend seiner volkstümlichen Beliebtheit wurde 1928 des 100. Todestages von Ludwig Hofacker durch die Rielingshäuser Kirchengemeinde feierlich gedacht. Die Hauptprobe zur Hofackerfeier fand am 16. November 1928 bei heftigem Sturm statt. Gerade rechtzeitig zur Feier wurde die elektrische Beleuchtung in der Kirche fertig gestellt. Die Feierlichkeiten am 18. November begannen vormittags um neun Uhr mit einem Gottesdienst, der vom Posaunenchor, Männerchor und gemischten Chor umrahmt wurde. Außer der Predigt durch den Ortsgeistlichen war unter anderem eine Ansprache von Prälat Wurm aus Heilbronn, dem späteren Landesbischof, zu hören. Nachmittags fand in der Kirche ein musikalisch umrahmter Vortrag des Marbacher Dekans Mildenerger statt, dem zahlreiche Ansprachen geistlicher und weltlicher Vertreter folgten. Zugleich wurde der Gemeinde durch Pfarrer Kappler in Ditzingen ein von Rudolf Yelin gemaltes Hofackerporträt übergeben. Es trug die Umschrift: »Meine Zeit steht in des Herren Händen und er stellt seine Leute wohin er will.« Kappler hatte von dem Bild Fotos anfertigen lassen, die er zum Verkauf anbot.<sup>71</sup>

Zum Jubiläum erschienen mehrere gedruckte Schriften, darunter ein von dem damaligen Rielingshäuser Pfarrer Schulz verfasstes Lebensbild Hofackers. 1929 wurde die Schrift »Jesus allein. Ein Tag in Gottes Vorhöfen. Erinnerungen an das Hofacker-Jubiläum, gefeiert in Rielingshausen am 18. 11. 1928« gedruckt. Darin waren die Texte aller Reden und Ansprachen zusammengefasst. Danach war beabsichtigt, »Erinnerungen an Ludwig Hofacker« im Pfarrhaus Rielingshausen zu sammeln und aufzubewahren. »Wer dazu Wertvolles (etwa an Originalbriefen) beisteuern kann, ist herzlich um seine Mithilfe gebeten!«<sup>72</sup>

Zum Gedenken an den 150. Todestag Hofackers fand am Buß- und Betttag 1978 ein Festgottesdienst mit anschließendem Gang zum Grab, ein abendlicher Abendmahlsgottesdienst und eine Nachmittagsveranstaltung statt. Letztere war so gut besucht, dass man von der Kirche in den benachbarten Gemeindesaal ausweichen musste.<sup>73</sup> Zum 200. Geburtstag veranstaltete das Stadtarchiv Marbach mit dem Heimat- und Museumsverein Rielingshausen sowie der evangelischen Kirchengemeinde Rielingshausen eine Ausstellung.

Noch heute tragen die Kirche, eine Glocke und eine Straße in Rielingshausen den Namen Ludwig Hofackers, und sicherlich wird auch der 200. Todestag im Jahr 2028 groß gefeiert werden.

## Anmerkungen

- 1 Allgemeine Deutsche Biographie Bd. 12, Leipzig 1880, S. 553 ff.
- 2 Meyers Konversations-Lexikon, 3. Auflage Bd. 8, Leipzig 1876, und 5. Auflage Bd. 8, Leipzig/Wien 1897.
- 3 Karl Müller: Die religiöse Erweckung in Württemberg am Anfang des 19. Jahrhunderts, Tübingen 1925.
- 4 Supranaturalismus: theologische Denkweise, welche die übernatürlichen Einwirkungen göttlicher Kräfte in dieser Welt und damit die Notwendigkeit der Offenbarung anerkennt. Gegensatz: Rationalismus, der die menschliche Vernunft zum Maßstab in Glaubenssachen macht.
- 5 Gerhard Schäfer: Ludwig Hofacker und die Erweckungsbewegung in Württemberg, in: Bausteine zur geschichtlichen Landeskunde von Baden-Württemberg, Stuttgart 1979, S. 357–379.
- 6 Hermann Ehmer: Ludwig Hofacker. Ein Lebensbild, in: Rielingshausen. Vom fränkischen Adelsitz zum Marbacher Stadtteil, Marbach am Neckar 1996, S. 293–302, S. 293.
- 7 Christian Sigel: Das evangelische Württemberg (maschinenschriftlich), Stuttgart 1910/32, Artikel Hoffacker, Karl Friedrich.
- 8 Ebd.
- 9 Heinrich Hermelink: Geschichte der evangelischen Kirche in Württemberg von der Reformation bis zur Gegenwart, Stuttgart/Tübingen 1949, S. 363.
- 10 Ebd.
- 11 Wie Anm. 7.
- 12 Eberhard von Georgii-Georgenau: Biographisch-Genealogische Blätter aus und über Schwaben, Stuttgart 1879, S. 480.
- 13 Ebd. S. 378.
- 14 Hermelink (wie Anm. 9) S. 363.
- 15 Georgii (wie Anm. 12) S. 378.
- 16 Ebd.; Stammlisten Hofacker A 5 des Vereins für Familien- und Wappenkunde in Württemberg und Baden (Stuttgart); Neue Deutsche Biographie Bd. 9, Berlin 1972, S. 375 f.
- 17 Hermelink (wie Anm. 9) S. 363.
- 18 Rolf Scheffbuch: Ludwig Hofacker. Vor allem: Jesus!, Neuhausen/Stuttgart 1998.
- 19 Georgii (wie Anm. 12) S. 376.
- 20 Albert Knapp: Leben von Ludwig Hofacker, Heidelberg 1852, S. 9 ff.
- 21 Gerd Wunder: Die Bürger von Hall, Sigmaringen 1980, S. 165.
- 22 Allgemeine Deutsche Biographie Bd. 12, Leipzig 1880, S. 553 ff.
- 23 Ebd.
- 24 Julius Roessle: Ludwig Hofacker. Ein Lebensbild, Gießen 1946, S. 307 f.
- 25 Hermelink (wie Anm. 9) S. 362 ff.
- 26 Ebd.
- 27 Theologische Realenzyklopädie Bd. 15, Berlin/New York 1986, S. 467 ff.
- 28 Ehmer (wie Anm. 6) S. 294.
- 29 Hermelink (wie Anm. 9) S. 365.
- 30 Hartmut Lehmann: Pietismus und weltliche Ordnung in Württemberg vom 17. bis zum 20. Jahrhundert, Stuttgart 1969, S. 188 f.
- 31 Hermelink (wie Anm. 9) S. 365 ff.
- 32 Ebd. S. 366 f.
- 33 Ebd. S. 366 f.
- 34 Schäfer (wie Anm. 5) S. 359 f.
- 35 Stadtarchiv Marbach, Autographen-Sammlung.
- 36 Calwer Kirchenlexikon Bd. 1, Stuttgart 1937, S. 868 f.
- 37 Hermelink (wie Anm. 9) S. 376 f.
- 38 Ehmer (wie Anm. 6) S. 293 f.
- 39 Hermelink (wie Anm. 9) S. 364 ff.
- 40 Roessle (wie Anm. 24) S. 309.
- 41 Schäfer (wie Anm. 5) S. 359 f.

- 42 Ehmer (wie Anm. 6) S. 293 f.
- 43 Roessle (wie Anm. 24) S. 312.
- 44 Schäfer (wie Anm. 5) S. 369 f.
- 45 Landeskirchliches Archiv Stuttgart, A 27/1380 (Personalakte Hofacker).
- 46 Christoph Schulz: Ludwig Hofacker. Ein unvergesslicher Zeuge der Wahrheit und Wecker neuen Lebens. Sein Lebensbild anlässlich der Jahrhundertfeier seines Todestages 18. November 1928, Bamberg 1928, S. 24 f.
- 47 Roessle (wie Anm. 24) S. 314 f.
- 48 Albrecht Gühring: Vom Wiener Kongress bis zur Gründung des Deutschen Reiches (1815–1871), in: Rielingshausen. Vom fränkischen Adelssitz zum Marbacher Stadtteil, Marbach am Neckar 1996, S. 245–291, S. 281.
- 49 Dekanatsarchiv Marbach, Riel. II 1 (Pfarrbeschreibung 1827).
- 50 Dekanatsarchiv Marbach, Riel. II 2.
- 51 Roessle (wie Anm. 24) S. 314 f.
- 52 Hermelink (wie Anm. 9) S. 366.
- 53 Wie Anm. 49.
- 54 Albrecht Gühring: Das napoleonische Zeitalter (1789–1815), in: Rielingshausen. Vom fränkischen Adelssitz zum Marbacher Stadtteil, Marbach am Neckar 1996, S. 223–243, S. 233 ff.
- 55 Christoph Schulz: Jesus Allein. Ein Tag in Gottes Vorhöfen, Bamberg 1928, S. 28.
- 56 Schulz (wie Anm. 46) S. 24 f.
- 57 Hermelink (wie Anm. 9) S. 364.
- 58 Roessle (wie Anm. 24) S. 308.
- 59 Ebd. S. 310.
- 60 Ehmer (wie Anm. 6) S. 293 f.
- 61 Ebd. S. 300 f.; Roessle (wie Anm. 24) S. 316 f.
- 62 Stadtarchiv Marbach, Autographen-Sammlung.
- 63 Ehmer (wie Anm. 6) S. 300 ff.
- 64 Roessle (wie Anm. 24) S. 316 f.
- 65 Ebd.
- 66 Ebd. S. 321 f.
- 67 Ehmer (wie Anm. 6) S. 302.
- 68 Stadtarchiv Metzingen, Leichenpredigt Ludwig Hofacker im Nachlass Völter.
- 69 Gühring (wie Anm. 48) S. 262 f.
- 70 Der Postillon (Marbacher Zeitung) Nr. 46 vom 19. April 1898.
- 71 Albrecht Gühring: Die Zeit der Weimarer Republik und der nationalsozialistischen Diktatur (1919–1945), in: Rielingshausen. Vom fränkischen Adelssitz zum Marbacher Stadtteil, Marbach am Neckar 1996, S. 337–383, S. 366.
- 72 Schulz (wie Anm. 55) S. 3.
- 73 Marbacher Zeitung Nr. 274 vom 28. November 1978.

# Ein Revolutionär mit zwei Anläufen Georg David Hardegg aus Eglosheim (1812–1879)

von Joachim Baur

Eglosheim, Amsterdam, Antwerpen, Paris, Tübingen, Hohenasperg, Schaffhausen, Ludwigsburg, Kirschenhardthof, Haifa in Palästina. So lesen sich die Stationen des bewegten Lebens von Georg David Hardegg. Den größten Teil seiner 67 Lebensjahre verbrachte er – teils freiwillig, teils gezwungenermaßen – in Ludwigsburg und der nächsten Umgebung von Ludwigsburg. Mit den politischen und sozialen Bewegungen seiner Zeit, die sich gerade hier lebhaft entwickelten, war er auf verschiedenste Weise verbunden: Ein Revolutionär mit zwei Anläufen.<sup>1</sup>

Georg David Hardegg kam am 2. April 1812 in Eglosheim zur Welt. Er war der zweitälteste Sohn des »Hirsch«-Wirts Johann Friedrich Hardegg und dessen zweiter Frau Sabine, geborene Eiselen. Außer David, wie er genannt wurde, hatte die Familie noch sieben Kinder, drei davon starben jedoch im Säuglingsalter. Die Großfamilie Hardegg war in Ludwigsburg und Umgebung alteingesessen und angesehen, ihr entstammten Kaufleute und Gastronomen. Davids Onkel Johann Georg Hardegg war Medizinalrat und königlich württembergischer Leibarzt; von seinen Söhnen, also Davids Cousins, wurde der eine später Militärschriftsteller und Erzieher des Kronprinzen Karl, der andere gar württembergischer Kriegsminister.<sup>2</sup>

Diese Umstände, die gesicherte wirtschaftliche Lage der Familie und ein aufgewecktes Wesen ermöglichten David den Besuch der Lateinschule bzw. des Lyzeums in Ludwigsburg. Dort erhielt er die klassische humanistische Bildung, und auf sein »Studium der alten griechischen und römischen Geschichte« verwies er auch noch viel später.<sup>3</sup> 1829 – David hatte gerade nach dem Willen seiner Eltern eine Lehre als Kaufmann bei seinem Onkel in Ludwigsburg begonnen – starb sein Vater. Die Mutter heiratete zwei Jahre später den Gutsbesitzer Jacob Friedrich Schiedt, mit dem sie das Eglosheimer Wirtshaus weiterführte.<sup>4</sup>

*Wenn einer gleich zwei Reisen tut...*

Georg David Hardegg, inzwischen 18 Jahre alt, ging in dieser Zeit ins Ausland. Im Zuge seiner Ausbildung reiste er im Frühjahr 1830 nach Amsterdam, um dort in einem Handelshaus zu arbeiten. Die Zeit war jedoch nicht günstig, Arbeitsplätze waren rar und begehrt, und so konnte er seine Stelle nicht lange halten. Auf der Suche nach einem Auskommen verschlug es ihn nach einer Zeit der Arbeitslosigkeit schließlich nach Antwerpen, wo er ebenfalls, wenn auch für wenig Geld, in einem Handelshaus Arbeit fand.

»Nun kam aber die Revolution dazwischen«, erklärte er später.<sup>5</sup> In Belgien, das zu dieser Zeit Teil der Vereinigten Niederlande war, kam es kurz nach der franzö-

sischen Juli-Revolution von 1830 zum Aufstand. Die Aufständischen verweigerten die Anerkennung der Autorität des niederländischen Königs, forderten die staatliche Unabhängigkeit Belgiens, die sie bald auch durchsetzten, und erarbeiteten eine liberale Verfassung. Für Hardegg bedeutete dies zunächst wieder Arbeitslosigkeit, denn sein Arbeitgeber geriet durch die Wirren der Revolution in wirtschaftliche Schwierigkeiten und musste ihn entlassen. Im November 1830 kehrte er mit zwiespältigem Empfinden nach Eglosheim zurück und zog wieder bei seiner Mutter ein.<sup>6</sup>

Beruflich gesehen war die Reise ein Misserfolg gewesen, und das ohnehin schon geringe Interesse an seinem Kaufmannsberuf war nun vollends geschwunden. Auf der anderen Seite hatten ihn die revolutionären Ereignisse des Sommers und die liberale Aufbruchsstimmung, die er in nächster Nähe hatte miterleben können, fasziniert und politisiert. Er begann, sich politische Gedanken zu machen, und wenn sein Standpunkt auch noch nicht gefestigt war, so ist doch an seiner Differenziertheit zu erkennen, dass hier mehr angestoßen wurde als eine romantische Schwärmerei. Später sagte er selbst dazu: »Ich bekenne, daß ich mit republikanischen Gesinnungen nach Hauß kam. Die Verjagung eines Königs, ich meyne den französischen, hatte großen Eindruck auf mich gemacht. Ueber den König der Niederlande war ich nicht einig mit mir, weil ich der Ansicht war, daß die Unzufriedenheit der Belgier von den Pfaffen mitunter herrühre, die die von dem König durch den Unterricht beabsichtigte Aufklärung hemmen wollen.«<sup>7</sup>

Auch ein Freund äußerte sich in diesem Sinne: »Hardegg wurde in Belgien und Holland, wo er zur Zeit der französischen Juli-Revolution sich befand, von dem Interesse der Zeit ergriffen. Da er aber ein sehr ernster Charakter ist, so war es bey ihm nicht bloß ein vorübergehender Schwindel, sondern der Entschluß setzte sich in seinem Willen fest, seine Ideen, die von da an rein republicanisch waren, gründlich durchzuführen.«<sup>8</sup>

Der Versuch, seine Ideen in die Realität umzusetzen, folgte damals keineswegs einem festen Plan. Seine politische Aktivität konzentrierte sich nach der Rückkehr aus Belgien darauf, wo er konnte über seine Ideen zu reden, in den Wirtshäusern von den Revolutionen in Frankreich und Belgien zu erzählen und so für die Sache der Republik zu werben, und zwar »auf eine Weise, die überall auffiel«.<sup>9</sup> So zog er beispielsweise in der Neujahrsnacht 1830/31 durch die Straßen von Ludwigsburg und rief »La Fayette« und »Republik oder Tod«.<sup>10</sup> Besonders häufig diskutierte er mit seinem Schulfreund Friedrich Ludwig Groß, und auch seine Schulkameraden Gottlieb Heinrich Mayer und Gustav Widenmann, bei denen er eine liberale Haltung wusste, begeisterte er für seine Ideen. Zu anderen Republikanern oder gar zu republikanischen Klubs hatte er jedoch keinen Kontakt.

Mit der Mutter kam es in dieser Zeit zu Konflikten. Ob es sich hierbei um politische Angelegenheiten handelte, ob es mit der sich anbahnenden neuen Beziehung der Mutter zu tun hatte oder ob es ihm zu Hause einfach zu eng geworden war, lässt sich von heute aus nicht mehr klären. Im Sommer 1831 stand sein Entschluss auf jeden Fall fest: »Ich wollte nun unter keinerley Verhältnissen mehr zu Hauß bleiben.«<sup>11</sup>

Als Ziel für seinen zweiten Auslandsaufenthalt wählte er Paris. Zum einen lebte ein Freund aus seiner Zeit in Belgien dort, zum anderen reizte ihn die Stadt sicher auch aus politischen Gründen. Seine Versuche, von zu Hause aus in Paris einen Arbeitsplatz zu organisieren, misslangen allerdings, nach der Tätigkeit als Kauf-

mann hatte er aber ohnehin kein übermäßiges Verlangen mehr. So erwartete ihn also eine fremde Stadt und eine ungewisse Zeit – eine Zeit, die für ihn sehr bedeutend werden sollte.

Im September lernte er in Paris einen Menschen kennen, der seinen weiteren Weg entscheidend prägte: den etwa zehn Jahre älteren Stuttgarter Buchhändler Gottlob Franckh. Dieser hatte seine Stuttgarter Buchhandlung verkauft und war



*Georg David Hardegg*

bereits im April 1831 in Paris angekommen, wo er mit dem französischen republikanischen Abgeordneten Mauguin die Zeitschrift »Le Siècle« gründete. In Franckh fand Hardegg einen Gesinnungsgenossen, mit dem er viel und intensiv diskutieren konnte, der ihm zugleich Freund und Lehrer war. Franckh verschaffte Hardegg die Möglichkeit, durch die Übersetzung eines politischen Romans seinen Aufenthalt zu finanzieren. Von größerer Bedeutung war jedoch, dass Hardegg über Franckh in Kontakt mit französischen Radikalen kam, die in Paris den Klub »Les amis du peuple« unterhielten. Dort lernte Hardegg auf Vermittlung Franckhs auch andere deutsche Republikaner kennen und zusammen gründeten sie in

Franckhs Zimmer eine »Deutsche Sektion« dieses Klubs. Zum ersten Mal hatte Hardegg an einer politischen Organisation teil und nun begann er, seine Gedanken und Ideen, die bis dahin diffus und rein theoretisch gewesen waren, zu konkretisieren und zu vertiefen und sich mit seinen Freunden über die Möglichkeiten einer praktischen Umsetzung auszutauschen.

Die »Volksfreunde« hielten es für möglich, auf dem Wege der Revolution die republikanische Einheit Deutschlands zu erreichen. Ihren Optimismus gewannen sie dabei aus der politischen Situation in Europa. Hardegg urteilte rückblickend: »Die neuern Ereignisse in Frankreich und Belgien brachten mich zum Nachdenken und erregten die Hoffnung in mir, daß sich eine solche Umwälzung durchführen lasse. Ich dachte, was anderswo möglich ist, muß auch uns möglich seyn.«<sup>12</sup>

Die neue Beschäftigung und die Kontakte in Paris brachten Hardegg dazu, sein Leben auch in anderer Hinsicht zu verändern: Er beschloss, den ungeliebten Kaufmannsberuf endgültig an den Nagel zu hängen; stattdessen wollte er Medizin studieren. Sein Schulkamerad Gustav Widenmann erklärte hierzu später nicht ohne Bewunderung: »Er entschloß sich itzt Medicin zu studiren. Er wußte Alles zu verbinden. Er sagte, zuerst müsse man für die physische Gesundheit des Menschen sorgen, und dann erst für die geistige.«<sup>13</sup>

Hardeggs Vorstellung war es, sein Studium in Paris zu beginnen, um weiterhin in dem inzwischen vertraut gewordenen republikanischen Umfeld bleiben zu können. Als er seinen Plan nach Hause schrieb, waren seine Mutter und die Verwandten von einem Studium in Paris jedoch nicht begeistert und plädierten stattdessen für Tübingen. So musste er also seinen Auslandsaufenthalt abbrechen und kehrte im Dezember 1831 nach Württemberg zurück.<sup>14</sup>

Die Zeit in Paris hatte Hardegg aus der Phase rein privater Überlegungen und spontaner Aktionen wie in der Zeit nach seiner Rückkehr aus Belgien zu einer intensiveren Beschäftigung mit den liberalen und republikanischen Ideen gebracht, und vor allem hatte sie ihn im Kontakt mit entschlossenen Gleichgesinnten Teil einer Bewegung werden lassen, die sich ernsthaft mit dem Ziel einer Revolution trug.

### *Verschwörung für die Republik*

Hardeggs Leben teilte sich nach seiner Rückkehr aus Paris in zwei Bereiche auf: einen privaten und einen politischen. Bestimmend für ersteren war die Vorbereitung auf das Medizinstudium, insbesondere auf das »philologische Examen«, das Voraussetzung für die Zulassung zum Studium war. Ohne große Mühe bestand er es im Herbst 1832 und zog kurz darauf von Eglosheim nach Tübingen um. Sein Studium begann er mit gebremstem Eifer.<sup>15</sup> Schließlich gab es Wichtigeres zu tun!

Gottlob Franckh war im März 1832 nach Stuttgart zurückgekehrt und ihre Verbindung wurde sofort wieder stark und produktiv: »Wir lebten nun dem Plane für die Realisirung der Einheit Deutschlands. Wir dachten, daß hiezu vor Allem die Aufklärung des Volks nothwendig sey, und daß, wenn das Volk einmal aufgeklärt sey, man schon weiter sehen werde.«<sup>16</sup>

Neben die Versuche, das Volk aufzuklären, traten Versuche, Kontakte zu anderen entschlossenen Republikanern in Württemberg und anderen deutschen Staaten zu knüpfen. Ziel war es, eine Grundlage zu schaffen, um im geeigneten Augen-



blick an verschiedenen Orten losschlagen und die Republik erkämpfen zu können. Für Hardegg und Franckh war das ganze Jahr 1832 von diesen Aktivitäten geprägt.

Franckh reiste zunächst im Mai 1832 zum Hambacher Fest, wo Liberale aus ganz Süddeutschland über die republikanische Einheit Deutschlands diskutierten und offen die Revolution forderten. Er lernte dort führende Republikaner kennen und wurde schließlich auf den Anwalt Dr. Gärth aus Frankfurt aufmerksam. Dieser war Mitglied im »Deutschen Preß- und Vaterlandsverein«, der das Hambacher Fest bestimmte und kurz darauf verboten wurde. Er plante, mit wenigen Entschlossenen in Frankfurt, dem Ort, in dem die Gesandten der deutschen Fürsten im Bundestag zu Rate saßen, die Hauptwache zu stürmen, die Besatzung zu entwaffnen und mit diesem Akt das Fanal für einen allgemeinen Volksaufstand zu setzen, durch den der Bundestag zerschlagen würde und der Anfang für den Aufbau einer deutschen Republik gemacht sei. Franckh sagte seine Unterstützung zu und es wurde vereinbart, weiterhin Kontakt zu halten, um die Vorhaben in den verschiedenen Staaten – es waren auch lose Kontakte nach Rheinbayern und Hessen geknüpft worden – zu koordinieren. In der zweiten Hälfte des Jahres 1832 fuhrn Franckh und Hardegg zu diesem Zweck verschiedentlich nach Frankfurt und empfangen Delegationen von dort.<sup>17</sup>

Während Franckh im Ausland Kontakte zu knüpfen versuchte, konzentrierte sich Hardegg auf die Ausweitung der Gruppe entschlossener Republikaner in Württemberg. Seine Schulkameraden Groß, Mayer und Widenmann weihte er schnell ein und durch seinen häufigen Aufenthalt in Ludwigsburg, wo er übrigens schon im Frühjahr 1832 zur Vorbereitung auf einen etwaigen Aufstand bei Unteroffizieren Unterricht in Fechten und Exerzieren genommen hatte, stieß er dort auf



*Ludwigsburg um 1860. Nordwestlich vom Schloss die Weinwirtschaft  
»Räuberhöhle« (heutige Schloßstraße 45), in der  
Hardegg 1832 den Oberleutnant Ernst Ludwig Koseritz kennen lernte*

eine Gesellschaft von republikanischen Bürgern, die »Häußlersche Runde«. Diese traf sich in der als »Räuberhöhle« bekannten Weinwirtschaft des Metzgers Häußler (heutige Schlossstraße 45), um dort im Geheimen über die Möglichkeiten einer Revolution zu diskutieren. Zudem sollte der Kontakt zwischen Bürgern und republikanischen Offizieren der Ludwigsburger Garnison verbessert und die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit erwogen werden. Die bedeutendste Bekanntschaft, die Hardegg in diesem Kreis machte, war im August 1832 die des knapp dreißigjährigen Oberleutnants Ernst Ludwig Koseritz.<sup>18</sup>

Koseritz war bereits im Jahre 1825 von liberalen Ideen angesteckt worden, als er auf dem Hohenasperg republikanische Studenten zu bewachen hatte. Die dort gemachten Bekanntschaften hatten sich über die Jahre gehalten und Koseritz war im Zusammenhang mit den Aufständen in Frankreich und Polen 1830 neuerlich von der republikanischen Sache begeistert worden. Damals war er dazu übergegangen, ihm vertraute Unteroffiziere der Ludwigsburger Garnison, in der er inzwischen diente, in seine Gedanken einzuweihen und für einen möglichen Aufstand um sich zu scharen. Durch die Verbindung zu Hardegg und Franckh löste er sich von den eher zurückhaltenden früheren Genossen und trat nun entschieden für die Einführung einer republikanischen Einheit Deutschlands auf dem Weg der Revolution ein.<sup>19</sup>

Durch diese Verbindung eröffnete sich die Möglichkeit, einen Umsturz in Württemberg konkret zu planen und seine Verwirklichung praktisch anzugehen; die »Koseritz'sche Verschwörung«, wie sie später genannt wurde, war geboren. Während Koseritz der militärische Anführer war, kam Franckh und seinem engsten Vertrauten Georg David Hardegg die politische Leitung zu.

Die Verschwörung weitete sich in der zweiten Hälfte des Jahres 1832 immer mehr aus. Schwerpunkte wurden Ludwigsburg und Stuttgart, wo Franckh noch weitere Kreise gewinnen konnte, und daneben die bereits beschriebene Verbindung nach Frankfurt. Der gemeinsame Plan sah so aus: Die Frankfurter stürmen mit einigen hundert, möglichst bewaffneten Verschwörern die Hauptwache, entwaffnen die Soldaten bzw. fordern sie zur Unterstützung auf und ziehen mit vereinter Stärke zum Bundestag, um ihn in voller Sitzung aufzuheben. Ein durch den Wachensturm entfesselter Volksaufstand sichert die Aktion ab und verhindert eine Rückeroberung durch loyale Truppen. Zeitgleich bemächtigen sich die Verschwörer in Württemberg unter dem Kommando Koseritz' des auf dem Hohenasperg befindlichen Waffenarsenals, womit rund 40 000 Mann ausgerüstet werden könnten, wie man in einem nächtlichen Einbruch herausgefunden hatte. Sodann marschieren sie, ebenfalls von einer Erhebung des Volkes unterstützt, von Ludwigsburg nach Stuttgart, wo sie den König absetzen und die Republik ausrufen. Falls sich die Ludwigsburger Bürger gegen die Aufständischen richten sollten, würde man plündern lassen und die im städtischen Zuchthaus befindlichen 600 Sträflinge auf sie ansetzen. In Hessen und Rheinbayern finden ähnliche Aufstände statt und garantieren so den Erfolg. Schließlich wird die Sache auch von republikanischen polnischen Offizieren unterstützt, die von ihrem französischen Exil aus nach Deutschland einmarschieren und eine möglichst große Anzahl französischer Hilfstruppen mit sich führen.<sup>20</sup>

So fantastisch dieser Plan auch klingen mag, er hatte eine reale Basis. Die Juli-Revolution in Frankreich, die Revolution in Belgien, der Aufstand der Polen und die Stimmung in den deutschen und anderen europäischen Staaten gaben den

revolutionären Republikanern die Hoffnung, ihren Traum von der geeinten deutschen Republik in einem liberalen und von der Fürstenmacht befreiten Europa verwirklichen zu können. Bestimmend waren in der Folge Hoffnung, Spannung und konkrete Vorbereitung des für das Frühjahr 1833 geplanten Aufstands.

»Württembergischer Narodniki«

Ende 1832 kam es zwischen den engen Vertrauten Hardegg und Franckh jedoch zu Differenzen über den geeigneten Zeitpunkt zum Losschlagen. Franckh berichtete von seiner letzten Reise nach Frankfurt Anfang Dezember 1832 begeistert, »die Frankfurter seyen thätig gewesen, die Verbindungen mit Hessen seyen eingeleitet, der Geist daselbst sey gut, es bestehen viele Volksgesellschaften, Alles sey vorbereitet, die Revolution könne jeden Tag losgehen.«<sup>21</sup>

Hardegg war in dieser Hinsicht vorsichtiger, und auch der Führungsanspruch Franckhs widerstrebte ihm. Sein Schulkamerad und Mitverschwörer Heinrich Mayer wusste später zu berichten: »Franckh wollte eben eine Revolution. Hardegg sagte, dem Franckh sey jedes Mittel recht, wenn er nur durchdringe; derselbe halte sich für die Hauptperson bei der Sache. Franckh habe deshalb auch vor lauter Begierde, seine Rolle zu spielen, sich die Revolution immer ganz nahe gedacht und immerfort nur von 14tägigen oder 4wöchigen Terminen gesprochen. (. . .) Hardegg glaubte, die Ausführung könne noch längere Zeit anstehen.« Und weiter: »Der Unterschied bestand darin, Franckh wollte eine Republik und dann erst das Schaffen einer republikanischen Gesinnung, Hardegg dagegen vorher republikanische Gesinnung und dann erst Republik.«<sup>22</sup>

Hardegg hielt es also für notwendig, die Idee der Republik in noch weiteren Kreisen Württembergs zu verwurzeln und so die Chancen für einen erfolgreichen Umsturz zu verbessern. Aufklärung erschien im hierbei am dringlichsten und so nahm er diese im Winter 1832/33 in Angriff. In seinem Studienort Tübingen und insbesondere unter den Tübinger Studenten erwartete er allerdings keine Unterstützung zu finden, ganz im Gegenteil: »Er schimpfte oft über die ehrlose Stimmung der hiesigen Bürger und Studierenden. Er wollte nicht begreifen, daß es junge Leute so ohne alles Feuer geben könne.«<sup>23</sup> »Hardegg disputierte zuweilen mit Studenten, er sah aber gleich, daß mit diesen nichts zu machen ist. Er verfeindete sich deshalb mit ihnen und ich glaube, daß sie ihn fürchteten.«<sup>24</sup> Als Ziel für seine Propaganda wählte Hardegg hingegen die Bauernschaft in den Dörfern um Tübingen, weil er sich von deren »Denk- und Willens-Kraft« sowie von deren »Beharrlichkeit im Durchführen gefaßter Beschlüsse überzeugt hielt.«<sup>25</sup>

Von Franckh aus Stuttgart bezog er republikanische Flugschriften mit Titeln wie »Deutschlands Wiedergeburt« und »Widerhall deutscher Volksstimme« und mit seinem Freund Heinrich Mayer – einmal war auch Widenmann dabei – unternahm er einige Male Spaziergänge in die Dörfer, um die verbotenen Flugschriften zu verteilen. Mayer, der inzwischen ebenfalls nach Tübingen gezogen war und als Apothekergehilfe arbeitete, kam zudem die Aufgabe zu, vorab mit den Bauern Kontakt zu knüpfen. In der Apotheke sollte er sie heimlich ansprechen und ihnen teilweise bereits dort Flugschriften übergeben.

Die Spaziergänge führten sie nach Wankheim, Möhringen, Kusterdingen und Kirchentellinsfurt, wo sie den Bauern Besuche abstatteten. Gegenüber den Behör-

den berichteten diese später: »Sie kamen herein und setzten sich gleich so frech hinter den Tisch, wie wenn sie schon Jahre lang mit uns bekannt wären. Wir konnten sie gleich von dem Büchlein her und erschrecken. Der Hardegg führte das Wort. Er sprach von der Bedrückung des Volks und von der Rettung des Volks und von der Ungerechtigkeit der Regierung und der Obrigkeit. Er schimpfte nicht nur über alle Obrigkeit, sondern auch über die Geistlichkeit.« »Sein ganzes Gespräch ging eben darauf, daß man mit der Faust, mit Gewalt eine andere Obrigkeit einsetzen solle.« »Er sagte, die Reichen müssen mit den Armen theilen, damit Niemand Noth leide. Er wollte eben Gleichheit und Freiheit.«<sup>26</sup>

Hardegg war offensichtlich die treibende Kraft, er »redete ganz feurig und kräftig«, »männlich und herzlich«.<sup>27</sup> Seinem Anliegen, die Bauern für die Sache der Republik zu begeistern und auf eine bevorstehende Revolution vorzubereiten, war allerdings keinerlei Erfolg beschieden. Treu zu Thron und Altar stand die konservativ eingestellte Landbevölkerung den jungen Studenten aus Tübingen und ihren Ideen feindlich gegenüber. Die Angaben der Bauern über ihre Reaktion zeigen es deutlich: »Wir sagten ihnen, daß wir von einer solchen Bedrückung nichts wissen. (...) Wir sagten, daß die Gewalt verboten sey. (...) Wir sagten, die Obrigkeit sey von Gott eingesetzt und gegen ungerechte Diener derselben könne man bei dem König Recht verlangen. Wir wiesen ihnen nach, daß es vielmehr unsre Pflicht und Schuldigkeit sey, für den König und die Obrigkeit zu beten.« Und weiter: »Sie redeten in so verschraubten Worten, daß ich nicht mehr Alles so sagen kann.« Und schließlich: »In unserem Oberamt gibt es keine Lumpen, bey denen man mit einem solchen Geschwätz Gehör findet.«<sup>28</sup>

War die Vorstellung, die Landbevölkerung für die Revolution gewinnen zu können, ohnehin schon äußerst optimistisch, so wurde die Umsetzung noch erschwert durch den Umstand, dass Hardegg in der betreffenden Region zumeist Pietisten antraf, »worüber er jedesmal sehr böse wurde«.<sup>29</sup> Mayer gab an: »Sie wollten von Revolution und Republiken nichts wissen. Sie sagten, im Jahre 1836 kommen die himmlischen Heerscharen, da brauche der Mensch nichts zu thun.«<sup>30</sup>

Als es bei einem Besuch sogar zu Handgreiflichkeiten kam, gaben sie diese Form der Aufklärung auf. Sie legten die Flugschriften nun heimlich aus und bedienten sich dabei mitunter ungewöhnlicher Mittel. Mayer dazu: »Bei Bühl, wo in einem ausgehöhlten Stein ein Mutter-Gottesbild steht, legten wir diesem ein Exemplar in den Arm. Hardegg sagte, die Bauern glauben dann, es seye vom Himmel herabgekommen.«<sup>31</sup>

Das ganze Aufklärungsvorhaben war ein vollkommener Misserfolg. Bedeutende Folgen hatte es jedoch in anderer Hinsicht: Die Bauern gaben nämlich die verbotenen Flugschriften teilweise an ihre Pfarrer weiter; diese warnten öffentlich vor den »Verführern« und meldeten die Vorgänge der Obrigkeit. In kürzester Zeit waren so die Verteiler der Flugschriften ermittelt.<sup>32</sup> Am 30. Januar 1833 wurden Mayer und Widenmann in Tübingen verhaftet. Hardegg schaffte es noch, nach Stuttgart zu reisen, um Franckh von den Verhaftungen zu informieren und zu warnen. Als er bei seiner Rückkehr nach Tübingen am Abend des 31. Januar sein Zimmer versiegelt vorfand, stellte er sich am nächsten Morgen freiwillig beim Oberamtsgericht Tübingen. Nach kurzer Vernehmung wurde er festgenommen.<sup>33</sup>

Den Verhaftungen maßen Hardegg und seine Genossen nicht allzu große Bedeutung bei. Überraschend waren sie nicht gekommen, hatten sie doch von den Ermittlungen gegen sie gewusst, jedoch keine Möglichkeit oder wahrscheinlicher:

keine Veranlassung zur Flucht gesehen. Die Ermittlungen der Behörden unterschätzten sie. Mit Sicherheit erkannten die Revolutionäre ihre Situation nicht als das, was sie war: Der Anfang vom Ende der ganzen Verschwörung!

Die Untersuchung gegen sie begann nämlich ganz harmlos. Hardegg war bemüht, die Flugschriftenverteilung als einfache »Spaziergänge auf die benachbarten Dörfer« darzustellen, bei denen sie einzig das Ziel gehabt hätten, »das Wesen der Bauern kennen (zu) lernen«.<sup>34</sup> Seine republikanische Gesinnung, die Kontakte zu Franckh und erst recht die Verbindungen zu Koseritz und ins Ausland verschwie er und versuchte, keinen Anlass für den Verdacht auf einen größeren Zusammenhang seiner Unternehmungen zu geben. Am 9. Februar wurde ihm jedoch vorgehalten, dass sein Verhältnis zu Franckh bekannt geworden und dieser bereits verhaftet sei und dass darüber hinaus ihr Verkehr mit deutschen und französischen Republikanern im Klub »Les amis du peuple« in Paris und ihre Reisen nach Frankfurt aufgedeckt seien. Die Information war dem Gericht unter Zusage der Anonymität des Informanten zugespielt worden – wer der Informant war, bleibt bis heute verborgen. Hardegg, aufgebracht und von Verrat schimpfend, legte daraufhin ein Geständnis ab.<sup>35</sup> Im Laufe der Untersuchung räumte er seine republikanische Gesinnung, seine Pariser Bekanntschaften und seine Überlegungen zur politischen Umgestaltung Deutschlands ein, stets jedoch unter Vermeidung der Auskünfte über Mitverschworene und ohne die Tragweite seiner Aktivitäten zu offenbaren. Zudem betonte er stets, dass er nur nach seinem Gewissen gehandelt habe und es für kein Verbrechen, sondern für richtig halte, dem Fortschritt den Weg zu bahnen. Die Regierung selbst habe sich ja »schon so oft für jedes zeitgemäße Fortschreiten erklärt«.<sup>36</sup> Diese trotzig verteidigung konnte ihn freilich nicht vor der Bestrafung bewahren.

### *Der Zusammenbruch der Verschwörung*

Die »Koseritz'sche Verschwörung« und die Vorbereitungen für den Frankfurter Wachensturm wurden jedoch ungeachtet der Verhaftungen von Hardegg, Franckh und einigen anderen vorangetrieben. Am 3. April 1833 schlugen die Revolutionäre in Frankfurt los: 400 Mann, überwiegend Studenten, stürmten die Hauptwache und nahmen sie ohne Mühe ein. Wie geplant marschierten sie daraufhin auf das Palais Thurn und Taxis, den Sitz des Bundestages. Der erwartete Volksaufstand blieb jedoch völlig aus und so standen die Aufständischen, als das Militär eingriff, einer erdrückenden Übermacht gegenüber. Neun Tote, 24 Verwundete und unzählige Verhaftungen waren die Folge. Trotz erbittertem Widerstand war der Umsturzversuch kläglich gescheitert.<sup>37</sup>

In Württemberg kam es erst gar nicht so weit. Oberleutnant Koseritz rückte in letzter Minute von dem gemeinsamen Plan mit den Frankfurtern ab. Das Signal zum Losschlagen gab er nicht. Das Unternehmen schien ihm noch nicht gut genug vorbereitet, die Zeit noch nicht reif. Womöglich fehlten ihm auch Hardegg, laut Koseritz »einer der entschiedensten Revolutionäre und stets zum Losschlagen bereit«<sup>38</sup>, und besonders Franckh, der jederzeit nach vorn gedrängt hatte, um sein Zögern zu durchbrechen. So wartete er zunächst das Ergebnis der Frankfurter Erhebung ab. Als deren Scheitern sicher war, gab er den Plan einer Revolution in Württemberg auf.<sup>39</sup>

Nach der Festnahme Hardeggs und Franckhs, besonders aber in der Zeit nach dem Frankfurter Wachensturm stellte die Obrigkeit schonungslos Nachforschungen an, von der weite Kreise Württembergs betroffen waren. Eine regelrechte Verfolgung aller Liberalen setzte ein. Es folgte eine Verhaftungswelle, von der am 7. Juni 1833 auch Ernst Ludwig Koseritz erfaßt wurde. Die Verschwörung war endgültig beendet.

Von heute aus kann man feststellen, dass die Verschwörung in vielerlei Hinsicht für ihre Zeit, den »Vormärz«, typisch war: Die Teilnehmer waren allesamt jung, der Kreis beschränkte sich allerdings nicht mehr nur auf die akademische Jugend, sondern öffnete sich dem Kleinbürgertum und der Handwerkerschaft. Sie war eingebettet in eine europäische revolutionäre Bewegung und Stimmung und bezog daraus einen Großteil ihres fast naiven Optimismus. Aufklärerische Elemente mischten sich in ihr mit revolutionärem Aktionismus, die Ziele und Mittel waren nicht eindeutig definiert. Forderungen nach Republik, nationaler Einheit Deutschlands und gesicherter liberaler Verfassung standen an erster Stelle. Auf den zweiten Blick fanden sich jedoch neben dem Ruf nach Revolution auch Überlegungen zur Reformierbarkeit der Staaten, Vorstellungen von konstitutioneller Monarchie neben radikaler Demokratie und bürgerlich-kapitalistische Ansichten neben frühsozialistischen und anarchistischen Momenten. Gemeinsam war den Teilnehmenden jedoch der starke, oft leidenschaftliche Wille zur Veränderung und die Überzeugung, im Sinne des Fortschritts rechtmäßig zu handeln. Und auch die Reaktion der Fürsten, die Niederschlagung bzw. Erstickung des Aufstands und die oft folgenden drakonischen Strafen passten in die Zeit. Die Repression war seit 1832 (und später 1834 nochmals) verstärkt worden, revolutionäre Umgestaltung hatte in Deutschland damals wenig Aussicht.<sup>40</sup>

Aber zurück zu den Ereignissen in Württemberg im Jahre 1833 und zurück zu Georg David Hardegg. Der Verhaftungswelle folgten die Prozesse. Hardegg, Franckh und ihre Genossen hatten sich ja bereits in Tübingen als dem Ort ihrer Festnahme zu verantworten und besonders im Februar und März in zermürbenden Verhören zu immer gleichen Fragen auszusagen. Nach Bekanntwerden des ganzen Ausmaßes der Verschwörung wurde die Untersuchung jedoch neu strukturiert und in drei Verfahren unterteilt: Für alle beteiligten Zivilpersonen (»Franckh und Genossen«), also auch für Hardegg, wurde der Königliche Gerichtshof für den Neckarkreis in Esslingen für zuständig erklärt, das Oberamtsgericht Tübingen befasste sich stattdessen mit den Aktivitäten der Tübinger Burschenschaft, die in die Vorgänge um den Frankfurter Wachensturm und den geplanten Aufstand in Württemberg zwar eingeweiht, daran jedoch nicht aktiv beteiligt gewesen war. Die Verhandlung gegen die Angehörigen des Militärs schließlich wurde durch das Militärgouvernement Ludwigsburg geführt.<sup>41</sup>

Zur Koordinierung dieser drei Prozesse wurde eine viel beachtete »Königliche Central-Untersuchungs-Commission wegen revolutionärer Umtriebe« mit Sitz auf dem Hohenasperg eingerichtet.<sup>42</sup> Aus diesem Grund sollte Hardegg zur weiteren Untersuchung von Tübingen auf die Festung gebracht werden. Vor seiner Einlieferung unternahm er noch einen verzweifelten Versuch, sich dem »Tränenberg« zu entziehen. Am 11. Mai 1833 schrieb er an seine Mutter: »Liebe Mutter, du kannst dir wohl denken, daß ich des langen Sitzens müde bin. (. . .) Es bleibt mir nichts als Flucht. Schicke mir nun 150 bis 200 Gulden, aber ohne daß eine Seele davon weiß.«<sup>43</sup>

Mit Franckh hatte er den Entschluss gefasst, den Ausbruch aus dem Tübinger Schloss, wo sie inhaftiert waren, zu wagen. Dieser hatte nämlich, als eines Tages Militär durch Tübingen marschiert war, vermutet, »itzt gehe es ihm an den Hals, er befürchte, daß alle politischen Gefangenen nach Frankfurt transportirt werden, da komme er in fürchterliche Gefängniße und sehe in seinem Leben das Tageslicht nicht mehr«. <sup>44</sup>

Zu Franckhs Angst, nach Frankfurt verlegt zu werden, kam, dass er an Wassersucht erkrankt war, und auch Hardegg hatte erschreckt festgestellt, »daß das Blut in seinen Adern stockte« und »sein Athem ganz schwer« wurde. <sup>45</sup> Flucht erschien überlebensnotwendig. Bei Hardegg kam noch ein weiteres Motiv hinzu: Kurz vor seiner Verhaftung hatte er sich mit Sabine Dorothee Hartmann aus Kirchheim am Neckar verlobt. Sein Freund Ludwig Groß übermittelte ihm nun, diese »laße sich nicht mehr trösten« <sup>46</sup> und so sah Hardegg keinen anderen Ausweg für sich. Die Briefe, die sie zur Organisation ihrer Flucht geschrieben hatten, wurden jedoch entdeckt und so starb auch diese letzte Hoffnung. Am 10. Juni 1833 kam Georg David Hardegg schließlich auf dem Hohenasperg, dem württembergischen »Demokratenbuckel«, an. Die nächsten fünfzehn Jahre seines Lebens sollte er hier unfreiwillig in der Nähe Ludwigsburgs verbringen.

#### *Untersuchungshaft in der »württembergischen Bastille«*

Die Haftbedingungen, denen Hardegg auf dem Hohenasperg ausgesetzt war, waren alles andere als angenehm. Der König selbst zeigte großes Interesse an dem Prozess und gab persönlich Anweisungen, wie mit den Untersuchungshäftlingen



*Soldaten eskortieren eine Kutsche (mit Gefangenen?) zum Hohenasperg, um 1830/40*

umzugehen sei. Am 29. August 1833 schrieb er an den Kriegsminister: »Ich gebe demselben auf, durch alle geeignete militärisch Maßregeln sich zu versichern, daß die gegenwärtigen Untersuchungs-Gefangenen auf dem Asperg weder mit Civilpersonen in Communication treten noch von irgend jemand Besuche erhalten können. Diese letztern kann nur der Kriegsminister selbst oder der besonders aufgestellte Untersuchungs-Richter auf eigene Verantwortung gestatten. Die Gefängnisse sollen auch bei Tag unausgesetzt durch vertraute und zuverlässige Unteroffiziere beobachtet seyn und wenn Kosten daraus erwachsen, so sind solche an Mich einzureichen, da Ich sie aus Privatmitteln bestreiten will. Der Festungskommandant, Oberstlieutenant v. Arlt, soll über die genaue Befolgung des Vorstehenden persönlich verantwortlich gemacht werden.«<sup>47</sup>

So saß Hardegg also mit seinen 22 Jahren Tag und Nacht streng bewacht in Isolationshaft in einer »sehr schmalen« Zelle, wo jeder Versuch des Kontakts mit seinen Freunden sofort strikt unterbunden wurde: »Den Gefangenen ist ein ganz ruhiges Verhalten in den Gefängnissen, und insbesondere die Unterlassung jeder Communication unter sich und mit dritten, nicht zum Dienst gehörenden Personen, unter der Bedrohung befohlen, daß jede Contravention weitere, die Freiheit des Übertreters empfindlich beschränkende Sicherheitsmaßregeln, z. B. Anbringung eines weiteren Fenstergitters, zur Folge haben werde.«<sup>48</sup>

Die einzige kleine Abwechslung in der, wie Hardegg schreibt, »tödtlichen Einförmigkeit des Gefängnisses«<sup>49</sup> stellte der kurze frühmorgendliche Spaziergang dar, der den Häftlingen allerdings nur widerwillig und notwendigerweise zugestanden wurde: »Der Gesundheitszustand mehrerer der Arrestanten macht es zumal bei der ziemlich ungesunden Luft in den engen Gefängnisräumen nach dem Erachten des hiesigen Regimentsarztes nöthig, den Gefangenen von Zeit zu Zeit Bewegung in freier Luft zu gestatten. Dieß geschieht in der früh von 5–8 Uhr in der Art, daß die Gefangenen je einer nach dem Andern auf einem bestimmten Theil des obern Walles, den während dieser Zeit sonst Niemand betreten darf, durch einen der Landjäger eine halbe bis eine Stunde spazieren geführt wird.«<sup>50</sup>

Diese Situation und vor allem das Gefühl, ungerechterweise eingesperrt zu sein, war für Hardegg nur schwer zu ertragen. »Unglaubliches und injuriöses Benehmen während seines Untersuchungs-Arrestes«<sup>51</sup> waren die Folge, Aufseher und selbst Richter beschimpfte er als »Henkersknechte«<sup>52</sup>, und er widersetzte sich bisweilen derart, dass es unmöglich wurde, begonnene Verhöre abzuschließen. War seine Reaktion auch mit Sicherheit verständlich, so trug sie wohl kaum zur Verbesserung seiner Lage bei.

Die Haftbedingungen wurden gegen später, wohl nach Abschluss der Verhöre Mitte 1835, dennoch erleichtert. Hardegg konnte nun Besuch empfangen, der Kontakt mit anderen Gefangenen wurde möglich, und es war ihm sogar gestattet zu arbeiten. Für Franckh konnte er wieder Bücher übersetzen und die äußere Situation wurde somit zweifellos angenehmer als zu Anfang seiner Haft. Auf der anderen Seite zog der Prozess sich unendlich dahin und die Ungewissheit über die weitere Dauer des Verfahrens, die Unsicherheit über den Stand seiner Sache und die ständige Spannung hinsichtlich des über Jahre hinweg laufend erwarteten Urteils machten ihm schwer zu schaffen. Dazu kam die grundsätzliche Empfindung der Ungerechtigkeit, überhaupt inhaftiert zu sein, und so schwankte seine Stimmung über den langen Zeitraum seiner Haft zwischen kämpferischer Entschlossenheit einerseits und Trauer und Resignation andererseits. Den besten Ein-



blick in seinen damaligen Gemütszustand geben uns einige erhaltene Briefe, die er gegen Ende seiner Haft auf dem Hohenasperg an seine Mutter und seine sieben Jahre jüngere Schwester Elisabeth schrieb. In einem Brief aus dem Jahr 1838 (ohne genaue Datumsangabe) ist zu lesen:

»Ich bin jetzt auch 5 Jahre gefangen und habe dabei allerhand Leiden, allein Jedermann läuft an einem vorbei und denkt, es ist gut, daß mich diese Sache Nichts angeht, aber sie betrügen sich, denn es handelt sich um die Wahrheit, und da wird's noch wunderlich gehen.«<sup>53</sup>

In zwei Briefen aus dem Jahr 1837 (11. Juli und 3. August) schreibt er an seine Schwester: »Da mich Euer letzter Besuch durch Eure Erzählungen sehr unterhalten hat und ich sehr das Bedürfnis der Aufheiterung fühle, so schlage ich dir vor, du sollest mir hie und da einen Brief schreiben; ich will mich einmal an die Jugend halten, ob ich besser dabei fahre als bei den Alten, deren Geistes- und Herzensblick durch allerhand Sorgen verdunkelt ist.« Und im zweiten wieder etwas zversichtlicher: »Ueber das Ende der Untersuchung weiß ich selbst Nichts. Da ich aber jetzt ein Geschäft habe und Geld verdiene, wenn auch vor der Hand wenig, so denke ich nicht mehr so daran. Hier ist Nichts zu machen als Geduld, sind die Leute verschlossen, so sind sie verschlossen.«<sup>54</sup>

Ein Brief vom 19. November 1838 hingegen ist wieder geprägt von Niedergeschlagenheit und Leere, andererseits aber auch von trotziger Kampfbereitschaft, was seinen Prozess betrifft: »Liebe Mutter! Es war am letzten Dienstag, daß mich meine Schwestern besuchten. (...) Nun ist es Donnerstag, Freitag, Samstag, Sonntag geworden, und ist keine Spur von euch da. (...) Ich muß gestehen, daß mich euer Stillschweigen unangenehm berührt, mein Gemüth war in den letzten Tagen so kahl wie ein Feld, über das der Sturm gegangen ist. Schickt mir heute wenigstens meine Sachen. Es ist peinlich, wenn der Mensch mit einem harten Schicksal kämpfen muß und bei den nächsten Verwandten statt Hülfe nur tote Herzen findet. Von meiner Sache weiß ich euch Nichts Neues zu sagen als daß ich heute an Römer schreibe, um die Entscheidung auf jede Art zu beschleunigen. Ich bin froh, daß die Zeit gekommen ist, wo die Entscheidung unserer Sache mehr von meiner Entschlossenheit abhängt, als von dem guten Willen der würtemb. Gerichte. Das soll euch bald klarer werden, denn ihr kennet mich hinlänglich, daß wenn mir etwas wurmt, ich nicht ruhe bis ich vollkommen befriedigt bin. Ich grüße Euch, dein Sohn David.«<sup>55</sup>

Der Prozess war also im Jahr 1838 in seine entscheidende Phase getreten. Warum die Untersuchung so lange gedauert hatte, was die Gründe dafür waren, dass nicht schon viel früher ein Urteil gesprochen worden war und Hardegg und seine Genossen diese ganze Zeit in der ungewissen und zermürenden Untersuchungshaft verharren mussten, bleibt heute so unverständlich wie damals. Schließlich hatte ein königliches Dekret bereits im Juni 1833 darauf gedrängt, die Verfahren zu beschleunigen und zügig zum Abschluss zu bringen, um die Gerichtshöfe nicht so lange zu blockieren<sup>56</sup>, und tatsächlich war auch bereits im Jahr 1835, als im Militärprozess zu Ludwigsburg die Urteile gesprochen wurden, der Hauptbericht über die Untersuchung gegen die an der Verschwörung beteiligten Zivilpersonen fertig gestellt worden, der bereits alle Erkenntnisse enthielt, die für das spätere Urteil wesentlich waren. Die Urteilsfindung dauerte demnach noch ganze drei Jahre. Im Januar 1838 ergingen schließlich die Richtersprüche gegen 31 Zivilpersonen und es wurden Strafen zwischen zwei Monaten und vierzehn Jahren ver-

hängt. Hardegg, als einer der Rädelsführer des geplanten Umsturzes erkannt, erhielt gemeinsam mit Gottlob Franckh die höchste Strafe von vierzehn Jahren Zuchthaus. Dagegen legte er wie die meisten der Hauptangeklagten Protest ein und das Verfahren wurde in nächster Instanz noch einmal verhandelt.<sup>57</sup> Hardegg verfasste hierzu im August 1838 eine eigene Verteidigungsschrift und legte viel Kraft in diese zweite Verhandlung, ein Umstand, auf den er am Ende des obigen Briefs anspielte.

In der Verteidigungsschrift, die eher einer Anklage an die Obrigkeit gleicht, offenbarte er noch einmal seine Ideen und Motivationen und gab ein beeindruckendes Zeugnis seiner streitbaren Aufrichtigkeit: »Die Ursachen aller Verbesserungserscheinungen unter den Menschen sind, daß das gewöhnliche Treiben im Widerspruch mit den wahren Bedürfnissen des Menschen steht, ohne deren sattsame Befriedigung immer Kampf unter den Menschen sein wird, und das mit Recht. (...) Diese wahrhaften Bedürfnisse halten den Geist wach und wecken im Verein mit guten Büchern den Verstand auf. Ist dieser aufgeweckt, so sieht man das Leben im Widerspruch mit der Natur, der Vernunft und dem Gewissen. Nun hat man die Wahl, sich selbst zu verlieren oder die Lehren und den Verstand wahrhafter Männer festzuhalten. Die Geschichte des Altertums zeigt, daß es besser war, als es gegenwärtig ist und die Sehnsucht der Jugend klammert sich an das Altertum an, um es herbei zu wünschen oder ins Leben einzuführen. (...) Die jetzige Erziehung nährt den Geist der Jugend nicht, sie erdrückt ihn mit Aufgaben. (...) Die Toren, die an der Spitze der Erziehung stehen, (...) prahlen auch in öffentlichen Blättern und Aktenstücken mit der vortrefflichen Bestellung der Schulen. Allein ich bin auch in die Schule gegangen und weiß, welche Wirkungen sie auf mich und viele Kameraden gehabt hat, und heute sage ich diesen Hochwürden und Hohehrwürden, daß sie von der Jugend soviel verstehen, wie der Blinde von der Farbe, mit einem Wort, daß ihre Sache nichts ist. (...) Sieht man nun, wie die Volkskammern mit großer Strenge Gesetze gegen die Laster geben, dagegen der Natur ihr Recht nicht einräumen und die Quellen, aus denen die Laster fließen, nicht verstopfen, folglich unter dem Namen der Ordnung und Moral ein doppeltes Verbrechen begehen, (...) so verwirft man mit Recht die ganze gegenwärtige Einrichtung, und in diesem Sinne habe ich gesagt: Wir hielten die Fragen, über die man sonst streitet, für erledigt, wir wollten das ganze Gebäude nicht mehr, nicht aber in dem beschränkten Sinne wie der Referent meint, der alles nur zustutzt, um mich recht strafen zu können. Wohl habt ihr alles auf das Oberflächliche, strafrechtlich politische Feld gespielt, allein es soll euch nichts nützen. Mein Kopf ist ein anderer Kopf als ein Schreibers- oder Bürokopf, der seinen Codex zu seinem Gott macht. Mein Trachten geht dahin, ein unabhängiger prüfender Geist zu werden, mit einem Wort, ein Mensch! (...) Ich stehe also hier als ein Kämpfer für das Glück der deutschen Jugend, und man wird es natürlich finden, daß ich keine Reue vor Menschen fühle, die nach göttlichem Rechte im Sack und in der Asche Buße tun sollten, statt daß sie fortfahren, uns durch Gefängniß zu schinden.«

Seine Verteidigung schloss mit den Worten: »Das Strafbare oder Verdienstliche hängt dabei von der Beantwortung der Frage ab, ob die Bürger das Recht besitzen, in bedenklichen Zeiten eine politische Voraussicht zu haben und sich über das, was ihrem Lande frommt, zu besprechen? Die Vernunft und die Geschichte sagen: ja.«<sup>58</sup>

Hardegg wich in dieser Situation also nicht zurück, sondern legte frei von taktischen Überlegungen seine Überzeugung dar. Die endgültige Verurteilung folgte am 29. Januar 1839, das Ergebnis wurde ihm am 7. Februar mitgeteilt: »Im Namen des Königs. In der Untersuchungssache gegen den Buchhändler Gottlob Franckh von Stuttgart und Genossen erkennt (...) der Criminal-Senat des Königlichen Ober-Tribunals: daß (...) der die Arzneiwissenschaft Studirende Georg David Hardegg von Eglosheim, Oberamts Ludwigsburg, wegen im Complotte versuchten Hochverraths, mehrfacher schwerer Ehrenkränkungen gegen den Untersuchungs-Richter und den Aufsichtsbeamten auf Hohenasberg, Unbotmäßigkeit gegen diesen und gegen untergeordnete obrigkeitliche Diener, auch ungebührlichen Benehmens im Gefängnisse, welcher Verbrechen und Vergehen der Ange-schuldigte, seines theilweisen Läugnens und des gegen einen Theil seiner Geständ-nisse unbegründeter Weise eingelegten Widerrufs ungeachtet, für schuldig anzu-sehen, unter Einrechnung eines Theil des erstandenen Verhafts zur Strafe, zu neunjähriger Zuchthausstrafe (...) zu verurtheilen (...) sey.«<sup>59</sup>

Wieder hatte Hardegg zusammen mit Franckh die höchste Strafe des Prozesses erhalten, weniger hoch als die Verurteilung in erster Instanz war sie nur deshalb, weil die Richter in zweiter Instanz die Verschwörung nur als entfernte, statt als nahe Vorbereitung zum Umsturz gewertet wissen wollten.<sup>60</sup> Hardegg hätte wohl die Möglichkeit gehabt, durch ein Eingeständnis seiner Schuld dem Zuchthaus zu entgehen und stattdessen in der angenehmeren Festungshaft zu verbleiben, eine Möglichkeit, die er allerdings, wie aus seiner Verteidigungsschrift und dem folgenden Brief zu ersehen ist, nicht wahrnehmen konnte und wollte. An seine Mutter schrieb er:

»Mein Urtheil ist mir diesen Vormittag um 11 Uhr bekannt gemacht worden. Ich bin zu 9 Jahren (neun) Zuchthaus verurtheilt. Ich habe dagegen protestirt, und wenn es euch daran liegt, die Gründe meiner Protestation zu erfahren, so verschaffet euch diese durch Herrn Dr. Römer in der Abschrift, damit ihr euch gegen Jedermann ausweisen könnt, der euch fragt, warum ich eigentlich im Zuchthause sey. (...) Besuchen soll mich hier Niemand mehr; ich bedarf der Ruhe, und Ehre und Gewissen haben mir meinen Weg vorgeschrieben. (...) Besorgnis braucht ihr keine wegen meiner zu haben. Ich gehe ruhiger ins Zuchthaus als wenn ich durch Anerkennung dieser Untersuchung mir dasselbe erspart hätte. Meine natürliche Jugend ist dahin, ich habe fast nie eine solche gehabt; ich muß nun nach der ewigen Jugend der Widergeburt trachten, und ich bin voll Hoffnung und Fassung, daß Alles gut gehen wird.«<sup>61</sup>

Eine bemerkenswerte Haltung der Souveränität und Größe spricht aus seinen Worten und diese half ihm, den Weg ins Zuchthaus Gotteszell am 9. Februar 1839 anzutreten. Doch es war noch mehr, was ihm in dieser Situation Ruhe gab. Der Brief, den er gleich nach seiner Ankunft in Gotteszell an seine Familie schrieb, macht es deutlich:

»Angegriffen durch die 6jährige Untersuchungshaft machte die Reise einen starken Eindruck auf meine Sinne. Noch 2 Tage nachher hafteten die Gebirge und dergl. in meinem Sinne. (...) Meine Kleider schicke ich dieser Tage heim; ich brauche sie hier nicht. Ihr müsset euch keinem Jammer hingeben. Es kommt Alles von Gott. Mein Schicksal dient nur dazu, mich in die Wirklichkeit einzuführen, zum Unterschied von dem Scheinleben. Die Wirklichkeit aber ist das Leben der Seele.«<sup>62</sup>

Hardeggs Denken und Empfinden hatte während der Gefangenschaft auf dem Hohenasperg eine vollkommen neue Richtung bekommen, eine Richtung, die für sein ganzes weiteres Leben bestimmend werden sollte. Er hatte sich der Beschäftigung mit Gott und frommen Büchern, der Religion, zugewandt und war besonders von einer Form der Mystik angezogen, die Abkehr von der Sinnenwelt lehrte.<sup>63</sup> Er wurde davon offensichtlich so stark angezogen, dass er aus seiner Zelle heraus in Form seiner Briefe eindrucklich Zeugnis davon gab und sich auch nach seiner Haftzeit nicht davon löste, sondern vielmehr auf diesem Weg immer weiter voranschritt.

Wie es zu diesem Wandel kam und wann er einsetzte, ist von heute aus schwer zu erklären. Dass es ein grundlegender Wandel war, liegt allerdings auf der Hand. Hardegg war zwar evangelisch getauft, nicht aber religiös erzogen worden und mit seiner liberalen Gesinnung und seiner frühen Entscheidung für die revolutionäre Politik hatte er sich sogar entschieden gegen die Religion gewandt. Umso mehr muss es erstaunen, dass ein Mann, der noch wenige Jahre zuvor gegen die »Pfaffen« und jede Geistlichkeit geschimpft hatte, jetzt von »Wiedergeburt« und »Leben der Seele« schrieb. Als Ursache dafür ist vieles denkbar: Möglicherweise hatte Hardegg in seiner Haftzeit neue Bekanntschaften gemacht, die ihn zum Nachdenken in diese Richtung veranlassten, möglicherweise war er in Kontakt mit Büchern gekommen, die ihn faszinierten und sein Denken beeinflussten. Gesicherte Aussagen darüber lassen sich allerdings nicht treffen. Ein späterer Freund interpretierte, Hardegg habe im Gefängnis »Zeit und Anlaß zu ernster Prüfung« seiner bisherigen Vorstellungen gehabt, diese als »unzureichend für das Bedürfnis des Menschen erkannt«<sup>64</sup> und sich deshalb Gott zugewandt. Ob der Übergang von der einen zur anderen Überzeugung so stringent und auf dem Wege der »Erkenntnis« verlief, bleibt fragwürdig. Zweifellos besteht allerdings ein Zusammenhang zwischen den gescheiterten politischen Plänen und Wünschen, der elementaren Erfahrung der Ungerechtigkeit und dem Hafterlebnis einerseits und der Veränderung seines Denkens und Empfindens andererseits. Die Äußerungen über sein Schicksal und damit verbunden über den Willen Gottes und den wahren Weg zu ihm, die spätestens seit 1838 auftreten, tragen besonders nach der Verurteilung und Verlegung nach Gotteszell Züge von Fatalismus. Die Enttäuschung über den Zusammenbruch seines politischen Vorhabens und die Last der Strafe mögen ihn auch zu einer Abkehr von der Realität, zu einer Flucht in das Reich des Glaubens veranlasst haben. Er schreibt selbst: »Die Wirklichkeit aber ist das Leben der Seele.«

Im Zuchthaus Gotteszell verbrachte er schließlich nur noch ein Jahr. Es gelang ihm bereits im Frühjahr 1840, seine vorzeitige Entlassung zu erreichen und mit diesem Schritt war der erste Abschnitt seines Lebens endgültig beendet.<sup>65</sup>

Am Beginn des zweiten Lebensabschnitts stand zunächst seine Heirat am 10. Mai 1840. Sabine Dorothee Hartmann, mit der Hardegg sich schon kurz vor seiner Verhaftung 1833 verlobt hatte, hatte die ganzen Jahre auf ihn gewartet und wurde jetzt, kurz nach seiner Entlassung, seine Frau.<sup>66</sup> Für die Heirat stand nur eine kurze Frist zur Verfügung, denn Hardeggs Freilassung war an die Bedingung geknüpft, dass er ins Ausland geht. Als Exil wählten sie die Schweiz und so ließen sie sich im Sommer 1840 in Schaffhausen, nahe der deutschen Grenze, nieder.



*Sabine Dorothee Hardegg  
geb. Hartmann (1814–1885)*

Hardegg arbeitete wieder als Buchhalter in einem Handelshaus und erwarb sich so großes Ansehen, dass ihm bald die Geschäftsführung des Hauses übertragen wurde.<sup>67</sup>

Von der Schweiz aus versuchte er verschiedentlich, bei den württembergischen Behörden seine Rückkehr oder zumindest den Erlass der Prozesskosten zu erreichen, zunächst jedoch ohne Erfolg. Im September 1843 schreibt er an seine Mutter: »Schon seit einigen Tagen hofften wir auf Briefe und Nachrichten von dir; ein Bescheid indessen auf mein Gesuch um Nachlaß der Untersuchungskosten, welcher mir dieser Tage durch die hiesige Polizei eröffnet worden ist, veranlaßt mich das Stillschweigen zuerst zu brechen. Derselbe lautet nämlich dahin, daß ich mit meinem Gesuche abgewiesen sey. Ob der Erlaß vom König oder vom Justiz-Minister kommt, kann ich nicht beurtheilen. Sey dem wie ihm wolle, so besteht ein unüberwindlicher Groll gegen mich

und ein weiteres Bitten ist nutzlos, weswegen ich es auch zu unterlassen entschlossen bin. Ich will einmal dem Wasser den Lauf lassen, es hat sich schon manches größere verlaufen, die Erdengötter gefallen sich scheint in der Ungnade.«<sup>68</sup>

Im Jahre 1846 wurde ihm schließlich durch eine Amnestie anlässlich des dreißigjährigen Thronjubiläums König Wilhelms die Rückkehr nach Württemberg ermöglicht. Er kehrte ins heimatliche Ludwigsburg zurück und eröffnete am Marktplatz eine Lederhandlung.<sup>69</sup> Wie in seiner Zeit in Schaffhausen trat er auch in Ludwigsburg zunächst weder politisch noch auf andere Weise öffentlich in Erscheinung und ein späteres Zeugnis bescheinigt ausdrücklich, »daß er in den Jahren 1848 und 1849 sich ganz gesetzmäßig benommen, seine Anhänglichkeit an die Person Seiner Majestät des Königs sogar offen ausgesprochen hat, daß er sehr zurückgezogen lebt, einer der fleißigsten Kirchenbesucher und zwar ohne Unterschied des Predigers – im Uebrigen aber ohne Einfluß auf andere ist.«<sup>70</sup>

### *Die Gründung der Deutschen Tempelgesellschaft*

Nach den knapp zehn Jahren, in denen Hardegg zurückgezogen im Privaten gelebt hatte, begann jetzt, 1849, allerdings wieder eine Zeit, in der er nach außen hin aktiv wurde, in der er ein Engagement entwickelte, das zwar inhaltlich von dem politisch-revolutionären seiner Jugend völlig verschieden war, in das er allerdings genauso viel Kraft und Entschlossenheit steckte wie in das erste und das ihn bis an sein Lebensende nicht mehr loslassen sollte. Es begann, wie damals mit Gottlob Franckh, durch die folgenreiche Bekannt-

schaft mit einem Menschen: dem Lehrer und Prediger Christoph Hoffmann.

Hoffmann, geboren 1815 in Leonberg, war der Sohn des Gründers und Vorstehers der pietistischen Siedlung Korntal, mit der die kirchenkritischen und von Endzeiterwartungen bewegten Pietisten nach dem Willen König Wilhelms von der Auswanderung an Orte der vermeintlichen Wiederkunft Christi in Amerika, Russland oder Palästina zurückgehalten werden sollten. Hoffmann war also im Zentrum des württembergischen Pietismus groß geworden und hatte später in Tübingen Theologie studiert. Aus Distanz zur damals rationalistisch beherrschten Landeskirche hatte er den Eintritt in den Kirchendienst abgelehnt und stattdessen die Leitung des pietistischen Knabeninstituts »Salon« (heute Karlshöhe) bei Ludwigsburg übernommen. Dieser Ort war das Zentrum einer regen literarischen Tätigkeit geworden, durch die Hoffmann versuchte, die politischen Ereignisse der Zeit im Licht der biblischen Weissagungen und apokalyptischen Erwartungen zu deuten und mit der er sich aktiv gegen die als »Gottesleugner« verurteilten Theologen der historisch-kritischen Tübinger Schule wandte. Hierfür war z. B. 1845 die Zeitschrift »Süddeutsche Warte«, später »Warte des Tempels«, als pietistisches Kampforgan gegründet worden. 1848 hatte er sich schließlich für die Wahl zur Frankfurter Nationalversammlung aufstellen lassen, allerdings weniger aus politischer Motivation als vielmehr mit dem Ziel, den Erfolg des progressiven Tübinger Theologen David Friedrich Strauß, Verfasser des epochalen Werkes »Leben Jesu«, zu verhindern. Tatsächlich in die Paulskirche gewählt, war er dort jedoch kaum in Erscheinung getreten, sondern hatte sich stattdessen mit der Arbeit an seinem Buch »Stimmen der Weissagung über Babel und das Volk Gottes« beschäftigt. Die Grundidee des Buches war, dass es nötig sei, das Volk Gottes – das heißt die wahren Christen, die an das Reich Gottes auf Erden glauben konnten, ohne sich auf vorgeschriebene Glaubensbekenntnisse und gottesdienstliche Handlungen zu fixieren – an einem Ort, am besten in Jerusalem, zu sammeln und so in christlichem Zusammenleben die sozialen und politischen Missstände der Zeit zu überwinden.<sup>71</sup>

Georg David Hardegg, ebenfalls ein entschiedener Gegner von David Friedrich Strauß, hatte von Hoffmann gehört und war von seinem Buch begeistert gewesen. Bei seinen alten Freunden und Mitsreitern war sein Gesinnungswandel ohnehin auf Unverständnis gestoßen und so suchte er den Kontakt zu einer Gesellschaft, in der er seine neuen Ideen diskutieren und verwirklichen konnte. Er fand sie auf dem »Salon«, wo er im Sommer 1849 zum ersten Mal mit Hoffmann zusammentraf. Hardegg forderte diesen zu dessen Erstaunen direkt auf, die in dem Buch vertretenen Vorstellungen zu realisieren und bot seine Unterstützung an.<sup>72</sup> Waren Hoffmanns Überlegungen bis dahin nur abstrakt und theoretisch gewesen, so verlieh Hardegg der Sache nun eine neue Dimension, indem er in seiner pragmatischen Entschlossenheit die reale Umsetzung einforderte und vorantrieb. Das Zusammentreffen von Hoffmann und Hardegg, von Theorie und Praxis, stieß eine Entwicklung an, die bald die Tempelbewegung und später die Tempelgesellschaft hervorbrachte.<sup>73</sup>

Hardeggs Leben war ab diesem Zeitpunkt untrennbar verknüpft mit dieser Bewegung und das Engagement in ihr beherrschte ihn bis an sein Lebensende. In den ersten Jahren versuchte er, den neuen Kreis zu vergrößern und Mitstreiter für die Idee der Sammlung des Volkes Gottes zu finden. Diese Anstrengungen mündeten am 24. August 1854 in der Gründung der »Gesellschaft für die Sammlung

des Volkes Gottes in Jerusalem«, zu der sich 200 Anhänger in Ludwigsburg eingefunden hatten und bei der Hardegg mit Hoffmann und zwei anderen in den Vorstand gewählt wurde.<sup>74</sup> Die Gesellschaft entfaltete sofort eine rege Tätigkeit und trug sich ernsthaft mit dem Gedanken der Auswanderung nach Palästina. Zu diesem Zweck wurde sogar eine Bittschrift an die Deutsche Bundesversammlung in Frankfurt – gegen die Hardegg zwanzig Jahre vorher noch eine revolutionäre Verschwörung vorangetrieben hatte! – geschickt, in der um staatliche Unterstützung bei der Ansiedlung in Palästina und besonders bei den hierfür nötigen Verhandlungen mit dem türkischen Sultan ersucht wurde.

Die Reaktion war allerdings negativ. Ein Brief des württembergischen Bundestagsgesandten an den König gibt ein Bild von der Haltung gegenüber der Gesellschaft und ihren Gründern: »( . . . ) Daß da, wo ein reges religiöses Leben herrscht, auch Ausartungen und Verirrungen zu Tage treten, ist eine Erscheinung, die sich aus der menschlichen Natur erklärt. Zu letzteren zähle ich die »Gesellschaft zur Sammlung des Volkes Gottes in Jerusalem«, welche sich den 24. vorigen Monats in Ludwigsburg gebildet hat. ( . . . ) Die Hauptansteller dieses Unternehmens sind der Inspector Christoph Hoffmann ( . . . ) und ein gewisser Hardegg zu Ludwigsburg: ersterer ein Schwärmer vom reinsten Wasser, letzterer dem Vernehmen nach ein Mensch von zweifelhaftem Charakter und zerrütteten Vermögensverhältnissen, der lieber in Palästina als in Württemberg Bankrott machen möchte. ( . . . ) Da bisher alle Bemühungen, sie wenigstens von der hoffnungslosen Demarche am Bunde abzubringen, fehlgeschlagen sind, so wird wohl die Bundesversammlung ein neues Curiosum in ihren Archiven zu hinterlegen bekommen.«<sup>75</sup> Die Einschätzung Hardeggs wurde später insofern revidiert, als explizit gesagt wurde, dass »durchaus kein Grund zu der Vermuthung irgend eines ungesetzlichen Treibens« bestehe und die Vermögensverhältnisse »wenn auch nicht glänzend doch auch nicht zerrüttet zu nennen« seien.<sup>76</sup>

Die Einschätzung der Jerusalemfreunde, wie die Gesellschaft auch genannt wurde, durch die Behörden glich sich allerdings zumeist. Auch in anderen offiziellen Briefen und Beurteilungen wurde die neue Gesellschaft als zwar religiös extrem, aber harmlos und nicht ganz ernst zu nehmen charakterisiert. Hardegg protestierte gegen Überwachung und Berichterstattung und wandte sich sogar direkt an die königlichen Spitzel: Er habe »in der heutigen Versammlung mehrere solche bemerkt und gebe denselben auf's Gewissen, daß sie über das, was gesprochen werde, getreuen Bericht erstatten und die Verhandlungen nicht – wie bereits geschehen – falsch oder lächerlich darstellen«.<sup>77</sup>

### *Eine Mustergemeinde in Württemberg: Kirschenhardthof*

Die Auswanderungspläne stellten Hardegg und Hoffmann in der Folge zurück, zumal neben der noch mangelhaften Vorbereitung des Unternehmens hierfür auch die Bereitschaft in der Bevölkerung nachließ. Die schlechte wirtschaftliche Lage in Württemberg zu Anfang der fünfziger Jahre hatte besonders für Angehörige der Unterschichten die Auswanderung als einzige Rettung erscheinen lassen; mit Verbesserung der Situation nahmen jedoch viele von diesen Plänen wieder Abstand.

Die Jerusalemfreunde versuchten nun zunächst in Württemberg eine Mustergemeinde einzurichten. Zu diesem Zweck wurde im Januar 1856 das Gut Kirschen-



*Saal der Tempelgemeinde Kirschenhardthof, 1866*

hardthof bei Winnenden gekauft, wohin bald die ersten Templer zogen, unter ihnen auch Georg David Hardegg mit Familie. Eine Schule wurde eingerichtet und später eine Ausbildungsstätte für Missionare. Obwohl das Leben, das sie vor allem aus der Landwirtschaft bestritten, hart und die Gemeinde noch immer klein war, wurden unermüdlich Vorbereitungen für die Verwirklichung des gemeinsamen Ziels, der Auswanderung nach Palästina, unternommen. Besonders Hardegg, der immer stärker zu apokalyptischen Deutungen der damaligen politischen und sozialen Zustände tendierte, drängte auf die Auswanderung.<sup>78</sup>

Im Jahre 1858 reiste er mit Hoffmann nach Palästina, um die Möglichkeiten einer Ansiedlung vor Ort abzuschätzen. Das Ergebnis, das die beiden nach ihrer Rückkehr den Daheimgebliebenen überbrachten, war ernüchternd. Das Land sei verwarlost und verwüstet, die dortige Bevölkerung europäischen Siedlern gegenüber feindselig eingestellt und Unterstützung nicht zu erwarten. Dennoch hielten sie eine Ansiedlung nach reiflicher Vorbereitung und Festigung der Gemeinde für möglich. Schließlich, so resümierte Hardegg in Reminiszenz an seine Jugendaktivitäten, könne der Bau des geistlichen Tempels und die massive Kolonisierung die »nationale Unabhängigkeit der Deutschen nach außen und die bürgerliche und religiöse Freiheit im Innern« sichern und das deutsche Volk könnte hierdurch ohne Zweifel zur »Verbesserung des Menschengeschlechts« beitragen.<sup>79</sup>

Die Entwicklung der Gesellschaft verlief in den folgenden Jahren jedoch nicht optimal. Von außen wurde sie besonders in ihren apokalyptischen Deutungen heftig kritisiert, es wurde ihr aufgrund der aggressiven Angriffe gegen die politischen



und religiösen Zustände, die häufig besonders stark die evangelische Kirche trafen, Fanatismus und Sektierertum unterstellt und die Isolation auch innerhalb der pietistischen Kreise wuchs zusehends.<sup>80</sup> Die Spitze dieser Entwicklung bildete 1859 der Ausschluss der Gemeinde Kirschenhardthof aus der evangelischen Landeskirche. Im Sommer 1861 bildete sich als Reaktion darauf der »Deutsche Tempel« als eigenständige religiöse Organisation.<sup>81</sup> Hoffmann übernahm als »Bischof« die geistige Leitung, Hardegg kam weiterhin die Organisation der Auswanderung zu.<sup>82</sup>

Aber auch innerhalb der Gemeinschaft kam es zunehmend zu Spannungen. Zwischen Hardegg, der verstärkt Vorstellungen von »Gesundbeten« und anderen mystischen Anschauungen nachhing, und Hoffmann brachen Differenzen in religiösen Fragen und nicht zuletzt persönliche Rivalitäten auf. Hardegg, dem eine gewisse Verbissenheit, ein autoritärer Führungsstil, besonders auch in seiner Familie, und Intoleranz gegenüber abweichenden Meinungen unterstellt wurden, konnte sich möglicherweise nicht mit dem Führungsanspruch Hoffmanns, der von den meisten Mitgliedern unterstützt wurde, abfinden. Entschlossenheit und Zielstrebigkeit, die Eigenschaften, die ihn oft auszeichneten, konnten sich in der Gemeinschaft offensichtlich auch ins Negative wenden. Gegenseitiges Misstrauen wuchs und erschwerte die Arbeit, ein Bruch konnte jedoch vermieden werden.<sup>83</sup>

### *Am Ziel? – Kolonien in Palästina*

Nach weiteren Jahren auf dem Kirschenhardthof, in denen Hardegg einige theologische und sozialkritische Schriften veröffentlichte, sich jedoch hauptsächlich um die Vorbereitung der Auswanderung kümmerte, indem er bei verschiedenen Personen – die wichtigste war Henri Dunant, der Gründer des Roten Kreuzes<sup>84</sup> –, Regierungen und Institutionen zumeist erfolglos um Unterstützung bat, war es im Sommer 1868 endlich so weit: Georg David Hardegg und Christoph Hoffmann verließen mit ihren Familien Württemberg und traten als die ersten Mitglieder der Tempelgesellschaft die ungewisse Reise nach Palästina an. Ungewiss war die Reise vor allem deshalb, weil sie von zu Hause aus keine Zusicherung für die Ansiedlung erhalten hatten und nun, um endlich ihren Plan zu verwirklichen, ohne Garantien und feste Arrangements loszogen.

Vor diesem Hintergrund muss es wirklich erstaunen, dass sie nicht bereits nach kurzer Zeit wieder zurückkamen oder irgendwo verloren gingen, sondern tatsächlich die Gründung von deutschen Templerkolonien erreichten. Die kleine Gruppe ließ sich im Oktober 1868 in Haifa nieder, wo es nach einigen Monaten tatsächlich gelang, Siedlungs- und Ackerland zu erwerben. Als im Laufe des Jahres 1869 weitere Siedler aus Württemberg eintrafen und die alten Rivalitäten wieder aufbrachen, reiste Christoph Hoffmann mit einer Gruppe nach Jaffa weiter. Hardegg blieb in Haifa, wo er das Vorsteheramt ausübte. Unter großen Mühen gelang nach und nach der Aufbau der Kolonie. Hardegg gründete, kaum dass die ersten Häuser fertig gestellt waren, eine Ackerbau- und Industrieschule und Haifa wuchs zur größten und bedeutendsten Siedlung der Templer in Palästina.<sup>85</sup> Im Jahre 1873 zählte sie nach Zuzug aus Württemberg, den USA und anderen Ländern bereits 250 Einwohner.<sup>86</sup>

Der Traum von Hardegg und Hoffmann schien Wirklichkeit zu werden, wenn

auch sehr viel später und in sehr viel kleinerem Ausmaß als ursprünglich geplant – bei ihrer Gründung hatten sie immerhin von 8000 bis 10 000 Familien geträumt. Doch jetzt, als der Druck des konkreten gemeinsamen Anliegens, das Planen und Organisieren der Auswanderung, wegfiel, ließ sich der Bruch zwischen den beiden nicht mehr vermeiden. Die seit Jahren unterdrückten Differenzen in Fragen der Religion und die dahinter versteckte, aber tiefer gehende persönliche Konkurrenz forderten nun, 1874, ihren Tribut: Christoph Hoffmann wurde nach einem Richtungsstreit innerhalb der Tempelgesellschaft von der Mehrzahl der Mitglieder zum alleinigen Vorsteher gewählt und enthob daraufhin Georg David Hardegg aller Ämter.<sup>87</sup> Dieser zog die Konsequenz und trennte sich von der Gesellschaft. Hoffmann schrieb dazu in seinen Erinnerungen: »Ich sah ein, daß Hardegg zwar uneigennützig und, um den Tempel in seinem Sinne, nämlich durch Wundergaben, zu verwirklichen, dem Tempel beigetreten war, daß aber sein Naturell es für ihn unmöglich machte, mir als dem Vorsteher der Tempelgesellschaft Gehorsam und die unentbehrliche Beachtung zu schenken, außer unter der Bedingung, daß ich mich von ihm leiten ließ, was ich bisher getan hatte, weil ich ihm mehr Scharfblick und Energie als mir selbst zutraute.«<sup>88</sup>

Mit 62 Jahren stand Hardegg nun vor der Aufgabe, seinen Weg außerhalb der Gesellschaft fortzusetzen, an der er 25 Jahre lang maßgeblich beteiligt gewesen war, die er geprägt und die ihn geprägt hatte, der er sein Vermögen und seine ganze Kraft gegeben hatte und aus der er nun so schmerzlich hatte ausscheiden müssen. Große Projekte konnte er nicht mehr beginnen, stattdessen trat er mit einer Gruppe von Freunden in den »Evangelischen Reichsbrüderbund« ein, eine Vereinigung, die ähnliche Ziele wie die Tempelgesellschaft vertrat und besonders in Deutschland unzufriedene Templer aufnahm. In deren Zeitschrift veröffentlichte er noch einige Beiträge<sup>89</sup>, ansonsten lebte er zurückgezogen, jedoch hoch angesehen in seiner Kolonie Haifa. Am 10. Juli 1879 starb er an einem Herzschlag. Die »Warte des Tempels« vermeldete: »Orientpost. Caifa, 16. Juli 1879. Am 10. d. M. Morgens 2 Uhr starb hier der frühere Tempelvorsteher Herr G. D. Hardegg. Derselbe war in den letzten Jahren sehr leidend; sein Tod erfolgte aber dennoch uner-



*Templerkolonie Haifa, 1877*

wartet und überraschend; er legte sich am Abend des 9. verhältnismäßig wohl zu Bett, gegen 2 Uhr hörte ihn seine Frau aufstehen. Da er aber auf ihre Fragen keine Antwort gab, im Gegentheil, nachdem er wieder sich gelegt hatte, einigemal tief und schwer aufathmete, so lief sie, um Jemand aus dem Nebenhaus zum Arzt zu senden und Hilfe bei sich zu haben; allein als sie wieder zu ihrem Manne kam, war sein Geist aus der irdischen Hülle entflohen und er hatte seine Laufbahn auf dieser Erde beendet.«<sup>90</sup>

Georg David Hardeggs bewegtes Leben war beendet. Begonnen hatte es in Eglshaus – fernab von Württemberg, in der neuen Heimat Palästina fand es sein Ende. Bei der nachträglichen Betrachtung zerfällt es scheinbar in zwei Teile: der eine geprägt von revolutionärer Politik, der andere von mystischer Religion. Doch in ihrem Grundgehalt waren sie einem gemeinsamen Anliegen verpflichtet und darin vereint: dem Versuch der Veränderung, Verbesserung der sozialen Zustände der Zeit. Obwohl die Wahl der Mittel so unterschiedlich ausfiel, war diese Motivation Hardeggs beiden gemeinsam. Und auch sein Scharfsinn, sein unbeugsamer Wille und die gewaltige Kraft, die er aufbrachte, aber auch sein Eigensinn und seine Unduldsamkeit finden sich in beiden Teilen seines Lebens wieder.

Trotz aller Energie, aller Zielstrebigkeit und aller Visionen ist Georg David Hardegg im Grunde mit beiden Anläufen für eine grundsätzliche Umwälzung gescheitert: »Seine« Revolution brach zusammen, bevor sie begann, und auch von anderen wurde das Projekt zu keinem glücklichen Ende geführt – die spätere Einheit Deutschlands stand unter ganz anderen Vorzeichen. Mit der Tempelgesellschaft gelang immerhin eine Gründung, die heute noch Bestand hat, und auch der Aufbau der Kolonien, die erst im Jahre 1950 aufgelöst wurden, war zunächst ein Erfolg. Der Durchbruch zu einer blühenden Entwicklung, zu großer gesellschaftlicher Relevanz gelang jedoch nie.

So bleibt das Zeugnis eines Menschen, der Georg David Hardegg in seinem Alter in Haifa noch erlebt hat, um seine Biographie abzuschließen: »Im kühlen Raum der Bogenhalle, unter den Karuben oder auf dem Weg, der zum Meeresstrand hinabführte, sah ich oft einen Greis von etwas über 60 Jahren mit einer Türkenpfeife in der Hand sinnend verweilen oder auf und nieder gehen. Schwere Schicksale hatten ihm Haar und Bart früh gebleicht. (. . .) Seine Lebensarbeit lag abgeschlossen hinter ihm. Saß er in der Bogenhalle, so schaute er lang und gern über die Meeresweite. Suchte er wohl in überirdischer Ferne, was ihm im Leben nicht gewährt worden – die Menge des Volkes, das seinem Ruf hätte folgen sollen, die Fülle der Himmelsgaben, deren Erguß hinter seinen Erwartungen zurückgeblieben war?«<sup>91</sup>

#### Anmerkungen

- 1 Vgl. auch Joachim Baur: Vom Asperg nach Palästina. Georg David Hardegg, Revolutionär und Mitbegründer der Deutschen Tempelgesellschaft, in: Hohenasperg oder ein früher Traum von Demokratie. Gefangenenschicksale aus dem 19. Jahrhundert, hg. von Franz Quarthal und Karl Moersch, Leinfelden-Echterdingen 1998, S. 44–66.
- 2 Württembergische Landesbibliothek Stuttgart (WLB) Cod. hist. 4° 633; Allgemeine Deutsche Biographie 10, S. 557 f. und Neue Deutsche Biographie 7, S. 646 f.: Julius v. Hardegg (Württ. Personaladel, geb. 1810 in Ludwigsburg, gest. 1875 in Stuttgart) wurde

- bereits mit 18 Jahren als Leutnant dem württembergischen Generalstab zugeteilt. 1833–43 diente er als Erzieher des Kronprinzen und späteren Königs Karl. Seit den 1840er-Jahren verfasste er Schriften zur Kriegsgeschichte und Offiziersausbildung (bedeutendstes Werk: »Vorlesungen über Kriegsgeschichte« 1852/56). 1859 wurde er Gouverneur von Stuttgart, 1864 gegen seinen Willen Bevollmächtigter bei der Militärkommission des Bundestags in Frankfurt. Sein jüngerer Bruder Oskar v. Hardegg (1815–1877) war als Generalleutnant aktiv in der württembergischen Armee und von 1864 bis 1867 Kriegsminister.
- 3 Hauptstaatsarchiv Stuttgart (HStAS) E 301 Bü 21, Bl. 110.
  - 4 Gottlob David Sandel: Georg David Hardegg, Revolutionär, Mitbegründer und Vorsteher der Deutschen Tempelgesellschaft (1812–1879), in: Lebensbilder aus Schwaben und Franken 9, 1963, S. 350–373, S. 350.
  - 5 HStAS E 301 Bü 21, Bl. 49.
  - 6 HStAS E 301 Bü 21, Bl. 50.
  - 7 Ebd.
  - 8 HStAS E 301 Bü 21, Bl. 58.
  - 9 Ebd.
  - 10 HStAS E 301 Bü 21, Bl. 70.
  - 11 HStAS E 301 Bü 21, Bl. 50.
  - 12 HStAS E 301 Bü 21, Bl. 110.
  - 13 HStAS E 301 Bü 21, Bl. 59.
  - 14 HStAS E 301 Bü 21, Bl. 51.
  - 15 HStAS E 301 Bü 21, Bl. 52.
  - 16 Ebd.
  - 17 Aktenmäßige Darstellung der im Königreiche Württemberg in den Jahren 1831, 1832 und 1833 Statt gehaltenen hochverrätherischen und sonstigen revolutionären Umtriebe, Stuttgart 1839, S. 18 ff.
  - 18 Ebd. S. 9 ff.
  - 19 Ebd. S. 6 ff.
  - 20 Horst Brandstätter: Asperg. Ein deutsches Gefängnis, Berlin 1978, S. 71 f.
  - 21 Aktenmäßige Darstellung (wie Anm. 17) S. 22.
  - 22 HStAS E 301 Bü 21, Bl. 66 f.
  - 23 HStAS E 301 Bü 21, Bl. 62.
  - 24 HStAS E 301 Bü 21, Bl. 69.
  - 25 Aktenmäßige Darstellung (wie Anm. 17) S. 25.
  - 26 HStAS E 301 Bü 21, Bl. 19 f.
  - 27 HStAS E 301 Bü 21, Bl. 22, 25.
  - 28 HStAS E 301 Bü 21, Bl. 21, 24, 29.
  - 29 HStAS E 301 Bü 21, Bl. 62.
  - 30 HStAS E 301 Bü 21, Bl. 68.
  - 31 HStAS E 301 Bü 21, Bl. 64.
  - 32 Brandstätter (wie Anm. 20) S. 69 f.
  - 33 HStAS E 301 Bü 21, Bl. 7 ff.
  - 34 Ebd.
  - 35 HStAS E 301 Bü 21, Bl. 48 ff.
  - 36 HStAS E 301 Bü 21 (Hauptbericht), Bl. 34.
  - 37 Brandstätter (wie Anm. 20) S. 71.
  - 38 HStAS E 301 Bü 25, Bl. 177.
  - 39 Aktenmäßige Darstellung (wie Anm. 17) S. 42 ff.
  - 40 Reinhard Rürup u.a. (Hg.): Deutsche Geschichte, Bd. 3, Göttingen 1985, S. 124 ff.; Theodor Schieder: Vom Deutschen Bund zum Deutschen Reich 1815–1871 (Gebhardt, Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 15), München 1979, S. 42 ff.
  - 41 In diesem Prozess wurden Ernst Ludwig Koseritz und sein Vertrauter, der Feldwebel Samuel Lehr, im März 1835 zum Tode verurteilt, kurz vor Vollstreckung des Urteils allerdings begnadigt. Koseritz musste ins Exil nach Amerika gehen, wo er sich Verdienste in der Armee erwarb und unbekanntem Datum starb; vgl. Gustav Philipp Körner: Das

- deutsche Element in den Vereinigten Staaten von Nordamerika 1818–1848, New York/Bern/Frankfurt am Main 1986, S. 66.
- 42 Reinhard Muth: Studentische Emanzipation und staatliche Repression. Die politische Bewegung der Tübinger Studenten im Vormärz, insbesondere von 1825 bis 1837, Tübingen 1977, S. 179 f.
- 43 HStAS E 301 Bü 21 (Untersuchung wegen Entweichungsversuch), Bl. 56.
- 44 Ebd., Bl. 7.
- 45 Ebd., Bl. 20.
- 46 Ebd., Bl. 2.
- 47 HStAS E 301 Bü 37, Bl. 104.
- 48 HStAS E 301 Bü 37, Bl. 43.
- 49 WLB Cod. hist. 4° 372, Bl. 6.
- 50 HStAS E 301 Bü 37, Bl. 43.
- 51 HStAS E 301 Bü 25, Bl. 192.
- 52 Sandel (wie Anm. 4) S. 353.
- 53 WLB Cod. hist. 4° 372, Bl. 1.
- 54 Ebd., Bl. 2 f.
- 55 Ebd., Bl. 4.
- 56 HStAS E 301 Bü 25, Bl. 35b.
- 57 Aktenmäßige Darstellung (wie Anm. 17) S. 51 ff.
- 58 Warte des Tempels, Jg. 1936, Nr. 92, S. 42.
- 59 Aktenmäßige Darstellung (wie Anm. 17) S. 65 f.
- 60 Ebd. S. 49 f.
- 61 WLB Cod. hist. 4° 372, Bl. 7.
- 62 Ebd., Bl. 8.
- 63 Sandel (wie Anm. 4) S. 356 f.
- 64 Warte des Tempels, Jg. 1879, Nr. 34, Sp. 3.
- 65 Gottlob Franckhs weiterer Weg verlief weniger glücklich: 1844 vertauschte er das Zucht- haus Gotteszell mit der »Anstalt für Geisteskranke« in Winnental, wo er bereits am 23. September 1845 an einer Lungenkrankheit starb; Theodor Schön: Die Staatsgefängenen von Hohenasperg, Stuttgart 1899, S. 72.
- 66 Aus der Ehe gingen insgesamt elf Kinder hervor; WLB Cod. hist. 4° 633.
- 67 Sandel (wie Anm. 4) S. 355.
- 68 WLB Cod. hist. 4° 372, Bl. 12.
- 69 Sandel (wie Anm. 4) S. 355.
- 70 HStAS E 46 Bü 907, Bl. 2.
- 71 Peter Lange (Hg.): Templer-Handbuch. Texte und Informationen zum Verständnis der Tempelgesellschaft, Stuttgart 1992, S. 27 f.; Paul Sauer: Uns rief das Heilige Land. Die Tempelgesellschaft im Wandel der Zeit, Stuttgart 1985, S. 17.
- 72 Christoph Hoffmann: Mein Weg nach Jerusalem. Erinnerungen aus meinem Leben, Bd. 2, Jerusalem 1884, S. 302.
- 73 Der »Tempel« steht in diesem Zusammenhang als Symbol für die angestrebte christliche Gemeinschaft.
- 74 Lange (wie Anm. 71) S. 142.
- 75 HStAS E 46 Bü 907, Bl. 1.
- 76 HStAS E 46 Bü 907, Bl. 2.
- 77 HStAS E 14 Bü 1585 (19. 4. 1860).
- 78 Sauer (wie Anm. 71) S. 29 ff. Hardegg sah beispielsweise in Napoleon III. das Tier aus dem Abgrund, wie es in der biblischen Apokalypse beschrieben wird.
- 79 Sauer (wie Anm. 71) S. 37.
- 80 Ebd. S. 25 ff.
- 81 Wie viele Mitglieder die neue Religionsgemeinschaft hatte, lässt sich nicht exakt nachvollziehen. Bekannt ist nur, dass sie im Jahre 1862 den Weiler Kirschenhardthof mit 132 Bewohnern und zehn Bezirke mit je einem Ältesten umfasste. Ihre Anhänger hatte sie allerdings nur in den unteren Schichten und ihr Einfluss war zu der Zeit eher rückläufig; Sauer (wie Anm. 71) S. 48.

- 82 Lange (wie Anm. 71) S. 143.  
83 Sandel (wie Anm. 4) S. 366.  
84 Zum Briefwechsel zwischen Hardegg und Dunant vgl. WLB Cod. hist. 2° 858.  
85 Sandel (wie Anm. 4) S. 368 f.  
86 Lange (wie Anm. 71) S. 186.  
87 Sandel (wie Anm. 4) S. 371 f.  
88 Zit. n. Sandel (wie Anm. 4) S. 371.  
89 Sandel (wie Anm. 4) S. 372 f.  
90 Warte des Tempels, Jg. 1879, Nr. 33, Sp. 4.  
91 Hans Brugger: Die deutschen Siedlungen in Palästina. Ihre Vorgeschichte, Gründung und Entwicklung (Neujahrs-Blatt der Literarischen Gesellschaft Bern auf das Jahr 1909), Bern 1908, S. 5.

# Friedrich Wilhelm von Schaal (1842–1909)

## Ein Ludwigsburger Ehrenbürger

von Gertrud Bolay

Die bürgerlichen Kollegien der Stadt Ludwigsburg beschlossen in ihrer Sitzung am 15. Mai 1907 einstimmig, »dem Herrn Oberbaurat von Schaal in Stuttgart in Anerkennung seiner Verdienste um das Wohl der Stadt durch die Förderung von Verkehrswegen und Beseitigung der Überschwemmungsgefahr für die Stadt das Ehrenbürgerrecht der Stadt Ludwigsburg zu verleihen«. Die beiden Werke, an deren Zustandekommen der neue Ehrenbürger einen hervorragenden Anteil hatte, waren die Hochberger Neckarbrücke, eingeweiht 1903, und die Tälesbachkorrektur in Ludwigsburg, ausgeführt in den Jahren 1904 bis 1908.

Friedrich Wilhelm von Schaal ist heute weitgehend unbekannt. Im Folgenden wird versucht, anhand von archivalischen Aufzeichnungen und Zeitungsberichten dem Lebensweg dieses Mannes nachzugehen, den die »Deutsche Bauzeitung« 1909 als einen der »besten technischen Beamten Württembergs« bezeichnete.

### *Jugendjahre*

Friedrich Wilhelm von Schaal erblickte am 4. September 1842 in Ludwigsburg als jüngstes Kind des Carl Wilhelm Schaal und der Susanne Christine geborene Schmid das Licht der Welt. Carl Wilhelm Schaal war Metzger und kaufte 1843 das Haus Asperger Straße 12. Noch im gleichen Jahr bekam er die Erlaubnis, dort eine Speisewirtschaft zu eröffnen, »da das Haus zu einer Wirtschaft geeignet und der Bittsteller gut prediciert sey, in ordentlichen Vermögensumständen sich befinde und bereits die Metzger-Profession treibe«. Das Ehepaar bekam fünf Kinder, von denen zwei am Leben blieben. Der ältere Sohn Carl Wilhelm erlernte das Metzgerhandwerk und unterstützte den Vater im Geschäft.

Im November 1863 starb die Mutter Susanne Christine mit 55 Jahren. Der Sohn Carl heiratete im September des folgenden Jahres Karoline Geiger von Neckarweihingen. Zur Hochzeit übergab der Vater den jungen Eheleuten als Vorausverfügung das Haus mit der gesamten Wirtschaftseinrichtung und den dazugehörigen Geräten, Pferden und Vieh mit Wagen und Geschirr sowie alle Vorräte und die ganze fahrbare Habe, alles zu 1500 Gulden angeschlagen. Der Vater begründete diese Entscheidung damit, dass Carl seit Jahren für ihn gearbeitet habe, der andere Sohn »dagegen einen beträchtlichen Aufwand zur Ausbildung verursacht« habe.

Der jüngere Sohn Friedrich Wilhelm hatte zwei Jahre lang die Elementarschule, dann die Real- und Oberrealschule in Ludwigsburg besucht. Von 1858 bis 1863 war er ordentlicher Schüler des Polytechnikums in Stuttgart, wo er im Mai 1859 in das Corps Stauffia eintrat, dem er bis zu seinem Tod verbunden blieb. Der Unterricht am Polytechnikum umfasste analytische und darstellende Geometrie,

Mechanik, Naturgeschichte, Chemie und Physik, in den höheren Semestern kamen Baukonstruktion, Baukunde, Maschinenkunde sowie Straßen-, Brücken- und Wasserbau dazu. 1861 bestand Schaal die Maturitätsprüfung, zwei Jahre später legte er die 1. Staatsprüfung im Baufach ab.

### *Beim württembergischen Eisenbahnbau*

Friedrich Wilhelm Schaal begann seine praktische Ausbildung als Baupraktikant beim Königlichen Eisenbahnbauamt Horb. In dieser Zeit wurde der Abschnitt Horb-Rottweil der oberen Neckarbahn gebaut. Schaal war zunächst als zweiter Bauführer beim Tunnelbau Sulzau tätig, dann wurde ihm die leitende Bauführung bei den Tunnel-, Brücken-, Fluss- und Straßenbauten des Sulzer Loses übertragen. 1868 wurde er zu den Trassierungsarbeiten für die Nagoldtalbahn abgeordnet. Im Jahr darauf legte er seine 2. Staatsprüfung im Straßen-, Brücken-, Eisenbahn- und Wasserbau ab. In der folgenden Zeit war er als bauleitender Ingenieur für die Regiebauten am großen Tunnel bei Hochdorf zuständig und wurde 1870 zum Ingenieur-Assistenten ernannt.

In Ludwigsburg war am 20. August 1868 der Vater Carl Wilhelm Schaal mit 61 Jahren gestorben. Kaum ein Jahr später starb auch der Bruder Carl, erst 29 Jahre alt. Nun stand dessen Frau Karoline allein mit drei kleinen Kindern und dem Geschäft. Friedrich Wilhelm Schaal kümmerte sich um die Angelegenheiten der Witwe. Im Jahr darauf, am 30. Mai 1870, schloss er dann die Ehe mit seiner Schwägerin. Im Inventarverzeichnis, das anlässlich der Heirat angelegt wurde, ist vermerkt: »Beibringens des Professors 1790 Gulden, davon Bücher und Karten, diese bestehen in wissenschaftlichen Werken und poetischen Schriften, Zeichnungsmaterialien und Hilfsmitteln und werden nur in dem Antiquarwert in Anschlag gebracht mit 50 Gulden.«

Die Familie ließ sich in Hochdorf bei Horb nieder. Von hier aus konnte Schaal seine Dienstorte beim Bau der oberen Neckarbahn gut erreichen. 1871 wurde der Sohn Georg Friedrich Carl, im folgenden Jahr der Sohn Hermann Otto geboren.

1872 leitete Schaal als Vorstand des Eisenbahnbauamtes Waiblingen die Trassierung der Bahnlinie Waiblingen-Murrhardt. Die Familie blieb vermutlich in Hochdorf wohnen, denn dort wurde 1873 die Tochter Hedwig geboren. Im selben Jahr erhielt Schaal den Titel eines Sektions-Ingenieurs und wurde dem Technischen Büro der Königlichen Eisenbahndirektion zugeteilt.

Um die in den Jahren ab 1872 erbaute Brenzbahn von Heidenheim über Giengen und Langenau nach Ulm in den Ulmer Bahnhof einführen zu können, musste dieser in möglichst kurzer Zeit umgebaut und vergrößert werden. Dazu waren schwierige Grundstücksverhandlungen mit der Stadt Ulm und mit Privatleuten notwendig. Bei der Suche nach dem richtigen Mann für diese Aufgabe stieß man schon bald auf Schaal, der nicht nur als ein gewissenhafter und zuverlässiger Arbeiter bekannt war, sondern in seinen bisherigen Dienststellen auch immer wieder großes Verhandlungsgeschick bewiesen hatte. So wurde Schaal 1874 zum Vorstand des Ulmer Bahnhofbauamtes ernannt. Die Familie zog daraufhin nach Ulm, wo 1875 die Tochter Helene Mathilde Karoline geboren wurde.

Schaal fertigte die Entwürfe für den Bahnhofumbau und musste die Ausführungen der Brückenbauten, den Bau der Reparaturwerkstätten, der Lokomotivenre-



mise und der Bahnhofshalle sowie die Verlängerung und Verlegung der Gleise und Verladeanlagen beaufsichtigen. Trotz großer Schwierigkeiten führte er diese Arbeiten rasch und recht erfolgreich aus. Über eine so genannte provisorische Bahnhoflinie konnte die Brenzbahn am 5. Januar 1876 in den Bahnhof Ulm eingeführt werden.

### *Straßenbauinspektor in Heilbronn*

Nach Abschluss der Bauarbeiten in Ulm trat Schaal in den Dienst der Ministerialabteilung für den Straßen- und Wasserbau über und wurde zum Straßenbauinspektor in Heilbronn bestellt. Er übernahm diese neue Aufgabe am 27. März 1876.

Der Straßenbauinspektor in Heilbronn war für die Oberämter Besigheim, Brackenheim, Heilbronn, Neckarsulm und Weinsberg zuständig. Schaal hatte nun die Aufsicht über die Staatsstraßen und Brücken. Bei geplanten Neubauten und Korrekturen musste er die Pläne und Kostenvoranschläge ausarbeiten. Auch die Beaufsichtigung der mit Staatsunterstützung in den Gemeinden ausgeführten Straßen- und Flussbauten gehörte zu seinen Dienstaufgaben. Ortsbaupläne und Gesuche um Genehmigung von Bauten an Staatsstraßen und in der Nähe von öffentlichen Gewässern, Wasserwerkskonzessionen und Wasserwerksstreitigkeiten musste er als untere Instanz begutachten.

Es war ein umfangreiches Arbeitsgebiet, das Schaal in Heilbronn erwartete. Nicht alle Orte seines Dienstbezirks konnte er mit der Eisenbahn erreichen. Manchen Weg zu den Baustellen und Fabrikanlagen legte er mit Dienstpferd und Wagen zurück.

Bei durchgeführten Straßeninspektionen erhielt das Oberamt oder die betroffene Gemeinde einen ausführlichen Bericht, in dem die Beanstandungen aufgeführt und Vorgaben zur Beseitigung derselben gemacht wurden. Erst nach Erledigung der Anstände konnte die Gemeinde mit der Auszahlung des Staatsbeitrages rechnen. So berichtete Schaal am 8. März 1887 an das Oberamt Heilbronn über eine Inspektion der Straße Wimpfen-Heilbronn auf Gemarkung Neckargartach: »Die Straßennummerierung ist in schlechtem Zustand. Das Abwasser ist auf dieser Markung gänzlich vernachlässigt worden, so daß die Fahrbahn aus einem Gemengsel von Straßendreck und einzelnen Steinen besteht. Der Straßenwärter wurde bei den wiederholten Visitationen nicht angetroffen, scheint überhaupt nichts zu tun, auch vollständig unfähig für die Ausfüllung seines Postens zu sein. Bei dem Eintritt geeigneter Witterung ist die Straßenfahrbahn auf die ganze Breite von Gräben gründlich abzumorasten; es sind die Geleise auszulegen und die in großer Zahl anfallenden Morasthaufen abzuführen. Für die Fortbezahlung des Staatsbeitrages muß auf der Bedingung, daß ein ständiger und tüchtiger Straßenwärter aufgestellt wird, beharrt werden, auch daß von Seiten des Fronmeisters, des Schultheißen oder in irgend anderer Weise belegt werde, wenn er seine Arbeitszeit nicht pünktlich ausführt. Die Kilometer- und Hectometersteine sind zu reinigen, die Schriften entsprechend zu schwärzen, so daß sie wieder lesbar sind und die fehlenden Steine zu ersetzen.«

Schaals Erfahrungen im Eisenbahnbau kamen ihm auch in Heilbronn zugute. Nachdem 1848 die Bahnlinie Bietigheim-Heilbronn eröffnet worden war, hatten die Zabergäugemeinden mehrmals versucht, das Zabergäu in die Verkehrsplanung

einzu beziehen, waren damit aber immer wieder gescheitert. Ende der achtziger Jahre kam es dann zu einem neuen Vorstoß: Die Amtskörperschaft Brackenheim wollte einen Anschluss an die Bahnlinie erreichen und ließ dafür Projekte für eine Schmalspurbahn ausarbeiten. Diese generellen Vorarbeiten und die Rentabilitätsberechnung dazu fertigte Straßenbauinspektor Schaal. Aber es mussten noch viele Schwierigkeiten überwunden werden, bis 1896 die Schmalspurstrecke Lauffen-Güglingen eröffnet werden konnte. Auch für die Bottwartalbahn hat Schaal die Pläne einschließlich der Varianten für den Streckenverlauf ausgearbeitet.

Eine weitere Dienstaufgabe Schaals war die Begutachtung und Untersuchung der Dampfkesselanlagen in den Inspektionsbezirken Heilbronn und Schwäbisch Hall. Erst nach einer Überprüfung der Anlagen auf vorschriftsmäßige Ausrüstung und Aufstellung, Durchführung einer Wasserdruckprobe sowie einer Heizprobe konnte die Erlaubnis zur Inbetriebnahme einer Kesselanlage erteilt werden.

Schaal war mit seiner Arbeit in Heilbronn wohl zufrieden. Die Untersuchungen der Dampfkesselanlagen in dem großen Dienstbezirk waren zwar zeitaufwendig, brachten aber durch die dafür festgesetzten Entschädigungen eine zusätzliche Nebeneinnahme, die dem achtfachen Familienvater sehr willkommen war. 1879 war dem Ehepaar noch der Sohn Friedrich geboren worden. Der älteste Sohn begann in Heilbronn mit einer Kaufmannslehre, der zweite stand vor dem Abschluss im Gymnasium. So lehnte Schaal 1888 die Aufforderung zur Bewerbung um eine Stelle als Baurat in der Ministerialabteilung für das Hochbauwesen ab, und als ihm kurze Zeit später eine Stelle als Hilfsarbeiter bei derselben Abteilung angeboten wurde, zeigte er ebenfalls kein Interesse.

#### *Kollegialrat in der Abteilung für den Straßen- und Wasserbau*

Als im Juli 1889 die Begutachtung und Untersuchung der Dampfkesselanlagen den Fabrikinspektoren übertragen wurde, bedeutete dies für Schaal eine einschneidende Gehaltsminderung. So kam im Dezember 1890 ein neuer Ruf nach Stuttgart nicht mehr ungelegen.

Oberbaurat Karl von Leibbrand, ein Mitglied der Ministerialabteilung für den Straßen- und Wasserbau und Vorstand des Hydrographischen Büros, gehörte seit 1877 als Abgeordneter des Oberamts Oberndorf dem württembergischen Landtag an. Er hatte gebeten, für die Zeit der kommenden Landtagssitzungsperiode Straßenbauinspektor Schaal von Heilbronn als seinen Vertreter nach Stuttgart einzuberufen und ihm die Wahrnehmung seines Referates und die Vorstandsgeschäfte beim Hydrographischen Büro zu übertragen. Schaal nahm diesen Ruf an und begann am 5. Januar 1891 mit seiner neuen Arbeit in Stuttgart. Er führte die Geschäfte mit großer Umsicht, Treue und Gewissenhaftigkeit. Der von ihm erarbeitete Verwaltungsbericht der Straßen- und Wasserbauverwaltung fand die Zustimmung der Vorstandsmitglieder.

Im Sommer 1891 wurde Leibbrand zum Direktor und Vorstand der Ministerialabteilung ernannt. Dadurch wurde die Stelle eines Technischen Referenten mit der Dienststellung eines Kollegialrates frei, um die sich Schaal nun bewarb. Seine langjährige erfolgreiche Tätigkeit beim Eisenbahnbau, seine Erfahrungen im Bezirksdienst, wo er oft unter schwierigen Verhältnissen gearbeitet hatte, und seine Begabung, mit Menschen umzugehen, waren gute Voraussetzungen für die

Bewerbung. Direktor Leibbrand und das Kollegium der Ministerialabteilung unterstützten Schaal einstimmig, obwohl der Mitbewerber die bessere Zeugnisnote in der 2. Staatsprüfung vorweisen konnte. Sie hatten in den zurückliegenden Monaten die sichere Überzeugung gewonnen, »daß Schaal in vielseitiger, langjähriger technischer Tätigkeit seine Weiterbildung in so erfolgreicher Weise betrieben hat, daß er heute auch in wissenschaftlicher Beziehung hinter seinem Mitbewerber nicht zurücksteht«. Schaal erhielt die Stelle, wurde zum Baurat ernannt und in das Kollegium der Ministerialabteilung für den Straßen- und Wasserbau berufen. Außerdem hatte er noch bei der Ministerialabteilung für das Hochbauwesen tätig zu sein, wenn es die Arbeitslage erforderte.

Die dem Ministerium des Innern zugeordnete Abteilung für den Straßen- und Wasserbau hatte ihren Sitz in Stuttgart im Gebäude Karlstraße 1. Dem Gremium gehörten fünf Kollegialmitglieder und fünf Abteilungsingenieure an. Ihre Aufgabe war, die Gemeinden und Korporationen bei Planungen für bedeutende Straßen- und Wasserbauten unentgeltlich zu beraten, Kostenvoranschläge aufzustellen und die Bewilligung von Staatsbeiträgen zu vermitteln. Auch die Beaufsichtigung der planmäßigen Ausführung genehmigter Baumaßnahmen gehörte in ihren Aufgabenbereich.

Vorstand der Ministerialabteilung war – wie bereits erwähnt – seit 1891 Karl von Leibbrand. Direktor von Leibbrand, 1839 in Ludwigsburg geboren, war ein Mann von ungewöhnlicher Begabung, dessen Leistungen weit über die Grenzen Württembergs anerkannt wurden. Insbesondere beim Entwerfen und Ausführen von Brückenkonstruktionen zeigte er sich als Meister. Angeregt durch die zweckmäßige Anordnung französischer Steinbrücken entwarf er weitgespannte Steinbrücken und fand dafür eine Anordnung, bei der die Gewölbebögen beim Ausschalen ein gewisses Maß an Beweglichkeit im Scheitel und in den Kämpfern behielten und die Bildung von Gewölberissen verhindert wurde. Er legte in die Scheitel- und Kämpferfugen gelenkartige Einlagen in Form von schmalen Bleiplatten oder vollständige Eisengelenke ein. Gestützt auf Versuche über mechanische und physikalische Eigenschaften von Baumaterialien nutzte er deren Tragfähigkeit für den Bau immer leichter und kühner gestalteter Brücken. So entwarf er Steinbrücken mit Spannweiten bis zu 33 Meter, wie die Brücke über die Murr bei Marbach, oder auch kühne Betonbrücken, wie die Brücke über die Donau bei Munderkingen mit 50 Meter Spannweite.

Als Schaal nach Stuttgart kam, plante Leibbrand die König-Karls-Brücke über den Neckar bei Cannstatt. Zur Vorbereitung der Baumaßnahmen untersuchten Schaal und ein Oberregierungsrat in den Wäldern um Freudenstadt, im Murgtal und im Enztal Granit- und Sandsteinbrüche auf geeignetes Baumaterial. Zudem musste die Abfuhrmöglichkeit für die Steine geklärt und mit der Eisenbahnverwaltung wegen Frachtermäßigung und Überlassung weiterer Steinbrüche bei Calw und Hirsau verhandelt werden. Schaal führte auch die Verhandlungen mit der Stadt Cannstatt zum Erwerb des benötigten Baulandes und bei Baubeginn wurde ihm die Oberleitung des Bauwesens übertragen. Die Brücke wurde 1893 eingeweiht. König Wilhelm II. verlieh dem Schöpfer der Brücke, Direktor Leibbrand, für das stolze Werk Titel und Rang eines Präsidenten und Baurat Schaal das Ritterkreuz I. Klasse des Friedrichsordens und damit den persönlichen Adel.

Leibbrand hatte auch die Neckarbrücke bei Gemmrigheim mit vier Öffnungen von je 38 Meter Spannweite und einer Pfeilerhöhe von 5,50 Meter entworfen. In

technischer Hinsicht war diese Brücke das bedeutendste Bauwerk unter den von ihm geplanten und ausgeführten Brücken. Sie wurde auch sein letztes Werk. Während der Bauzeit erkrankte Leibbrand und Schaal übernahm die Oberleitung. Die Brücke wurde am 2. September 1897 für den Verkehr freigegeben.

Karl von Leibbrand hat die zuverlässige Arbeit Schaals stets geschätzt und sich 1896 dafür eingesetzt, dass Baurat von Schaal Titel und Rang eines Oberbaurates erhielt. Nach dem Tode Leibbrands wurde Schaal zum Stellvertreter des neuen Vorstands der Ministerialabteilung, Baudirektor von Euting, ernannt.

In den folgenden Jahren war Schaal vor allem bei Brückenbauten in der Umgebung von Stuttgart maßgeblich beteiligt, so zum Beispiel bei der Erweiterung der Kögenger Brücke oder beim Neubau der Plochinger Neckarbrücke. Aber auch Baumaßnahmen im fernen Taubertal standen unter seiner Oberleitung. Nachdem ein Hochwasser der Tauber die hölzerne Jochbrücke bei Markelsheim stark beschädigt und die Gemeinde Markelsheim daraufhin den Antrag gestellt hatte, sie durch einen Neubau zu ersetzen, entwarf Schaal eine Brücke mit zwei Bogen von je 30 Meter Spannweite und drei Meter Pfeilerhöhe; die Fahrbahnbreite war mit 4,20 Meter ausgelegt, dazu auf jeder Seite ein Gehweg mit 1,25 Meter Breite. Diese neue Markelsheimer Brücke war die stattlichste im Taubertal und zählte zu den schönsten Brücken Württembergs. Bei ihrer feierlichen Einweihung am 15. März 1898 wurden die großen Verdienste des Oberbaurats von Schaal und seine Leutseligkeit im persönlichen Umgang besonders hervorgehoben.

#### *Bau der Hochberger Brücke*

Als Ende des 19. Jahrhunderts immer mehr Einwohner von Hochberg in Ludwigsburg Arbeit fanden, genügte besonders bei schlechtem Wetter, in den



*Neckarbrücke bei Hochberg, 1904*

Nachtstunden und bei Hochwasser die Fähre über den Neckar den Anforderungen nicht mehr. Die Benutzung der Neckarbrücken bei Neckarrems und Neckarweiingen bedeutete einen erheblichen Umweg, außerdem ließen die Straßenverhältnisse zu wünschen übrig. So bemühten sich die Hochberger Gemeindeglieder um einen direkten Neckarübergang. Auch die Besitzerin des Hochberger Schlosses, Gräfin Alexandrine von Beroldingen, eine Tochter des ehemaligen württembergischen Außenministers Eugen von Hügel, setzte sich sehr dafür ein.

1893 glaubten die Hochberger, eine kostengünstige Lösung des Problems gefunden zu haben: Sie kauften den nach dem Bau der König-Karls-Brücke in Cannstatt dort nicht mehr benötigten Gittersteg und wollten diesen nach Hochberg versetzen lassen. Dieser Plan musste zwar wieder aufgegeben werden – der Steg erwies sich bei näherer Prüfung als ungeeignet und wurde deshalb umgehend wieder verkauft –, doch war jetzt allenthalben das Interesse an einem befahrbaren Neckarübergang zwischen den Oberämtern Ludwigsburg, Waiblingen und Backnang geweckt. So entschloss sich die Gemeinde Hochberg, die Ministerialabteilung für den Straßen- und Wasserbau in Stuttgart um die Planung eines Neckarübergangs zu bitten.

Präsident von Leibbrand entwarf eine 65 Meter weite, aus Kostengründen nur einspurig befahrbare Brücke. Nach seinem Tode übernahm Schaal die weiteren Planungen. Es zeigte sich, dass aus Sicherheitsgründen die Gewölbe der Brücke verstärkt werden mussten und wegen der Hochwassergefahr die rechtsufrige Brückenzufahrt anders geführt werden sollte. Dadurch erhöhten sich die Baukosten. Auch erschien es wünschenswert, den Fuhrwerken ein Ausweichen auf der Brücke zu ermöglichen, »weil diese in die sich immer verkehrsreicher gestaltende Mitte des Landes zu stehen kommt«.

Nachdem die Finanzierung gesichert war, begannen im September 1901 die Bauarbeiten unter der Oberleitung von Oberbaurat von Schaal. Die örtliche Bau-



leitung wurde seinem Sohn, dem Regierungsbaumeister Otto Schaal, übertragen, der die zum Teil sehr schwierigen Bauarbeiten mit großer Sachkenntnis und unermüdlichem Fleiß überwachte. Die Brücke wurde mit Beton gebaut, dessen Oberfläche so bearbeitet wurde, dass sie sich von natürlichen Steinen kaum unterschied. Nur die Gelenke der Gewölbe waren aus Granitsteinen, die Vorsatzsteine für die Pfeiler, die dem Eisgang ausgesetzt waren, stammten aus dem Oßweiler Kornsteinbruch. Mit der Hochberger Brücke wurde nachgewiesen, dass durch die Anordnung von Granitgelenken mit geschliffenen Berührungsflächen die Vorteile der Gelenke auch für mehrbogige weitgesprengte Stein- und Betonbrücken nutzbar gemacht werden können, ohne dass Ein-

lagen von Blei- oder Eisenkonstruktionen notwendig sind – eine Weiterentwicklung der Leibbrandschen Brückenkonstruktionen.

Am 6. April 1903 wurde die Brücke in Anwesenheit König Wilhelms II. eingeweiht. Dabei schloss Oberbaurat von Schaal die Vorstellung der Brücke mit den Worten: »Jetzt steht sie fertig, hochragend im Neckartal, als ein Merkzeichen des in Württemberg weit fortgeschrittenen Betonbaues. Fest gegründet auf Felsen wird sie, das ist die feste Überzeugung der Bauleute, Jahrhunderte überdauern, sofern nicht Kriegsnot zu ihrer Zerstörung zwingt, was der allmächtige Gott verhüten wolle.« Leider hat die Hochberger Brücke wie wohl alle Brücken, an deren Planung oder Bau Schaal beteiligt war, das Ende des Zweiten Weltkrieges nicht überstanden.

### *Die Tälesbachkorrektur*

Im Juni 1901 verursachte ein Wolkenbruch im so genannten Täle zwischen Ludwigsburg und Neckarweihingen großen Schaden. Der in den unteren Anlagen des Schlossgartens angelegte Sammelweiher konnte die Wassermassen nicht mehr fassen. Auch der gewölbte Durchlass unter der Staatsstraße nach Marbach reichte für die Wasserableitung nicht mehr aus. Ursache für die verheerende Wirkung des Wolkenbruchs war neben der großen Niederschlagsmenge auch der Umstand, dass in den Jahren zuvor in der Stadt Ludwigsburg das Straßennetz und die Kanalisation stark erweitert worden waren. Zudem hatten die Eigentümer der an den Tälesbach angrenzenden Grundstücke behindernde Einrichtungen am Bachbett geschaffen, um das Wasser für ihre Zwecke nützen zu können.

Nachdem im Juli 1901 ein weiterer Wolkenbruch erneut große Schäden angerichtet hatte, entschloss man sich zu einer umfassenden Lösung des Abwasserproblems. Die Stadt Ludwigsburg plante die erforderlichen Maßnahmen innerhalb des Stadtgebietes aufgrund eines Gutachtens von Professor Otto Leger in Stuttgart. Für die nötigen Baumaßnahmen im Täle wurde bei der Ministerialabteilung für den Straßen- und Wasserbau um Hilfe und Unterstützung gebeten.

So kam am 4. April 1902 Oberbaurat von Schaal in Begleitung des Regierungsbaurats Pfeleiderer zur Beratung mit den Gemeindevertretern und den Vertretern der Grundbesitzer in das Ludwigsburger Rathaus. Nach langen und oft schwierigen Verhandlungen konnte die Stadt am 3. April 1904 die Planungsunterlagen für die Baumaßnahmen zur Verbesserung des Wasserabflusses zur Genehmigung vorlegen. Bis zum Mai 1906 sollten die Arbeiten abgeschlossen sein. Noch im Jahr 1904 wurde die Genehmigung erteilt und mit den Bauarbeiten begonnen, die sich aber dann bis 1908 hinzogen.

Im Dezember 1905 war aufgrund der Bauarbeiten eine Wassersperrung erforderlich, die dann wegen ungenauer Absprachen nicht nur, wie geplant, einige Stunden, sondern mehrere Tage dauerte. In einer in der örtlichen Zeitung veröffentlichten Leserzuschrift wurde der Straßenbauinspektion und der Wasserwerksverwaltung »planloses Arbeiten und Nichteinsatz von möglichen Hilfsmitteln der fortgeschrittenen Technik« vorgeworfen; durch Einsatz geeigneter Mittel hätte die Wassersperrung auf wenige Stunden begrenzt werden können. In den Akten findet sich ein handschriftliches Antwortschreiben Schaaals, in dem er die Straßenbauin-

spektion ausdrücklich in Schutz nimmt: Sie habe die Grubenarbeiten für das Einlegen der Rohrleitungen rechtzeitig vollendet. Man könne allerdings nicht leugnen, dass die städtischen Ämter tatsächlich die Mittel der neuen Technik nicht angewendet hätten, wodurch die wasserlose Zeit auf Stunden verkürzt worden wäre.

Im Mai 1907 beschloss der Gemeinderat der Stadt Ludwigsburg, Oberbaurat von Schaal für seinen unermüdlichen Einsatz das Ehrenbürgerrecht zu verleihen. Schaal nahm die Auszeichnung an, bat aber darum, mit der Bekanntgabe bis zur Fertigstellung der gesamten Baumaßnahme zu warten. So fand die Ehrung am 20. Mai 1908 im Bahnhof statt. Im Kreis der beteiligten städtischen Beamten und der bürgerlichen Kollegien übergab Oberbürgermeister Dr. Hartenstein die Urkunde »mit einer warmen, die Verdienste des Herrn von Schaal würdigenden Ansprache, die in einem Hoch auf den Ehrenbürger ausklang. Dieser kleidete seinen Dank in schlichte Worte, die in dem Wunsch für eine ferner glückliche Entwicklung seiner Vaterstadt gipfelten.«

### *Bau der Neckarbrücke bei Neckargartach*

Friedrich Wilhelm von Schaal war auch maßgeblich am Bau der Neckarbrücke bei Neckargartach beteiligt, die 1905 nach einer zehnjährigen Planungs- und Bauzeit dem Verkehr übergeben werden konnte. 138 Arbeiter hatten die bürgerlichen Kollegien von Neckargartach um Erbauung eines einfachen Fußsteiges über den Neckar anstelle der bei Hochwasser und Eistreiben gefährlichen Fähre gebeten. Mit Unterstützung des Ministeriums des Innern wurde dann jedoch der Bau einer festen, jederzeit benutzbaren und »allen Verkehrsbedürfnissen für absehbare Zeit genügenden Überbrückung« geplant. Außerdem sollten Vorkehrungen getroffen werden, dass die Stadt Heilbronn und ihr rechtsufriges Hinterland künftig bei Hochwasser nicht mehr tagelang von den Orten am linken Neckarufer abgeschnitten wurden.

Oberbaurat von Schaal entwarf die Brücke und übernahm die Oberleitung des Bauwesens. Die künstlerische Ausgestaltung wurde Professor Theodor Fischer in Stuttgart übertragen. Die Brücke hatte zwischen den zwei gewaltigen Widerlagern eine Länge von 230 Metern und überspannte den Fluss und das Überschwemmungsgebiet mit fünf Bogen zu je 40 Meter Spannweite. Die Fahrbahn war mit sieben Metern breit genug, um die Straßenbahnlinie nach Neckargartach aufzunehmen, ohne dass der Verkehr behindert wurde. Auch bei dieser Brücke sicherte die Anordnung der Gewölbegelenke aus Granit den berechneten Verlauf der Drucklinien und machte die infolge der Wärmeschwankungen auftretenden Bewegungen des Gewölbes unschädlich. Auf der Rückseite eines Brückenpfeilers wurde das wohlgetroffene Relief des Erbauers Friedrich Wilhelm von Schaal angebracht, und die Gemeinde Neckargartach ernannte ihn zu ihrem Ehrenbürger.

Die Neckargartacher Brücke war einschließlich der Eisenbahn- und Fußwegverbindungen die 119. Brücke über den Neckar in Württemberg und zugleich die längste im Königreich. In der »Deutschen Bauzeitung« und in der Zeitschrift »Zement und Beton« wurde dieses technische Meisterwerk ausführlich besprochen und dadurch über Württemberg hinaus bekannt.

Im April 1908 besichtigte Professor Dolezalek von der Technischen Hoch-

schule Hannover mit seinen Studenten das Bauwerk und schrieb an Oberbaurat von Schaal: »Die Besichtigung dieser Brücke, die in allen Einzelheiten so trefflich entworfen und mustergültig ausgeführt ist, war für unsere Studierenden von größtem Werte und hat ihnen gezeigt, daß der Ruf, den die Württemberger auf dem Gebiete des Steinbrückenbaues besitzen und dessen ich in meinen Vorlesungen mehrfach gedachte, vollauf berechtigt ist.« Sogar ein Professor in Paris interessierte sich für die Brückenkonstruktion und bat um Zusendung von Arbeitszeichnungen und um Mitteilung weiterer Einzelheiten; er hatte die Brücke auf einer Studienreise durch Deutschland kennen gelernt und wollte sie seinen Studenten vorstellen.

### *Mitglied und Vorstand des Hydrographischen Büros*

Die Verminderung der Hochwassergefahr an württembergischen Flüssen war Karl von Leibbrand ein besonderes Anliegen. So war er 1888 an der Einrichtung des Hydrographischen Büros maßgeblich beteiligt und wurde zu dessen erstem Vorstand bestellt. Hier wurden die Veränderungen der Flussläufe durch Strömung und Hochwasser wissenschaftlich erfasst und dokumentiert und damit Voraussetzungen geschaffen für Baumaßnahmen zum Hochwasserschutz, zur Bestimmung von Brückenweiten, für die Errichtung von Bewässerungsanlagen, Wasserwerksanlagen und ähnlichem. Nach dem Tode Leibbrands im März 1898 übernahm Baudirektor von Euting, sein Nachfolger als Vorstand der Ministerialabteilung für den Straßen- und Wasserbau, gemeinsam mit Oberbaurat von Schaal den Vorsitz des Büros.

Schaal hat in dieser Funktion viele Flusslaufverbesserungen an Murr, Enz, Kocher, Jagst und Tauber in die Wege geleitet. Regen Anteil nahm er auch an den Überlegungen zur Kanalisierung des Neckars; er gehörte zu den »Kanaltechnikern der ersten Stunde«.

Der Schiffsverkehr auf dem Neckar zwischen Cannstatt und Heilbronn war 1879 eingestellt worden, da mit der Eisenbahnlinie Stuttgart–Heilbronn–Mannheim eine bessere Güterverkehrsverbindung zur Verfügung stand. Doch schon 1883 befassten sich die Handelskammer Stuttgart und das Ministerium des Innern mit den hydrographischen und volkswirtschaftlichen Eigenheiten der Neckarschifffahrt. In einer Denkschrift wurde 1908 die Kanalisierung des Neckars auf württembergischem Gebiet als dringliche Aufgabe bezeichnet; Wasserstraßen seien »bestens geeignet, den Hauptmangel Stuttgarts, seine unpraktische Entfernung von Markt und Montanquellen, zu lindern«.

Schaal wurde in die von den drei Neckaruferstaaten gebildete Kommission berufen, die Pläne für einen Großschiffahrtsweg von der Mündung des Neckars in den Rhein bis Heilbronn ausarbeiten sollte und brachte seine Kenntnisse und praktischen Erfahrungen in die Beratungen ein. Auch bei den Planungen für ein anderes Großprojekt, den Bau einer Wasserstraßenverbindung zwischen Neckar und Donau, waren Schaals Wissen und seine Erfahrung sehr willkommen.



## *Neue Aufgaben für die Abteilung*

In den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts hatte die Nutzung des elektrischen Stromes begonnen. Niederspannungsanlagen bis 500 Volt waren in sicherheitspolizeilicher Hinsicht seit 1895 von den Oberämtern zu beaufsichtigen. Die Prüfung und Überwachung von Hochspannungsanlagen und den damit verbundenen Verteilern wurde hingegen der Ministerialabteilung für den Straßen- und Wasserbau zugewiesen.

Von 1891 bis 1901 bearbeitete Schaal die dadurch anfallenden Vorgänge allein.



*Friedrich Wilhelm von Schaal*

Erst als die Anlagen immer zahlreicher wurden, erhielt er Unterstützung durch einen Bauingenieur vom Technischen Büro. Die Durchführung der ab 1900 geltenden Ministerialverfügung für die Herstellung von elektrischen Starkstromanlagen war – besonders durch die Abfassung von Normvorschriften für solche Anlagen – außerordentlich zeitaufwendig und beanspruchte etwa ein Drittel von Schaals Arbeitszeit.

Weitere Aufgaben übernahm er mit seiner Einwilligung mit dem Referat des Baurats Gulde bei der Ministerialabteilung für das Hochbauwesen, der »wegen

großer Geschäftslast und wegen seiner geschwächten Gesundheit« um Entlastung gebeten hatte. So war Schaal allmählich ein ungewöhnlich großer Geschäftsbereich zugefallen, wie ihn außer ihm kein anderer technischer Rat zu bewältigen hatte: Sechs Inspektionen, der Bereich der Schifffahrt und der Flößerei sowie die Begutachtung von elektrischen Anlagen gehörten zu seinen Dienstaufgaben. Trotzdem erledigte er die Geschäfte mit unermüdlichem Fleiß in musterhafter Weise.

### *Die letzten Jahre*

Bei dem Arbeitspensum, das Oberbaurat von Schaal zu bewältigen hatte, verwundert es nicht, dass sich mit fortschreitendem Alter gesundheitliche Probleme einstellten. Im Juni 1902 bescheinigte ihm der Arzt eine heftige Bronchienentzündung, »welche in Folge der vorausgegangenen Überarbeitung einen schweren Charakter mit großer Angegriffenheit der Nerven trägt.« Erst im August konnte er seine Arbeit wieder aufnehmen. Am 30. Oktober desselben Jahres starb seine Frau Karoline nach schwerem Leiden. Den Schaalschen Haushalt in der Urbanstraße 99 führte fortan die älteste Tochter Anna, die Zeichenlehrerin und Vorsteherin der Frauenarbeitsschule in Reutlingen gewesen war und nach dem Tod der Mutter die Vorsteherstelle an der Frauenarbeitsschule in Stuttgart übernahm.

Neben den täglichen Aufgaben wurde Schaal auch immer wieder als Sachverständiger zu Vergleichsverhandlungen geladen. Nachfolgende Übersicht über seine »Auswärtstermine« in der ersten Hälfte des Oktobers 1903 zeigt, wie ausgefüllt seine Tage waren: 1. Oktober: Besichtigung der Bauarbeiten in Neckargartach; 2. Oktober: Verhandlungen in Sindelfingen mit der Gemeinde; 5. Oktober: Verhandlungen in Lienzingen über Beschwerden einiger Gutsbesitzer wegen Baumholzes und Besichtigung der Bauarbeiten bei Enzweihingen; 6. Oktober: Begutachtung von Bauzement an der Neckargartacher Brücke; 8. bis 17. Oktober: Übernahme der Straßenverbesserungen bei Vaihingen/Fildern, Vaihingen/Wildpark und Straßenverbesserungen zwischen Waiblingen, Neustadt und Hohenacker sowie Verhandlungen in Bietigheim wegen Erweiterung der Enzbrücke.

Das Jahr 1904 begann für Schaal mit einem Magenkatarrh und Fieber. Erst Ende Januar konnte er den Dienst, zunächst nur mit einigen Stunden am Vormittag, wieder aufnehmen. Im Sommer bat ein Freund aus der Studienzeit um Begutachtung und Einschätzung seines Elektrizitätswerks in Waldsee/Aulendorf. Er lehnte diesen Freundschaftsdienst nicht ab, sondern beantragte beim Ministerium die Genehmigung für diese nicht in seine Zuständigkeit fallende Begutachtung und führte sie in seinem Urlaub durch. Auch im kirchlichen Bereich engagierte er sich und wurde im September 1904 in den Kirchengemeinderat der Friedenskirche in Stuttgart gewählt.

1908 wurde Schaal Nachfolger des verstorbenen Präsidenten der Ministerialabteilung für den Straßen- und Wasserbau mit dem Titel eines Baudirektors. Doch nur noch kurze Zeit war es ihm vergönnt, die Abteilung zu leiten. Im Februar 1909 wurde er von einem bald leichter, bald heftiger werdenden Fieber befallen und musste das Bett hüten. An eine Dienstaufnahme war nicht zu denken; so bat er seinen Stellvertreter an das Krankenbett, um mit ihm die wichtigsten Angelegen-

heiten zu regeln. Im März bescheinigte ihm der Arzt eine Influenza, von der er sich nicht mehr erholen konnte.

Friedrich Wilhelm von Schaal starb am 3. Mai 1909 im 67. Lebensjahr in Stuttgart und wurde auf dem Pragfriedhof an der Seite seiner verstorbenen Frau beigesetzt. In den Nachrufen wurde er als ein »leuchtendes Beispiel größter Pflichttreue« gewürdigt. Er habe immer verstanden, die Sache über seine Person zu stellen und »mit strenger Sachlichkeit die wohlwollendste Liebenswürdigkeit« zu verbinden.

## Quellen und Literatur

Hauptstaatsarchiv Stuttgart

– E 151a, Innenministerium, Kanzleidirektion

Staatsarchiv Ludwigsburg

– E 79 I, Generaldirektion der Staatseisenbahnen

– E 166, Ministerialabteilung für den Straßen- und Wasserbau

– F 171, Oberamt Schwäbisch Hall

– F 173, Oberamt Heilbronn

– F 210 II, Oberamt Waiblingen

Stadtarchiv Ludwigsburg

– Gemeinderatsprotokolle

– Inventuren und Teilungen

– Tälesbach-Korrektion

*Bolay, Gertrud*: Die erste Hochberger Neckarbrücke, in: Hie gut Württemberg 51, 2000, S. 1–3, 13–15.

*Bolay, Theodor*: Geschichte der Zabergäu-Schmalspurbahn, in: Zeitschrift des Zabergäuvereins 1964, S. 65–96.

Der Beobachter, 9. Dezember 1905.

Deutsche Bauzeitung 1909, Nr. 37.

Ludwigsburger Zeitung, 4. April 1903, 7. April 1903, 21. Mai 1908.

*Morlok, Georg*: Die königlich württembergischen Staatseisenbahnen. Rückschau auf deren Erbauung während der Jahre 1835–1889, Stuttgart 1890 (ND Heidenheim/Ravensburg 1986).

Neues Tagblatt, Stuttgart, 4. Mai 1909.

*Scharf, Hans-Wolfgang/Wollny, Burkhard*: Die Eisenbahn im Nordschwarzwald, Bd. 1: Historische Entwicklung und Bahnbau, Freiburg 1995.

Schwäbischer Merkur, 15. März 1898, 26. Juli 1905.

Straßenbrücke über den Neckar zwischen Kirchheim und Gemmrigheim im Oberamt Besigheim, Stuttgart 1899.

Verwaltungsbericht der Ministerialabteilung für den Straßen- und Wasserbau, I. Abt., Straßenbauwesen, Jahrgänge 1895/96, 1899/1900, 1903/1905.



# Von den Gewächshäusern bis zur Filmakademie

Ein Beitrag zur Ludwigsburger Kasernengeschichte\*

von Wolfgang Klusemann

Im Herbst 2000 wurde die Filmakademie Ludwigsburg neun Jahre alt. Zunächst in einem Provisorium in der Weststadt untergebracht, konnte sie im September 1993 ihre drei Gebäude auf dem nahezu quadratischen Platz zwischen Mathildenstraße, Seestraße, Alleenstraße und Gewächshausweg beziehen und nun ist ostwärts davon auf dem Mathildensareal an der Alleenstraße ein weiteres Gebäude hinzugekommen. Die Filmakademie hat sich inzwischen einen Ruf erworben, der weit über die Grenzen der Stadt und des Landes hinausgeht. Sollte dies nicht schon genug Anlass sein, der Vorgeschichte des Areals an der Mathilden-, See- und Alleenstraße nachzuspüren?

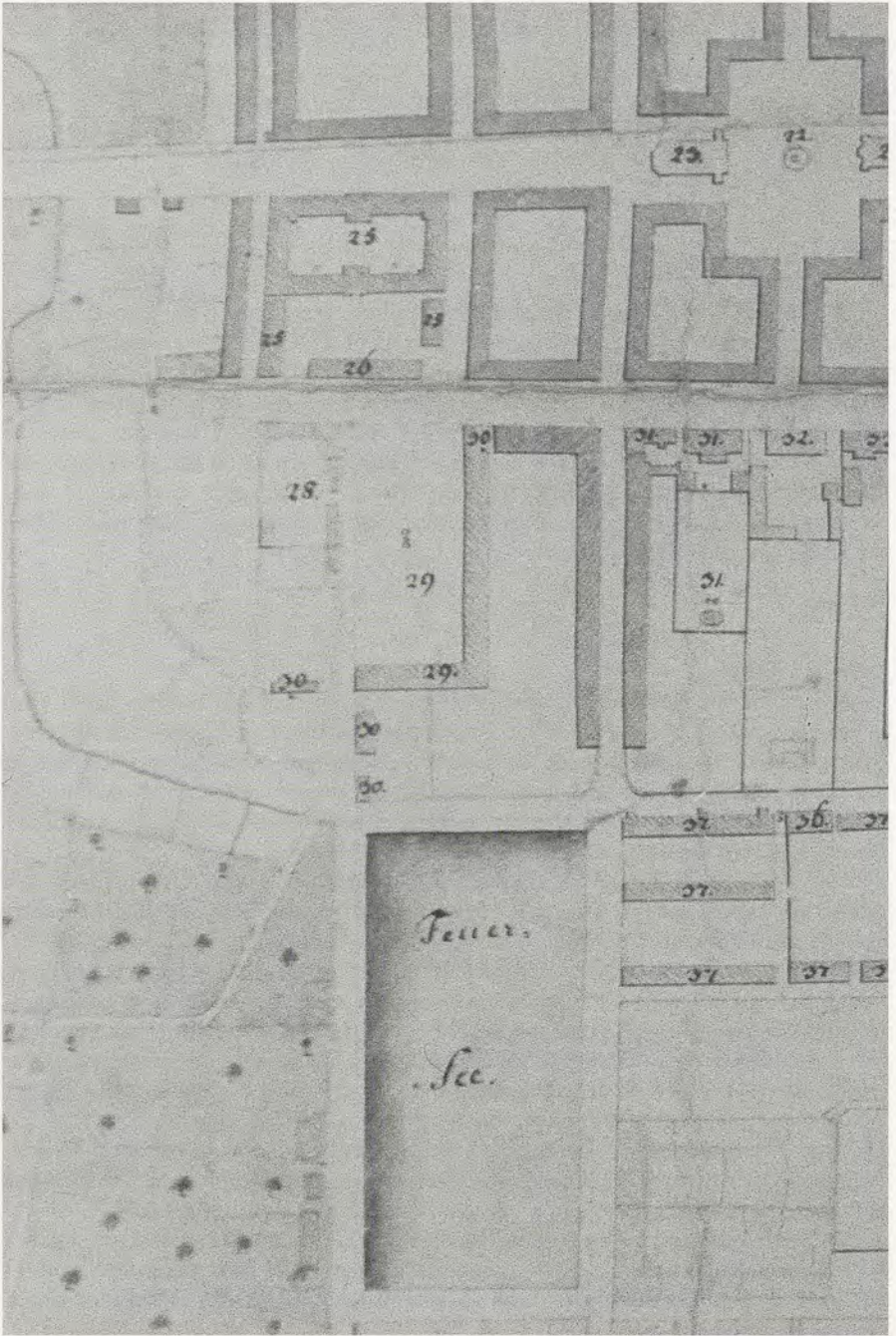
## I.

Einer der ältesten Stadtpläne Ludwigsburgs, 1781 von Johann Philipp Ernst Stoll gefertigt, zeigt am Nordostufer des damals noch rechteckigen Feuersees ein unbebautes Viereck, möglicherweise als Garten genutzt; ostwärts davon schließt sich der Hofküchengarten – das heutige Mathildensareal – an, dazwischen verläuft ein Weg. Im Hofküchengarten stehen zu dieser Zeit schon fünf Gewächs- oder Orangeriehäuser, auf die noch zurückzukommen ist.

Das »Meß-Buch der Stadt Ludwigsburg« von 1788 nennt den Platz den »d'Attrini'schen Hausplatz«. Dieser Name rührt her von dem Handelsmann Sigmund Imanuel Heinrich d'Attrin. Das »Häuser- und Gebäude-Meßprotokoll 1788« gibt eine genauere Beschreibung dieses »Hausplatzes«: »Nro. 76 Herzogl. Rentkammer. Ein Garten-Stuk in der Seiten-Gasse zwischen der alten- und Carlsstadt, welches Handelsmann d'Attrin von H. Bürgermeister Mögling ao. 1768, gnädigste Herrschaft aber in ao. 1787 von d'Attrin erkauft hat und ein Hausplatz ist, neben dem Cahsernen Hof und dem Decanatgarten gelegen und hinten auf den ehemals Phulli'schen, jezo herrschaftl. Hausgarten stoßend.«

Noch 1788 müssen auf diesem »Hausplatz« oder »Garten-Stuk« drei weitere zum Hofküchengarten gehörende Gewächshäuser entstanden sein: entlang der heutigen Mathildenstraße (Nr. 2), entlang der heutigen Alleenstraße (Nr. 4) und in der Mitte parallel zu den beiden (Nr. 3). Ein Gewächshaus am Nordrand des Hofküchengartens trug die Nr. 1, wird mitunter noch so bezeichnet, aber schon anderweitig genutzt und heißt jetzt »Husarenstall«; längs des Südrandes liegen vier Gewächshäuser mit den Nr. 5–8.

\* Überarbeitete Fassung eines Vortrags, der am 24. März 1999 vor der Militärgeschichtlichen Gesellschaft Ludwigsburg e. V. gehalten wurde.



Der Stadtplan von 1814 zeigt die Gewächshäuser (37) östlich des Feuersees.

Der kolorierte »Plan der koenigl. Residenzstadt Ludwigsburg« von 1814 zeigt die drei neuen, lang gestreckten und parallel verlaufenden Gebäude; in der Legende werden sie, wie die schon älteren, als Gewächshäuser bezeichnet. Straßennamen weist diese Karte noch nicht auf. Erst der »Topographische Plan von Ludwigsburg« von 1825 enthält die »Innere Seestraße« (heutige Seestraße) und die »Carlstädter Seestraße« (heutige Mathildenstraße) und stellt alle acht Gebäude exakt dar.

Wie lange die verbliebenen sieben Gewächs- oder Orangeriehäuser wirklich ihrem eigentlichen Zweck dienen, ist nicht genau feststellbar. Schon das »Häuser- und Gebäude-Meßprotokoll 1819/20« nennt als Eigentümer nicht mehr die Herzogliche Rentkammer, sondern das Königliche Kriegsdepartement. Korrekt ist diese Aussage jedoch nicht, denn es gibt zunächst keinen Eigentümerwechsel, wohl aber einen Nutzerwechsel. Offensichtlich hat der Hof für die im Winter beheizbaren Orangeriehäuser keinen großen Bedarf mehr. Andererseits nimmt der militärische Raumbedarf im Zusammenhang mit den Verpflichtungen Württembergs im Deutschen Bund erheblich zu. Darüber hinaus wird im Jahr 1818 die gesamte württembergische Artillerie einschließlich des Trains nach Ludwigsburg verlegt.

Die jetzt im Hauptstaatsarchiv Stuttgart bzw. im Staatsarchiv Ludwigsburg liegenden Akten der Königlichen Bau- und Gartendirektion, der die Orangeriehäuser unterstehen, bzw. ihr Schriftverkehr mit der vorgesetzten Behörde, dem Königlichen Obersthofmeisteramt, sowie ähnliches Material aus dem militärischen Bereich, dem Kriegsministerium, der Arsenaldirektion und den in Ludwigsburg stehenden Regimentern, aus dem Zeitraum 1817 bis 1838 geben einigen Aufschluss über den Wechsel von ziviler zu militärischer Nutzung.

## II.

Erstmals im Juli 1817 versucht das Kriegsministerium, einige leer stehende Orangeriehäuser zur Lagerung von Magazinvorräten zu erhalten, zieht aber den Antrag wieder zurück. Im Dezember 1817 erhält die Arsenaldirektion auf Antrag das Gewächshaus Nr. 4 zur Unterbringung von »Armaturwägen«, vermutlich aber nur vorübergehend. Am 14. August 1818 schreibt das Obersthofmeisteramt an die Bau- und Gartendirektion, der König habe genehmigt, dass »dem Königlichen Kriegsdepartement ein Orangeriehaus zu Ludwigsburg zu Aufbewahrung des Salpeters überlassen werde«. Am 13. September 1818 bestätigt Arsenaldirektor v. Ehrenfeld die Übernahme des »zunächst am vormaligen herrschaftlichen Würzgarten befindlichen« Orangeriehauses. Es handelt sich um das Gewächshaus Nr. 4. Im Übergabeprotokoll werden selbstverständlich auch die Ausstattung und der Zustand des Gebäudes festgehalten, und es findet sich der Hinweis, dass die Nutzung nur vorübergehend sein soll.

Zwei Wochen darauf wird die Überlassung von Nr. 3 zur Lagerung von Heu und Stroh für das 2. Reiterregiment erreicht. Das Obersthofmeisteramt schreibt am 2. Oktober 1818 an die Bau- und Gartendirektion: »Der Administrationssektion des Königlichen Kriegsdepartements ist die Nachricht erteilt worden, daß ihr das Orangeriehaus Nro. 3 zu Ludwigsburg zu Aufbewahrung des für die Cavallerie daselbst auf 6 Monate aufgekauften Heues unentgeltlich eingeräumt

werden könne: dieses Gebäude darf also auf Verlangen dem Regiments-Quartiermeister Weinland zu dem angezeigten Zwecke unter der Bedingung, daß das Gebäude wieder in dem nämlichen Zustande, in dem es übernommen worden, zurückergeben werde, urkundlich eingeräumt werden.« Der Regimentsquartiermeister Brecht und der Kasernenverwalter Metzger bestätigen die Übernahme von der Bau- und Gartendirektion. Auch hier werden die Öfen und der Zustand der Fenster, Fensterläden, Türen und Tore im Einzelnen festgehalten. Das Protokoll schließt mit dem Satz: »Der obere Theil dieses Orangeriehauses, welcher zum Theil bewohnt ist und als Magazin dem Regiment derzeit nicht dienlich ist, bleibt ebenfalls in Verwahrung Königl. Bau- und Gartendirection.« Im April 1822 erhält das Arsenal auch den Dachboden.

Für die Dauer der »Exerzierzeit« der württembergischen Armee von September bis Oktober 1820 sollen außerdem auch die an der Südseite des heutigen Mathildenaareals stehenden Gewächshäuser Nr. 5–8 dem Militär zur Nutzung übergeben werden. Dazu erteilt das Obersthofmeisteramt der Bau- und Gartendirektion am 2. September 1820 folgende Order: »Da es der Wille Seiner Majestät des Königs ist, daß ein Theil der in Ludwigsburg zu den Herbst-Übungen zusammen zu ziehenden Truppen in den Orangeriehäusern Nro. 5, 6, 7, 8 und auf dem oberen Theil von Nro. 2, insoweit er nicht von dem Gärtner oder von Wirthleuten bewohnt ist, untergebracht werde, so erhält die Königliche Bau- und Gartendirektion den Befehl, die bezeichneten Gebäude durch einen ihrer Beamten urkundlich und unter Aufnahme einer genauen Beschreibung an denjenigen Beamten des Königlichen Kriegsdepartements übergeben zu lassen, der sich deshalb bey ihr melden wird. Die Orangeriewagen und Kübel wird das Königliche Kriegsdepartement entweder anderwärts sicher aufbewahren oder im Freien bewachen lassen.« Im entsprechenden Übergabeprotokoll vom 9. September 1820 wird unter anderem festgehalten: »Die Orangeriehäuser Nro. 1 und 4 hat bereits die Arsenaldirektion in Besitz und das Nro. 3 das 2. Reuterregiment.«

Am 8. Oktober, nach der Exerzierzeit, gibt das Militär die zusätzlich genutzten Gewächshäuser wieder frei. Es wird aber jetzt schon deutlich, dass die Nutzungen der Gewächshäuser durch Arsenal und Kavallerie keineswegs nur vorläufiger Natur bleiben, sondern bald zur Gewohnheit werden.

Über die Nutzung in den 1820er Jahren war nichts Konkretes zu finden, aber in den Jahren 1828/29 werden fast alle vorhandenen, früher in den Gewächshäusern dringend benötigten Öfen verkauft. Die Bau- und Gartendirektion veranlasst noch bis Ende 1830 Reparaturen an Türen und Fenstern; dann aber werden am 27. Oktober 1832 sieben Gewächshäuser (Nr. 2–8) an das Königliche Kameralamt übergeben. Im Übergabeprotokoll werden die Orangerieräume im Erdgeschoss und die Wohnungen im ersten Stock und ihre bisherige Nutzung genau beschrieben; die vorhandene Ausstattung wird aufgelistet. In diesem Protokoll kommen die Gewächshäuser Nr. 2 und 3 gut weg, die Gewächshäuser Nr. 4–8 hingegen haben insbesondere schlechte, schadhafte Fenster. Alle sieben übergebenen Gewächshäuser sind zu diesem Zeitpunkt leer.

Die Nutzer aller acht ursprünglich vorhandenen Gewächshäuser gehen aus einer Darstellung vom 5. November 1832 hervor. Es zeigt sich, dass das Arsenal schon vier davon ganz oder zum Teil nutzt (die Nr. 1, 3, 7 und 8) und das 2. Reiterregiment ebenfalls zwei (die Nr. 4 und 5). Noch nicht oder nicht ausschließlich militärisch genutzt werden die Gewächshäuser Nr. 2 und Nr. 6. Damit sind das



Arsenal und das 2. Reiterregiment, das damals in der Reiterkaserne am Südrand des heutigen Karlsplatzes liegt, gut versorgt mit Unterbringungsraum für Waffen, Gerät und Vorräte, nicht jedoch ein anderes Regiment.

Das 1. Reiterregiment, das damals in der Reiterkaserne liegt, die auf dem nördlichen Teil des heutigen Wilhelmskarrees stand, möchte von dem zu verteilenden Kuchen auch sein Stück abhaben. Regimentsquartiermeister Schweizer schreibt am 3. November 1832 an das Kriegsministerium in Stuttgart: »Die dem 1. Reiterregiment zu Aufbewahrung der Heu- und Strohvorräthe zugewiesenen Magazine sind nach mehrjährigen Erfahrungen zu Aufnahme des viermonathlichen Bedarfs nicht hinreichend; namentlich aber fehlt es sehr an Raum zu Unterbringung des Strohs. Wenn bei Wohlfeilheit obiger Producte öfters der Fall eintritt, daß Zufuhren der Lieferanten aus Mangel an Raum zurückgewiesen werden müssen, so ist schon dies für die Akkordanten beschwerlich und kostspielig, weil sie dann genöthigt sind, ihre geladenen Wagen gegen Miethzins in geeigneten Locals von Privatpersonen bis zur Übernahme unterzubringen; so ist dieser Mangel an Raum bei höheren und stets steigenden Fouragepreisen doppelt nachtheilig, weil dann für das Aerar der bedeutende Schaden entsteht: Die Ergänzung der Vorräthe nicht bewerkstelligen zu können, weil bei stets steigenden Einkaufspreisen die Abnahme der Lieferungen keinem Anstand unterworfen seyn darf und die älteren Akkordanten durch den Abschluß neuer Akkorde an der stipulirten Ablieferung nicht gehindert werden dürfen ohne das Risiko, daß namentlich von Unbemittelten die Verkaufs-Contracte nicht gehalten werden. Da nun durch Erlaß der Königl. Kriegskassenverwaltung vom 30. Oktober für größere Vorräthe an Herbststroh gesorgt werden soll, wozu beym 1. Reiterregiment der Raum mangelt, so ist die unterzeichnete Stelle so frey, einem Königl. Kriegsministerium die gehorsamste Bitte vorzutragen: Dem 1. Reiterregiment, das im Vergleich mit dem Artillerie- und dem 2. Reiterregiment am wenigsten Raum auf seinem Fouragemagazin besitzt, eines der derzeit leerstehenden Orangeriehäuser als passendes Locale zur Aufbewahrung von Stroh baldmöglichst gnädigst zuweisen und nöthigenfalls gehörig in Stand stellen zu lassen.«

Der Bitte des Regiments schließen sich auch die Arsenaldirektion und die Kasernenverwaltung in einem Schreiben vom 20. November an. Sie schlagen vor, dem Regiment das derzeit vom Arsenal genutzte Gewächshaus Nr. 7 zuzuteilen und dem Arsenal dafür das Gewächshaus Nr. 2 zu geben. Dem Schreiben ist eine Skizze der gegenwärtigen Nutzung sämtlicher ursprünglicher Gewächshäuser beigefügt. Die Auflistung hierzu sagt zur Verwendung der Gebäude: »No. I: Exercier-Geschüz der reitenden Artillerie; No. II: Wirklich unten leer, oben Wohnungen der Gärtner und Alleen-Aufsehers; No. III: Unten Pontons- und Brückendeckungen und Pontonszubehör. Oben Kochgeschirr alter und neuer Ordonanz und Ausrüstungs-Artikel für den Belagerungspark und eine Wohnung; No. IV: Unten Heu-Magazin für das 2. Reiterregiment. Oben gegen den See: alte Czakows, alte Teppiche und Holz zu Sattelbäume, gegen das Schulhaus: Laborier-Gerätschaften, Munitions-Kisten und Werg; No. V: Heumagazin des 2. Reiterregiments, oben kein Boden; No. VI: Gärtner Dietermann, abgebrochene Öfen und kleine Gärtner-Gerätschaften; No. VII: 7 Pf. Haubiz-Laffeten und 3 Pf. Prozen, altes Holz und Feuerwerks-Stellagen; No. VIII: Bombenwagen für den Belagerungs-Park.«

Am 4. Dezember 1832 findet dann, vermutlich im Kriegsministerium in Stutt-

gart, eine Sitzung statt. Es gibt noch einen Bericht, in dem ein Teilnehmer dieser Sitzung alle Einzelheiten zu den Ludwigsburger Gewächshäusern zusammenfasst, Zustand, Verwendung, derzeitige Nutzer, eingelagerte Geräte u. ä. festhält und Vorschläge für das weitere Vorgehen macht. Einige der Feststellungen seien erwähnt:

Nr. 2 wird, wie schon erwähnt, noch nicht vom Militär genutzt. Es ist in gutem baulichen Zustand und oben zum Teil bewohnt. In dem Bericht heißt es dazu: »Diese Wohnungen sind, da man bisher nicht viel darauf verwandt zu haben scheint, in keinem reizenden, doch – wie aus ihrer Benützung hervorgeht – brauchbaren Zustand und könnten, wenn sie künftig Wohnungen bleiben sollen, mit unbedeutenden Reparationen und hauptsächlich durch Anwendung größerer Reinlichkeit, öfteren Weißens und Putzens verbessert und wohnbar erhalten, oder aber als Magazine für verschiedene Gegenstände benützbar gemacht werden.«

Nr. 3 wird oben von dem Stabsfourier Bek und dem Munitionsaufseher Fischer bewohnt. Die Außenwände dieses Gebäudes leiden unter Weinstöcken; diese sollten beseitigt werden. Nr. 4 dient oben als Lager für alte Tschakos, Tornister u. ä.; unten ist Heu gelagert. Zu Nr. 6 wird festgestellt: »Das kleine mit No. 6 bezeichnete Gewächshaus ist unter allen am schlechtesten beschaffen, und dessen solide Herstellung könnte wohl 250 bis 300 Gulden erfordern. Da es nun nach den vorliegenden Berichten und den wiederholten mündlichen Aussagen der Koenigl. Arsenal-Direction und Casernen-Verwaltung für jetzt entbehrlich wäre, so möchte es wohl am besten sein, wenn der Koenigl. Finanzkammer dessen Beibehaltung oder Abbruch anheim gestellt werden würde.« Nr. 7 hat auf seinen Antrag hin das 1. Reiterregiment erhalten.

Die Flächen zwischen den Gebäuden werden gesondert angesprochen. Sie werden als Gärten ohne besonderen Wert bezeichnet, deren Verpachtung vorgeschlagen wird, wenn die Nutzer sechs Schuh breite Abstände zu den Gebäuden einhalten. Von einem Verkauf wird aus Sicherheitsgründen abgeraten, eher sollten die Flächen behalten werden.

Im Gewächshaus Nr. 2 an der Carlstädter Seestraße wohnt im Obergeschoss weiterhin der Hofgärtner Dietermann. Er stirbt im Februar 1838. Seiner Witwe wird »die Bewohnung des Quartiers noch bis Jacobi« (25. Juli) gestattet, und zum 1. August übergibt das Kameralamt die Wohnung an die Arsenaldirektion.

### III.

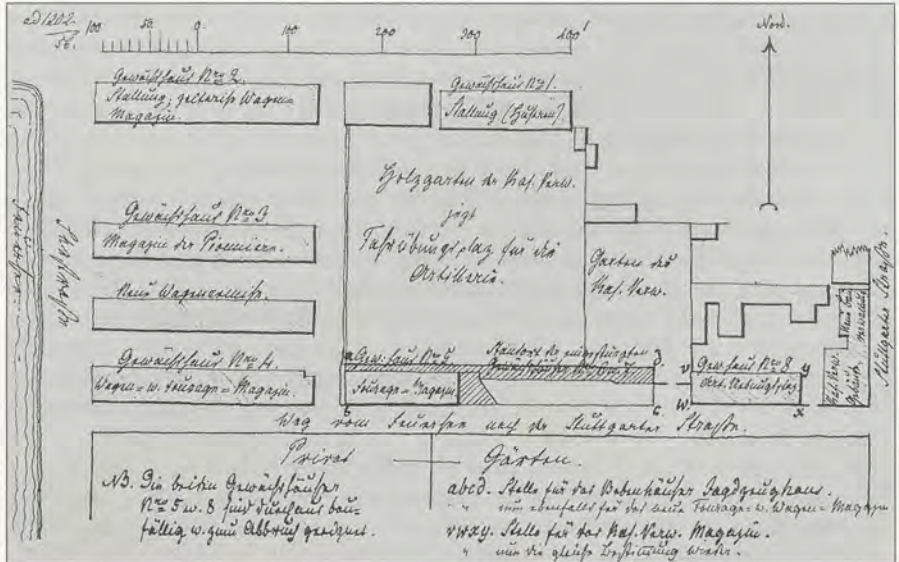
Eine Messunterlage aus dem Jahr 1843 stellt die drei ehemaligen Gewächshäuser Nr. 2–4 und die Flächen dazwischen mit allen Abmessungen dar und gibt ihre Verwendung an. Von Norden (ab der Carlstädter Seestraße) nach Süden der Reihe nach lauten die Bezeichnungen: »N. 76 Pferdestall« – »Parzelle (79 b. vorher) jetzt ganz Casernenhof« – »Weeg« – »N. 77 Magazinegebäude« – »Parzelle 79 a vorher, jetzt No. 79 Gemüse-Garten« – »Weeg« – »Nro. 78 Magazin des II. Reutter-Reg.«. Danach folgt wieder ein Weg, die spätere Alleinstraße, und dann »Baumgarten Parz. 78«, wo heute das Goethe-Gymnasium steht. Nach Osten ist der heutige Gewächshausweg als trennende Fläche zum heutigen Mathildenareal richtig dargestellt, trägt aber noch keine Bezeichnung; im Westen liegt jenseits der heutigen Seestraße noch der »Feuer-See«, wo heute das Stadtbad steht. Ostwärts

von »Nro. 78« folgen ein Gebäude »N. 47 a«, das ehemalige Gewächshaus Nr. 5, dann Hof- und Gemüsegartenflächen und wieder ein »Gewächshaus« (Nr. 8). Die früheren Gewächshäuser Nr. 6 und 7 fehlen bereits.

Das Güterbuch der Stadt Ludwigsburg von 1846/47, Band X, führt auf Blatt 246 auf: Nr. 76, »Pferdestall (vormals Gewächshaus) an der Carlstädter Seegasse«; Nr. 77, »Magazin (vormals Gewächshaus) in der Mitte zwischen den Geb. 76 u. 78 mit der Front an den Seeweg stoßend«; Nr. 78, »Magazin (vormals Gewächshaus) am Weeg bei dem vormals herrschaftl. Küchergarten«, wobei die unteren Etagen aller drei Gebäude, das heißt der Stall bzw. die Magazine der Kasernenverwaltung, die Dachwohnungen aber der Arsenalverwaltung unterstehen. Auf Blatt 244 sind verzeichnet: Nr. 47 a, »Magazin (vormals Orangeriehaus) am Weeg bei dem vormals herrschaftl. Küchergarten« – »Gewächshaus Nro. 5«; Nr. 47 d, »Magazin (vormals Gewächshaus) ebendasselbst weiter östlich nächst der Amtswohnung des Verwalters« – »Gewächshaus Nro. 8«. Die Nutzung der ehemaligen Gewächshäuser oder Orangeriehäuser, auch Treibhäuser genannt, als Pferdeställe bzw. Magazine hat etwa vier Jahrzehnte gedauert.

Nach der Beschreibung sind zumindest die Gewächshäuser Nr. 2–4 eingeschossige Gebäude mit für Wohnzwecke ausgebauten Dächern gewesen. Ein in Schrägsicht ausgeführter Stadtplan von vor 1860 stellt sie auch so dar. Wenn man außer Acht lässt, dass diesem Plan sonst die Perspektive fehlt und viele Gebäude in der Länge und Breite verzogen sind, dürfte die Darstellung wohl stimmen.

Eine Skizze, die einem Schreiben des Finanzministeriums vom 28. Februar 1856 zur Verwertung der baufälligen Gewächshäuser Nr. 5 und 8 beigelegt ist, zeigt außer den bisherigen Gewächshäusern Nr. 2–4 eine »Neue Wagenremise« zwi-



Die Skizze von 1856 zeigt sämtliche ehemaligen Gewächshäuser (Nr. 1–8) bzw. die Plätze, an denen sie standen, sowie die »Neue Wagenremise«.

schen Nr. 3 und 4. Wo das Gewächshaus Nr. 5 gestanden hatte, ist ein »Fouragemagazin« in Ost-West-Ausrichtung eingezeichnet; vermutlich handelt es sich aber nur um eine Planung, denn dieses Gebäude taucht sonst nirgendwo wieder auf.

Das Bauschauamt Ludwigsburg hält im »Bauschau- und Felduntergangsprotokoll« vom 12. März 1856 fest: »Nach einem Schreiben der K. Kasernenverwaltung und des Hr. Bauinspektors vom 10. d. M. wurde das Ansuchen an die städtische Bauschau gestellt, über nachfolgende beabsichtigte Neubauten der K. Kriegsverwaltung Augenschein einzunehmen. Es soll nemlich gebaut werden eine große Wagenremise und ein Magazinsgebäude in der Linie von dem Kasernen-Verwaltungs-Gebäude gegen den See an die Stelle von 2 abzubrechenden Gewächshäusern; die Wagenremise 292 Fuß lang, das Magazinsgebäude 120 Fuß lang, je 2stocckig und den 1. Stock von Stein.« Der nächste Eintrag lautet: »Verhandelt am 17. März 1856 vor dem Gemeinderath. Vorstehende zur alsbaldigen Ausführung bestimmte Bauwesen wurden heute im Gemeinderath vorgetragen und hat solcher gegen dieselben nichts einzuwenden.«

Das »Ludwigsburger Tagblatt« meldet dazu einen Tag später: »In den letzten Tagen wurden Arbeiten für größere militärische Bauten vergeben, welche in unserer Stadt mit dem Frühjahr in Angriff genommen werden sollen . . . Weitere Bauten werden an der Stelle der sog. Gewächshäuser bei der K. Kasernen-Verwaltung entstehen, wo ein größeres Magazin für Kasernenrequisiten und ein weiteres mit Remisen für Wagen usw. nebeneinander aufgeführt werden. Die Magazine müssen noch im laufenden Jahre vollendet werden.«

Die »Grund- und Durchschnittrisse zur Einbauung der Gewächshäuser Nro. II, III, IV« und ein »Querschnitt« für diese Neubauten haben sich erhalten. Sie tragen den Sichtvermerk des Stadtbaumeisters Strohmets, der von 1853 bis 1881 in Ludwigsburg wirkte. Der Grundriss ist identisch mit der Skizze zu einem Bauantrag aus dem Jahr 1891 und zeigt in den beiden unteren Etagen einen über die gesamte Gebäudelänge reichenden Raum, nur aufgelockert durch eine das Dach tragende doppelte Stützenreihe. Ein solcher Raum kann im Erdgeschoss als Stall dienen und zum Einstellen von Wagen oder anderen sperrigen Geräten. Das Dachgeschoss ist aufgeteilt in 25 unterschiedlich große und beiderseits eines Flures liegende Räume, die sowohl Lager- wie auch Wohnzwecken genügen.

Es bleibt aber doch unklar, welche Gebäude tatsächlich erneuert werden und in welchem Jahr das geschieht. Vielleicht werden, wie geplant, die beiden südlichen Gewächshäuser (Nr. 3 und 4), vielleicht aber nur das südlichste, in den nächsten Jahren abgerissen und durch neue Gebäude ersetzt, die aber dann die gleiche Länge aufweisen und damit von dem ursprünglichen Bauantrag abweichen. Oder werden gar alle drei alten Gebäude ersetzt? Sie sind damals immerhin schon siebenzig Jahre alt. Das Güterbuch von 1846/47 enthält auf Blatt 244 noch die Randnotiz: »1866/67 ist Gebäude Nr. 47a abgebrochen«, also das ehemalige Gewächshaus Nr. 5.

Der Stadtplan von 1867 weist immerhin vier parallel verlaufende Gebäude auf dem westlichen Areal aus. Ist also die Planung von 1856 umgesetzt worden?

In der Zeit kurz vor 1867 wird der Bestand neu aufgenommen; frühere, nicht mehr vorhandene Gebäude und Flächen (»Alter Bestand«) werden den nun bestehenden (»Neuer Bestand«) gegenübergestellt. Auf dem Platz der drei alten Gewächshäuser Nr. 2–4 stehen jetzt vier Gebäude, wobei das vierte zwischen den beiden südlicheren liegt. In einem »Geometrischen Handriß« von 1867 tragen die

auf den drei alten Stellen stehenden neuen Gebäude die Beschriftungen »Kgl. Arsenaldirektion, Magazin mit Wohnung« und das vierte, das wohl nicht lange gestanden hat, nur »Kgl. Arsenaldirektion, Magazin«. Die Zwischenflächen sind mit »Hofraum« bzw. »Land« beschriftet, wobei letzteres eine spätere Streichung und die Bezeichnung »Hof« bzw. »Höfe« aufweist. Die dazugehörige Messurkunde nennt ebenfalls dreimal »Magazin mit Wohnung«, einmal »Magazin« und »Hofraum bei vorbeschriebenen Gebäuden«. Ostwärts der drei südlichen Gebäude steht an der Stelle des alten Gewächshauses Nr. 5 ein neues, langes »Reithaus« in Nord-Süd-Ausrichtung. Es trägt die Nr. 154 und muss 1866/67 erstellt worden sein. An den Stellen der früheren Gewächshäuser Nr. 6 und 7 zieht sich ein »Gemüsegarten« hin.

#### IV.

Während des Deutsch-Französischen Krieges 1870/71 werden die neuen Magazine offensichtlich für Arbeiten zur Unterstützung der in Frankreich stehenden württembergischen Truppen intensiv genutzt. Für den »Kriegswinter« 1870/71 werden Verbesserungen nötig, die auf ständigen Einsatz von Personal in den Gebäuden hinweisen. Das Bauschauprotokoll vom 9. Januar 1871 hält hierzu fest: »Die Königl. Militärverwaltung will in den Gewächshäusern II., III. und IV. 15 unbesteigbare Kamine errichten, auch in einer Baracke eine Menage-Küche errichten zwischen den Gewächshäusern III. u. IV.« Es muss sich um einen Eilantrag handeln, denn noch am gleichen Tag beschließt der Gemeinderat, die »Bauerlaubnis nach gesetzlicher Vorschrift und unter Vorbehalt späteren Augenscheins der Dringlichkeit wegen sofort zu erteilen«.

Es fällt auf, dass etwa fünfzehn Jahre nach dem Abriss der ehemaligen Gewächshäuser selbst im offiziellen Sprachgebrauch der alte Begriff weiterverwendet wird und der Einfachheit halber auf die neuen Gebäude an gleicher Stelle übertragen wird, nicht jedoch auf das vierte Gebäude, das nun als Baracke bezeichnet wird. Oder ist etwa das »vierte Gebäude« schon wieder abgerissen und eine Baracke neu erbaut?

Der »spätere Augenschein« lässt einige Zeit auf sich warten; erst am 27. März 1871 wird festgehalten: »Die Königl. Militärverwaltung hat nunmehr folgende Zeichnungen mitgeteilt, betr. . . . Heizbarmachung des Gewächshauses Nr. 4, Nr. 3 und Nr. 2 durch je 10 Windöfen, deren Rauchabzug durch je 5 unbesteigbare Kamine stattfindet. In den Wirtschaftsräumen sind Herde resp. Koch-Öfen angebracht, davon Rauchabzug in den nächsten Kamin stattfindet. Zwischen dem Gewächshaus Nr. 3 und 4 steht eine Menagebaracke mit Herd und Rauchabzug durch eine durchs Dach gehende Sturzröhre.«

Die aufgeführten »Herde«, »Koch-Öfen« und die »Menagebaracke« dürfen als sicherer Beweis gelten, dass zumindest über einen gewissen Zeitraum die Magazine nicht nur Lagerzwecken dienen, sondern in ihnen ständig gearbeitet, vielleicht sogar gewohnt wird.

In die Zeit nach dem Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 fällt eine Veränderung in unmittelbarer Nähe der noch immer so genannten Gewächshäuser: Der Feuersee wird 1873 verkleinert; aus dem großen Rechteck mit seiner Längsausdehnung von der Karlstraße bis zur Carlstädter Seestraße wird ein dralles Ei, das nur

noch die Südhälfte des bisherigen Platzes bedeckt, nur noch an die heutige Alleenstraße heranreicht.

Ein Situationsplan zu einem Baugesuch für ein neues Gebäude am Nordrand der Mathildenkaserne aus dem Jahr 1877 weist parallel ostwärts neben dem Reithaus (Nr. 154) ein längeres, aber schmaleres neues Gebäude auf, das als »Wagenschuppen« (Nr. 235) bezeichnet wird. Die Fläche des heutigen Gewächshausweges trägt die Bezeichnung »Stadtweg von Geb. No. 53 u. 76 bis No. 78 u. 154« und wird im Güterbuch als Eigentum der Finanzverwaltung bezeichnet. Die Stadtgemeinde Ludwigsburg richtet aber im Sommer 1883 die Anfrage an das Kameralamt, »ob die Königl. Staatsfinanzverwaltung auf diesen Weg (welchen die Stadtgemeinde als ihr – der Stadtgemeinde – Eigentum ansehe) irgend welchen Anspruch erhebe«. Sie stützt sich dabei auf das Häuser- und Gebäudemessprotokoll von 1787, das diesen Weg als »Allmandsweg« bezeichnet. Die Königliche Finanzverwaltung erklärt sich am 9. Juli 1883 »mit einer entsprechenden Richtigstellung des Güterbuchs einverstanden«.

Auch die neuen Magazine erreichen bald das Ende ihrer Verwendbarkeit. Das Güterbuch von 1846/47 enthält eine spätere Randnotiz, wonach der »Pferdestall« 1882 oder kurz zuvor abgebrochen wurde, und ein Stadtplan von 1882 sowie die Flurkarten aus der Zeit nach 1885 zeigen nur noch zwei Gebäude, das mittlere und das südliche. Vermutlich ist aber das nördliche Gebäude noch das letzte ursprüngliche Orangeriehaus gewesen, das um 1856 nicht erneuert wurde und nach nun über 100 Jahren wohl wirklich nicht mehr den Ansprüchen genügte. Von dem vierten, 1867 amtlich erwähnten Magazin (oder Baracke) ist nirgendwo mehr die Rede. Zur Zeit des Güterbuchs 1846/47 stand es noch nicht, 1884 ist es längst wieder verschwunden.

Das Güterbuch von 1884, Band 23, führt auf Blatt 59 dann auch an der Stelle des ehemaligen Gewächshauses Nr. 2 zunächst nichts mehr auf, später wird ergänzt: »Reitbahn und Weg an der Mathildenstraße« (die bisherige Carlstädter Seestraße war 1877 in Mathildenstraße umbenannt worden). Das mittlere Gebäude wird »Seestraße 25« genannt und ist ein »zweistockiges Wagenhaus mit Wohnung, von Fachwerk mit dreistöckigem Mittelbau und getrenntem Keller, vormals Gewächshaus«. Das südliche Gebäude, nun Alleenstraße 25, wird wie folgt beschrieben: »Ein zweistöckiges Magazingebäude von gemischter Bauart mit Mansardendach, nebst zwei einstockigen Anbauten auf der hinteren Langseite von Fachwerk mit drei Pavillons an der hinteren Seite.« Jetzt wird auch schon die Bezeichnung »Magazin XII« für dieses Gebäude verwendet.

Andere Eintragungen im Güterbuch zeigen die weitere Entwicklung auf. So ist festgehalten, dass die beiden Magazine kraft Reichsgesetzes 1873 vom Staat Württemberg in das Eigentum des Deutschen Reiches übergegangen sind. Andere Zusätze, mal mit grüner, mal mit roter Tinte ausgeführt, lauten: »1891/2 No. 25 Alleenstraße verkleinert«, »1896/7 No. 25 Alleenstraße abgebrochen«, »1897/8 No. 25 Alleenstraße erbaut« und »25 Alleenstraße, dreistöckiges Magazin von Stein«.

Das Bauschauprotokoll vom 14. Juli 1896 gibt eine weitergehende Beschreibung des Neubaus an der Alleenstraße: »Er enthält im Erdgeschoß eine Durchfahrt, 2 Putzlokale und 2 Revisionszimmer sowie Raum für Fahrzeuge. Im 1. Stock sind 2 Gewehrreinigungslokale und 2 Revisionszimmer sowie Kammerräume vorgesehen. Im Dachstock sind 2 Putzräume sowie 2 Reservelokale und Kammerräume

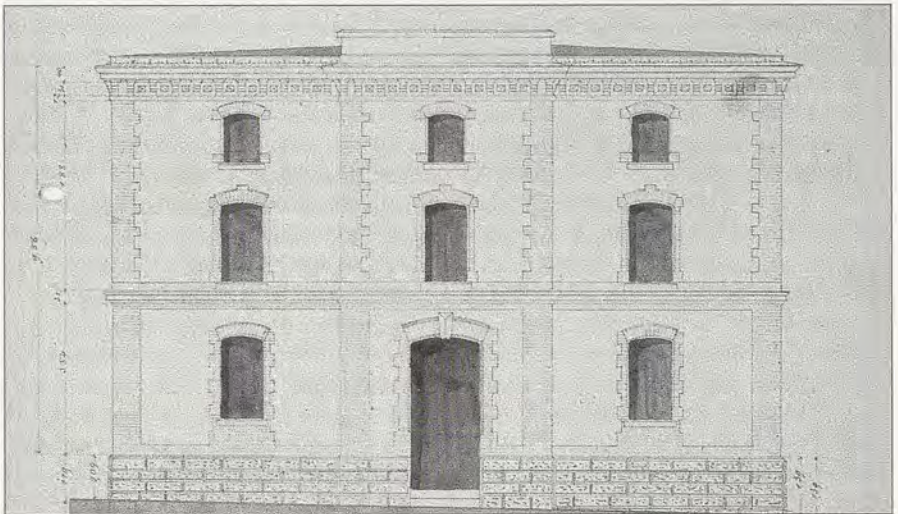
geplant. Die Putzlokale etc. sollen durch Aufstellung von Öfen heizbar gemacht werden.«

Als Ergebnis der Bauschau wird für das Gebäude u. a. der Einbau einer »Brand-scheidemauer« in allen Stockwerken gefordert. Das Artilleriedepot legt hiergegen Beschwerde beim Oberamt ein; dieses weist die Beschwerde ab, aber das Ministerium des Innern gibt ihr statt. Dass dieses mehrfache Hin und Her innerhalb von sechs Wochen erledigt ist, erstaunt heute etwas, aber aus dem Schriftwechsel geht hervor, dass »das Gebäude noch vor Winter unter Dach gebracht werden soll und die Vergebung der Bauarbeiten bereits schon ausgeschrieben ist«. Die Genehmigungsurkunde des Oberamts Ludwigsburg für »ein Wagenhaus, 84 m lang, 15,8 m breit, drei Stock hoch«, trägt das Datum vom 10. September 1896. Damit kann der Südflügel der heutigen Filmakademie entstehen.

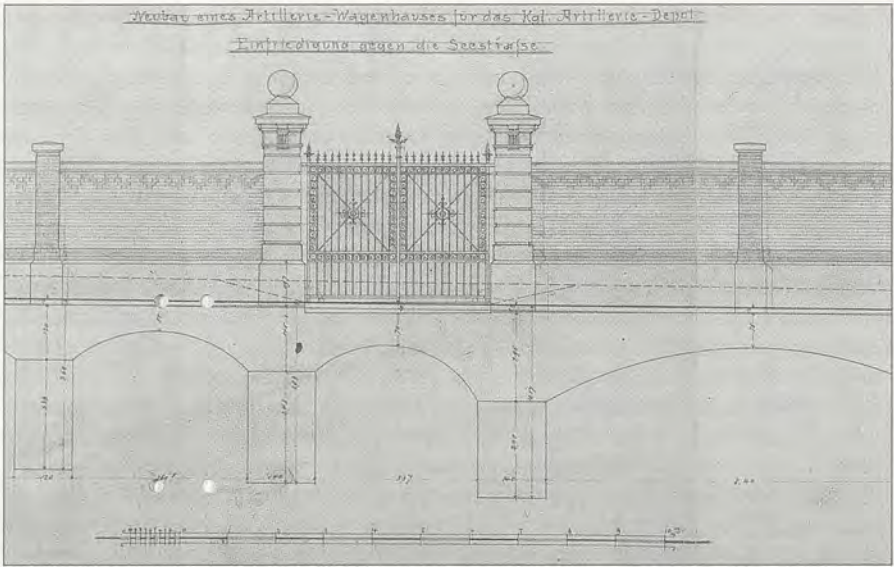
Die Ludwigsburger Adressbücher von 1888 bis 1897 führen unter der Seestraße 25 das »Königl. Artilleriedepot, Magazin XI« auf und von 1898 bis 1901 außerdem in der Alleenstraße 25 das »Königl. Artilleriedepot, Artilleriewagenhaus«.

Der leere Platz (des früheren Gewächshauses an der Mathildenstraße) wird 1900/1901 mit einem zweigeschossigen Artillerie-Wagenhaus für das Artilleriedepot bebaut, über das im Bauschauprotokoll vom 19. Dezember 1899 u. a. zu lesen ist: »Das Erdgeschoß soll zum Aufstellen von 92 Fahrzeugen verwendet werden. Die Decke wird zwischen eisernen Balken betoniert. Im 1. Stock ist Raum für 98 Fahrzeuge vorgesehen und sollen auf der Seite gegen den Hof 3 größere Thüröffnungen mit Aufzugsvorrichtungen für die Fahrzeuge angebracht werden. Der oberste Bodenraum wird zu Kammern eingerichtet.« Die Baugenehmigung »eines Artillerie-Wagenhauses an der Kreuzung der Mathilden- und Seestraße« trägt das Datum vom 10. Januar 1900 und gilt für den Nordflügel der heutigen Filmakademie.

Schon im folgenden Jahr hält das Bauschauprotokoll fest: »Die Kgl. Garnison-



*Westliche Seitenansicht des 1900/1901 erbauten Artillerie-Wagenhauses an der Mathildenstraße, das heute die Filmakademie beherbergt.*



*Das »eiserne Thor« der »Einfriedung zwischen den beiden  
Artilleriewagenhäusern an der Seestraße«.*

verwaltung legt Pläne vor, betreffend die Herstellung einer massiven Einfriedung zwischen den beiden Artilleriewagenhäusern an der Seestraße. Dieselbe erhält einen ca. 1 m hohen Betonsockel, auf welchem ein über 2 m hohes Backsteingemäuer sich befindet, welches durch Pfeiler belebt wird.« Genehmigt wird der Bau mit »der besonderen Vorschrift, daß das eiserne Thor nach innen aufgehend angeschlagen wird«. Es ist bedauerlich, dass heute weder Mauer noch Tor vorhanden sind. Nur ein kleiner Rest des Sockels steht noch im Norden bei der Gaststätte »Blauer Engel«.

Spätestens 1903/04, eher schon früher, wird das mittlere Gebäude als letztes abgebrochen, und 1907/08 entsteht ein dritter Neubau im Osten des Platzes so zwischen den Ostflügeln der beiden anderen, dass der nach Westen hin offene Hof bleibt, den die oben beschriebene Einfriedung begrenzt. Im Bauschauprotokoll vom 13. Mai 1907 steht: »Das Kgl. Artilleriedepot legt Pläne vor, betreffend die Erstellung eines Magazins am Ortsweg No. 19. Der Neubau wird 52,26 m lang, 16,02 m tief und bis zum Hauptgesims 7 m hoch. Die Umfassungswände werden von Backstein, das Dach wird mit Ziegel gedeckt. Die südliche Umfassungswand bleibt 4,70 m von dem Magazin XII entfernt und die nördliche Umfassungswand ist 4,29 m vom Magazin XI entfernt. Im Erdgeschoß sollen Fahrzeuge untergebracht werden, im 1. Stock sind Kammern für Lederwerk und dergleichen geplant.« Damit ist der noch heute stehende U-förmige Komplex vollendet.

Alle drei Gebäude unterstehen dem Artilleriedepot. Obwohl sie unterschiedlich genutzt werden, werden sie gleichartig benannt: Magazin XI (an der Mathildenstraße), Magazin XII (an der Alleenstraße) und Magazin 25 (am Ortsweg Nr. 19), wobei aber die an der Mathildenstraße und dem heutigen Gewächshaus-



weg gelegenen Gebäude als Seestraße 21 und 25 geführt werden. Die Straßenbezeichnung »Gewächshausweg« taucht erstmalig 1912 in einem Lageplan auf.

Die beiden oben erwähnten, ostwärts des Gewächshausweges stehenden Gebäude, das »Reithaus« und das »Wagenmagazin«, werden ab 1879 unter der Adresse Alleenstraße 33 bzw. 35 als »Reithaus der Artillerie« bzw. »Ulanen-Reithaus« geführt. Im Güterbuch von 1884 wird das Gebäude Alleenstraße 33 als »einstockiges Reithaus von gemischter Bauart mit einem Vorbau« und das Gebäude Alleenstraße 35 als »anderthalbstockiger Wagenschuppen von Fachwerk« beschrieben. Der Wagenschuppen, auch Wagenmagazin genannt und zeitweise als Reithaus dienend, war wohl mehrfachem Nutzungswechsel unterworfen, denn schon auf einem Plan von 1912 wird er als »Magazin 14« bezeichnet.

## V.

Das Jahrzehnt nach dem Ende des Ersten Weltkriegs bringt umfangreiche Änderungen für die bislang dem Königlichen Artilleriedepot unterstehenden Magazin-gebäude und die Mathildenkaserne mit sich.

Das »Wohnungsbuch für Ludwigsburg 1920« nennt noch das Königliche Artilleriedepot als Nutzer, obgleich es keinen König mehr gibt. Dann zieht 1920 in die ehemaligen Magazine XII und 25 die Firma Franz Frieg, »Maschinen- und Holzwarenfabrik (Maho)«, ab 1922 unter dem Namen »Holzwaren- und Haushaltungsmaschinenfabrik AG (Hohag)« firmierend, mit der Anschrift Gewächshausweg 12 ein. Sie ist aber nur Mieter; der Eigentümer bleibt das Deutsche Reich bzw. das Finanzamt. Das Magazin XI in der Mathildenstraße verbleibt hingegen offensichtlich in militärischer Nutzung. Es wird nach 1920 erstmalig wieder 1931 in den Adressbüchern erwähnt.

Den beiden Gebäuden Alleenstraße 33 und 35 ist kein hohes Alter beschieden. Noch 1925 auf einem Lageplan der Mathildenkaserne (mit der Darstellung der Abwasserableitungen) als »Reithaus, Fahrzeughalle« bzw. »Magazin 14« dargestellt, müssen sie einer 1926 anlaufenden Planung weichen.

Das Heeresunterkunftsam Ludwigsburg schreibt am 23. Juli 1926 an das Stadtschultheißenamt Ludwigsburg: »Auf Anordnung des Reichswehrministeriums bzw. des Wehrkreisverwaltungsamts V in Stuttgart sollen zum Zwecke der sachgemäßen Unterbringung des Kraftfahrgerätes der 9. (Kw.) Batterie Artillerie Regt. Nr. 5 im Hofe der Mathildenkaserne entlang der Alleenstraße und des Gewächshausweges Neubauten erstellt werden.« Vorgesehen sind ein »2 $\frac{1}{2}$ -stockiges Gebäude an der Alleenstraße, 104,7 m lang, 10 m breit und bis an den First ca. 14,8 m hoch« und ein »1-stockiges Gebäude, ebenfalls zum Unterbringen von Kraftfahrzeugen, 23,3 m lang, 6,5 m breit und bis zum First ca. 8 m hoch«. Beide Neubauten gehören zur Mathildenkaserne und dienen dem Militär, zunächst der Reichswehr, dann der Wehrmacht (ab 1936 dem FlakRgt 25) und zuletzt noch der US-Army. Das längere Gebäude ist heute, grundinstandgesetzt, der neue Südostflügel der Filmakademie. Das andere Gebäude, längs des Gewächshausweges, wird 1999 im Zuge der Renovierungsmaßnahmen abgerissen.

Die Jahre der »Hohag« in den ehemaligen Magazinen XII und 25 sind geprägt von einer langen Reihe umfangreicher Zubauten im Innenhof des Komplexes: Im Frühjahr 1920 entsteht ein Holzlagerschuppen (etwa dort, wo heute das Kino

»Caligari« steht); im Sommer 1920 wird östlich dieses Schuppens ein Kessel- und Maschinenhaus mit einem 30 m hohen Kamin geplant – gebaut wird es aber wohl erst 1921/22 und bestanden hat es, am längsten von allen Zubauten, bis 1972; Ende 1921 folgen in der Nordostecke des Hofes und am Nordrand ein Eisenlager- und ein weiterer Holzlagerschuppen; 1923 schließlich werden die beiden Holzlagerschuppen durch Anbauten an der Westseite des Hofes vergrößert. Die meisten Schuppen, die nur den Geschäftszwecken des Mieters, der Firma »Hohag«, dienen, verschwinden gleich mit deren Wegzug noch vor 1928.

1928 folgen der »Hohag« im Gewächshausweg eine Elektrogroßhandlung, eine Maschinenbauwerkstätte, ein Vorrichtungsbau und die »Württ. Waffelfabrik J. G. Buck« als Mieter. Während die anderen Betriebe wohl nur kurze Zeit hier arbeiten, bleibt die Waffelfabrik bis in die 1960er Jahre, um dann zu einem SB-Markt zu werden. Sie gibt aber bis zum heutigen Tag dem Gebäude am Gewächshausweg, wenn nicht gar dem ganzen Komplex, ihren etwas volkstümlichen Namen »Waffelfabrik«.

Das Gebäude an der Alleenstraße 25 wird ab 1928 ein »Amtsgebäude«: Das Arbeitsamt zieht ein. Auch dieser »Mieter« überdauert den Zweiten Weltkrieg; das Amt bleibt bis 1953 hier.

Das Gebäude an der Mathildenstraße hat nur Mitte der 1930er Jahre einen Mieter: die Spielwarenfabrik O. M. Haußer, die – zu der angebrochenen Zeit passend – vorwiegend Spielzeugsoldaten fertigt, die heute zu teuren Artikeln auf dem Militaria- bzw. Antikspielzeugmarkt geworden sind. Auch diese Firma lässt im Innenhof einen Schuppen errichten, der nur für die Mietdauer besteht. Die Lücke zwischen den Gebäuden an der Mathildenstraße und dem Gewächshausweg wird überbaut und als Schuppen genutzt. Im Zweiten Weltkrieg und einige Zeit später dient das Gebäude wieder dem ursprünglichen Zweck als militärisches Magazin.

In die Alleenstraße, nun bis zum Ende des Dritten Reichs Adolf-Hitler-Straße genannt, zieht neben dem Arbeitsamt eine Festungsbaugruppe, später ein Heeresbauamt, dann die Heeresstandortverwaltung ein. In dieser Zeit wird das Gebäude »geteilt«; die Westhälfte, als Nr. 25, gehört dem Arbeitsamt, die Osthälfte, als Nr. 25a, den militärischen Dienststellen.

## VI.

Die Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg sehen wieder eine ähnliche Nutzung der drei Gebäude. Mathildenstraße: Zunächst an eine Tischlerei vermietet, später durch die US-Army genutzt; Gewächshausweg: Württ. Waffel- und Keksfabrik Junginger & Co. (der Dachstuhl war nach einem Luftangriff abgebrannt); Alleenstraße: Im Westteil bis 1953 das Arbeitsamt, dann das Landesamt für Flurbereinigung und Siedlung Baden-Württemberg mit einigen Abteilungen bzw. Referaten, im Ostteil nach mehreren Provisorien seit Kriegsende die Landwirtschaftsschule und das Landwirtschaftsamt sowie eine Einrichtung der Raiffeisengenossenschaft.

Für etwa 40 Jahre bleibt die Art der Nutzung (durch Ämter und »Waffelfabrik«) gleich. Fast könnte man diese Jahre schnell übergehen, aber einiges bleibt doch erwähnenswert:

– Nachdem schon Anfang der 50er Jahre die Alleenstraße 25 in das Eigentum des Landes Baden-Württemberg übergegangen war, wechseln um 1970 auch die



*Mathildenstraße 20, Sitz der Filmakademie Baden-Württemberg.*

Alleenstraße 27 und etwa zwei Jahre später die Mathildenstraße 20 vom Bund zum Land. Lediglich das Gebäude Gewächshausweg 4 bleibt noch länger in Bundesbesitz. Heute gehört der Gesamtkomplex der Filmakademie Baden-Württemberg.

- Nachdem Ende Oktober 1961 die Landwirtschaftsschule und das Landwirtschaftsamt in ihren Neubau im Schlösslesfeld gezogen sind, werden in der Alleenstraße 27 1962/63 drei Schulräume für die Knaben-Mittelschule eingerichtet.
- 1972 wird am Westrand des Hofes eine Kleinturnhalle errichtet, aus der später das Kino »Caligari« wird.
- Von etwa 1970 bis April 1988 sind nur das Flurbereinigungsamt und bis 1993 die Landesbeschaffungsstelle der Polizei in der Alleenstraße 25 bzw. dem Gewächshausweg 4. Ihre Dienstwagen stehen zum Teil in Hallen der Mathildenstraße 20. Danach, wie auch schon früher, dienen noch Teile der Gebäude als Wohnungen für Angehörige der Firmen und Ämter.

Die Mathildenkaserne wird 1982 weitgehend abgerissen. Es bleiben nur die Bauten des Jahres 1927 am Südrand des Areals erhalten. Sie werden wie die westlich davon liegenden ehemaligen Magazine ab ca. 1980 an zivile Nutzer vermietet. Betriebe der Installations-, Radio- und Fernsehbranche sowie Speditions- und Abschleppunternehmen wechseln in bunter Folge bis 1997.

Ab November 1991 beginnt der Umbau der ersten drei Gebäude für die Filmakademie. Nach einer Zwischenunterbringung an anderer Stelle verlegt sie im Oktober 1992 ihre Ausbildung in das Gebäude an der Mathildenstraße; das Kino

»Caligari« ist im November 1992 fertig und 1993 die Gaststätte »Blauer Engel«. Der Gesamtkomplex wird erst im September 1993 mit dem Auszug der Beschaffungsstelle der Polizei aus dem Gebäude Gewächshausweg 4 frei. Der Abschluss des Umbaus der Gebäude an der Alleenstraße und am Gewächshausweg für den neuen Verwendungszweck zieht sich dann noch einiges über die offizielle Einweihung der Filmakademie am 10. September 1993 hin.

Im Frühjahr 1999 wird bekannt, dass die Filmakademie »aus allen Nähten platzt«. Sie muss sich vergrößern und plant, das jenseits des Gewächshausweges bzw. ostwärts längs an der Alleenstraße sich hinziehende, schon stark heruntergekommene graue Gebäude, den Rest der Mathildenkaserne, von der Stadt Ludwigsburg zu kaufen und zu sanieren. Die Sanierungsarbeiten beginnen im Sommer 1999 und sollen bis zum Oktober 2000 abgeschlossen sein.

### Hauptsächliche Quellen

Hauptstaatsarchiv Stuttgart und Staatsarchiv Ludwigsburg: Akten der Königlichen Bau- und Gartendirektion.

Stadtarchiv Ludwigsburg: Bauakten, Messbücher, Güterbücher, Adress- und Wohnungsbücher, Bauschauprotokolle, Flurkarten, Stadtpläne.

Stadtmessungsamt Ludwigsburg: Messunterlagen.

# Der Aussichtsturm am Salonwald

## Ein vergangenes Wahrzeichen Ludwigsburgs

von Wolfgang Läßle

Das Stadtarchiv Ludwigsburg erhielt 1998 von den Erben des Ludwigsburger Architekten Friedrich Hauser dessen nachgelassene Architekturzeichnungen als Schenkung.<sup>1</sup> Damit besitzt das Stadtarchiv, neben der Sammlung Baumgärtner und den Unterlagen Otto Eicherts, einen dritten, für die Baugeschichte Ludwigsburgs wichtigen Architektennachlass.<sup>2</sup> In der Hinterlassenschaft Friedrich Hausers befinden sich auch einige bemerkenswerte Materialien zu dem von ihm entworfenen Aussichtsturm am Salonwald.<sup>3</sup> Grund genug, im folgenden Aufsatz näher auf dieses inzwischen vergangene Wahrzeichen Ludwigsburgs einzugehen.

### *Vorgeschichte*

Der um die Erforschung der Ludwigsburger Geschichte verdiente Direktor der Kgl. Hofbibliothek in Stuttgart, Professor Otto Schanzenbach, bezeichnete in seinen Ende des 19. Jahrhunderts gehaltenen Vorträgen über Ludwigsburg die Salongegend noch »als einen wunderbar schönen Fleck Erde, der seinesgleichen« suchen würde.

Schon die württembergischen Herzöge fühlten sich zu diesem bewaldeten, einen flachen Höhenrücken bildenden Gelände besonders hingezogen. Durch eine direkte Allee verbanden sie ihr Schloss mit dem Salon, wo sie das »Grand cabinet de verdure«, die »Grüne Bettlade«, anlegten, um in heißen Sommernächten, wie sie selbst sagten, »frische Alpenluft zu atmen«.<sup>4</sup> Auch König Friedrich I. wusste die dortige Lage zu schätzen, ließ er doch zu Beginn des 19. Jahrhunderts am südlichen Rand des Salonwaldes für seine Tochter Katharina einen Gartenpavillon (»Catharina Plaisir«) errichten.<sup>5</sup> Später entstand hier die »wissenschaftliche Bildungsanstalt auf dem Salon« der Gebrüder Paulus, die bis 1879 bestand.<sup>6</sup> In jenem Jahr kam das Areal schließlich in den Besitz der Ev. Brüder- und Kinderanstalt Karlshöhe.<sup>7</sup> Die zuvor zu Kornwestheim gehörenden Weiler Salon und Karlshöhe wurden am 1. April 1906 nach Ludwigsburg eingemeindet.<sup>8</sup>

Nach Aussage damaliger Ärzte soll es in der Salongegend noch an der Schwelle zum 20. Jahrhundert die beste Luft im Lande gegeben haben. Kriegsgefangene französische Offiziere, die 1870/71 am Salon lagen, sollen seine Lage gar mit ihrem Nizza an der Riviera verglichen haben. Das scheint freilich ein wenig übertrieben zu sein. Wie dem auch sei: Sicherlich hatte man noch vor wenigen Jahrzehnten vom Salon aus einen schöneren Ausblick in die nähere und weitere Umgebung als heutzutage.<sup>9</sup>

Bereits im Frühjahr 1897 wurde in einem in der Ludwigsburger Zeitung veröffentlichten Leserbrief vorgeschlagen, am Salon einen Aussichtsturm zu errichten.

Begründet wurde dieses Ansinnen mit der sich daraus ergebenden prachtvollen Rundschau, die gut und gern mit der vom Hohenasperg wetteifern könne. Außerdem könne der Turm für die Gegend zu einem neuen Wahrzeichen werden, das eine große Anziehungskraft auf den hiesigen Tourismus ausüben würde. So die seinerzeitigen optimistischen Einschätzungen. Ferner wurde damals auch angeregt, dass sich der Ludwigsburger Verschönerungsverein, eventuell in Verbindung mit dem Schwäbischen Albverein, dieser Angelegenheit annimmt.<sup>10</sup> Der Verschönerungsverein griff diesen Gedanken zwar in der Folgezeit auf, doch seine diesbezüglichen Aktivitäten führten zu keinem konkreten Ergebnis.<sup>11</sup>

Erst fünf Jahre später, im Jahre 1902, war die Aussichtsturmfrage endgültig entschieden. Der längst gehegte Wunsch sollte in Erfüllung gehen. Dank einer der Anstalt Karlshöhe zugewendeten Stiftung waren die finanziellen Voraussetzungen zur Errichtung eines Aussichtsturms geschaffen.<sup>12</sup> Bereits im Januar 1902 hatte das Kgl. Forstamt Leonberg der Karlshöhe erlaubt, »an geeigneter Stelle im Staatswald Salon behufs Ermittlung der Höhe des geplanten Aussichtsturms« ein Gerüst zu errichten.<sup>13</sup>

In der Komiteesitzung der Karlshöhe am 1. Mai 1902 befasste man sich erstmals mit dem geplanten Aussichtsturm. Das Protokoll führt hierzu Folgendes aus: »Es ist dem Inspektor [Hahn] eine Stiftung von 30 000 Mark übergeben worden mit der Bestimmung, es möchte auf dem Areal der Anstalt, in der Achse der Stuttgarter Straße, zwischen dem Männerkrankenhaus und der Villa Bracher ein Aussichtsturm erbaut werden. Areal und Turm sollen Eigentum der Anstalt sein, die etwaigen Einnahmen aus dem Turm sollen der Anstalt zukommen. Der Turm soll ein äußerliches sichtbares Zeichen von Dankbarkeit sein gegen die Anstalt für erhaltene Pflege. Gegenüber den missgünstigen und gehässigen Bemerkungen, die schon über die Anstalt auch öffentlich gemacht worden sind<sup>14</sup>, soll dieser Turm als ein Zeugnis dastehen, dass es auch Leute gebe, welche den Segen der Anstalt erfahren haben und zu schätzen wissen und dafür dankbar sind. Und wenn das Publikum sich schon darüber beklagt habe, dass durch die Ausstellungsgebäulichkeiten diese Aussicht verdorben und verbaut sei, so gibt die Anstalt mit diesem Turm dem Publikum eine viel schönere Aussicht. Der Turm dürfte auch eine Einnahmequelle für die Anstalt sein, ohne dass die Bedienung und Unterhaltung desselben Unkosten verursachen würden. Die Bedienung des Turmes könnte von einem oder von anderen Pfleglingen des Männerkrankenhauses übernommen werden, gebe es doch immer solche, die sich um eine Beschäftigung bemühen.

Der Stadt oder dem Verschönerungsverein wollte der Stifter keine Stiftung machen und würde die beabsichtigte Stiftung unter keinen Umständen denselben zuwenden. Schwierigkeiten, Unkosten, Kritik, Belästigung durch den Turm seien für die Anstalt ausgeschlossen, weil sie Eigentümerin ist und tun kann, was sie wolle und Bestimmungen treffen kann ganz und allein im Interesse der Anstalt. Von den 30 000 Mark dürfte wohl ein Fonds von 5000 Mark übrig bleiben und verzinslich angelegt werden für den Fall, dass je einmal eine Reparatur nötig werden sollte. Übrigens ist die Anstalt durchaus nicht verpflichtet für die Zukunft zu irgend welchen Lasten und Unkosten, die nicht in ihrem Interesse seien.

Das Comité nimmt die Stiftung an und respektiert den Willen des Stifters, der so bestimmt ausgesprochen ist, unter der Voraussetzung, dass von der obigen Summe ein Betrag übrig bleibt, der den Unterhaltungsfonds für die Zukunft bildet und dass die Anstalt nicht verpflichtet ist, in der Zukunft den Turm zu unterhalten

oder gar zu erneuern, falls dies nicht im Interesse der Anstalt sei und daraus der Anstalt eine Last erwachsen würde. Es soll von jenen zur Verfügung gestellten 30 000 Mark das Areal mit ca. 4 Ar von dem Nachbar Stegmaier gekauft werden um ca. 3000 Mark. Der Turm soll nicht höher zu stehen kommen als höchstens 22 000 Mark. Auch soll ein Unterhaltungsfonds von ca. 5000 Mark angelegt werden.«

In einer weiteren Komiteesitzung, die zwei Tage später stattfand, ergänzte man das Protokoll noch um folgenden Satz: »Das Comité nimmt die Stiftung an trotz mancher Bedenken, die von verschiedenen Seiten ausgesprochen wurden.«

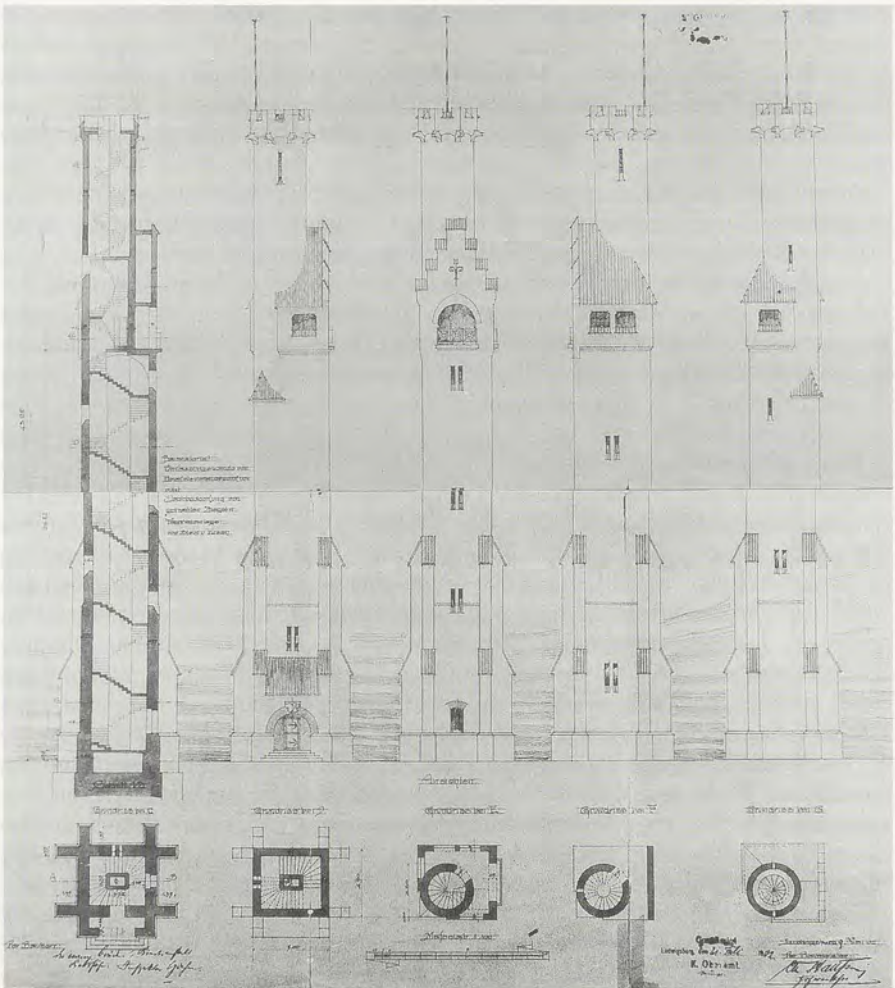
Erwähnenswert ist, dass es auch in den Reihen der Karlshöhe Stimmen gab, die sich gegen einen von ihr verwalteten Aussichtsturm aussprachen, vor allen Dingen wegen der damit verbundenen finanziellen Verpflichtungen (Wartung, Instandhaltung usw.). Allerdings verliefen alle diese Vorbehalte im Sand.<sup>15</sup>

### *Bau und Einweihung*

Bereits Ende Mai 1902 lag der Bauplan vor und zwei Monate später wurde dem Antrag der »evang. Brüder- und Kinder-Anstalt im Salon, Markung Kornwestheim Karlshöhe . . . zur Erbauung eines Aussichtsturmes bei der Staatsstraße Ludwigsburg-Kornwestheim« seitens des zuständigen Oberamts Ludwigsburg entsprochen. Die »Genehmigungs-Urkunde« vom 21. Juli 1902 enthielt folgende Bauauflagen: »1.) Die Umfassungswände sind plangemäß, unter Verwendung eines vorzüglichen Mörtels auszuführen, Verankerungen und dergl. nötigen Dachkonstruktionen sind bei der Ausführung zweckentsprechend anzubringen. 2.) Die Abdeckung der Pfeiler, Mauerabsätze, Giebel und Zinnen ist in solider, dauerhafter Weise auszuführen. 3.) Die Treppen und Umgänge müssen mit den erforderlichen Sicherheitsvorrichtungen versehen sein. 4.) Das gewählte Baumaterial muss diejenigen Eigenschaften haben, welche eine feste und sichere Bauausführung ermöglichen. 5.) Die Bedachungen sind aus feuersicherem Material herzustellen. 6.) Die Bauherrschaft übernimmt unweigerlich auf ihre Kosten alle Änderungen am Aussichtsturm und den Anlagen um denselben herum, welche sowohl durch den Ortsbauplan als auch dessen Visier (?) nötig werden und erhebt keinerlei Schadensersatzanspruch, welcher irgendwie durch spätere Feststellung der Baulinie erhoben werden könnte. 7.) Alle Öffnungen an den Außenseiten sind mit geeigneten Türen, Läden oder Gitter zu verschließen. 8.) Die Umgebung unmittelbar am Turm ist als Ziergarten oder sonst angemessen anzulegen. 9.) Während der Bauzeit sind die von der Bauberufgenossenschaft gegebenen Unfallverhütungsvorschriften genau einzuhalten und sind solche durch Anschläge am Bauplatz den Arbeitern bekannt zu geben.«<sup>16</sup>

Wenig später konnte die Ludwigsburger Zeitung berichten, dass die »Arbeiten an dem Aussichtsturm . . . neuerdings mit Nachdruck aufgenommen worden« seien und »nunmehr rasch gefördert« werden.<sup>17</sup> In den kommenden Monaten wurde fleißig an der Errichtung des Turms gearbeitet. Über eventuelle Unfälle, die sich während der Bauarbeiten ereignet haben könnten, ist nichts bekannt.

Am 15. Mai 1903 war es dann so weit. Der Aussichtsturm war fertig gestellt und konnte seiner Bestimmung übergeben werden. An jenem Tag versammelten sich gegen 6 Uhr abends vor dem Turmeingang mehrere Herren aus Ludwigsburg und



*Bauplan des Aussichtsturms aus dem Jahre 1902.*

Kornwestheim, darunter Ludwigsburgs Oberbürgermeister Dr. Gustav Hartenstein, der Kornwestheimer Ortsvorstand Friedrich Siller, Gemeinderatsmitglieder sowie Vertreter von Vereinen. Nachdem Pfarrer Hahn, Leiter der Anstalt Karlshöhe, die Anwesenden begrüßt hatte, ging er auf die Entstehungsgeschichte des Turmes ein, wobei er darauf hinwies, dass er eine Stiftung sei, die der Anstalt Karlshöhe gemacht worden ist. Nach dem Willen des Stifters sollte der Turm »steh'n als ein Zeichen der Dankbarkeit für die von Seiten der Anstalt genossene Pflege sowie als Zeichen der Anerkennung des mannigfachen Segens, der von der Anstalt und ihrem Werk, der Erziehung von Kindern, der Heranbildung von Diakonen und der Pflege von Kranken nicht nur für Stadt und Umgegend, sondern weit in unser Land hinaus ausgeht«. <sup>18</sup>



Nach diesen allgemeinen Ausführungen stiegen die versammelten Herren zum ersten Mal auf den Turm. Oben angelangt, konnten sie sich in luftiger Höhe von dem herrlichen Ausblick, der sich ihnen darbot, überzeugen: Vom Odenwald hinüber zum Welzheimer Wald bis hin zu den Höhen der Alb und des Schwarzwalds reichte das Auge. Dazwischen präsentierte sich besonders reizvoll das Strohgäu, die Gegend um den Heuchel- und Stromberg sowie das liebeliche Neckar- und Bottwartal mit all den idyllischen Dörfern, den gesegneten Wiesen, Äckern und Weinbergen.<sup>19</sup> Nachdem die Honoratioren wieder unten angelangt waren, war der Turm für die Allgemeinheit freigegeben.

Einhellig vertrat man die Ansicht, dass er nicht nur dem Salon zur Zierde gereiche, sondern durch ihn auch die Umgebung optisch aufgewertet werde, hatte doch in der Gegend bislang ein besonderes Wahrzeichen gefehlt. Auch der Standort des Turmes schien gut gewählt. Zusammen mit dem Turm der neuen Garnisonskirche am Karlsplatz (65 Meter) und den beiden Stadtkirchentürmen (je 40 Meter) war die Silhouette Ludwigsburgs jetzt um ein weiteres markantes Erkennungszeichen reicher geworden.<sup>20</sup>

Name und Herkunft des großherzigen Stifters blieben der Öffentlichkeit lange Zeit verborgen. Die von dem Kornwestheimer Hauptlehrer Christian Lober bearbeitete »Orts- und Markungskunde von Kornwestheim« aus dem Jahre 1931 gibt erstmals darüber Auskunft. Danach war der Turm »eine Stiftung der auf dem Salon wohnhaft gewesenen Freifrau von Thüngen«. <sup>21</sup> Es liegt nahe, dass es sich dabei um Helene Freifrau von Thüngen (1844–1920) handelte, laut Ludwigsburger Adressbuch von 1901 wohnhaft »Auf dem Salon«. Ihr Ehemann, Alfred Otto Freiherr von Thüngen (1833–1901), verbrachte im Männerheim der Karlshöhe seinen Lebensabend. Deren Tochter, Charlotte Freiin von Thüngen (1864–1945), stand übrigens von Oktober 1902 bis Dezember 1903 dem neuen Männerheim der Karlshöhe als Oberin vor.<sup>22</sup> Bedauerlicherweise erwähnt Lober aber nicht, woher er diese Angabe hat. Alle späteren Veröffentlichungen über die Karlshöhe bzw. den Aussichtsturm beziehen sich auf die Lobersche Quelle.<sup>23</sup> Lober galt als inti-



*Kartusche mit Stiftungshinweis über dem Eingang (Aufnahme von 1955).*

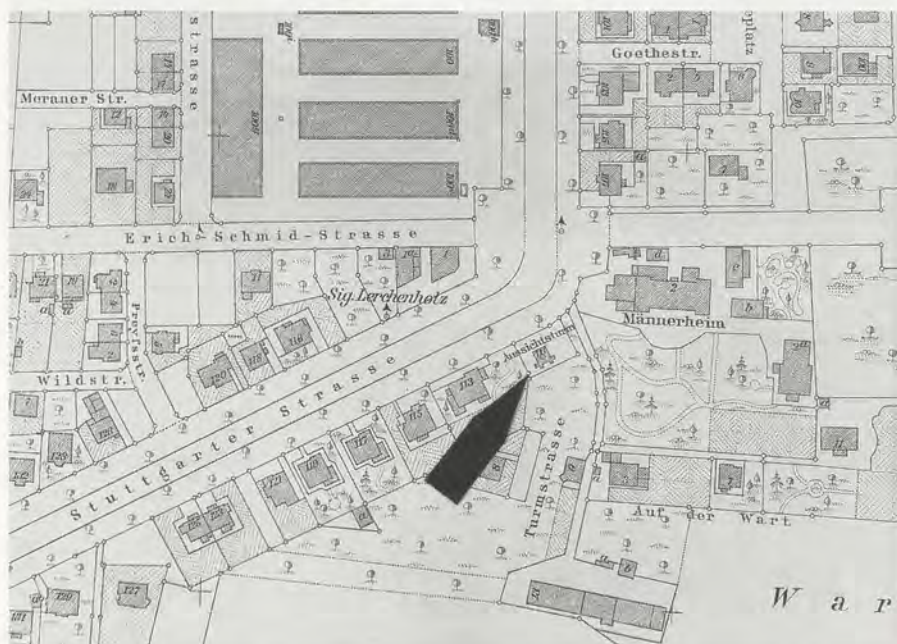
mer Kenner der Kornwestheimer Verhältnisse; als der Aussichtsturm gebaut wurde, gehörte ja das Salongebiet noch zu Kornwestheim. Seine »Markungskunde« fußt auf gründlichen Recherchen und einer zuverlässigen Arbeitsweise, so dass man seine Angabe hinsichtlich der Herkunft der Stiftung wohl nicht anzuzweifeln hat.<sup>24</sup> Allerdings ließ sich kein weiterer Hinweis ermitteln, der die Stiftung des Aussichtsturms durch die Freifrau zusätzlich belegt hätte. Mit welcher Geheimhaltung der Name des Stifters gehütet wurde, zeigt der Umstand, dass dem Ludwigsburger Oberbürgermeister Dr. Karl Frank der Name mindestens noch bis 1939 unbekannt war. Aus jenem Jahr stammt nämlich ein an die Karlshöhe gerichtetes Schreiben, in dem er unter anderem Folgendes ausführt: »Soweit mir bekannt, ist der Aussichtsturm aus Mitteln einer Stiftung der Familie Franck errichtet worden. Ich wäre daher zunächst für eine Mitteilung dankbar, ob dies zutreffend ist.« Leider ließ sich das Antwortschreiben der Karlshöhe weder im Stadtarchiv Ludwigsburg noch im Archiv der Karlshöhe feststellen.<sup>25</sup>

Eine bekannte Tatsache ist, dass die Ludwigsburger Fabrikantenfamilie Franck zum Wohl der Stadt und ihrer Bürger, unter anderem durch zahlreiche Stiftungen<sup>26</sup>, unermüdlich tätig war. Allerdings kommt die Familie Franck nach Lage der Dinge als Stifterin des Turms nicht in Betracht. Wie hartnäckig sich aber dieses Gerücht hielt, belegt der von Oscar Paret verfasste und 1957 in den Ludwigsburger Geschichtsblättern erschienene Beitrag »Verschwundene Natur- und Baudenkmäler im Kreis Ludwigsburg«, in dem als Stifter immer noch ein Angehöriger der Familie Franck, nämlich Geheimrat Hermann Franck, genannt wird.<sup>27</sup>

Der Bauplan für den Aussichtsturm stammte vom Ludwigsburger Architekten Friedrich Hausser (1875–1963), der damals im Baugeschäft seines Vaters, des Hofwerkmeisters Christian Hausser, beschäftigt war.<sup>28</sup> Dieser Firma war auch die Bauausführung übertragen worden. Der Turm, der – wie bereits erwähnt – an der Biegung der »Staatsstraße Ludwigsburg-Kornwestheim« stand, von der Allee etwas zurückversetzt, war 43,5 Meter hoch und somit seinerzeit der höchste Aussichtsturm in Württemberg. Auf Höhe des Männerheims der Karlshöhe bildete er einen schönen Abschluss der Stuttgarter Straße. In einfachem Putzcharakter gehalten, erhob sich sein viereckiger, von acht Strebepfeilern gestützter Rumpf, der eine Seitenlänge von 4,5 auf 5 Meter aufwies, zunächst bis zu einer offenen Turmstube in einer Höhe von 27,5 Meter. Von hier aus hatte man einen ersten Ausblick in alle Richtungen. Ab dieser überdeckten Plattform verzüngte sich der Grundriss zu einem runden, von einem achteckigen Aussichtssöller bekrönten Turm mit einem Durchmesser von 3,5 Meter. Zur Turmstube führten 167 Steinstufen, denen sich im Eckturm 69 steinerne und zwölf eiserne Wendelstufen anschlossen. Insgesamt führten also 248 Stufen in die Höhe. Die Treppen waren bequem und bis zur Turmstube durch die vielen Ruhebänkchen leicht zu besteigen. Am überdachten, zwischen zwei Strebepfeilern liegenden Turmeingang befand sich eine Inschrift, die in knappen Worten über die Stiftung Auskunft gab. Die roten Ziegel der Dachflächen, Zinnen und Pfeiler bildeten einen interessanten Kontrast zum Grün des umgebenden Salonwaldes.<sup>29</sup>

Einige Monate nach der Eröffnung des Turmes erhielt der Aussichtssöller noch eine von dem Ludwigsburger Graveur Albert Meurer angefertigte Orientierungstafel mit folgenden Richtungsangaben<sup>30</sup>: gegen die Solitude: Degerloch, Zuffenhausen, Hasenberg, Stammheim, Solitude, Studentenbuckel, Engelberg; gegen Pflugfelden: Höfen bei Weil der Stadt, Höfingen, Schöckingen, vom Schwarzwald

die Berge um Wildbad, Heimerdingen, Hemmingen, Hochdorf, Pflugfelden, Möglingen, Pulverdinger Hof; gegen den Asperg: Markgröningen, Alte Bürg, Eselsburg, Asperg, Großsachsenheim, Baiselsberg, Ochsenhorn, Niederhaslach, Kleinsachsenheim, Hohenhaslach, Metterzimmern, Freudental, Eglosheim, Monrepos, Michelsberg; gegen Großsachsenheim: Königsstuhl bei Heidelberg, Schloss Stocksberg, Heuchelberg, Katzenbuckel, Husarenhof, Großsingersheim, Kirchturm von Pleidelsheim, Mundelsheim, Schweinsberg; gegen Marbach: Wunnenstein, Ruine Helfenberg, Wildeck, Langhans, Murr, Sandhölzle, Oberstenfeld, Schloss Lichtenberg, Marbach, Stocksberg, Prevorst, Großaspach, Kirch-



*Die Lage des Aussichtsturms auf einer Flurkarte von 1933.*

berg/Murr, Heidenhof; gegen Poppenweiler und Hochdorf: Poppenweiler, Lemberg, Ebersberg, Kirschenhardthof, Kallenberg, Bittenfeld, Hochberg, Hermannsweiler, Bürg, Schwaikheim, Winnenden, Breuningsweiler, Hohenacker, Neckarrens; gegen Schmiden: Korber Kopf, Buoch, Korb, Köpfle, Kirchturm von Waiblingen, Schnait, Wasserberg, Weipoldsberg, Fuchseck, Kornberg, Öffingen, Stetten, Bosler, Schmiden, Kernern, Fellbach, Teck; gegen Gaisburg und Gablenberg: Rotenberg, Hohenneuffen, Hedelfingen, Wangen, Cannstatt, Gaisburg, Gablenberg, Burgholz, Kornwestheim, Feuerbach.<sup>31</sup>

Claus Huber schreibt in seiner Magisterarbeit aus dem Jahre 1988 über den Ludwigsburger Architekten Friedrich Hauser Folgendes zum Baustil des Aussichtsturms: »Durch seine Ausführung in verputztem Mauerwerk ist er eigentlich eher dem Traditionalismus zuzuordnen, wird aber ganz beherrscht von einer mittelalterlichen »Lichtenstein-Romantik«, wobei vielleicht auch einige Anregungen

durch die künstliche Ruine der Emichsburg im Ludwigsburger Schlossgarten mitgespielt haben. Die Wirkung dieses Turmes beruht in seiner unregelmäßigen Silhouette. Nicht konstruiert scheint er, sondern gewachsen nach Naturgesetzen. Kraftvoll unterstützt von Strebepfeilern an den Ecken, setzt der Turmschaft auf quadratischem Grundriss im Erdgeschoss an. In zwei Dritteln der Höhe ist ein ziegelgedecktes Aussichtshäuslein aufgesetzt, leicht über den Schaft auskragend. Aus der Nordostecke bricht aber nun, gleich einem verjüngendem Spross, ein massiver Rundturm hervor, an der freien Ecke tief in den Schaft herabgreifend, und erhöht den Turm um das letzte Drittel. Als Abschluss dient eine Zinnenkrone, von Konsolen unterstützt, die zugleich als Wasserspeier dienen. Eine gewisse Verwandtschaft besitzt der Ludwigsburger Turm mit den älteren Aussichtstürmen von Eisenlohr und Weigle, die als Vorbild gedient haben können (Heilbronn 1885, Stuttgart-Degerloch 1886).<sup>32</sup>

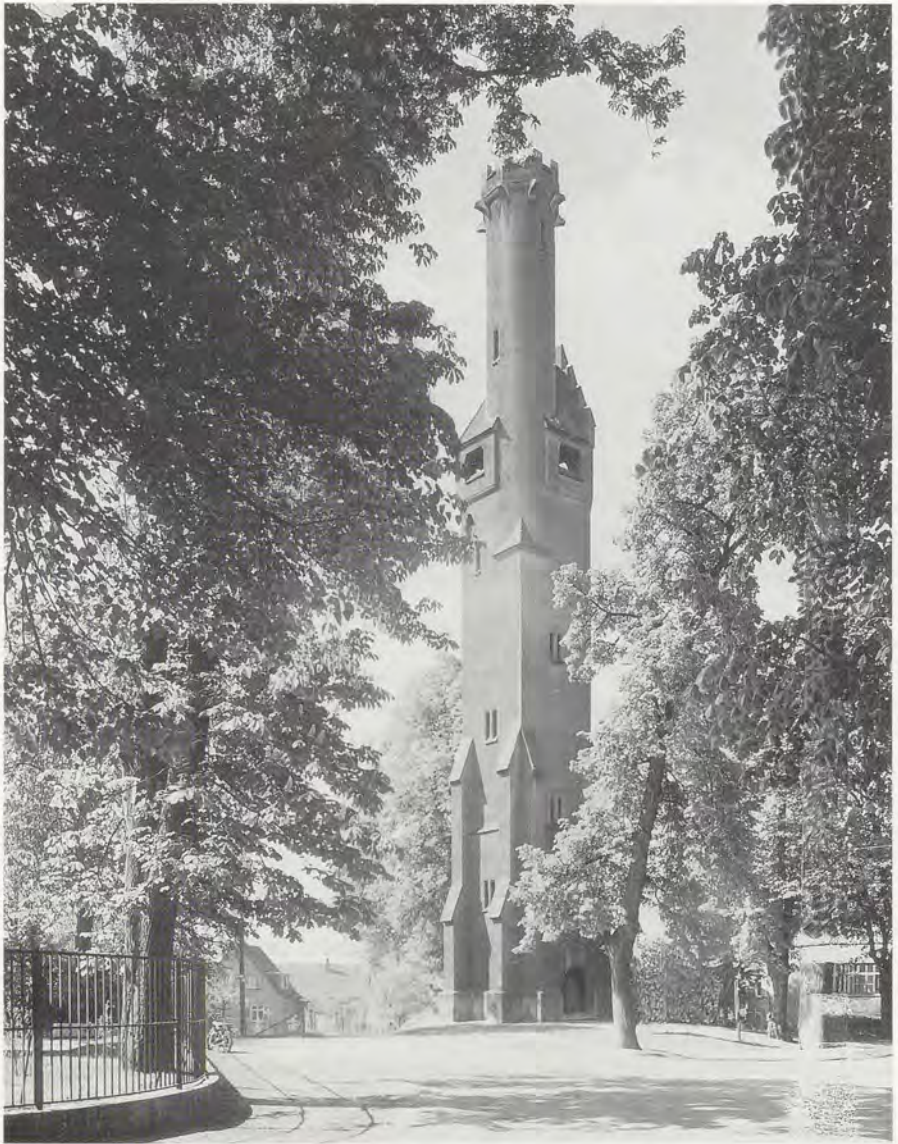
Nach der »Baukosten-Rechnung für [den] Aussichtsturm der Karlshöhe pro 1902/03« betrug das Stiftungskapital 30 115 Mark und die Gesamtbaukosten verschlangen insgesamt 27 571 Mark, von denen Hofwerkmeister Christian Hausser für Grab-, Maurer- und Steinhauerarbeiten, für Pläne und Überwachung der Arbeiten in diversen Zahlungen insgesamt 22 163 Mark erhielt.

Im Jahre 1905 befasste sich eine Sitzung des Verwaltungsrats der Karlshöhe noch einmal mit dem Aussichtsturmfonds. Damals wurde festgestellt, dass der Unterhaltungsfonds, der ursprünglich 5000 Mark betragen sollte, durch die höheren Baukosten auf rund 2500 Mark geschrumpft war. Vor allen Dingen aber war der Fonds zwischenzeitlich für andere Zwecke der Karlshöhe verwendet worden, weshalb eine Neugründung des Unterhaltungsfonds notwendig wurde. Man beschloss unter anderem, der Karlshöhe den von ihr vereinnahmten Rest des Fonds in Rechnung zu stellen und das Geld künftig mit 3 Prozent, ab 1905 mit 3,5 Prozent zu verzinsen, wobei der Zins alljährlich dem Fonds zuzuschlagen sei. Die Erträge des Aussichtsturms, also die Eintrittsgelder, sollten dagegen, dem Sinn der Stiftung entsprechend, der Karlshöhe unmittelbar zugute kommen. Künftige Reparaturen am Turm sollten vom Unterhaltungsfonds bestritten werden, wobei aber die Anstalt zu keinen Reparaturen verpflichtet sei.

### *Attraktion für Besucher aus nah und fern*

Ende 1908 entsprach die Ludwigsburger Stadtverwaltung dem Gesuch des Inspektors der Karlshöhe und der Ortsgruppe Ludwigsburg des Schwäbischen Albvereins, zur Aufstellung und Benützung auf dem Aussichtsturm leihweise ein »Teleskopfernrohr mit Fußplatte« zur Verfügung zu stellen. Als Gegenleistung durften Ludwigsburger Schüler und Schülerinnen unter Aufsicht ihrer Lehrer kostenlos das aus »1 Tubus mit 2 terrastischen und 2 astronomischen Okularen nebst 1 Sonneglas« bestehende Fernrohr benutzen. Die nächste Nachricht über den Aussichtsturm datiert aus dem Jahre 1913. Damals bat der Gewerbe- und Handelsverein Ludwigsburg e. V. die Verwaltung der Karlshöhe, den jungen Teilnehmern seiner Unterhaltungsabende an Sonntagen den »Zutritt auf den Turm« zu ermöglichen. Dem Verein wurde dies bis auf weiteres unentgeltlich gestattet.<sup>33</sup>

Im Jahre 1915, also während des Ersten Weltkriegs, richtete das Ludwigsburger Garnisonkommando auf dem Aussichtsturm einen ständigen, mit einem Fern-



*Ansicht von Nordosten, um 1930.*

sprecher ausgestatteten Beobachtungsposten ein, »um vor herannahenden feindlichen Fliegern warnen zu können«. Die Stadtverwaltung Ludwigsburg legte auf ihre Kosten vom Turm bis zum Geschäftszimmer des Garnisonkommandos im Residenzschloss (Schlosswachtgebäude) die erforderliche Fernsprechleitung. Zum Schutz gegen die Witterung ließ sie zudem auf der obersten Plattform des Turmes eine Art Telefonzelle aus Holz errichten. Dessen ungeachtet blieb der allgemeine



*Blick vom Aussichtsturm nach Norden, 1928.*

Publikumsverkehr weiterhin bestehen. Allerdings befürchtete die Karlshöhe wegen dieser militärischen Beobachtungsstation eine erhöhte Gefährdung ihrer Einrichtungen bei Fliegerangriffen. Beruhigend immerhin, dass die Karlshöhe im Falle eines durch feindliche Flieger verursachten Sachschadens voraussichtlich nach dem Kriegsleistungsgesetz von 1873 entschädigt worden wäre. Glücklicherweise kam es nicht dazu! Bereits ein Jahr später erhielt die Karlshöhe vom Garnisonkommando Ludwigsburg folgendes Schreiben: »Nachdem das Garnisonkommando mit der Flugnebenwache Hohenasperg unmittelbar verbunden ist, wurde die Aufhebung der Garnisonflugwachen befohlen. Das Garnisonkommando dankt für die Überlassung der erforderlichen Räumlichkeiten, die nunmehr vom Garnisonkommando nicht mehr benötigt werden. Die Entfernung bzw. Einziehung der Geräte ist angeordnet. Wegen der Telefoneinrichtung ist die Stadtverwaltung verständigt.«<sup>34</sup> Auch während des Zweiten Weltkriegs diente der Aussichtsturm zur Beobachtung des Luftraums bei feindlichen Fliegerangriffen.<sup>35</sup> Zum Glück überstand er die Kriegswirren unbeschadet. Allerdings nagte in fortgeschrittenem Alter allmählich auch der Zahn der Zeit an ihm. So war zum Beispiel 1949 die Instandsetzung des schadhaften Daches notwendig geworden.<sup>36</sup>

Der Aussichtsturm am Salon, vulgo Salonturm, wurde im Laufe der Zeit nicht nur für die Ludwigsburger zu einem vertrauten Wahrzeichen und beliebten Ausflugsziel. Christian Belschner, der Nestor der Ludwigsburger Stadtgeschichte, schrieb 1925 über den Aussichtsturm: »Von seiner Zinne aus kann der Besteiger dem schönen Württemberger Land so recht mitten ins Herz hinein sehen. Das Gesamtbild der Stadt tritt vom Aussichtsturm . . . am schönsten in den Gesichtskreis. Rundschau, die selbst in unserem gesegneten Schwabenland ihresgleichen sucht.«<sup>37</sup>

Zehntausende von Menschen stiegen für ein geringes Entgelt, das, wie bereits erwähnt, der Anstalt Karlshöhe zugute kam, auf den Aussichtsturm und genossen den herrlichen Ausblick. Bei Konfirmanden soll es lange Zeit den Brauch gegeben haben, den Turm am Nachmittag des Konfirmationssonntags zu erklimmen, um im Kreise von Familienangehörigen einen Blick in die »weite Welt« zu werfen; dies an der Schwelle zum Erwachsensein vielleicht symbolisch als Abschied von Kindesalter und behüteter Familie.<sup>38</sup>

Aber nicht nur Konfirmanden hatten eine besondere Beziehung zum Aussichtsturm. An ihn erinnert sich beispielsweise auch ein ehemaliger Angehöriger des Infanterie-Regiments 13, des Ludwigsburger Hausregiments:

»Meine erste Berührung mit dem Turm hatte ich als Pennäler. Mit dem Rade kam ich vom oberen Neckartal, um Ludwigsburg zu beschauen. Ein Bauer sagte mir unterwegs: ›Immer geradeaus, dann kommt ein hoher Turm. Das ist Ludwigsburg.‹ Wie vielen Ludwigsburger Soldaten war er richtunggebend während ihrer Dienstzeit in Ludwigsburg. Er sah schon die bunten Uniformen der alten Armee vorbeimarschieren, -reiten und -fahren; die Pickelhauben der 121er, die Dragoner und gelben Ulanen, den Train und die Artillerie. Jahre später waren es die feldgrauen Bataillone des Regiments 13. Und von Jahr zu Jahr war er für die Rekruten schon aus weiter Ferne grüßend: ›Ludwigsburg.‹ Auch mein Rekrutenausflug beim ersten Ausgang führte zum Salonturm, und unser Korporalschaftsführer führte uns auf dem Turm in luftiger Höhe in unsere zweite Heimat ein. . . . Und wie viele nach uns wiederholten diesen Brauch. Der prachtvolle Ausblick blieb uns unvergessen! Wie oft hat er uns ›13er‹ gegrüßt, wenn wir von der Übung heimkehrten oder wenn wir auf dem ›Exe‹ übten. Wie oft spannten sich unsere todmüden Glieder, wenn wir ihn nach hartem Marsche – Regimentsmusik voraus – am Ende der Allee erblickten. Dort waren wir zu Haus, dort war Ludwigsburg. Zweimal sah er die Ludwigsburger Regimenter ausmarschieren. Begeisterung und Blumen umbrandeten ihn beim zweiten Mal, manche Träne wurde dabei verstohlen aus den Augen gewischt. Dann kam der Tag, als die ›13er‹ mit der 25. Infanterie-Division blumengeschmückt aus dem Frankreichfeldzug [1940] heimkehren durften. Sie kamen von Stammheim her über Kornwestheim entlang der Chaussee, auf der sie schon in Friedenszeiten marschiert sind. Der Regimentsmusik folgten in straffer Ordnung die Bataillone, orden- und blumengeschmückt zogen sie am Turm vorbei und dachten an so manche schöne Stunde in seinem Schatten.«<sup>39</sup>

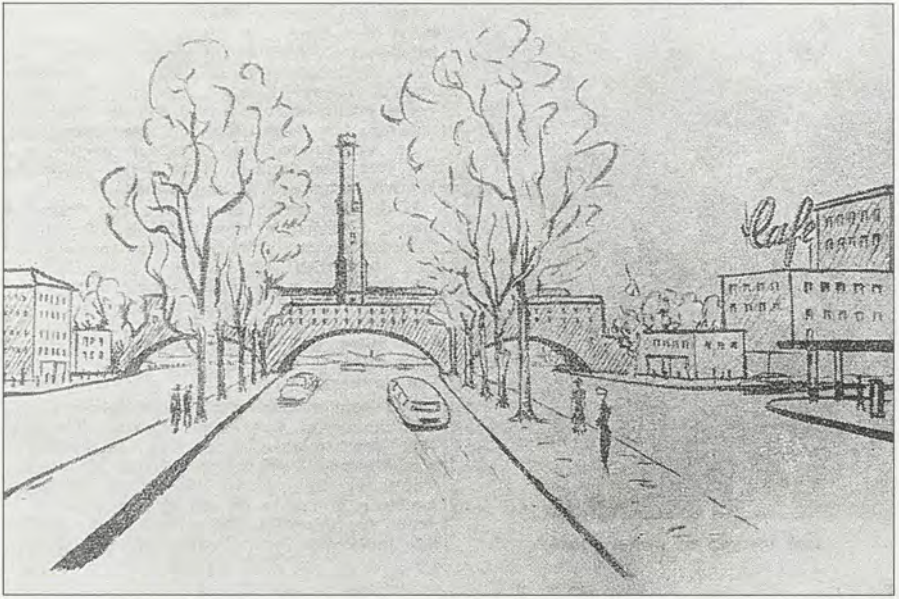
1939 setzte das Finanzamt Ludwigsburg den Einheitswert für den »Aussichtsturm in der Stuttgarter Straße 111« auf 5000 Mark fest, wofür die Karlshöhe eine Grundsteuer von jährlich 50 Mark zu entrichten hatte. Da der Karlshöhe diese Steuer aus Rentabilitätsgründen aber zu hoch erschien, legte sie dagegen Einspruch ein. Der Ludwigsburger Stadtverwaltung teilte sie mit, dass sie unter diesen Umständen kein Interesse mehr habe, sich einen Aussichtsturm zu halten. Gleichzeitig bot sie der Stadtverwaltung den Turm um den Einheitswert von 5000 Mark zum Kauf an. Nachdem Direktor Mössner von der Karlshöhe aber die dortigen alten Akten über den Aussichtsturm eingehend studiert und sich dessen Entstehungsgeschichte nochmals vergegenwärtigt hatte, zog er das Verkaufsangebot zurück und bat die Stadtverwaltung lediglich um Ermäßigung der Grundsteuer. Die Folge war, dass der Karlshöhe die Grundsteuer für den Aussichtsturm zumindest für die Rechnungsjahre 1938/40 erlassen wurde.<sup>40</sup>

Schon vor dem Zweiten Weltkrieg wies die Vorgängerin der heutigen Bundesstraße 27, die damals mitten durch Kornwestheim führte, die stärkste Verkehrsbelastung aller klassifizierten Straßen in Württemberg auf, weshalb bereits für das Jahr 1939 der weitere Ausbau der Straße beabsichtigt war. Wegen des Kriegsausbruchs kam es aber nicht mehr dazu.

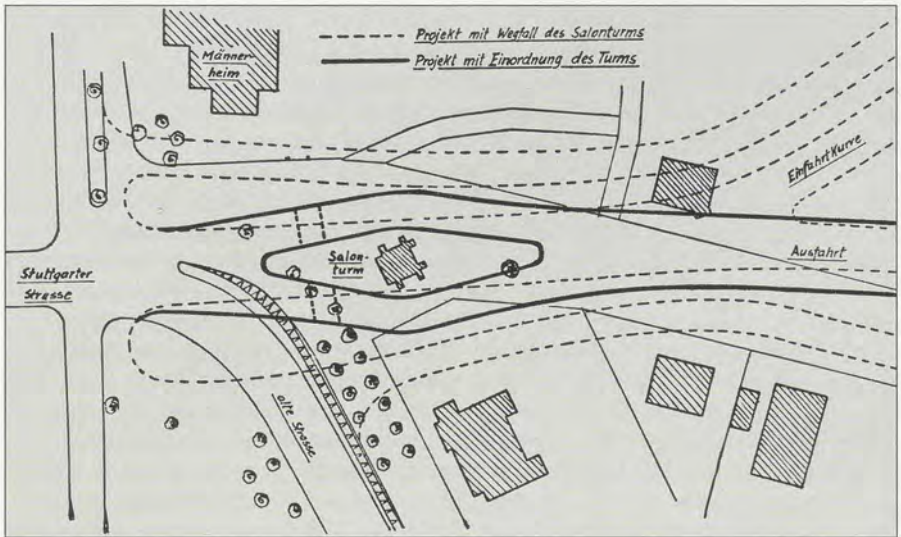
Lag auf dieser Straße das Verkehrsaufkommen 1937 noch bei rund 4100 Fahrzeugen täglich, so wuchs deren Zahl bis 1949 auf über 6200 an – mit steigender Tendenz. Diesem starken Verkehrsaufkommen war die ursprüngliche Straße nicht mehr gewachsen. Ihr Ausbau schien deshalb schon bald nach Kriegsende notwendiger denn je, mit der Folge, dass eine am östlichen Stadtrand Kornwestheims vorbeiführende Umgehungsstraße geplant wurde. Diese Straße, für deren Trassenführung der Aussichtsturm im Wege stand, sollte in Ludwigsburg direkt in die Stuttgarter Straße einmünden.<sup>41</sup> Mit dieser Lösung konnten sich aus verständlichen Gründen allerdings etliche Anrainer, vor allem Bewohner der Salongegend und der Stuttgarter Straße, nicht anfreunden. 1951 wandten sie sich mit der Bitte an die zuständigen Stellen, anstelle der derzeitigen Planung die schon lange vor dem Zweiten Weltkrieg zur Debatte gestandene Westumgehungsstraße zu realisieren. »In einer Zeit, da alle Städte den Verkehr um den Ort herumleiten, würde sich Ludwigsburg einen Schildbürgerstreich leisten, wenn der laute und gefahrvolle Autoverkehr mitten durch den Stadtkern geführt würde«, so ihre Argumentation.<sup>42</sup> An den Bau einer Westumgehungsstraße war wegen der außerordentlich hohen Kosten jedoch nicht zu denken.<sup>43</sup> Alle Proteste, Bedenken aus der Bevölkerung, Alternativvorschläge bezüglich der geplanten Straßenführung halfen daher nichts, auch die verschiedenen »Rettungsversuche« zur Erhaltung des Aussichtsturms konnten sich letztlich nicht durchsetzen. Selbst der Vorschlag, den Turm »für Fernseh- und Radarzwecke« zu verwenden, fand kein Gehör. Immer wieder waren die mit dem Ausbau der Umgehungsstraße beauftragten Stellen zu dem Ergebnis gekommen, dass der Turm ein Hindernis für die gerade an dieser Stelle einmündende Straße darstellen würde und aus diesem Grund beseitigt werden müsse. Eine Verlegung des Turmes, an die zeitweilig auch gedacht wurde, war nicht nur wegen der damit verbundenen Risiken, sondern auch wegen des enormen Kostenaufwands unrealistisch.<sup>44</sup>

In der Gemeinderatssitzung am 24. März 1955 wurden die Ludwigsburger Stadträte darüber informiert, dass die staatliche Straßenbauverwaltung anlässlich des Ausbaus der Bundesstraße 27 keine Möglichkeit sehe, den Aussichtsturm zu erhalten. Stadtrat Dr. Carl Schaefer hatte angefragt, ob der Turm nicht doch stehen bleiben könne – eventuell unter bestimmten Opfern. Die Antwort konnte man auch in der Ludwigsburger Kreiszeitung nachlesen: »Man habe sich erneut darüber unterhalten, aber schweren Herzens erkennen müssen, dass der Turm sich nicht halten lasse. In dem – vor kurzem in der LKZ gemachten – Vorschlag, die Straße in zwei Bahnen um den Turm herumzuleiten, sei der Höhenunterschied nicht berücksichtigt worden. Die neue Straße wird in der Einmündung in die Stuttgarter Straße am Salonturm etwa einen Meter tiefer gelegt. Der Turm würde dann auf einem schmalen Fundament 100 cm über der Straße stehen. Dieses Flächenrudiment brauchte dann auch Böschungen. Ein weiteres Ausbiegen der Straße bedinge eine weitere Schmälerung der privaten Grundstücke zu beiden Sei-





Ein nicht ganz ernst zu nehmender Vorschlag zur Rettung des Aussichtsturms, 1951  
(vgl. hierzu die Erläuterung in Anm. 44).



Vorschlag zur Rettung des Aussichtsturms durch Teilung der Fahrbahn, 1955.

ten. Der Salonturm wird also abgetragen werden müssen, ehe mit den Bauarbeiten an der Einmündung der Umgehungsstraße in die Stuttgarter Straße begonnen wird.«<sup>45</sup>

Mitte September 1955 stimmte dann der Ludwigsburger Gemeinderat den Plänen für die Einführung der neuen Bundesstraße 27 in die Stuttgarter Straße zu. Damit war das Schicksal des Aussichtsturms endgültig besiegt. Wenigstens wurde vor der Einmündung der neuen Straße eine sogenannte »Verkehrsbremse« (Straßenverschwenkung) eingeplant, um die in Richtung Stadt fahrenden Kraftfahrzeuge zur Geschwindigkeitsverringderung zu zwingen.<sup>46</sup> Immerhin bedauerte man, ab dem kommenden Jahr nicht mehr den herrlichen Blick vom Aussichtsturm weit ins schwäbische Land genießen zu können.<sup>47</sup> Über diesen herben Verlust sollte wenigstens folgende, in der Ludwigsburger Kreiszeitung erschienene Zukunftsvision hinwegtrösten: »Den Blick über die Stadt und das weite Land, sofern ihn jemand sucht und schätzt, vermittelt in der Zukunft das Verkehrsmittel des kleinen und immer eiligen Mannes, der Hubschrauber.«<sup>48</sup> Bedauerlicher- oder doch besser glücklicherweise ging diese Prophezeiung bislang nicht in Erfüllung!

Vom 21. September 1955 stammt folgender Zeitungsartikel: »Der gute, alte Salonturm fällt in wenigen Wochen. An dieser Tatsache lässt sich nimmer rütteln. In dem durch Jahre hindurch geführten heftigen Kampf um den Aussichtsturm war die Lage für seine Freunde immer aussichtsloser geworden. Und nun steht sogar der Termin fest, an welchem mit den Abbrucharbeiten begonnen werden soll: Es ist der 17. Oktober dieses Jahres. Freilich, wer sich in diesen Sommermonaten einmal auf den Aussichtsturm begeben hat, der hat beim Ausblick nach Süden hin gesehen, wie nahe schon das breite Band der neuen Straße sich dem Stadtrand von Ludwigsburg entgegengeschoben hat. Fruchtbare Ackerboden ist durchwühlt und zu einer modernen Autostraße zusammengekartt worden. Für die der neuen Verkehrsverbindung zum Opfer fallenden Gebäude ist bereits weiter östlich ein stattlicher Neubau aufgeführt. Was Wunder, wenn nun auch die Stunde naht, da gleich einer gierigen Schlange die neue Straße ihren Rachen aufreißt, um das ›höchste‹ Opfer zu verschlingen, den Salonturm. Damit hat sie dann endgültig den Sieg errungen und sich den Eingang in unsere Stadt erobert. Für den modernen Verkehr muss Bahn gemacht werden – wer wollte das leugnen! Das ›Schlangenfahren‹ auf der seitherigen Straße nach Kornwestheim war für niemand ein Vergnügen. Dem dringenden Bedürfnis nach dem flüssigen Verkehr konnte auch kein Salonturm im Wege stehen bleiben. Überhaupt – ist er nicht ein Überbleibsel längst vergangener Zeit? Ohne Lift, ohne Beleuchtung, ohne schreiende Reklame, ohne Aussichtsrestaurant! Wer könnte diesen ›mittelalterlichen‹ dunkelwandigen Gesell noch in die Neuzeit hinüberretten wollen! Wirklich, er ist ja schon 52 Jahre auf dem Erdboden gestanden. Da wird es Zeit, dass er wieder zu Staub und Asche wird. Zudem, wer seine Geburtsgeschichte kennt, merkt vollends, wie altmodisch dieses Bauwerk ist: Da stiftete ein Bewohner des Männerheims Salon kurz nach der Jahrhundertwende diesen Aussichtsturm aus Dankbarkeit für die erfahrene Pflege der Anstalt Karlshöhe. Damals scheinen Liebe und Dankbarkeit noch aussichtsreicher in gegenseitiger Konkurrenz miteinander gelegen zu haben. Ob sie uns heutzutage nicht oft auch im Wege stehen und den modernen Fortschritt hemmen wie dieser Aussichtsturm? Es ist wahr: Die Welt ist anders geworden; aber mit ihr doch wohl auch die Menschen. Wir sind in einem steten Fortschritt begriffen – wohin? Für den Salonturm ist die Lage aussichtslos geworden. Ob durch



*Männerheim Salon mit Aussichtsturm, um 1950.*

seinen Fall die Lage der Ludwigsburger aussichtsreicher werden wird? Oder ob die Recht haben, die in seinem Fall nur die Bestätigung der heutigen Wirklichkeit sehen, die eine Aussicht nach der andern schwinden sieht. Wie dem auch sei: Wer sich in diesen sonnigen Herbsttagen noch auf den Weg macht, hat berechnete Aussicht, von seinem Ludwigsburger Aussichtsturm noch einmal eine Aussicht zu genießen übers weite Schwabenland, wie sie ihm voraussichtlich in unserer Stadt nicht so bald wieder beschert werden wird. Ob dabei dann auch ein bisschen Dankbarkeit zu spüren sein wird für den treuen stillen Dienst, den dies Zeichen der Dankbarkeit ein halbes Jahrhundert lang unserer Stadt erwiesen hat?«<sup>49</sup>

Als die Öffentlichkeit darüber informiert worden war, dass der Aussichtsturm abgebrochen werden sollte, nahmen sich viele Ludwigsburger erstmals die Mühe, ihn zu besteigen. Je näher der Tag des Abbruchs kam, desto stärker war der Besuch. Als ein Zeichen tiefer Trauer setzte man auf den Turm eine schwarze Fahne auf Halbmast. Die Aussichtsplattform war in jenen Tagen stets dicht gedrängt von Menschen. Bereits vor acht Uhr morgens kamen die ersten Besucher. Auch das Wetter spielte mit und ermöglichte einen herrlichen Blick ins Land. Erst jetzt wurde so manchem richtig klar, worauf man in Zukunft wird verzichten müssen. Aber alles war zu spät. Es gab kein Zurück mehr, Wehklagen half nichts. Der Abbruchtermin stand unverrückbar fest.<sup>50</sup>

Aufmerksamen Besuchern entging nicht, dass es um den Turm herum unruhig wurde. So fiel beispielsweise auf, dass man bereits Zäune versetzte und eine Baracke errichtete und von einer Planierraupe Büsche und Bäume beseitigt wurden.<sup>51</sup> Am 13. Oktober wurde die neben dem Aussichtsturm stehende mächtige Linde mit Hilfe einer Stahltrasse umgerissen. Kurz zuvor waren ihre Wurzeln von der Planierraupe unterwühlt und gekappt worden. Die »Schlacht am Salonturm« war bereits in vollem Gange und die Vernichtung raste unaufhaltsam vorwärts. »Generalstabsmäßig« gingen Planungen, Vorbereitungen und Durchführung vonstatten, worüber man Folgendes in der Ludwigsburger Kreiszeitung lesen konnte:

»Irgendwo, weit hinten und unsichtbar, sitzt der Generalstab und leitet die Operationen. Und ganz vorne stehen die zahllosen Schlachtenbummler und bestaunen mit offenen Müulern, was geschieht. Es fing ganz harmlos an – so etwa vor einem Jahr – drunten im Feld gegen Kornwestheim zu. Ein Bagger fraß sich in den Boden, ein Holzgerüst wuchs herauf. Und als dieses acht Tage später wieder entfernt wurde, stand da sozusagen mitten im Grünen ein Betonklotz. Eine Straßenunterführung ohne Straße. Weiter drüben geschah das Nämliche. Aber über den Gumpenbach legte sich – hast-du-nicht-gesehen – eine stattliche Brücke. Dann packten die Schöpfer dieser Anlagen – wir dürfen sie das Pionier-Vorkommando nennen – zusammen und verschwanden. Es wurde wieder so still in der Gegend wie eh und je und es schien, dass »der trojanische Krieg nicht stattfände. Weit gefehlt! Im Frühjahr nahten Spährtrupps – getarnt als Ackergeräte wunderlicher Form – und schoben die Humusschicht der Felder weg. Eins, zwei: Weg! Nicht überall – nur im Bereiche eines breiten Bandes, das von drüben nach hüben führte und sich in der Richtung auf den Aussichtsturm und dessen Nachbarin, die große Linde, vorwärtsfraß. »Munitionstransporter« schleppten Erdmassen und die »Ackergeräte« schoben diese hin und her, so dass sie auf die Ebene der Betonblöcke hinaufwuchsen. Dann aber wurde es bitterernst. Der feindliche Heerwurm kroch unaufhaltsam heran über die Felder und hinterließ eine breite, glatte rötlichbraune Fährte. Die moderne Straßenbauarmada rückte heran: Seine Infanterie – alles motorisiert. Es brummte von morgens bis in die Nacht. Offiziere tauchten, einmal hier, einmal dort, auf, mit ihren Weisungen den Angriff im Fluss zu halten. Die Motoren brummt und die Panzer mahlt; und eines Tages waren sie vor der feindlichen Stellung angelangt und pochten mit unsichtbaren Fäusten daran. Der gute alte Aussichtsturm und die gute alte Linde sahen sich erschrocken an: Das Ende war da, sie wussten es. Widerstand? Ja, bis zum Letzten!! Aber wie lange? Der Feind ist riesenstark. . . .

Damit begann die »Schlacht am Salonturm«. Zäune wurden herausgerissen und versetzt. Dann kroch ein Feindpanzer daher, ein gelbes Ungeheuer, das eine Riesenpflugschar vor sich her trug. Grunzend und brummend stapfte es über die Wiese daher. Es sah sich ein wenig um, streifte dann zwei, drei kleinere Bäume – nur so im Vorübergehen – und schmiss sie in den Dreck. Aber dann kam der starke Birnbaum an die Reihe. »Nanu, was wollen Sie von mir, Sie grober Kerl!« konnte er gerade noch sagen. Der Gelbe grunzte. Er stemmte seinen Eisenschädel gegen den Stamm, brummte kurz und scharf. Da sank der Baum stöhnend dahin. Der Unhold sah sich böse nach weiteren Opfern um. Und jetzt erspähte er die mächtige alte, immer noch kerngesunde Linde in ihrem herbstlichen Blätter schmuck. Eine Königin, wie sie hier so hochgemut auf ihrem Hügelthron saß und etwas verächtlich auf den Gelben herunterblinzelte. Aber der Gelbe kannte

keinen Respekt gegen Fürstlichkeiten, er kannte nur seinen Auftrag. Er bohrte sich in den Hügel, wühlte Erde und Wurzelwerk zur Seite. Bald links, bald rechts, bald im Kreise benagte das Ungeheuer die Mächtige. Aber sie stand unverrückt und schüttelte nur sanft den Wipfel.

Am nächsten Morgen, es ist der 13. Oktober 1955 und Herbstnebel wogen über dem Langan Feld, schlingt sich eine Stahltrasse um den fast anderthalb Meter starken Stamm. Daran zerrt das Untier, brummend und mit wüster Kraft. »Noch



*Ansicht von Süden, 1953. Im Hintergrund rechts das Männerheim Salon, im Vordergrund die »widerborstige« Linde.*

nicht«, lacht die Linde; und mit hellem Klang – es ist fast wie ein Jubelschrei – zerspringt das Seil. Ein neues Seil wird angelegt. Unterdes wühlt der Feind weiter in Boden und Wurzelwerk. Dann fasst er das stählerne Tau noch einmal. Die Uhr zeigt halb neun. Freund und Feind stehen in atemloser Spannung, wie die Heere des Altertums, wenn einzelne Führer in mächtigem Ringen das Schicksal des Tages zu entscheiden versuchten. Der Gelbe legt sich ins Zeug. Er surrt, er schnaubt, er brüllt auf. Eine Erschütterung packt den Baumriesen. Er neigt sich, langsam erst, dann immer schneller, und stürzt mit Krachen und Dröhnen zu Boden. In flinker Arbeit wird der Riese zerlegt und fortgeschleppt. Am nächsten Tag reißt der Gelbe noch ein halbes Dutzend Linden und Kastanien um. Ein kleiner Wald muss sterben. Und dann gibt es nur noch einen, der als Gegner fest und trotzig im Wege steht. Der Aussichtsturm. Wird auch ihn der Feind bezwingen?«<sup>52</sup>

### *Das Ende*

Über die letzten Stunden im Dasein des noch unversehrten Aussichtsturms berichtete die Ludwigsburger Kreiszeitung Folgendes: »Am Sonntagabend mussten die letzten Besucher des Salonturms wohl oder übel an Gespensterspuk glauben; denn als sie schon bei Dunkelheit den Erdboden erreicht hatten, fingen die Scharten und Zinnen des Turmes an zu glühen, Posaunen bliesen und eine Grabesstimme schallte über die Dächer. Dem Salonturm wurde tatsächlich an seinem Abschiedsabend die Zunge gelöst, der Schmerz um sein baldiges Ende hatte es wohl bewirkt. Wehmütig rief er noch einmal die Erinnerung in sich wach, die Tage, als noch Kutschen an seinem Fuß vorüberfuhren und selbst der König zu ihm aufschaute. »Doch alles ist an allen Orten und überall modern geworden«, bekannte der Turm,



*Der Aussichtsturm in »voller Blüte«, Sommer 1955.*

durch seine Tränen tapfer lächelnd. So bliebe ihm eben nichts anderes übrig, als gleichfalls in die Vergangenheit hinüberzugehen, wie die ›unmodern‹ gewordene Zeit, die ihn erschaffen habe. Etwas aus dieser Zeit jedoch dürfe den heutigen Menschen nicht verloren gehen, das Gefühl nämlich, das dazu beigetragen habe, ihn zu erbauen – die Dankbarkeit. Für die vielen Tausende, die ihn bestiegen haben, dankte Pfarrer Pfründer von der Karlshöhe dem Salonturm für den freudigen Ausblick über das Schwabenland, den er von seiner Spitze bot. Von der Königinallee her zogen farbige Punkte, bald umgaben die Kinder der Karlshöhe den Salonturm mit ihren Fackeln und Lampions. Sie sangen dem Turm zum Dank und Abschied ihre Lieder, während Posaunen noch einmal vom Turm herabbliesen, wie sie es zur lieben Gewohnheit der Umgegend jeden Sonntagmorgen getan hatten. Bald darauf erloschen die Fackeln, die letzten Schritte kamen die Stufen herab, und zum letzten Mal hielt der Salonturm die Nacht hindurch Wacht über Ludwigsburg. Vom Turm herunter aber klang noch: ›Du wirst in altem Frohsinn mich, den Turm, gar schnell vergessen, doch vergiss zu keiner Zeit nimmermehr die Dankbarkeit.‹<sup>53</sup>

Wehmut klingt auch aus dem im Oktober 1955 verfassten Gedicht »Der Salonturm« von Hans Schütz, damals Diakonanwärter an der Karlshöhe:<sup>54</sup>

*Ein halb' Jahrhundert ist vergangen  
seitdem, da man hat angefangen,  
mich hier an dieser Stell' zu bauen,  
damit man könnt' das Land beschauen.*

*Es kam der erste Weltkrieg  
(ein jeder hoffte auf den Sieg),  
und es marschierten froh und frei  
die Truppen unter mir vorbei.*

*Gar viel sind in mir hochgestiegen,  
von oben einen Blick zu kriegen  
von dieser Stadt, von diesem Land,  
das mich in weitem Kreis umspannt.*

*Doch wurd' der Krieg nicht gewonnen.  
Ich sah, man hat nun schnell begonnen  
mit Eifer und auch mit Vertrauen,  
das Leben wieder aufzubauen.*

*Ob einer arm war oder reich,  
bei mir war da ein jeder gleich,  
ob groß, ob klein, ob Frau ob Mann:  
keuchend kam jeder oben an.*

*Auch sonst wurd' alles renoviert  
und alles hat man technisiert.  
Das Leben ist in allen Orten  
und überall modern geworden.*

*Ich gönnte jedem gleichen Blick  
nach vor, nach seitwärts und zurück.  
Ein jeder deuchte sich hier oben  
ein Stück der Erde mal enthoben.*

*Der zweite Weltkrieg hat verheert  
viel Länder ringsum und zerstört  
viel Städt' und Dörfer in dem Land;  
auch's Männerheim ist abgebrannt.*

*Man sieht viel Städte, Täler, Berge,  
die Menschen unter sich, wie Zwerge.  
Der Blick, zu jeder Seit gewandt,  
schweift ungehindert über's Land.*

*Nach dem Zusammenbruch man hat  
sich aufgerafft zu neuer Tat.  
Ich kann's von hier gut übersehen:  
viel neue Häuser nun entstehen.*

*Mein eigner Blick ging durch die Zeiten.  
Ich selbst sah Höhen, Tiefen, Weiten.  
Erlebte noch, wie ritt zu Ross  
an mir vorbei des Königs Tross.*

*Der Lärm der Straße wird auch mehr.  
Wo kommen bloß die Autos her?  
Sie flitzen nur so eins, zwei, drei,  
an meinem Fuße mir vorbei.*

*Da kommen nun mir altem Turm,  
der ich getrotzt so manchem Sturm  
(es brachte keiner mich zum Wanken),  
halt oft so allerhand Gedanken.*

*Ich spür's, ich pass' nicht in die Zeit  
und weiß genau, es wär gescheit,  
wenn ich nun ganz zur Seite trete  
und euch kein Hindernis mehr böte.*

*In kurzer Zeit wird man gar schnell  
rasen über diese Stell',  
da ich jetzo feste stehe.  
Ich seh' die Gründe ein – und gehe.*

*Doch eines war mir aufgetragen,  
das muss ich schnell noch weitersagen:*

*Man hat mich, wie schon oft berichtet,  
aus Dankbarkeit hier aufgerichtet.*

*Für warme Liebe, treue Pflege  
auf dem letzten Lebenswege,  
hier im Männerheim »Salon«,  
wurd' erstellt ich zum Lohn.*

*Sollt ein Mahnmal sein für euch,  
dass ein jeder mit zugleich  
dankebar sei in seinem Leben  
für alles, was man ihm gegeben.*

*Du wirst im Leben unterdessen  
mich, den Turm, gar schnell vergessen;  
doch vergiss zu keiner Zeit,  
nimmerehr die Dankbarkeit!*

Planmäßig schlug am 17. Oktober 1955 die Schicksalsstunde für den Aussichtsturm: Mit seinem Abbruch, der sich über mehrere Monate hinziehen sollte, wurde begonnen. Zunächst löste man mit Druckluftmeißeln die Zinne, die dann in einzelnen Brocken herabgeworfen wurde. Einige Tage später fiel ein besonders großer Brocken auf die noch benutzte Straße und traf beinahe ein Fahrzeug. Dieser Umstand führte zu einer anderen Vorgehensweise: Der runde Aufbau an der Spitze des Turmes wurde am unteren Ende »angesägt« und ebenfalls mittels einer Stahltrasse umgerissen. Am 25. Oktober, kurz nach 17 Uhr, fiel schließlich das etwa 15 Meter hohe Mittelstück durch eine Kombination von Sprengung und Seilzug. Zuvor hatte man an verschiedenen Stellen das Mauerwerk mittels Bohrer und Sprengladungen unterminiert.<sup>55</sup> Die Ludwigsburger Kreiszeitung schilderte diesen Akt des Zerstörungswerks wie folgt:

»Jetzt machen sich die Pioniere ans Werk. Mit Pressluftmeißeln teilen sie seinen Steinkranz. Bald schlagen schwer die ersten großen Trümmerstücke herab auf den Boden. Die Männer stehen droben, frech und schwindelfrei! Sie pfeifen warnend durch die Finger, ehe sie wieder so ein Felsenstück herabsenden. Der Turmkranz löst sich binnen weniger Stunden auf. Ohne diesen gleicht der Enthauptete einem mächtigen Schornstein. Aber trotzig steht der Hüne und weiß, was er sich schuldig ist in diesem Untergang. Eisenharten Widerstand setzt sein Panzer des Angreifers Waffen entgegen; nur mit größter Mühe vermögen diese in sein sprödes Fell zu dringen. Doch sie rasten nicht und brechen Stück um Stück aus seinem Leibe. Koffergröße Steinklumpen donnern auf die zitternde Erde. In weitem Umkreis ist abgesperrt; da steht die große Schar der Schlachtenbummler und verfolgt das seltene Schauspiel. Aber der schwer verwundete Hüne leistet sich noch einen grimmen Spaß, seine Widersacher zu verhöhnen: ein besonders großes Bruchstück fängt er im Sturz geschickt mit seinem Zinnengiebel ab und versetzt ihm einen kräftigen Seitenstoß: Da schießt es in hohem Bogen zur Seite, zertrümmert die Schranke und landet zu allgemeinem Schrecken auf der Fahrstraße. Verdutzt stehen Freund und Feind; aber die Pioniere selbst bekommen Angst vor ihrer eigenen Courage: Sie halten inne und wagen stundenlang keine Fortsetzung ihres Werkes.





*Der zerstörte Aussichtsturm, Herbst 1955.*

Der Generalstab prüft die Sachlage und ändert die Taktik des Angriffs. Das runde Turmstück soll nun als Ganzes angegriffen und umgestürzt werden. So wird es nun zu drei Vierteln untermeißelt und mit einigen Pfosten leicht abgestützt. Dann legt sich um sein oberes Ende ein Drahtseil. Dieses wird am Boden solide verankert. Dort sitzt auch ein Flaschenzug zum Spannen des Seiles. Ein Pionier beginnt, daran zu wirken, indem er langsam eine Spindel dreht. Das Seil zieht sich infolgedessen straff und straffer, wie eine Violine. Und jetzt, jetzt... Der ganze Söller – ein kleiner Turm für sich und von imposanter Größe – neigt sich, birst auseinander und stürzt hernieder mit mächtigem Getöse, bis alles in einer riesigen Staubwolke verschwindet. Bald holt der Angreifer zu neuen Aktionen aus. Unterdessen ist noch einmal eine Stahltrasse zerborsten. Denn inmitten der Trümmer und der allgemeinen Verwüstung ragt trotzig der Torso des Turmes, läßt sich von der Herbstsonne bescheinen und lächelt herab auf seine winzigen Angreifer: »Nun heran, ihr Halunken! Ich weiß, dass ich sterben muss. Aber leicht werde ich es euch nicht machen!«.«<sup>56</sup>

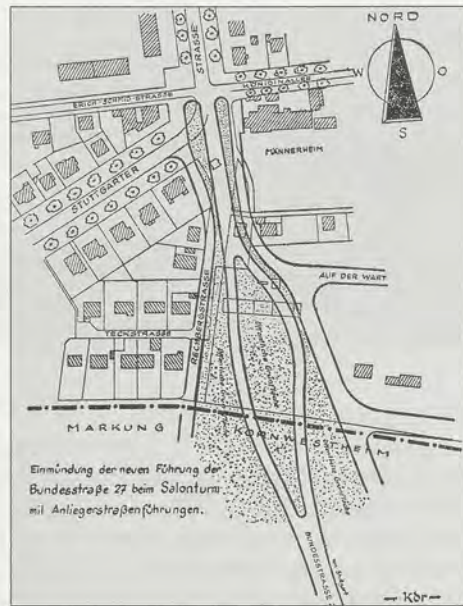
Und diese Drohung folgte auf dem Fuße, wurde doch durch die zu Boden stürzenden schweren Steinmassen das Erdreich in der Umgebung so stark erschüttert, dass es zu Rissen in Gas- und Wasserleitungen kam. Die Teckstraße, Teile der oberen Stuttgarter Straße sowie Häuser, die an anderen Straßen südlich des Turmes standen, wurden vom Gas und Wasser abgeschnitten. Für die betreffenden Haushalte brachte das große Schwierigkeiten mit sich. Soweit diese nur Gasherde hatten, konnte dort bis auf weiteres nicht mehr gekocht werden. Allerdings setzten die Stadtwerke sofort mehrere Arbeiter ein, um den Schaden so rasch wie möglich zu beheben. Was die Wasserversorgung anbelangt, so war diese wieder bis

Mittag des folgenden Tages sichergestellt. Allerdings mussten die Haushalte, die ohne Gas waren, noch einen weiteren Tag warten. Dass dies bei der betroffenen Bevölkerung zu Verstimmungen führte, liegt auf der Hand. Überrascht waren auch Stadtverwaltung und Stadtwerke, denn von einer Sprengung war nie die Rede gewesen. Wegen des entstandenen Schadens wollte die Stadtverwaltung schließlich Schadensersatz bei der mit dem Abbruch beauftragten Bauleitung anmelden.<sup>57</sup>

Einige Tage später, am 3. November, kurz nach 15 Uhr, wurde dennoch wieder gesprengt, nämlich der untere Teil des Turms. Allerdings hatte man dieses Mal alle Vorkehrungen getroffen! Auch der Verkehr auf der Stuttgarter Straße war für wenige Minuten unterbrochen worden. Nach einem schwachen Knall war der Torso des Turmes mit leichter Neigung nach Süden in sich zusammengebrochen. Nach Abzug einer gewaltigen Staubwolke war der Aussichtsturm nur noch ein großer Trümmerhaufen. Größere Brocken wurden in den folgenden Wochen durch wiederholte Sprengungen »zerkleinert«. Die starken Fundamente unter dem Turm jagte man schließlich zu Beginn des Jahres 1956 in die Luft. Es folgte die Beseitigung des Schutts. Bei den Grabarbeiten im Bereich des Turmes machte man aber die unerfreuliche Entdeckung, dass überall planlos Leitungen verlegt waren. Offensichtlich gab es bei der Stadtverwaltung keinen Lageplan über dieses Durcheinander, so dass man sich genötigt sah, das ganze Terrain neu aufzunehmen. Bis zur Fertigstellung des neuen Planes vergingen mehrere Monate, so dass sich das Gelände, auf dem der Aussichtsturm gestanden hatte, längere Zeit wie ein Trichterfeld präsentierte.<sup>58</sup>

Weitere Monate verstrichen. Es kam der 28. September 1956. An diesem Tage wurde die neue Umgehungsstraße Kornwestheim dem Verkehr übergeben. Diese an der Lerchenbrücke zwischen Zuffenhausen und Kornwestheim beginnende Teilstrecke der Bundesstraße 27, seinerzeit geradezu als ein Meisterwerk der Straßenbaukunst gepriesen, mündet in Ludwigsburg unmittelbar in die Stuttgarter Straße ein.

Bei ihrer Einweihung bezeichnete der damalige Ludwigsburger Oberbürgermeister Dr. Robert Frank die neue Straße als einen Gewinn für die Stadt. Allerdings habe Ludwigsburg auch einiges verloren, was ihm ans Herz gewachsen war, so unter anderem den Salonturm, vor allem aber die alten Alleen, deren Verlust tief ins Herz gegangen sei, ja sogar Tränen gekostet habe. Die Bürger seien aber auch der Zukunft gegenüber aufgeschlossen und freuten sich heute über die neue



*Einmündung der neuen Bundesstraße 27 in die Stuttgarter Straße, 1955.*

Straße, die, zusammen mit dem Hochhaus der GdF, als Kündlerin der neuen Zeit und des Fortschrittes anzusprechen sei. Und Kornwestheims Stadtoberhaupt, Oberbürgermeister Alfred Kercher, fügte am Schluss seiner Ansprache noch hinzu: »Möge der Verkehr nach Ludwigsburg hineinbranden! Wir freuen uns, dass wir ihn los sind.«<sup>59</sup> Dieser Wunsch sollte in den folgenden Jahrzehnten, nicht zuletzt wegen des weiteren Ausbaus der Bundesstraße 27 innerhalb Ludwigsburgs, mehr als in Erfüllung gehen.

Indes dürfte sich aber in der Zwischenzeit die damalige Freude an der neuen Straße als »Kündlerin der neuen Zeit und des Fortschrittes« nicht nur bei den entlang der Bundesstraße 27 wohnenden Ludwigsburgern weitgehend gelegt haben. Anstelle der damals noch »ungebremsten« Fortschrittsgläubigkeit wird wohl mittlerweile – gelinde gesagt – Ernüchterung getreten sein. Und wie schrieb doch gleich die Ludwigsburger Kreiszeitung zu Beginn des Jahres 1956 über den inzwischen abgebrochenen Aussichtsturm: »Er war nicht zu halten, auch wenn sich alt und jung noch so viel Mühe gab. Auch die Herren im Männerheim ›Salon‹ haben resigniert und frösteln, wenn sie die kahle Stuttgarter Straße anschauen. Wer wird es erleben, dass dort wieder dichte Alleen stehen?«<sup>60</sup>

#### Anmerkungen

- 1 Zugänge I/41/1989 und I/78-80/1998; siehe hierzu auch Ludwigsburger Kreiszeitung (LKZ) 10. März 1999, S. 6; Stuttgarter Zeitung (StZ) 11. März 1999, S. 24.
- 2 Hierzu der Beitrag von Günther Bergan in diesem Heft, S. 194–197.
- 3 Stadtarchiv Ludwigsburg (StadtALB) V3/XXXVII Nr. 82.
- 4 Ludwigsburger Zeitung (LZ) 4. April 1900, S. 3.
- 5 Rudolf A. Paulus: Die wissenschaftliche Bildungsanstalt auf dem Salon bei Ludwigsburg, in: Ludwigsburger Geschichtsblätter 39, 1986, S. 77–180, hier S. 90.
- 6 Ebd., S. 78.
- 7 Ebd., S. 164.
- 8 StadtALB L 3/I Az. 1033.
- 9 Wie Anm. 4.
- 10 LZ 3. Februar 1897, S. 2. Ludwigsburg besaß bereits seit 1877 einen Aussichtsturm, nämlich auf dem städtischen Wasserreservoir auf dem »Römerhügel«. Dieser »Römerhügel-Aussichtsturm«, auf dessen Plattform seit 1879 auch ein »Tubus« stand, wurde von der städtischen Gas- und Brunnenwerks-Verwaltung betreut und dürfte nach der Errichtung des Aussichtsturms am Salon, da weniger hoch bzw. attraktiv, aufgegeben worden sein.
- 11 LZ 1. März 1902, S. 2.
- 12 Ebd. Von Seiten der Karlshöhe wurde der Verschönerungsverein gebeten, über die Platzfrage sich zu äußern. Da nur die nächste Umgebung der Anstalt in Betracht kommen konnte, einigte sich der Verschönerungsverein darauf, folgende zwei Punkte zu empfehlen: »1) Eine Stelle in der Nähe des Wasserwerks im Walde. 2) Den Platz südlich der ›Grünen Bettlade‹ oder diese selbst. Letzterer Platz hätte den Vorteil, dass in Verbindung mit dem Turmbau der ganze Platz in einer Weise hergerichtet werden könnte, dass auch für die Kinderfeste ein einheitlicher Spielplatz gewonnen würde, dagegen den sehr ins Gewicht fallenden Nachteil, dass der Turm um wenigstens 7 bis 8 Meter höher geführt werden müsste. Gegen das Eingehenlassen der ›Grünen Bettlade‹ wurden aus historischen Gründen Bedenken geäußert. Weiter wurde gesagt, dass die Benützung des Aussichtsturms sehr beeinträchtigt werde, wenn die Besucher jedes Mal jemand zum Öffnen herbeirufen müssen. Der Verschönerungsverein will deshalb gegen Zusicherung eines regelmäßigen Jahresbeitrags an die Karlshöhe das Ansinnen stellen, den Turm an Werkta-

- gen den Tag über offen zu lassen. Sobald die Platzfrage entschieden ist, wird der Bau des Turmes in Angriff genommen werden. Der schöne Salonwald wird durch die umfassende Rundschau, die von der Höhe des künftigen Turmes sich bietet und die der vom Asperg kaum nachstehen wird, eine neue Anziehungskraft gewinnen.«
- 13 Archiv der Karlshöhe Ludwigsburg, Unterlagen »Salonturm«.
- 14 Diese Bemerkung bezieht sich wahrscheinlich auf die damalige Bautätigkeit der Karlshöhe und die damit verbundene Verschuldung, die viel Kritik auslöste.
- 15 Wie Anm. 13.
- 16 StadtALB L 63 Bü 15.
- 17 LZ 22. Juli 1902, S. 3.
- 18 LZ 16. Mai 1903, S. 2.
- 19 Ebd., LZ 22. Mai 1902, S. 2; Ludwigsburger Volkszeitung 22. Mai 1902, S. 4.
- 20 Schwäbische Kronik, des Schwäbischen Merkurs zweite Abteilung, Mittagsblatt, 22. Mai 1902, S. 2.
- 21 Christian Lober: Orts- und Markungskunde von Kornwestheim, Typoskript im Stadtarchiv Kornwestheim (1931), S. 33.
- 22 Monika Zeifelder-Löffler: Die Geschichte der »Evangelischen Brüder- und Kinderanstalt Karlshöhe« in Ludwigsburg von den Anfängen bis nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs (1876–1950), unter besonderer Berücksichtigung der Jahre der nationalsozialistischen Herrschaft, Heidelberg 1996, S. 69. Die Daten zur Familie von Thüngen wurden mir freundlicherweise von Frau Liselotte Geib, Ludwigsburg, mitgeteilt.
- 23 So z. B. Marco Nimsch: Der Aussichtsturm auf dem Salon, in: Hie gut Württemberg 43, 1992, S. 24.
- 24 Für freundliche Auskünfte zu Christian Lober danke ich an dieser Stelle meinem Kollegen Marco Nimsch, Stadtarchiv Kornwestheim.
- 25 Wie Anm. 13.
- 26 Francksche Stiftungen waren z. B. die Ludwigsburger Musikhalle und die »Weltkriegsbibliothek« (spätere Bibliothek für Zeitgeschichte in Stuttgart).
- 27 Ludwigsburger Geschichtsblätter 13, 1957, S. 111.
- 28 Claus Huber: Der Ludwigsburger Architekt Friedrich Hausser (1875–1963). Beispiel einer Architekturpraxis zwischen 1900 und 1930, Magisterarbeit der Fakultät für Altertums- und Kulturwissenschaften der Universität Tübingen, 1988, S. 16 f., 123.
- 29 LZ 22. Mai 1902, S. 2; 16. Mai 1903, S. 2; Schwäbische Kronik 16. Mai 1903, S. 6.
- 30 Wie Anm. 13.
- 31 Christian Belschner: Führer durch Ludwigsburg und sein Schloss, 5. verb. Auflage, Ludwigsburg 1925, S. 46 f.
- 32 Wie Anm. 28, S. 23 f.
- 33 Wie Anm. 13.
- 34 Ebd.; LZ 4. September 1915, Bl. 2, S. 2.
- 35 StadtALB S 3/I Nr. 10.
- 36 StadtALB L 150 Bd. 171 (Verw. Abt.), S. 218.
- 37 Wie Anm. 31, S. 12 f., 46.
- 38 Wie Anm. 23. Die eingenommenen Eintrittsgelder für den Aussichtsturm sind für folgende Jahre bekannt: 1950 481,75 DM; 1951 613,50 DM; 1952 551,75 DM; 1953 859,95 DM; 1954 649,85 DM.
- 39 13er Post 3/1955, S. 16.
- 40 Wie Anm. 13.
- 41 LKZ 20. Oktober 1950, S. 3; 3. Februar 1951, S. 3; 29. September 1956, S. 3.
- 42 LKZ 1. Mai 1952, S. 3.
- 43 LKZ 1. November 1952, S. 3.
- 44 LKZ 12. März 1955, S. 3; StZ 23. September 1955, S. 13. Ein nicht ganz ernst zu nehmender Alternativvorschlag zur Erhaltung des Salonturms findet sich im »Ludwigsburger Schlotz-Kurier«, der zur Fastnacht 1951 erschien: »Der großzügige Planer habe sich dabei an die Einführung der Autobahn nach Mannheim erinnert, die bekanntlich einst in eine Pracht-Einfallsstraße mündete. Die Lösung sei auch für Ludwigsburg die einzig richtige. Als erster Teil des neuen Stadtbildes wird die Turmbrücke – das Mittelstück – gebaut

werden. Da die Erhebung, auf welcher der Salonturm heute steht, ohnedies abgetragen und die Straße viel tiefer gelegt werden muss, entsteht die Brücke unter dem Salonturm, so dass dieser auch während der Bauzeit als Wahrzeichen erhalten bleibt. In dieser Brücke werden Restaurants, Empfangs- und Repräsentationsräume der Stadt Ludwigsburg und kleine Festräume für intimere Veranstaltungen eingebaut. Im zweiten Bauabschnitt reihen sich dann an dieses Brückenbauwerk links und rechts Monumentalbauten, die einerseits den Kraftverkehr, andererseits der heimischen Industrie dienen: Tankstellen, Unterkünfte für Fernlastfahrer und Hotels für die internationalen Schlossbesucher, eine Verkehrssündererschule, Vulkanisieranstalten und Reparaturwerkstätten. Auch die Autoindustrie wird große Ausstellungs- und Verkaufsräume belegen. In Vorverhandlungen hat sich auch die heimische Großindustrie sehr interessiert gezeigt, insbesondere die durch ihren Duft ganz Ludwigsburg beherrschende Muckefuck-Industrie. Sie will gerne dem Bahnhofsausbau Platz machen und sie hat deshalb mit dem preisgekrönten Architekten zusammen bereits vorgesehen, dass der Salonturm als Schornstein benützt werden kann. Dies hätte den Vorteil, dass die Rauchgase in große Höhen abgeleitet würden, das neue Stadtbild nicht durch Schornsteine verschandelt wäre, und dass der Turm, der dann erst recht als beliebter Aussichtspunkt benützt werden wird, von innen her gleichmäßig beheizt wäre. Die Kosten des Projektes, soweit sie von der Stadt zu tragen sein werden, belaufen sich auf rund 40 Millionen DM. Dieser Betrag spielt aber angesichts der Tatsache, dass es einerlei ist, ob man 4 oder 40 Millionen Schulden hat, keine Rolle.«

45 LKZ 28. März 1955, S. 3.

46 LKZ 29. September 1956, S. 3. Ein Leser der LKZ machte bereits 1953 folgenden Vorschlag zur Erhaltung des Salonturms als »hochgehobener Finger« vor der Einmündung der zukünftigen Bundesstraße 27 in die Stuttgarter Straße: »Die Lösung des Problems einer Geschwindigkeitsdämpfung für die Einfahrt nach Ludwigsburg scheint meines Erachtens viel eher durch eine andere Möglichkeit schon gegeben, nämlich durch das Stehenbleiben des Aussichtsturms. Links und rechts vom Aussichtsturm wäre genügend Raum vorhanden, um die beiden Fahrbahnen rechts und links am Turm vorbei zu leiten, so dass der Turm gewissermaßen als Verkehrsinsel stehen bleiben würde. Die Ansicht des Aussichtsturms würde den von Kornwestheim anfahrenden Verkehrsteilnehmer schon rein psychologisch zu einer Geschwindigkeitsherabsetzung veranlassen, die ja praktisch durch die Ausbiegungen der Straße tatsächlich erzwungen werden würde. Sofern in den Turmplatz die notwendigen Fußgängerübergänge mit eventueller Kennzeichnung als Zebrastreifen einbezogen werden würden, wäre wiederum auch eine zwangsläufige Geschwindigkeitsherabminderung erzielt. Nicht zuletzt müsste bei diesem Vorschlag die nicht unerhebliche Kostenersparnis, die das Stehenbleiben des Turms mit sich bringen würde, in Betracht gezogen werden.«

47 Stuttgarter Nachrichten (StN) 20. September 1955, S. 8.

48 LKZ 8. Oktober 1955, S. 3.

49 LKZ 21. September 1955, S. 3.

50 StN 17. Oktober 1955, S. 8. Wegen der Erhaltung des Aussichtsturms wandten sich Bürger auch direkt an die Behörden. Folgendes Schreiben an den Ludwigsburger Oberbürgermeister Dr. Robert Frank stammt vom 14. Oktober 1955: »Da ich mit der Wegnahme des schönen Aussichtsturms nicht einverstanden bin, weil dieser mit das schönste Wahrzeichen von Ludwigsburg ist und aus technischen Gründen des Verkehrs die Wegnahme des Turmes nicht erforderlich ist, weil der Verkehr zu beiden Seiten an ihm vorbei erfolgen kann, bitte ich Sie, das Auslösen dieses Wahrzeichens zu verhindern, denn in den Jahren nach meiner Heimkehr [aus der Kriegsgefangenschaft?] ist mir alles Alte, was hier so steht, lieb und teuer geworden. Warum wollen Sie sich dieser schönen Punkte berauben? Ich persönlich erkenne keine Gründe für die Beseitigung des Turmes an und hoffe, dass auch Sie und die Ludwigsburger wie ich so denken.« Das Antwortschreiben des Oberbürgermeisters vom 15. Oktober: »Sie dürfen versichert sein, dass seitens der Stadt Ludwigsburg alles getan worden ist, was man billigerweise tun kann, um ein liebgewordenes Wahrzeichen einer Stadt zu erhalten. Es besteht kein Zweifel darüber, dass auch in Ludwigsburg das Verschwinden des Aussichtsturmes bedauert wird, wenn es sich auch nicht um das schönste Wahrzeichen unserer Stadt handelt. Ich glaube doch sagen zu dür-

fen, dass die Stadt des Barocks noch über schönere Wahrzeichen verfügt. Eingehende Untersuchungen haben ergeben, dass es leider nicht möglich ist, den Turm zu erhalten, wenn man alle Forderungen berücksichtigt, die man heute an die Planung und den Bau einer neuzeitlichen Straße stellen muss.«

51 StadtALB S 31 SS 6.5.

52 LKZ 28. Oktober 1955, S. 7. Es wurde seinerzeit auch überlegt, die Linde zu verpflanzen. Die Kosten hätten rund 20 000 DM betragen – ohne Sicherheit, ob der Baum an seinem neuen Standort weitergewachsen wäre.

53 LKZ 18. Oktober 1955, S. 3.

54 Wie Anm. 13.

55 Wie Anm. 51.

56 Wie Anm. 52.

57 StN 27. Oktober 1955, S. 8; LKZ 28. Oktober 1955, S. 6; 29. Oktober 1955, S. 3; 3. November 1955, S. 3.

58 Wie Anm. 51; LKZ 4. November 1955, S. 4.

59 LKZ 29. September 1956, S. 3.

60 LKZ 7. Januar 1956, S. 3. Für die Einmündung der Bundesstraße 27 in die Stuttgarter Straße mussten neben dem Aussichtsturm u. a. auch zwei Wohngebäude (Stegmaierscher Hof) abgerissen werden.

# Als Ludwigsburg gleislos fuhr

Die Oberleitungsbahnen nach Aldingen und Hoheneck 1910–1926\*

von Eduard Theiner

Am 20. Juli 1898 befasste sich der Ludwigsburger Gemeinderat mit dem Projekt eines Herrn Wandruszka aus Berlin. Der wollte auf eigene Faust eine elektrische Straßenbahn bauen und betreiben, und zwar von Stuttgart über Zuffenhausen nach Ludwigsburg, mit Zweiglinien nach Cannstatt und Feuerbach. Doch Oberbürgermeister Hartenstein und sein Kollegium winkten ab: Die Staatseisenbahn genüge als Verkehrsmittel vollauf, Ludwigsburg wolle nicht zum »Wohnvorort« Stuttgarts werden. Denn die Hauptstadt war im Begriff, sich einen förmlichen Industriegürtel zuzulegen. Bald griff sie auch nach Norden aus: In den Jahren nach 1900 wurden die Neckartalgemeinden von Cannstatt bis Münster nach Stuttgart eingemeindet. Nur Feuerbach verteidigte aufs hartnäckigste seine Selbständigkeit, ließ sich 1907 zur Stadt erheben und baute sogar eine eigene Straßenbahn.

Ludwigsburg hatte also nicht die Absicht, sich für die Verkehrserschließung der Stuttgarter Außenbezirke einspannen zu lassen. Der Gemeinderat legte sich in jener Sitzung vom 20. Juli 1898 vielmehr den Plan eines städtischen Straßenbahnnetzes zurecht. Vier Linien sollten sternförmig ins Umland hinaus führen: über Asperg nach Markgröningen, nach Oßweil und Neckarweihingen sowie via Pflugfelden und Möglingen nach Schwieberdingen. Kamen doch aus all diesen Orten täglich Hunderte von Pendlern zur Arbeit nach Ludwigsburg, die meisten zu Fuß, manche wohl schon per Fahrrad.

Ludwigsburg zählte damals rund 20 000 Einwohner, darunter 5000 bis 6000 Militärpersonen. Die Stadt war zwar großzügig angelegt, mit breiten Straßen und geräumigen Plätzen. Doch auf der Suche nach neuen, produktiv verwertbaren Flächen stieß man bereits allenthalben an die Grenzen der nur 653 Hektar großen Markung.

Oberbürgermeister Dr. Gustav Hartenstein (1864–1926) war 1897 gewählt worden. Der Sohn eines Cannstatter Geschäftsmannes hatte offenbar eine Ader fürs Wirtschaften. Von Beginn an betrieb er eine aktive Bodenerwerbspolitik, vor allem im Westen, gegen das Osterholz hin. Ein Industriegleis erschloss die dortigen Gewerbeflächen, in der Folge siedelten sich hier zahlreiche neue Betriebe an. Hatte die Bedeutung der Stadt bisher in ihrer Rolle als größte Garnison des Königreichs gelegen, so wurde sie nun nach und nach auch zum Wirtschaftsstandort. Der »Schwarzwälder Bote« rühmte 1908 die niedrigen Gewerbesteuersätze Ludwigsburgs und fuhr fort: »Die Industrie erfreut sich eines stetigen, gesunden Aufschwungs. Das zielbewusste Vorgehen der Stadtverwaltung beginnt eine Anziehungskraft auf industrielle Neugründungen auszuüben.«

1901 wurde Eglosheim eingemeindet, 1903 Pflugfelden. Dennoch stieg die Zahl

\* Überarbeitete Fassung des am 11. November 1999 vor dem Historischen Verein gehaltenen Vortrags.

der Einpendler bis zum Jahre 1907 auf über 2000 an. Der Gewerbe- und Handelsverein forderte daher immer wieder den Bau öffentlicher Verkehrsmittel, damit die Arbeiter morgens halbwegs ausgeruht in den Betrieben ankamen. Zugleich ließ sich auf diese Weise ein größerer Einzugsbereich erschließen.

Da wurde im November 1906 ruchbar, dass die Stuttgarter Straßenbahnen sich die Konzession für eine Neckartallinie sichern wollten. Die sollte vom soeben eingemeindeten Cannstatt über Hochberg bis nach Ludwigsburg reichen. Eilends ließ nun Oberbürgermeister Hartenstein Pläne für eine Straßenbahn nach Osten ausarbeiten.

Der Gewerbeplatz Ludwigsburg stand zwar in vollem Wuchs, doch die notwendigen Infrastrukturmaßnahmen waren teuer und nur durch beträchtliche Kreditaufnahmen finanzierbar. Als Ludwigsburg die 1907 entdeckte Mineralquelle Hoheneck kaufte und dort eine Badeanstalt errichtete, geschah dies abermals per Anleihen. Das Millionenprojekt einer städtischen Straßenbahn war unter diesen Umständen nicht bezahlbar.

Aber musste für eine solche Bahn überhaupt der Stadtsäckel erhalten? Immer öfter meldeten sich jetzt Leute wie jener Wandruszka, die derartige Unternehmungen aus eigener Tasche finanzieren wollten. In Preußen und einer Reihe anderer Länder war es seit längerem gang und gäbe, dass Kleinbahnstrecken mit Privatkapital gebaut wurden. Zahlreiche Firmen waren allein zu diesem Zweck entstanden, und die suchten nun nach Aufträgen auch in Württemberg. Ludwigsburg etwa hatte schon vor Jahren mit einer Firma Lenz & Cie. verhandelt; damals ging es um den Bau einer Schmalspurbahn nach Markgröningen, Eberdingen und Vaihingen/Enz.

Mangelte es an Kapital oder war eine Straßenbahn nicht rentabel, so gab es mittlerweile Ersatzlösungen. Benzinomnibusse allerdings waren wegen ihrer hohen Reparaturanfälligkeit unwirtschaftlich: Zwischen 60 und 75 Pfennig musste man für den Wagenkilometer rechnen. Damit lag ein kostendeckender Tarif noch über dem Fahrpreis für die 1. Klasse der Eisenbahnen. Deshalb experimentierte man gerade ums Jahr 1900 erstaunlich viel mit elektrisch betriebenen Fahrzeugen aller Art, Akkumulatorwagen zumeist. In Berlin baute Siemens 1882 einen Wagen mit Oberleitung, und seit 1895 entwickelte der Sachse Max Schiemann diese Idee weiter. Er gilt gemeinhin als Pionier der Oberleitungsbahnen.

An Schiemann wandte sich 1907 auch Oberbürgermeister Hartenstein. Drei Oberleitungslinien sollte er ihm bauen: die erste über Oßweil und Neckargröningen nach Aldingen, die zweite nach Eglosheim und die dritte nach Hoheneck, zum neuen Heilbad.

Weil solche Oberleitungsbahnen auf der Straße fuhren, ersparten sie die teure Schienentrasse. Sie kosteten nur ein Drittel von dem, was man für Straßenbahnen anlegen musste. In unserem Fall hieß das: Eine Straßenbahnlinie nach Aldingen hätte eine Million Mark gekostet, Schiemann verlangte für die gleiche Strecke 320 000 Mark. Doch selbst investieren wollte der Sachse partout nicht. Er gab nur gut gemeinte Ratschläge, wie man sich durch Bildung einer Betreibergesellschaft Kapital beschaffen könne.

Aber wenigstens nach Hoheneck hinaus, zum neuen Heilbad, brauchte man ein bequemes Verkehrsmittel. Zwar hatte die Stadtverwaltung in der ersten Saison 1907 drei Kutscher unter Vertrag genommen. Doch die waren dem Ansturm der Badegäste offensichtlich nicht gewachsen. Außerdem seien solche Pferdewagen



»eine Reklame im negativen Sinne und mache draußen keinen guten Eindruck«, hieß es im Gemeinderat. Schließlich hatte das 20. Jahrhundert begonnen, und Untertürkheim war nicht weit. Also befuhr die Daimler-Motorenengesellschaft in der zweiten Badesaison von 1908 auf eigene Rechnung die Strecke vom Bahnhof nach Hoheneck mit einem Benzinomnibus. Trotz eines Zuschusses der Stadt war das finanzielle Ergebnis am Ende so, dass sich die Daimler-Leute kein zweites Mal auf einen solchen Handel einließen.

Am 20. Januar 1909 kam es deshalb zu einer hitzigen Debatte im Gemeinderat. Eine Straßenbahn müsse her, meinten einige vom Kollegium. Dr. Schmid brachte



*Der große Daimler-Bus vor dem Heilbad Hoheneck.*

eine »gleislose Bahn« ins Gespräch, wie er sie in Dresden gesehen hatte; die hatte ihm »sehr imponiert«. Am Ende entschloss man sich aber doch, ein Erzeugnis aus Untertürkheim anzuschaffen: einen 39-sitzigen Badebus, gelb und kirschrot lackiert und mit dem Stadtwappen zu beiden Seiten. Doch obwohl die Firma mit dem Stern eigens dafür in Ludwigsburg ein Ersatzteillager einrichtete, wollten die Gemeinderäte auf Nummer sicher gehen und kauften gleich noch einen zweiten, kleineren Bus mit 22 Sitzplätzen hinzu. Den hielt man ständig in Bereitschaft, nur für den Fall, dass der große Wagen liegen blieb.

Als städtische Kraftwagen Nr. 1 und Nr. 2 waren die beiden Badebusse dann ab 24. Mai 1909 im Einsatz. Am Ende der Saison aber stand ein dickes Minus für die Stadt. Gemeinderat Dr. Schmid hatte es ja vorausgesehen, und er sprach aus eigener Erfahrung: »Wer selbst ein Automobil besessen habe, vermöge alle die Schwierigkeiten eines solchen Betriebs wohl zu ermessen. Er – Dr. Schmid – hätte gewünscht, dass man der Frage einer gleislosen elektrischen Straßenbahn näher trete, die mancherlei Vorzüge habe. Es bedürfe keiner Grunderwerbungen etc.,

und die Kosten des Betriebs seien viel geringer als bei Automobilen.« Damit war abermals das Stichwort gefallen. Auch Barth vom Bürgerausschuss wusste Bescheid, er hatte schon mancherlei über gleislose Bahnen gelesen, und das hatte sich recht günstig angehört. Oberbürgermeister Hartenstein dämpfte die Euphorie: Er habe sich natürlich auch schon kundig gemacht und Baurat Strasser von den Königlichen Staatseisenbahnen um Stellungnahme gebeten. Der Herr Baurat habe aber dringend abgeraten, weil die Sache noch völlig in den Kinderschuhen stecke.

Jene »Automobil-Verkaufs-Gesellschaft« H. Balz & Co. aus der Stuttgarter Königsstraße, bei der man die beiden Daimler-Busse erstanden hatte, widmete sich seit einiger Zeit zufälligerweise auch einem anderen Geschäftszweig. Sie vertrieb »elektrische Oberleitungs-Automobil-Linien Marke Mercedes-Stoll«, ein Erzeugnis der Österreichischen Daimler-Motorengesellschaft in Wiener Neustadt. Den Stromabnehmer dazu hatte Carl Stoll aus Dresden erfunden: »einen für doppelpolige Oberleitung bestimmten Stromabnehmer . . . für nicht auf Schienen laufende Motorfahrzeuge«, wie es in der Patentschrift von 1901 heißt. Denn während Straßenbahnen mit einem Fahrdrabt auskommen, weil die Rückführung des Stroms über die Schienen erfolgt, benötigen schienenlose Fahrzeuge eine doppelpolige Oberleitung.

Bei Stoll waren die Fahrdrähte horizontal in 30 cm Abstand nebeneinander angeordnet. Der Stromabnehmer lief als vierrädriger Kontaktwagen auf den beiden Drähten. Eine stählerne Kugel, an einem 60 cm langen Stab befestigt, diente zur Stabilisierung, sollte also das Entgleisen verhindern. Dadurch wurde die Vorrichtung jedoch 25 Kilogramm schwer, was den Verschleiß erhöhte und eine robustere ausgelegte Oberleitung voraussetzte. Ein flexibles Kabel leitete den Strom zum Wagen weiter und diente gleichzeitig als Schlepptau für den Stromabnehmer.

Gegenüber Schiemanns Stangenkontakten hatte das Stollsche System den Vorteil größerer Bewegungsfreiheit. Stolls Sohn Ludwig, der 1904 nach Wien ging, verbesserte das Stromabnehmersystem seines Vaters und ersann eine Aufrolltrommel. Dadurch konnten die Mercedes-Stoll-Wagen bis zu zehn Meter nach rechts oder links ausweichen; per Federzug spulte sich das Stromkabel dann selbsttätig wieder auf. Im übrigen übernahmen die Konstrukteure gleisloser Bahnen damals möglichst viele elektrische Teile von den Straßenbahnen: die Motoren etwa oder die Controller, also jene Regelwiderstände, mit denen sich die Fahrgeschwindigkeit einstellen ließ. Oberleitungsbahnen wurden daher ebenso wie Straßenbahnen mit 500 Volt Gleichstrom betrieben.

Doch zurück zum System »Mercedes-Stoll«. In Wien hatte sich Stoll jun. mit dem Hofwagenfabrikanten Jacob Lohner zusammengetan, der ihm die Oberleitungswagen baute. Bei Lohner wiederum arbeitete damals ein junger Konstrukteur namens Ferdinand Porsche, und der hatte bereits bei der Pariser Weltausstellung von 1900 ein Fahrzeug mit elektrischem Antrieb präsentiert. Das Besondere daran war, dass Porsche die Motoren in den Radnaben untergebracht hatte. So entfielen die kräftezehrenden Übertragungswege vom Motor zum Rad. Im Ersten Weltkrieg verwendete Porsche übrigens das gleiche Prinzip für seine Tieflader mit Hybridantrieb, um schwere Mörser in die Dolomitenstellungen zu verfrachten.

Im Sommer 1909 verhandelte die Ludwigsburger Stadtverwaltung mit jener Firma Balz über die Lieferung einer Oberleitungsbahn Modell Mercedes-Stoll inklusive der dazugehörigen Lohner-Wagen, ausgestattet mit Porsches Radnaben-

motoren. Kostenvoranschläge und Wirtschaftlichkeitsberechnungen wurden erarbeitet, und zwar zunächst für die drei Strecken Ludwigsburg-Oßweil, Oßweil-Aldingen und Ludwigsburg-Eglosheim. Um die Sache rasch voranzutreiben, bildete der Gemeinderat im Oktober einen dreiköpfigen Verkehrsausschuss. Eine Umfrage ergab: In Oßweil würden 400 Personen den Bus regelmäßig benutzen, in Aldingen wären es voraussichtlich 50 Pendler, in Neckargröningen stiegen 30 Werktätige zu, weitere 30 an der Abzweigung nach Hochberg; einige wollten sogar aus Bittenfeld anmarschieren.

Allerdings rechnete man vor allem im Falle Aldingens mit einem Umdenken. Nach Angaben von Schultheiß Fiesel standen 81 der 119 auswärts beschäftigten Aldinger in Kornwestheim in Lohn und Brot. Nur 21 Personen pendelten nach Ludwigsburg. Den Weg dorthin legten sie gewöhnlich zu Fuß oder mit dem Fahrrad zurück; die Postkutsche beförderte im Durchschnitt nur fünf Personen täglich. War aber die neue Bahn erst einmal in Betrieb, so würden sich die Aldinger scharenweise nach Ludwigsburg hin orientieren. Führte doch der Gewerbe- und Handelsverein soeben wieder Klage, dass »gegenwärtig allerorten Arbeitermangel herrsche«. Zahlreiche Schüler würden die Oberleitungsbahn benutzen, auch Bäuerinnen, die den Markt mit frischer Ware beschickten. Nicht zu vergessen die vielen Soldaten, die in Ludwigsburg dienten. Und außerdem sei »an schönen Sonntagen hier in Aldingen ein außerordentlich starker Fremdenzuzug wahrzunehmen, der sich nach Einrichtung der Bahn wesentlich steigern wird«. Schließlich könnten auch Feldfrüchte in beträchtlicher Menge nach Ludwigsburg verfrachtet werden. Schultheiß Fiesel schätzte allein den Wagenladungsverkehr vom Bahnhof Ludwigsburg nach Aldingen auf 1000 Tonnen jährlich: Holz, Kohlen, Obst, Thomasmehl, Kainit, Salpeter, Hafer usw. Dazu kamen 5000 Stückgutsendungen jährlich im Gesamtgewicht von 750 Tonnen.

Fiesels Schätzungen dürften mit Bedacht überaus optimistisch ausgefallen sein. Hatte doch Balz am 8. Oktober 1909 seine Kosten- und Rentabilitätsrechnung nur für den Abschnitt Ludwigsburg-Neckargröningen abgegeben. Demnach sollte die 7,6 Kilometer lange Strecke 210 000 Mark kosten. Was die Frequenz anging, so griff Balz ebenfalls sehr hoch und ging von 1000 Personen pro Tag aus. Eine Verlängerung bis Aldingen freilich würde beträchtliche Gebiete jenseits des Neckars erschließen. Fahrgäste aus Waiblingen, Fellbach, Oeffingen oder Schmiden würden sich einstellen. Ökonomierat Julius Knorpp (1867–1953), Ludwigsburgs Wirtschaftsbürgermeister, stellte unterdessen fleißig Tarifberechnungen an, kalkulierte auch mit den unterschiedlichsten Fahrgastzahlen.

Am 30. Oktober 1909 lag endlich ein Kostenvoranschlag für die ganze, zehn Kilometer lange Strecke von Ludwigsburg bis Aldingen auf dem Tisch. Gleichzeitig bat ein gewisser Dr. jur. Max Hoeltzel aus Stuttgart, Geschäftsführer bei Balz, »um die Konzession zum Bau, der Einrichtung und dem Betrieb einer gleislosen Bahn von Ludwigsburg nach Aldingen auf die Dauer von 5 Jahren«. Während dieser Zeit sollten die Einnahmen aus dem Fahrbetrieb eine fünfprozentige Verzinsung des eingesetzten Kapitals garantieren. Andernfalls hatte Ludwigsburg zusammen mit den beteiligten Gemeinden einen Zuschuss von maximal 8000 Mark zu leisten. Nach Ablauf der fünf Jahre sollte Ludwigsburg die ganze Anlage erwerben können, und zwar um den Preis des 25fachen jährlichen Reingewinns.

Die Sache wurde somit spruchreif. Ökonomierat Knorpp war ein vorsichtiger Mann. Er zog Erkundigungen ein bei etlichen Städten in Österreich-Ungarn, wo

bereits Mercedes-Stoll-Bahnen liefen. Und er bekam zufrieden stellende Antworten. Das Oberamt als Aufsichtsbehörde freilich blieb skeptisch: Ob die Bahn wohl auch bei Eis und Schnee die Steigung zwischen Neckargröningen und Oßweil nehmen würde? Und ob die Staubeentwicklung auf den geschotterten Straßen nicht »vom sanitären Standpunkt aus« bedenklich sei? Ein Gutachten, von Oberamtmann Bertsch in Auftrag gegeben, errechnete wesentlich höhere Betriebskosten und kam auf ein Defizit von mehr als 14 000 Mark im Jahr. Grundsätzlich begrüßte es der Oberamtmann, dass die Landgemeinden der Stadt Ludwigsburg näher gebracht werden sollten. Doch machte er kein Hehl daraus, dass er lieber eine Gleisbahn gesehen hätte.

Oberbürgermeister Hartenstein indes vertraute den Angaben der Firmen, die doch ihre Erfahrungen hatten und sich durch falsche Berechnungen nur selbst schaden würden. Außerdem blieb das finanzielle Risiko auf besagte Garantieleistung von 8000 Mark jährlich beschränkt. Scheiterte das Vorhaben Oberleitungsbahn, so war damit »jedes Bahnprojekt zwischen den Gemeinden auf 20 bis 30 Jahre vernichtet«. Dann war auch Aldingen für Ludwigsburg verloren. Denn wie man hörte, verhandelten die Stuttgarter Straßenbahnen bereits wegen Fortsetzung der Straßenbahn von Münster nach Aldingen. Daher warnte Hartenstein: »Ein Gelingen wäre dem Bezirk sicher nicht von Vorteil. Aldingen hat aber erklärt, dass es unserem Projekt den Vorzug gebe.«

Beim Versuch, die Vertragsbedingungen zu verbessern, saß Hoeltzel als alleiniger Anbieter am längeren Hebel. Immerhin gelang es, die Garantieklausel etwas zu entschärfen. Demnach wollte Hoeltzel nunmehr die Bahn zehn Jahre lang betreiben, gleichzeitig reduzierte sich der Zuschuss auf höchstens 6000 Mark. Um seine Verhandlungsposition zu stärken, hielt Hartenstein Ausschau nach Alternativen. Mit Schiemann war nicht zu rechnen, da er es nach wie vor ablehnte, sich finanziell zu engagieren und zudem nur eine grobe Kostenschätzung über 250 000 Mark abgab.

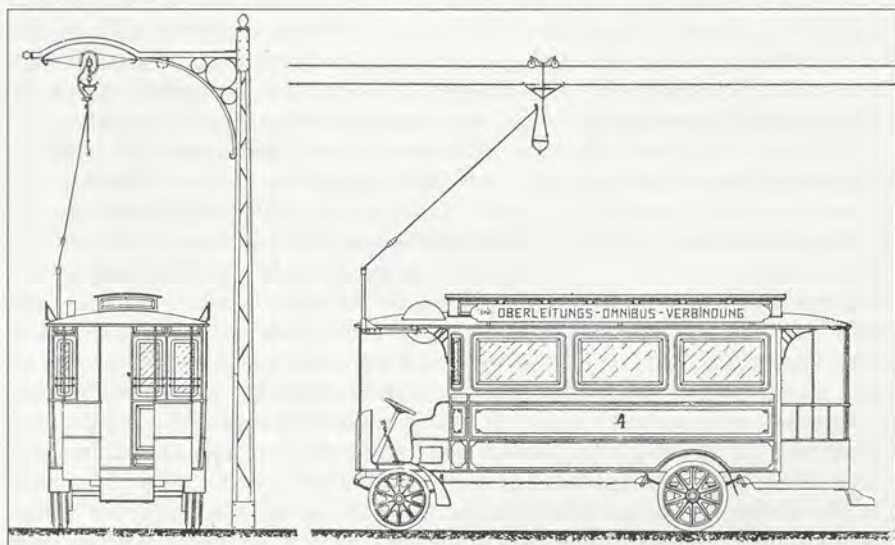
Hoeltzel und Balz meinten wohl, gewonnenes Spiel zu haben. Da trat ganz unerwartet doch noch ein ernsthafter Konkurrent auf den Plan: ein Ingenieur namens Georg Willy Köhler aus Bremen. Vor etlichen Wochen erst, genauer gesagt: am 22. Oktober 1909 hatte er seine Firma »Köhlers Bahnpatente« ins dortige Handelsregister eintragen lassen. Wie dieser Kontakt zu Köhler zustande kam, darüber schweigen sich die Akten aus. Möglicherweise liefen die Fäden über Friedrich Kübler, einen gebürtigen Ludwigsburger, der ein Mitarbeiter Gottlieb Daimlers und Wilhelm Maybachs gewesen war und es mittlerweile bei der Norddeutschen Automobil- und Motoren-Fabrik AG (NAMAG) in Bremen zum Technischen Direktor gebracht hatte.

Am 3. Januar 1910 schickte Köhler ein Angebot samt Vertragsentwurf auf den Weg nach Ludwigsburg, betreffend den Bau und Betrieb einer Oberleitungsbahn von Ludwigsburg nach Aldingen. Dabei lag ein fein gedruckter Prospekt, in dem seine Oberleitungsbahnen abgebildet waren. Freilich nur als Zeichnungen, denn eine Köhler-Bahn war noch nirgends in Betrieb. Lediglich eine Versuchsbahn baute er gerade zusammen, auf dem Werksgelände der NAMAG.

Diese Firma stellte seit ihrer Gründung 1906 Elektrofahrzeuge her, seit 1908 dann auch Benzinomnibusse Marke »Lloyd«. 1914 fusionierte sie mit den Hansa-Werken; ab 1931 war Carl Borgward Alleinbesitzer, in dessen Automobiltypen die Markennamen »Hansa« und »Lloyd« bis 1961 weiterlebten. Die NAMAG nun

sollte für Köhlers Bahnen die Wagen bauen, während die elektrische Ausrüstung von der AEG kam. Köhler selbst leistete Entwicklungsarbeit für die Oberleitungstechnik der NAMAG, und seine eigene Errungenschaft war der patentierte Stromabnehmer.

Bei diesem nämlich waren die Fahrdrähte nicht nebeneinander, sondern übereinander angeordnet. Der Kontaktwagen lief mit zwei Spurrollen auf dem oberen Draht. Den Kontakt zum unteren Draht stellten zwei Schleifbügel her, die per Federkraft angedrückt wurden. Durch diese vertikale Anordnung erübrigte sich das Balancegewicht, der Stromabnehmer wurde zuverlässig am Draht geführt und



*Köhlers Oberleitungswagen.*

*Die Zeichnung lässt die Konstruktion von Stromabnehmer und Stromkabel erkennen.*

war vor allem erheblich filigraner: Nur 4 Kilogramm wog Köhlers Konstruktion, gegenüber 25 Kilogramm bei Stoll. Entsprechend leichter konnte er auch die Oberleitung auslegen. Andere Dinge wie die Kabeltrommel ähnelten Stolls Bauweise. Auch die Kontaktdose, die der Fahrer in Griffweite hatte. Diese Vorrichtung ermöglichte es, dass mehrere Wagen an einer Oberleitung fuhren. Begegneten sich zwei Omnibusse, so zogen die Fahrer einfach den Stecker ihres Stromkabels, tauschten diese aus, und so fuhr nun jeder mit dem Stromabnehmer des anderen Wagens weiter. Noch in der ersten Januarhälfte 1910 sprach Köhler persönlich auf dem Ludwigsburger Rathaus vor, kündigte allerdings schon wenige Tage später an, dass die NAMAG zehn Monate Lieferfrist für die Motorwagen benötige.

Zu Beginn des Jahres 1910 hatte Ludwigsburg somit die Wahl zwischen zwei Anbietern. Köhler ging es darum, seine erste Bahn in Betrieb zu sehen; er war deshalb bereit, sich selbst um die Finanzierung zu kümmern. Balz wiederum setzte seinen Ehrgeiz darin, die erste Oberleitungsbahn in Württemberg zu bauen. Was

die Kosten betraf, so waren beide Offerten ebenbürtig: Balz bezifferte das Anlagekapital in einem neuerlichen Voranschlag auf 278 000 Mark, Köhler rechnete mit 280 000 Mark. Ähnlich war es beim Reingewinn, den Köhler auf 27 000 Mark kalkulierte. Um sich beide Optionen offen zu halten, schlossen die Vertreter von Ludwigsburg, Aldingen, Neckargröningen und Oßweil am 2. Februar 1910 zwei Verträge ab: den einen mit Hoeltzel, den anderen mit Köhler.

Der erste Vertrag verpflichtete Hoeltzel, binnen zwei Monaten eine Gesellschaft zu gründen, die eine Oberleitungsbahn von Ludwigsburg nach Aldingen bauen und betreiben sollte. Lieferant dieser Bahn war die Firma Balz, Hersteller die Österreichische Daimler-Motorengesellschaft. Dazu die bekannten Bedingungen: zehn Jahre Garantieleistung der Stadt Ludwigsburg bis maximal 6000 Mark jährlich. Der Vertrag mit Köhler lautete ganz ähnlich. Doch waren hier Termine für die Fertigstellung festgeschrieben. Im übrigen gewährte Köhler durchweg die besseren Konditionen; so begnügte er sich mit einer fünfjährigen Einnahmegarantie.

Schon am 31. Januar 1910 indes hatte der Verkehrsausschuss dem praktisch bewährten System Mercedes-Stoll den Vorzug gegeben und beschlossen, eine Kommission zur Besichtigung dieser Bahnen nach Wien zu entsenden. Am 11. Februar 1910 machten sich daher sieben Herren auf die Reise nach Wien: Ökonomierat Knorpp, Oberamtmann Bertsch, je ein Mitglied von Gemeinderat und Bürgerausschuss sowie die Schultheißen von Oßweil, Neckargröningen und Aldingen. Zwei Tage lang besichtigten sie die Daimler-Bahnen in Wien und Umgebung. Am sechsten Tag, um 3 Uhr früh, trafen sie wieder in Ludwigsburg ein. Das Fazit am Ende der Dienstreise, die übrigens auf Kosten der Franck-Stiftung geschah, war recht aufschlussreich: Die Steigung bei Neckargröningen würde die Oberleitungsbahn mit Leichtigkeit nehmen, und auch die Engstellen in der Ortsdurchfahrt Oßweil bildeten kein Hindernis. Auffällig ist, dass Knorpp nun beide Systeme für gleichermaßen brauchbar hielt, sowohl die praktisch erprobte Mercedes-Stoll-Bahn als auch Köhlers Konstruktion, die bis dato nur ein Produkt des Reißbretts war. Denn ob Radnabenmotor oder indirekter Antrieb, entscheidend war letzten Endes der Straßenzustand.

Auch Oberamtmann Bertsch sah darin den wunden Punkt und beauftragte sogleich seinen Wegemeister Fraenkel, ein Gutachten auszuarbeiten. Fraenkel wälzte Bücher und machte sich in seinen neuesten Fachzeitschriften kundig. Ergebnis: Die Stadt Ulm hatte erfolgversprechende Versuche mit Zementbeimischung angestellt. Auch die Verwendung von Teer war eine Möglichkeit, es gab ja jetzt in Feuerbach die Teerfabrik Volz. Und schließlich musste die Straßendecke fleißig gewalzt werden, mindestens alle zwei bis drei Jahre.

Mit anderen Worten: Die Sache wurde teuer. Allein für die 4830 Meter lange Amtskörperschaftsstraße Ludwigsburg-Oßweil-Neckargröningen rechnete der Oberamtmann mit jährlichen Mehrkosten von 10 000 Mark. Für die Strecke von Neckargröningen nach Aldingen waren die beiden Gemeinden selbst zuständig. Doch sei's drum, wegen des zunehmenden Automobilverkehrs musste in puncto Straßen ohnehin etwas geschehen, entschied der Oberamtmann. Und er schlug vor, in den Wagen Fahrkartenautomaten anzubringen, damit man einen Schaffner einspare.

Auch das Innenministerium warnte nun vor einer beträchtlichen Steigerung der Straßenunterhaltungskosten. Für die Decklagen war künftig Hartschotter nötig, der in Württemberg nicht vorkommt und daher für teures Geld

herangeschafft werden musste: »So liegen bei uns die Verhältnisse für Einführung von gleislosen Bahnen ganz besonders ungünstig.«

Während die Herren in Wien weilten, hatten sich in Ludwigsburg ungute Dinge zugetragen. Hoeltzel, Balz und Stoll ahnten wohl, dass Köhlers Konkurrenz ihnen einen Strich durch die Rechnung machen könnte. Am 12. Februar 1910 kamen sie alle drei ins Amtszimmer von Oberbürgermeister Hartenstein gepolt, begleitet von Rechtsanwält Dr. Wiedemann, dem Aufsichtsratsvorsitzenden von Balz & Co. Stoll zeterte, Köhler sei ein Schwindler, seine Patente wertlos, und er werde ihn wegen unlauteren Wettbewerbs verklagen, denn: »Die Oberleitungsdrähte übereinander zu legen, habe er (Stoll) und die AEG in Berlin schon oft versucht, es gelinge absolut nicht.« Dem erwiderte Hartenstein: »Bei Köhlers Angebot wisse man wenigstens, wer hinter der Sache stehe. Bei Hoeltzel dagegen sei noch nicht einmal sicher, ob er die Finanzierung überhaupt zustande bringe.« Wiedemann konterte, dass hinter der Firma Balz der Inhaber der Firma Heidsieck & Co., der bekannten Champagnerfabrik, stehe, der »steinreich« sei. Er und einige Banken »machen auch die Bahn, man dürfe also keine Sorge haben, dass die Finanzierung nicht glücke«.

Doch damit nicht genug. Der Konkurrenzkampf eskalierte zur Pressepolemik. Unter dem Titel »Der Streit um die erste gleislose Bahn in Württemberg« erschien am nächsten Tag ein Artikel im Stuttgarter »Neuen Tagblatt«, der Einzelheiten aus den beiden Verträgen vom 2. Februar preisgab. Insbesondere die Auftragsvergabe an ein auswärtiges Unternehmen – Köhler in Bremen – schädigte die Interessen der württembergischen Industrie, rügte der unbekannt Verfasser. Köhler konnte diesen Vorwurf mit dem Hinweis parieren, dass die Balzsche Anlage ja nicht in Untertürkheim gefertigt werde, sondern bei der Daimler-Motorenengesellschaft im österreichischen Wiener Neustadt.

Da der Artikel mit »Dr. H.« gezeichnet war, richtete sich der Verdacht sogleich auf Hoeltzel, zumal er bereits des öfteren das System Mercedes-Stoll in der Presse über den grünen Klee gelobt hatte. Der beeilte sich, die Sache zu dementieren, gab darauf sogar sein Ehrenwort und bekam schließlich von Chefredakteur Emil Keil bezeugt, dass er mit der Sache nichts zu tun habe. Hatte Balz den Artikel lanciert, als er seine Felle davonschwimmen sah? Jedenfalls trennte sich Hoeltzel nur wenige Tage nach dieser Kampagne von Balz.

Stoll und Balz ihrerseits machten sich über Köhler her. Stoll sprach von Patentverletzung und Schmutzkonkurrenz. Währenddessen nahm sich Ökonomierat Knorpp noch einmal die Verträge mit Hoeltzel und Köhler vor und verglich sie Wort für Wort. Er fand 14 Punkte, in denen sich beide Verträge unterschieden. Und jeder dieser 14 Punkte sprach für Köhlers Angebot; der hatte beispielsweise genaue Baufristen zugesagt, forderte geringere Garantieleistungen, bot Freifahrten für Kinder und alle anderen Personen, die im Interesse der öffentlichen Sicherheit und Wohlfahrt unterwegs waren.

Hinzu kam, dass Balz und Genossen sich durch jene unerquicklichen Vorgänge selbst diskreditiert hatten, während Köhler stets sachlich geblieben war. Direktor Kübler teilte mit, dass Köhler gegen Balz & Co. Klage wegen unlauteren Wettbewerbs erhoben habe. Im übrigen erläuterte er in seinem sechsseitigen Schreiben nüchtern die technischen Nachteile des Radnabenmotors: hoher Anfahrstrom, geringes Drehmoment bei Langsamfahrt, mehr Energieverbrauch.

Balz versuchte die Sache noch zu retten und bot an, zu gleichen Bedingungen an

Hoeltzels statt in den Vertrag einzutreten. Hoeltzel seinerseits wechselte die Fronten, um mit Köhler gemeinsame Sache zu machen. Ludwig Stoll, der sich rasch aus der Affäre gezogen hatte, beschwor Oberbürgermeister Hartenstein »in letzter Stunde« abermals, »sich nicht in das Abenteuer eines unerprobten Systems einzulassen. Der Köhlersche Stromabnehmer für zwei übereinander aufgehängte Drähte wird nicht funktionieren. Ähnliche Versuche habe ich schon vor Jahren gemacht und wegen völliger Zwecklosigkeit wieder fallen gelassen.«

In der Verhandlung des Verkehrsausschusses vom 28. Februar 1910 nannte Knorpp aus den oben genannten Gründen den Kontrakt mit Köhler »entscheidend vorteilhafter«. Hoeltzel und Balz hingegen hätten »ein Verhalten an den Tag gelegt, welches für die Vertragsausführung nichts Gutes, sondern fortgesetzte Scherereien befürchten« lasse. Köhler hatte überdies zugesagt, pünktlich bis zum 1. Mai 1911 auch die Heilbadlinie zu gleichen Konditionen auszuführen, während von Balz dafür keine Zusage zu bekommen war. blieb als einziger Vorbehalt, dass Köhlers System noch nicht praktisch erprobt war. Doch die NAMAG selbst wollte auf die Dauer von fünf Jahren »das tadellose Funktionieren der zu errichtenden Bahn« garantieren. Nicht zu vergessen die Autorität Friedrich Küblers, eines »Sohnes der Stadt«, der als »Miterfinder der Automobile und hervorragender Sachverständiger« galt.

Die Sache war damit entschieden, noch bevor der Gemeinderat am 9. März 1910 zur Abstimmung schritt. Allein Gemeinderat Hardegg lehnte das Projekt in Bausch und Bogen ab: Ludwigsburg mache sich selbst zum Versuchsobjekt und gebe sich auf »eine Reise nach Utopien, und zwar auf einer gleislosen Bahn«, rief er seinen Kollegen zu. Hemminger vom Bürgerausschuss indes sah in der gleislosen Bahn schlichtweg »eine Lebensfrage für Ludwigsburg«. Die Gemeinden Oßweil, Neckargröningen und Aldingen befürworteten noch am selben Tag den Vertrag mit Köhler. Der Neckargröninger Schultheiß Räuchle schwor seinen Gemeinderat mit einer fulminanten Rede auf die gleislose Bahn ein. Diese sei »der sicherste, billigste und beste Weg, um Neckargröningen an das große Weltverkehrsnetz anzuschließen«. Nüchterner drückte sich Oberamtmann Bertsch aus: Die Bahn werde »sowohl für die Stadt Ludwigsburg und ihre Industrie als auch für die andern Gemeinden und ihre Bewohner zweifellos von der einschneidendsten Bedeutung sein«.

Zunächst aber bewegte sich nicht viel. Köhler hatte den Vertrag in der Tasche und ließ sich mit dem Baubeginn Zeit, obwohl in § 8 verbindliche Termine festgelegt waren: Am 15. Juli 1910 sollte die Teilstrecke bis Oßweil befahrbar sein, am 1. Oktober sollte die Bahn Aldingen erreichen. Verhandlungen mit den Elektrizitätswerken waren im Gang. Doch das Kraftwerk Beihingen-Pleidelsheim (die heutige KAWAG) stand noch im Bau und war somit kein ernsthafter Konkurrent für die Neckarwerke, die auf ihr Monopol für Aldingen pochten. So erhielten schließlich am 14. Oktober 1910 die Neckarwerke Esslingen den Zuschlag. Ein anderes Problem löste sich über Nacht. Denn am 25. Mai 1910 brannte jenes Gebäude in Oßweil bis auf die Grundmauern nieder, welches das schlimmste Hindernis auf der ganzen Strecke gebildet hatte: das Gasthaus »Hirsch«.

Für Mitte April kündigte Köhler endlich sein Kommen an, um die Arbeiten in Angriff zu nehmen. Tatsächlich aber konzentrierte er sich ganz offensichtlich auf andere Projekte: Demnächst wollte er in Bremen seine erste Oberleitungsbahn eröffnen, in Kassel bemühte er sich um einen weiteren Auftrag, und über die



Deutsche Nationalbank betrieb er eine Kapitalerhöhung seiner Gesellschaft, die bisher nur mit mageren 170 000 Mark Stammkapital ausgestattet war.

Geld, viel Geld brauchte Köhler auch für die Ludwigsburger Bahn. Vertragsgemäß sollte er ja das Anlagekapital selbst beschaffen, indem er eine Betriebsgesellschaft gründete. Das geschah auch: Im Mai wurden Zeichnungsscheine und Werbeprospekte gedruckt, die einen Reingewinn von 27 000 Mark verhiessen, mithin eine neunprozentige Verzinsung des Kapitals. Der Erfolg dieser Kampagne blieb allerdings mehr als mäßig, obwohl Direktor Kübler sich selbst ins Zeug legte und für das Projekt warb. Ärgerlich war, dass unterdessen die Preise stiegen und beispielsweise die Vollgummireifen sich um 50 Prozent verteuerten. Um seinen Kostenvoranschlag nicht zu überschreiten, strich Köhler daher am 20. Juni 1910 kurzerhand einen Motorwagen und erklärte, fünf Zugwagen müssten genügen.

Allmählich kam allenthalben Unruhe auf. »Wann man auf die Eröffnung der Straßenbahn von hier nach Oßweil rechnen dürfe?« fragte die Ludwigsburger Zeitung am 23. Juni 1910 und war guter Hoffnung, dass es im August so weit sein werde. Tatsächlich nahmen die Bauarbeiten im August erst ihren Anfang, Masten wurden ausgesteckt bis nach Aldingen hinaus. Im Stadtgebiet war es das Einfachste, den Fahrdraht an den Gebäuden abzuspannen. Freilich konnte mancher Hauseigentümer sich mit diesem Gedanken wenig anfreunden, etwa mit der Begründung, dass »durch die fortwährenden Erschütterungen die Plafonds in der Myliusstraße ohnehin schon mehr und mehr Beschädigungen aufweisen«. Der Arsenalplatz erhielt an seiner Westseite eiserne Gittermasten, während man sich außerhalb der Stadt mit einfachen Holzmasten begnügte. Um den Stückgutverkehr bedienen zu können, war auch eine Oberleitung entlang des Verladeplatzes beim Bahnhof notwendig.

An der Schorndorfer Straße – schräg gegenüber vom Alten Friedhof – errichtete die Firma Baumgärtner nach Köhlers Plänen eine Garage für neun Oberleitungswagen. Angebaut waren Räume für Werkstatt, Büro und elektrische Kraftstation. Denn da die Oberleitungsbahn wie schon erwähnt mit 500 Volt Gleichstrom fuhr, brauchte man einen Umformer. Dabei handelte es sich um einen Elektromotor, der mit einem 100-Kilowatt-Generator gekuppelt war. Der Elektromotor arbeitete mit 380 Volt Drehstrom aus dem Netz, lief mit 980 Umdrehungen in der Minute und erzeugte am Generator eine 550-Volt-Gleichspannung.

Ende September kam Köhler zusammen mit Direktor Kübler nach Ludwigsburg, um endlich die Gesellschaftsgründung zu tätigen. Im kleinen Sitzungssaal des Rathauses wurde am 13. Oktober 1910 der Vertrag unterzeichnet. »Ludwigsburger Oberleitungsbahnen GmbH« nannte sich die neue Firma. Ihr Stammkapital betrug 280 000 Mark. Davon hatten Kommerzienrat Robert Franck, Fabrikbesitzer Richard Franck und die Firma Bosch in Stuttgart je 10 000 Mark gezeichnet. Schultheiß Fiesel aus Aldingen beteiligte sich mit 5000 Mark. Die restlichen 26 Kleinanleger kamen in der Mehrzahl aus den Landgemeinden und brachten im Schnitt keine 2000 Mark mit. Es waren Handwerker oder Bauern, auch ein Hauptlehrer findet sich, und sieben Witwen, die offenbar in der Oberleitungsbahn ein Zukunftsprojekt sahen und investierten, was sie auf der hohen Kante hatten. Unterm Strich waren es 78 000 Mark. Die restlichen Anteile im Wert von 202 000 Mark musste Köhler selbst übernehmen. Der siebenköpfige Aufsichtsrat wählte gleich anschließend Oberbürgermeister Hartenstein zu seinem 1. Vorsitzenden.

Ende Oktober war die Oberleitung dann bis Neckargröningen fertig gestellt, einen Monat später sollte die Strecke nach Aldingen folgen. Zu Winterbeginn würde die Bahn also fahrbereit sein. Da kündigte die NAMAG an, dass sie erst im Dezember zwei Motorwagen ausliefern könne. Die Öffentlichkeit, vor allem in den Landgemeinden, war ohnehin schon ungehalten. Schultheiß Fiesel berichtete aus Aldingen, dass seine Leute kaum mehr zu beschwichtigen seien, denn gerade die entferntesten Gemeinden hätten naturgemäß das größte Interesse an der Bahn. Hartenstein wandte sich an Direktor Kübler persönlich: »Es sollte doch vermieden werden, dass Mercedes zuerst in Württemberg läuft!«, versuchte er die NAMAG an ihrer Firmenehre zu nehmen. Denn Balz hatte unterdessen den Auftrag für eine gleislose Bahn von Heilbronn nach Böckingen erhalten, die dann tatsächlich ab 1911 verkehrte.

Köhler selbst verwies auf seine Schwierigkeiten bei der Kapitalbeschaffung und die solchermaßen verzögerte Gesellschaftsgründung; die Ludwigsburger hätten sich bei der Zeichnung von Gesellschaftsanteilen ja sehr zurückgehalten. Außerdem sei es ihm nicht möglich gewesen, die AEG und die NAMAG bei Konventionalstrafe auf Liefertermine festzulegen; dafür sei sein System zu neu. Und schließlich habe er noch die Erfahrungen aus seiner Bremer Bahn verwenden wollen, die im August eröffnet worden war. Den Oberbürgermeister Hartenstein titulierte Köhler nun auch nicht mehr als »hochwohlgeboren«, sondern er begnügte sich fernerhin mit der Anrede »wohlbliches Stadtschultheißenamt«.

Wenigstens ging die Bahn dann noch vor Jahresende in Betrieb. Freilich waren es vorerst nur jene angekündigten zwei Motorwagen, die am 17. Dezember 1910 am Bahnhof aus Bremen eintrafen. Drei Tage lang unternahm man noch Versuchsfahrten bis Neckargröningen hinaus. Dann probte die Oberleitungsbahn den Ernstfall: Gleich 800 Personen beförderte sie am 21. Dezember 1910, dem Thomastag, der damals Feiertag war. Tags darauf unternahm die Honoratioren aus Ludwigsburg und den Vertragsgemeinden eine Besichtigungsfahrt, und sie waren begeistert »von dem ruhigen und leichten Gang der Wagen«. Diese konnten vorn und hinten bestiegen werden, waren im Innern weiß und braun gehalten, mit Eschenholz und Mahagoni ausgekleidet. Wie in der Straßenbahn gab es eine Signalglocke, deren Glockenstrang von hinten bis vorn durchlief. Der Wagen bot mit 20 Sitz- und zehn Stehplätzen Fahrgelegenheit für 30 Personen. Der Wagenkasten selbst war aus Hartholz gefertigt, außen cremefarben gestrichen, mit dunkelblauen Streifen abgesetzt und trug



*Das Wageninnere war mit Eschenholz und Mahagoni ausgekleidet.*

auf beiden Längsseiten die Aufschrift »Ludwigsburger Oberleitungsbahnen«. Das Fahrgestell bestand aus U-Eisen, die vier hölzernen Laufräder erhielten Kugellager und Vollgummibereifung. Der Motor war in der Wagenmitte angeordnet und leistete zwischen 15 und 25 PS; die Kraftübertragung erfolgte durch Zahnräder auf die Hinterachse. Auf ebener Strecke sollte der Wagen eine Höchstgeschwindigkeit von 20 Kilometern pro Stunde erreichen.

Über die Weihnachtsfeiertage 1910 war nun schon ein fahrplanmäßiger Betrieb möglich – wenn auch die Bahn an der Neckargröninger Gaststätte »Linde« noch umkehren musste, weil es mit der Oberleitung nach Aldingen Probleme gab. Im Januar 1911 trafen dann die restlichen drei Motorwagen ein. Bis dahin hatte die Bahn schon mehr als 16 000 zahlende Fahrgäste befördert. Bis zum Frühjahr müssen auch zwei Anhängewagen verfügbar gewesen sein, denn ein weiteres Exemplar ging Ende Mai 1911 beim Stuttgarter Kutschenmacher Otto Nägele in Auftrag. Dieser dritte Anhängewagen mit seinen 16 Sitz- und vier Stehplätzen sollte übrigens besser gearbeitet werden als die beiden anderen, deren Fenster ständig klappten.

Betriebsleiter der Ludwigsburger Oberleitungsbahnen war der Ingenieur Carl Frizlen. Und der hatte vorerst alle Hände voll zu tun, die Pannen zu beheben. Ein Kurzschluss in der Oberleitung legte am 2. Februar 1911 die ganze Strecke für 1½ Stunden lahm, beschädigte den Umformer und verursachte gar Stromausfall in einigen Ludwigsburger Betrieben. Die Neckarwerke fanden die Ursache in einem abgebrannten Distanzhalter der Oberleitung; bessere Sicherungsautomaten sollten solche Schäden in Zukunft vermeiden. Als Köhler nun drei Wochen nach diesem Vorfall anfragte, wann denn die Eröffnungsfeier sein werde, da entgegnete ihm Hartenstein schroff, er solle erst einmal dafür sorgen, dass seine Stromabnehmer tadellos funktionierten.

Mittlerweile hatte der Gemeinderat am 25. Januar 1911 an Köhler den Auftrag zum Bau der Heilbadlinie nach Hoheneck erteilt. Schon am 19. Juni 1911 war sie befahrbar, obwohl dazu am »Schwätzbänke« eine Weiche in der Oberleitung notwendig war, die erhebliche Schwierigkeiten bereitete. Doch war es eben nur mit dieser Weiche möglich, an der Ecke Wilhelm-/Schlossstraße eine Linie nach Hoheneck abzweigen zu lassen, während die Hauptstrecke der Schorndorfer Straße folgte.

Auf der vierzigminütigen Fahrt vom Ludwigsburger Bahnhof zum Aldinger Schloss nahm die Oberleitungsbahn den Weg durch die Myliusstraße, bog sodann in die Wilhelmstraße ein und hielt am »Schwätzbänke«. Nach einem weiteren Halt am Schorndorfer Tor ging es die Schorndorfer Straße hinaus nach Oßweil zur Haltestelle »Hirsch«. Am »Soldatenstraße« stiegen die Leute aus Hochberg zu. In Neckargröningen gab es zwei Haltestellen: am Rathaus in der Ludwigsburger Straße und am Gasthaus »Friedenslinde« in der Wasenstraße; hier nahm der Wagen auch jene Fahrgäste auf, die über die Neckarbrücke aus Richtung Neckarrems kamen. In Aldingen war Endstation, auf Höhe des Schlosses wendete die Bahn. Wer nun etwa zu Fuß nach Oeffingen weiter wollte, konnte seit 1914 den Weg über den eisernen Neckarsteg nehmen.

Bald zeigte sich, dass »die Betriebskosten sich bedeutend höher stellen als seinerzeit berechnet wurde«, so dass Geschäftsführer Carl Frizlen am 27. Juni 1911 für die Strecke nach Oßweil eine Tarifierhöhung von 10 auf 15 Pfennig beantragte, worauf die Oßweiler mit einem Boykott der Bahn drohten. Auch die Heilbadlinie



*Am »Schwätzbänkle« an der Ecke Wilhelm-/Schlossstraße zweigte die Linie zum Heilbad Hoheneck ab. Zu diesem Zweck erhielt die Oberleitung eine Weiche.*

sollte »in Anbetracht der hohen Stromkosten und Überwindung der bedeutenden Steigung« künftig 15 Pfennig kosten.

Zur Beförderung der Post enthielten die Motorwagen spezielle Behälter. Julius Dreher, der bislang in Aldingen den Postwagenverkehr nach Ludwigsburg besorgt hatte, war hinfort wohlbestallter Wagenführer bei den Oberleitungsbahnen, und auch den fahrenden Postboten Fischer von Hochberg nahm die Gesellschaft in ihre Dienste. Die Oberleitungsbahn besorgte ferner den Milchtransport und – seit dem Sommer 1911 – den Stückgutverkehr, möglicherweise mittels eines speziellen Frachtwagens. Doch fuhr die Stückgutbeförderung in der Folge nur Defizite ein, so dass sie schon nach knapp drei Jahren aufgegeben wurde.

Allenthalben hatte es sich nun herumgesprochen, welch ein modernes Verkehrsmittel sich die Ludwigsburger da zugelegt hatten. Selbst jenseits der Oberamts-grenze wurde man aufmerksam. In Waiblingen etwa bildete sich zu Jahresbeginn 1911 eine sechsköpfige Kommission, die es sich zum Ziel setzte, den Verkehr zwischen Hochdorf, Bittenfeld, Hohenacker, Neustadt, Neckarrems, Hegnach und Korb zu fördern, »sei es nun mittels Kraftwagen oder elektrisch betriebener Bahn«. Zweck des Unternehmens war die »Zufuhr von zahlreichen kräftigen Arbeitern und Arbeiterinnen nach Waiblingen, die andernfalls nach Ludwigsburg abgelenkt werden«. Schultheiß Kayser von Hegnach forderte geradewegs die Weiterführung der Oberleitungsbahn über Neckarrems nach Waiblingen – eine Trasse also, die im jüngsten Regionalplan von 1998 wieder aktuell geworden ist.

Der Bürgerverein Pflugfelden machte sich mehrmals stark für eine Bahnverbin-

dung, und ein Gleiches begehrte der Bürgerverein für die mittleren und nördlichen Stadtteile. Im Dezember 1911 kam eine Abordnung der östlichen Filderorte, um sich die gleislose Bahn anzusehen; denn dort, in Nellingen, Scharnhausen, Ruit und Sillenbuch, wünschte man sich ein Verkehrsmittel nach Stuttgart.

Die Ludwigsburger selbst waren freilich nicht ganz so glücklich mit ihrem neuen Gefährt. Schon im Juni 1911 protestierten 16 Anwohner der Myliusstraße gegen »das allzu reichliche, das Maß des Notwendigen übersteigende Signalgebläse« vor allem auf dem Bahnhofsvorplatz. In der Presse erschienen in schöner Regelmäßigkeit Leserbriefe, die an der »verhassten Oberleitungsbahn« kein gutes Haar ließen. Im August 1912 etwa heißt es wörtlich: »Unter betäubendem Gerasel nimmt sie ihren Weg durch die Hauptstraße der Stadt, die Häuser der Anwohner erschütternd und die Passanten in dichte Wolken Staub hüllend. . . . Die Bürgerschaft und insbesondere die Anwohner . . . sollten gegen eine Einrichtung geschlossen Front machen, die recht ist für die Landstraße, aber nicht für eine zweite Residenz- und zukünftige Fremden- und Bäderstadt.« Das Tiefbauamt versuchte der Staubbelästigung beizukommen, indem es die Schorndorfer Straße dreimal täglich mit Wasser besprengen ließ, freilich mit mäßigem Erfolg.

Gewiss, die Straßen waren arg mitgenommen, und bei Regenwetter spritzte das Wasser in hohem Bogen aus den Pfützen. Zwei Schaufensterscheiben sollen den Erschütterungen nicht standgehalten haben. Doch hatten nicht Gemeinderat und Oberamt unisono angekündigt, man müsse bei der Straßenunterhaltung neue Wege gehen? Sogar von einer durchgehenden Pflasterung war einmal die Rede gewesen, gerade breit genug für die Oberleitungsbahn. Nichts war geschehen, immer noch verwendete man für die Fahrbahndecken weichen, staubigen



*Oberleitungsbahn in der Wilhelmstraße. Die Staubentwicklung auf den geschotterten Straßen war ein ständiges Ärgernis.*

Muschelkalkschotter aus den nahen Steinbrüchen. Bei Oßweil und Neckargröningen war die Strecke nach den Frösten des Winters 1913 so schlecht, dass man schon an eine Betriebseinstellung dachte. Für Amtsstraßenmeister Heß waren die Vollgummiräder schuld an der Misere: »Nach jedem Wagen muss der Straßenwärter die aus den ausgebesserten Stellen hinausgeworfenen Steine wieder zusammenlesen.« Außerdem fuhren die Wagen viel zu schnell und waren mit bis zu 35 Personen überladen. Zwischen Neckargröningen und Aldingen gab es vor allem in den Sommermonaten Probleme: Auf der lediglich 4,5 Meter breiten Straße konnte sich die Oberleitungsbahn nur mit Mühe an den Erntewagen vorbeizwängen, und oft genug waren diese Fuhrwerke in der Dunkelheit völlig unbeleuchtet.

Im Stadtgebiet führte das Traindepot besonders drastische Klage: »Die Wagen der Oberleitungsbahn fahren zeitweise mit einer solchen Heftigkeit an dem Dienstgebäude vorbei, dass die Betten und Stühle unter den in denselben liegenden bzw. sitzenden Personen nicht nur zittern, sondern sich sogar von der Stelle bewegen; die Türen klemmen sich, die Glühstrümpfe [der Gaslampen] sind jeden Augenblick gerissen . . . Es ist daher zu befürchten, dass das Dienstgebäude Risse bekommt und die Gipsdecken herunterfallen werden.«

Geschäftsführer Frizlen und Oberbürgermeister Hartenstein wehrten sich redlich mit Erklärungen und Richtigstellungen in der Presse; so lasse sich etwa das Poltern der Wagen auf hart gefrorenem Boden schlechterdings nicht vermeiden. Doch die Kritiker stimmten immer zahlreicher den Ruf nach einer Schienenbahn an. Dies wäre die Lösung aller Probleme. Auf dem Rathaus gingen die Überlegungen zu dieser Zeit in die gleiche Richtung. Esslingen zum Beispiel hatte sich 1911 eine städtische Gleisbahn bauen lassen, und zwar von der Stuttgarter Straßenbahnen AG. Die hatte nicht nur Bau und Betrieb übernommen, sondern sich sogar noch mit 200 000 Mark als stiller Gesellschafter beteiligt. Warum sollte Ähnliches nicht auch in Ludwigsburg möglich sein?

Verhandlungen mit der Stuttgarter Gesellschaft sind auch alsbald aufgenommen worden. Sie führten jedoch ebenso wenig zum Ziel wie andere Kontakte, etwa zu dem Königlichen Baurat Soberski in Berlin. Am vielversprechendsten schienen noch die Angebote der Firma Hecker aus Wiesbaden und der Rheinischen Schuckertwerke in Mannheim zu sein, die 1912 vom Stadtzentrum aus Linien nach Aldingen, Hoheneck, Eglosheim, Kornwestheim, ja sogar über Neckarweihingen bis Marbach planten. Eine Million Mark sollte eine erste Ausbaustufe kosten. Doch zunächst musste die Stadt versuchen, die Oberleitungsbahn in ihren Besitz zu bringen. Denn Köhler, der immer noch mehr als die Hälfte aller Stammanteile hielt, würde wohl kaum Interesse am Bau einer Straßenbahn zeigen. Am 3. Juni 1912 gab der Gemeinderat seine Zustimmung; indes, der Handel misslang.

Dabei hatte die Bahn doch ihre Notwendigkeit schon mehr als zur Genüge bewiesen. Die fünf Motorwagen liefen beispielsweise im Geschäftsjahr 1913/14 statt der geplanten 80 000 Kilometer fast das Dreifache; sie beförderten dabei eine halbe Million Fahrgäste. Gewiss, mit dem finanziellen Ertrag war es nicht weit her: Ganze 2830 Mark Reingewinn blieben unterm Strich übrig. Der Wagenpark war durch die hohe Kilometerleistung verschlissen. Frizlen schaffte daher einen weiteren Motorwagen an. Eine Erhöhung des Gemeindegzuschusses forderte er freilich vergebens.

Da schreckten 1913/14 andere Planungen die Ludwigsburger Rathauspitze auf: Die Bottwartalbahn sollte von Marbach nach Cannstatt verlängert werden, und

die Trasse war dabei so geführt, dass sie möglichst viele Neckartalgemeinden erreichte. Sollten diese »seit alters mit Ludwigsburg Verkehr und Handel pflegenden Orte Poppenweiler, Bittenfeld, Neckarrems, Neckargröningen und Aldingen der Großstadt Stuttgart zugeführt werden?«, fragte die Ludwigsburger Zeitung.

Schon in seiner ersten Sitzung des Jahres 1914 machte sich daher der Gemeinderat Gedanken über die Verkehrssituation. Angestoßen hatte die Diskussion Wilhelm Hagspiel, Mitglied des Bürgerausschusses, der »zweiten Kammer« im Gemeinderat. Hagspiel dürfte es auch gewesen sein, der am 2. März 1914 in einem Presseartikel Antwort zu geben versuchte auf die »Ludwigsburger Verkehrsfragen«. Die gleislose Bahn habe ihre Aufgabe erfüllt, heißt es hier, nämlich »das Bedürfnis für eine Straßenbahn nachzuweisen«. Jetzt sei es an der Stadtverwaltung, eine solche Schienenbahn zu bauen. Die Vorteile für Handel und Wandel in der Stadt würden dabei auch hohe finanzielle Opfer rechtfertigen.

Endlich gelang es nun auch, Köhlers 141 Stammanteile zum Kurswert von 75 Prozent zu erwerben, für 105 750 Mark. Damit besaß Ludwigsburg die Mehrheit am Gesellschaftskapital. Der Weg war nun frei für weitere Verhandlungen. Bald würde man die »Gleislose« nicht mehr sehen müssen, die »in unser sonst ein so vornehmes Gepräge aufweisendes Stadtbild gar nicht passen will«, wie ein Leserbriefschreiber meinte. »Vielleicht sind es in erster Linie die buntbemalten, jeglichen Komforts entbehrenden Wagen, welche an alles Mögliche, nur nicht an eine gediegene Straßenbahn gemahnen.«

Doch der Erste Weltkrieg beendete die Sache, bevor sie recht zum Tragen kam. Um das Material zu schonen, verkehrten die Wagen zusehends spärlicher. Hauptengpass waren die Vollgummireifen. Sie sollten eigentlich 15 000 Kilometer laufen, waren aber auf den schlechten Straßendecken schon nach ein paar Monaten heruntergefahren. Und ihr Preis stieg alsbald auf mehr als das Doppelte. Seit Jahresbeginn 1915 gingen die Fahrgastzahlen drastisch zurück, die Einnahmen deckten nicht einmal mehr die unmittelbaren Betriebsausgaben. Frizlen reagierte darauf mit Preiserhöhungen und einer Ausdünnung des Fahrplans. Die Folge: Keine 155 000 Fahrgäste hatte man im Geschäftsjahr 1915/16, der Fahrpreis nach Aldingen stieg auf 35 Pfennig. Dennoch stand in der Bilanz ein Verlust von fast 18 000 Mark. Als im dritten Kriegsjahr 1916 keine Gummireifen mehr zu bekommen waren, beschloss der Gemeinderat am 10. August 1916, den Betrieb zum 1. Oktober einzustellen.

Die Vertreter der Vertragsgemeinden protestierten im Aufsichtsrat gegen diese Entscheidung. Auch etliche Leserbriefe brachen jetzt eine Lanze für die »Gleislose«, schlugen vor, Eisenreifen aufzuziehen. Denn »auf Stahlrädern fährt es sich immer noch angenehmer als auf Schusters Rappen«. Verschleiß, Gepolter und andere Belästigung ließe sich durch langsames Fahren mindern. Tatsächlich gelang es, wenigstens zwei Wagen mit Eisenreifen auszurüsten. Die bereiteten freilich immer wieder Probleme: Im strengen Winter 1917/18 gab es wochenlang kein Durchkommen mit ihnen, und unter ihren harten Stößen barsten immer wieder die Radspeichen. Dennoch ließ sich auf diese Weise ein notdürftiger Berufsverkehr aufrechterhalten. An Werktagen gab es eine Fahrgelegenheit morgens und abends zwischen Aldingen und Ludwigsburg. Der Wagen war hoffnungslos überfüllt, die Reise dauerte nun eine geschlagene Stunde. Angeblich kam es regelmäßig vor, dass Fahrgäste abgewiesen werden mussten. Pfarrer Wagner klagte, dass Schüler aus

# Ludwigsburger Oberleitungs - Bahnen

Sommerfahrplan vom 1. Mai bis voraussichtlich 30. September 1915.

## Linie 1 Ludwigsburg — Aldingen.

Ludwigsburg Bahnhof	ab	6 <sup>55</sup>	9 <sup>00</sup>	11 <sup>35</sup>	1 <sup>50</sup>	3 <sup>00</sup>	5 <sup>00</sup>	8 <sup>45</sup>
Ludwigsb. Schwägbänkle	"	6 <sup>59</sup>	9 <sup>04</sup>	11 <sup>39</sup>	1 <sup>54</sup>	3 <sup>04</sup>	5 <sup>04</sup>	8 <sup>49</sup>
Ludwg. Schorndorfer Tor	"	7 <sup>02</sup>	9 <sup>07</sup>	11 <sup>42</sup>	1 <sup>57</sup>	3 <sup>07</sup>	5 <sup>07</sup>	8 <sup>52</sup>
Ohweil (Hirsch)	"	7 <sup>12</sup>	9 <sup>17</sup>	11 <sup>52</sup>	—	3 <sup>17</sup>	5 <sup>17</sup>	—
Hochberg Abzweigung	"	7 <sup>22</sup>	—	12 <sup>02</sup>	—	3 <sup>27</sup>	5 <sup>27</sup>	—
Nedargröningen Rathaus	"	7 <sup>33</sup>	—	12 <sup>10</sup>	—	3 <sup>37</sup>	5 <sup>35</sup>	—
Nedarrems Abzweigung	"	7 <sup>37</sup>	—	12 <sup>12</sup>	—	3 <sup>39</sup>	5 <sup>37</sup>	—
Aldingen	an	7 <sup>48</sup>	—	12 <sup>25</sup>	—	3 <sup>50</sup>	5 <sup>47</sup>	—

## Linie 1 Aldingen — Ludwigsburg.

Aldingen	ab	—	7 <sup>55</sup>	—	12 <sup>40</sup>	—	4 <sup>38</sup>	5 <sup>43</sup>
Nedarrems Abzweigung	"	—	8 <sup>05</sup>	—	12 <sup>50</sup>	—	4 <sup>15</sup>	6 <sup>03</sup>
Nedargröningen Rathaus	"	—	8 <sup>08</sup>	—	12 <sup>52</sup>	—	4 <sup>18</sup>	6 <sup>07</sup>
Hochberg Abzweigung	"	—	8 <sup>18</sup>	—	1 <sup>02</sup>	—	4 <sup>28</sup>	6 <sup>17</sup>
Ohweil (Hirsch)	"	—	8 <sup>28</sup>	—	1 <sup>12</sup>	—	4 <sup>38</sup>	6 <sup>27</sup>
Ludwg. Schorndorfer Tor	"	6 <sup>30</sup>	8 <sup>38</sup>	11 <sup>25</sup>	1 <sup>22</sup>	—	4 <sup>46</sup>	6 <sup>37</sup>
Ludwigsb. Schwägbänkle	"	6 <sup>34</sup>	8 <sup>42</sup>	11 <sup>28</sup>	1 <sup>25</sup>	—	4 <sup>49</sup>	6 <sup>40</sup>
Ludwigsburg Bahnhof	an	6 <sup>38</sup>	8 <sup>45</sup>	11 <sup>30</sup>	1 <sup>30</sup>	—	4 <sup>52</sup>	6 <sup>44</sup>

## Linie 2 Ludwigsburg — Heilbad und Hoheneck.

Eiltag bis ca. 15. Oktober 1915.

Ludwigsburg Bahnhof	ab	6 <sup>58</sup>	7 <sup>50</sup>	8 <sup>36</sup>	9 <sup>25</sup>	10 <sup>24</sup>	11 <sup>32</sup>	Nachm.	1 <sup>10</sup>	1 <sup>55</sup>	3 <sup>00</sup>	3 <sup>42</sup>	4 <sup>34</sup>	5 <sup>33</sup>	6 <sup>30</sup>	7 <sup>10</sup>	7 <sup>52</sup>
Ludwigsb. Schwägbänkle	"	7 <sup>02</sup>	7 <sup>54</sup>	8 <sup>40</sup>	9 <sup>29</sup>	10 <sup>28</sup>	11 <sup>36</sup>	"	1 <sup>14</sup>	1 <sup>59</sup>	3 <sup>04</sup>	3 <sup>46</sup>	4 <sup>38</sup>	5 <sup>39</sup>	6 <sup>34</sup>	7 <sup>14</sup>	7 <sup>56</sup>
Ludwigsb. Heilbronner Tor	"	7 <sup>05</sup>	7 <sup>57</sup>	8 <sup>42</sup>	9 <sup>31</sup>	10 <sup>31</sup>	11 <sup>39</sup>	"	1 <sup>16</sup>	2 <sup>02</sup>	3 <sup>07</sup>	3 <sup>48</sup>	4 <sup>40</sup>	5 <sup>41</sup>	6 <sup>37</sup>	7 <sup>17</sup>	7 <sup>58</sup>
Heilbad	"	7 <sup>15</sup>	8 <sup>07</sup>	8 <sup>52</sup>	9 <sup>40</sup>	10 <sup>41</sup>	11 <sup>48</sup>	"	1 <sup>25</sup>	2 <sup>12</sup>	3 <sup>17</sup>	3 <sup>57</sup>	4 <sup>49</sup>	5 <sup>50</sup>	6 <sup>47</sup>	7 <sup>27</sup>	8 <sup>08</sup>
Hoheneck (Ort)	an	7 <sup>18</sup>	—	8 <sup>55</sup>	—	10 <sup>44</sup>	—	"	1 <sup>28</sup>	—	3 <sup>20</sup>	—	4 <sup>52</sup>	—	6 <sup>50</sup>	—	8 <sup>11</sup>

## Linie 2 Hoheneck und Heilbad — Ludwigsburg.

Hoheneck (Ort)	ab	7 <sup>21</sup>	—	8 <sup>57</sup>	—	11 <sup>05</sup>	—	Nachm.	1 <sup>30</sup>	—	3 <sup>40</sup>	—	4 <sup>56</sup>	—	7 <sup>00</sup>	—	8 <sup>16</sup>
Heilbad	"	7 <sup>24</sup>	8 <sup>16</sup>	9 <sup>00</sup>	9 <sup>50</sup>	11 <sup>08</sup>	11 <sup>58</sup>	"	1 <sup>32</sup>	2 <sup>21</sup>	3 <sup>45</sup>	4 <sup>08</sup>	5 <sup>00</sup>	6 <sup>02</sup>	7 <sup>05</sup>	7 <sup>40</sup>	8 <sup>20</sup>
Kurhotel	"	7 <sup>27</sup>	8 <sup>19</sup>	9 <sup>02</sup>	9 <sup>53</sup>	11 <sup>11</sup>	12 <sup>01</sup>	"	1 <sup>34</sup>	2 <sup>24</sup>	3 <sup>48</sup>	4 <sup>10</sup>	5 <sup>02</sup>	6 <sup>04</sup>	7 <sup>08</sup>	7 <sup>42</sup>	8 <sup>22</sup>
Ludwigsb. Heilbronner Tor	"	7 <sup>36</sup>	8 <sup>28</sup>	9 <sup>11</sup>	10 <sup>03</sup>	11 <sup>20</sup>	12 <sup>10</sup>	"	1 <sup>43</sup>	2 <sup>33</sup>	3 <sup>58</sup>	4 <sup>20</sup>	5 <sup>11</sup>	6 <sup>14</sup>	7 <sup>17</sup>	7 <sup>52</sup>	8 <sup>32</sup>
Ludwigsb. Schwägbänkle	"	7 <sup>39</sup>	8 <sup>31</sup>	9 <sup>14</sup>	10 <sup>06</sup>	11 <sup>23</sup>	12 <sup>13</sup>	"	1 <sup>46</sup>	2 <sup>36</sup>	4 <sup>02</sup>	4 <sup>23</sup>	5 <sup>14</sup>	6 <sup>17</sup>	7 <sup>21</sup>	7 <sup>55</sup>	8 <sup>35</sup>
Ludwigsburg Bahnhof	an	7 <sup>44</sup>	8 <sup>35</sup>	9 <sup>20</sup>	10 <sup>10</sup>	11 <sup>28</sup>	12 <sup>18</sup>	"	1 <sup>52</sup>	2 <sup>40</sup>	4 <sup>07</sup>	4 <sup>27</sup>	5 <sup>18</sup>	6 <sup>22</sup>	7 <sup>26</sup>	8 <sup>00</sup>	8 <sup>40</sup>

### Fahrpreise.

#### Linie 1.

Stadtverehr	. . . . .	10 Pfg.
Bahnhof - Ohweil	. . . . .	15 "
Schwägbänkle - Ohweil	. . . . .	15 "
Ludwigsburg - Hochberg	. . . . .	25 "
Ludwigsburg - Nedargröningen	. . . . .	30 "
Ludwigsburg - Aldingen	. . . . .	35 "

#### Linie 2.

Ludwigsburg - Heilbad Hoheneck	. . . . .	20 "
" " I. Klasse	. . . . .	25 "

Die Fahrgäste werden dringend gebeten, das Fahrgeld vor dem Einsteigen bereit zu halten.

Jeder Fahrgast hat beim Einsteigen den Fahrschein für die zu fahrende Strecke zu verlangen.

Postbefehle, haben die Wagen in seit umrahmten Spalten.



Aldingen nur noch zu Fuß nach Ludwigsburg gelangten; dies bedeutete einen täglichen Anmarschweg von 1½ Stunden.

Den Winter 1916/17 über ruhte der Verkehr nach Hoheneck. Im Sommer 1917 war nur noch ein Fahrer verfügbar. Frizlen richtete daher seinen Fahrplan so ein, dass dieser eine Fahrer beide Linien bedienen konnte. Immerhin gab es jetzt wieder Bronze für die Kontaktrollen des Stromabnehmers, und auch ein Quantum Aluminium wurde zugeteilt. Sogar zwei neue Motoren konnte Frizlen beschaffen, und mit Ersatzteilen aus den vier stillgelegten Fahrzeugen hielt er die übrigen beiden Wagen in Gang. So konnten 1918 an Sonntagen mehrere Fahrten angeboten werden. Schon stellte sich die Einnahmenseite wieder etwas günstiger dar, als die Neckarwerke im September 1918 sofortige Stromkontingentierungen ankündigten.

Frizlen – möglicherweise zum Wehrdienst einberufen – war vermutlich Ende 1917 als Geschäftsführer von Max Elsas abgelöst worden. Dieser kündigte schon im Januar 1918 im Gemeinderat an: »Eine der dringendsten Aufgaben nach dem Krieg wird die Errichtung des städtischen Elektrizitätswerks und die Umwandlung der Straßenbahn in eine Gleisbahn sein.« Tatsächlich nahm Oberbürgermeister Hartenstein am 23. November 1918, keine zwei Wochen nach dem Waffenstillstand, abermals Kontakt mit der Stuttgarter Straßenbahnen AG auf und verhandelte im April 1919 mit ihr »über die Grundzüge zur Erstellung von Straßenbahnen in Ludwigsburg und Umgebung«. Gerüchte wollten wissen, dass die Straßenbahn als Notstandsmaßnahme gebaut werde. Außerdem sei bei der Heeresverwaltung jetzt günstig Schienenmaterial zu bekommen. Am 6. November 1919 beriet der Gemeinderat das Angebot der Stuttgarter Straßenbahnen. Ludwigsburg pochte auf die Konzession für fünf Linien: Ludwigsburg-Aldingen mit Abzweigung nach Neckarrems, Ludwigsburg-Hoheneck, Ludwigsburg-Neckarweihingen-Marbach, Ludwigsburg-Kornwestheim-Stammheim und Ludwigsburg-Eglosheim.

Auch wenn das Vorhaben ein weiteres Mal scheiterte, war für Hartenstein eines klar: In der Folge des Versailler Vertrags würde Ludwigsburg nur noch »eine sehr kleine Garnison« sein. Die Stadt kam »mehr und mehr in die Rolle eines Wohnvororts für Stuttgart« und musste folglich verkehrstechnisch Anschluss an die Hauptstadt suchen. Vorausgesetzt, dass ihre Interessen bei der Streckenführung gewahrt blieben.

Hartenstein war daher entschlossen, seine Straßenbahnpläne weiter zu verfolgen, »wenn auch natürlich z. Zt. die Ausführung des Baues selbst ausgeschlossen ist«. Noch wollten alle Vertragsgemeinden auch finanziell zur Stange halten, selbst Aldingen, das in nur sieben Kilometer Entfernung zur Endhaltestelle der Stuttgarter Straßenbahnen in Münster lag. Kornwestheim indes erklärte frank und frei, es wolle sich eher nach Stuttgart hin orientieren.

Mit der Oberleitungsbahn ging es unterdessen zu Ende. Zwar hatte der tüchtige Geschäftsführer Wilhelm Hagspiel 1919/20 noch einmal drei Motorwagen flottgemacht und so den Fahrplan ab Sommer 1919 deutlich verbessert. Aber die NAMAG konnte so gut wie keine Ersatzteile mehr liefern, und die Firma Köhlers Bahnpatente hatte schon 1915 Konkurs anmelden müssen. Hagspiel vermochte daher nicht alle Beförderungswünsche zu erfüllen. So kamen Klagen von Arbeitern aus Neckarrems, dass sie von der Abzweigung Hochberg an zu Fuß heimgehen müssten. Im Winter nämlich konnten Wagen mit Anhänger der Steigung

wegen nicht bis Neckargröningen fahren. Hagspiel machte sich auf nach Bremen, kaufte dort zwei Motorwagen der einstigen Köhlerschen Bahn und reparierte sie gründlich durch. Weil der Bau einer Straßenbahn nicht absehbar war, wollte er die »Gleislose« so lange wie möglich betriebsfähig erhalten. Er entwarf ein neues Tarifsystern und gab dem Aufsichtsrat zu bedenken, dass die Strecke Neckargröningen-Aldingen völlig unwirtschaftlich sei; im Durchschnitt wurden hier nur 4½ Personen pro Wagen gezählt. Erstmals seit 1914 schloss die Oberleitungsbahn im Geschäftsjahr 1919/20 wieder mit einem »bescheidenen Gewinn« ab. Dennoch



*Die Oberleitungsbahn an der Haltestelle »Friedenslinde« in Neckargröningen.  
Links der Postkarren vor dem Schuppen,  
in dem über Nacht einer der Motorwagen eingestellt wurde.*

verweigerte der Aufsichtsrat seinem wackeren Geschäftsführer eine Gehaltserhöhung, so dass Hagspiel vermutlich noch 1920 kündigte.

Zwar hatte die Stadt Ludwigsburg zusammen mit den beteiligten Gemeinden von Jahr zu Jahr immer höhere Zuschüsse genehmigt. Schneller noch stieg aber das Defizit, verursacht in erster Linie durch die fortschreitende Inflation. Nach mehreren Fahrpreiserhöhungen boykottierten Anfang 1921 zahlreiche Arbeiter die Oberleitungsbahn. Geschäftsführer Otto Eichhorn kämpfte einen aussichtslosen Kampf gegen die Geldentwertung und schrieb verzweifelt: »Wir können doch nichts für die heillosen Zustände der Jetztzeit!«

1920/21 machte das Defizit schon fast 20 000 Mark aus, dazu kamen die Verlustvorträge der Kriegsjahre. Im November 1921 mussten die Ludwigsburger Oberleitungsbahnen deshalb einen Kredit über 100 000 Mark aufnehmen. Am 25. November 1921 forderte Knorpp die Vertragsgemeinden auf, ihre Beiträge der

Geldentwertung anzupassen, und das hieß: sie mindestens auf das Zehnfache zu erhöhen. Denn die Bahn sei nach wie vor ein Bedürfnis, ihre Benutzung »durchaus befriedigend«. Hochbergs Schultheiß Jung räumte ein, dass die Stilllegung der Bahn »einen großen Rückschritt für die ganze Umgegend bedeuten würde«; aber Hochbergs finanzielle Lage sei schlecht. Aus Hochdorf kam die Antwort, dass »die Oberleitungsbahn für die hiesige Gemeinde kein großes Interesse hat, insbesondere für die Arbeiter nicht, indem nur einzelne in Ludwigsburg beschäftigt sind, während eine große Anzahl in Cannstatt und Stuttgart tätig ist«. In Neckarrens dagegen verlangte »die hiesige Arbeiterschaft« per Unterschriftenaktion, ihre Gemeinde solle einen angemessenen Beitrag bewilligen, »da es doch für jedermann ein persönlicher Nutzen ist, wenn die Bahn erhalten bleibt«. In Oßweil wiederum sprachen sich 70 Prozent der Bürgerschaft gegen weitere Zuschüsse aus. Schultheiß Lemberger begründete dieses Votum damit, dass »die Arbeiterschaft verhältnismäßig wenig Fahrgelegenheit hat«.

Hecker hatte sich seit Kriegsende wieder besonders intensiv um die Ludwigsburger Straßenbahnpläne bemüht, hatte 1919 sogar den Auftrag erhalten, für 8000 Mark ein neues Projekt auszuarbeiten. In einer Denkschrift über »Die Ludwigsburger Oberleitungsbahnen und die Notwendigkeit ihrer Umwandlung in eine Gleisbahn« vom 26. Juni 1922 gab er wohlfeile Ratschläge, wie durch niedrigere Tarife und eine dichtere Wagenfolge die Bahn attraktiver werden könne gegenüber dem »Zufußgehen«. Mittlerweile fuhren auf der gesamten Aldinger Linie nur noch 150 Personen pro Tag; in ihren besten Jahren hatte die Oberleitungsbahn täglich 1000 Fahrgäste und mehr befördert. Hecker war auch bereit, den Betrieb ab 1. September 1922 selbst zu übernehmen. Freilich erst dann, wenn die Bahn durch die Vertragsgemeinden finanziell saniert wäre. Eben daran dürfte die Sache dann gescheitert sein.

Um die Jahreswende 1922/23, als der Geldwert auf ein Hundertstel gefallen war, standen die Ludwigsburger Oberleitungsbahnen finanziell vor dem Aus. Allein für Januar 1923 waren Zuschüsse von einer halben Million Mark notwendig. Am 25. Januar 1923 beschloss daher der Gemeinderat, die Linie nach Aldingen stillzulegen. Die Wagen würden ohnehin kaum noch zwei Jahre durchhalten, die Oberleitung war unzählige Male geflickt, die Holzmasten waren angefault. Am 30. April 1923 trat die »Gleislose« ihre letzte Fahrt nach Aldingen an. Die Masten wurden als Brennholz versteigert, die Oberleitung demontiert und an die Drahtfabrik Kreidler in Zuffenhausen verkauft, die Wagenhalle an einen Gewerbebetrieb vermietet. Lediglich die Heilbadlinie nach Hoheneck verkehrte noch bis 1926, dann schlug auch ihr die Stunde.

Die Hoffnungen waren damit nicht begraben. Auf ausdrücklichen Wunsch des Gemeinderats blieb die Betreibergesellschaft erhalten. Ihr Zweck sollte fernerhin darin bestehen, »für einen Ersatzbetrieb anstelle der gleislosen Bahn zu sorgen. Das Vermögen der Firma wird nach Abzug der vorhandenen Schulden ausschließlich diesem Zwecke dienen.«

Just zu dieser Zeit erhielt Aldingens Schultheiß Fiesel eindeutige Angebote aus Ludwigsburg: Durch die Eingemeindung Aldingens wolle die Oberamtsstadt ihr Gebiet bis zum Neckar hin abrunden. Die Neckarkanalisation stehe bevor, es gehe aber auch »um die Straßenbahn und im Weiteren die Niederlassung und Förderung von Industrie auf dem mit der Eingemeindung entstehenden großen Gebiet der Markungen Aldingen, Oßweil und Ludwigsburg«.



*Oberleitungsbahn in der Myliusstraße.*

Und kaum war die neue Währung, die Rentenmark, in Umlauf, da verhandelte Hartenstein bereits mit der Firma Reisser in Stuttgart. Die hatte sich auf den Vertrieb von Akkumulatorwagen, Marke Hansa-Lloyd aus Bremen, spezialisiert. Damit sollte nun die Linie Ludwigsburg-Aldingen-Cannstatt bedient werden. Im Februar 1924 fanden mit einem solchen Wagen sogar Versuchsfahrten statt zwischen Neckarremms und Ludwigsburg. Denn an der Mühle Schiedt in Neckarremms war eine Ladestation vorgesehen, an welcher der künftige Elektrobuss seine Akkumulatoren auftanken sollte.

Doch der Wagen versagte an den Steigungen. Ein stärkeres Modell war im Gespräch. Drei Elektrobusse waren notwendig, um die Strecke zu befahren. Reisser forderte pro Stück 23 000 Goldmark. So viel Geld sei unmöglich aufzubringen, winkte Hartenstein ab. Ganz zu schweigen von den 300 000 Mark Eigenkapital, die Hecker jetzt für eine Straßenbahn forderte. Ein letztes Mal kam die Stuttgarter Straßenbahnen AG ins Gespräch, die – so hörte man – in Geld schwamm, seitdem sie 1920 die Filderbahn gekauft hatte. Doch am 10. Juni 1925 schrieb Hartenstein resignierend: »Wir haben kein Geld und finden trotz steter Bemühung niemand, der uns Geld leiht, und ohne Geld können wir nicht bauen und baut vermutlich auch niemand anders für uns.« Für die große Lösung der Ludwigsburger Verkehrsfrage, so musste er jetzt erkennen, war es zu spät.

Nur an Benzinomnibusse wagte er sich offensichtlich nicht heran. Die seien noch zu teuer, erklärte er 1923. Als er endlich doch ein Angebot einholte, war ihm das Stadtoberamt Stuttgart schon zuvorgekommen. Am 18. März 1926 fuhr erstmals der braunlackierte Reichspostwagen von Cannstatt nach Aldingen.

Oberbürgermeister Hartenstein starb am 3. Dezember 1926. Keine zwei Jahre

später schrieb Ökonomierat Knorpp im Stuttgarter »Neuen Tagblatt«: »Ludwigsburg muss ein Verkehrszentrum für sich werden und sich ein Hinterland sichern.« Doch habe dabei der Grundsatz zu gelten: »Nicht gegen, sondern mit Stuttgart.« Im selben Jahr, 1928, begann der viergleisige Ausbau der Vorortbahn nach Stuttgart. Von Ludwigsburg aus verkehrten nun Linienbusse in alle Himmelsrichtungen: nach Hoheneck und Neckarweihingen, nach Marbach, Oßweil-Waiblingen, Aldingen, Eglosheim, Asperg, Markgröningen, Pflugfelden, Möglingen und Schwieberdingen. Die benzinbetriebenen Wagen waren zuverlässiger und ungleich wirtschaftlicher geworden. Ja, in der Zeitung stand sogar zu lesen, dass »in New York die Schienen herausgenommen werden und das Auto an Stelle der elektrischen Straßenbahn trete.« Mit der Liquidierung der Ludwigsburger Oberleitungsbahnen GmbH am 20. Februar 1932 verabschiedete sich Ludwigsburg dann endgültig von seinen Straßenbahnplänen.

### Quellen und Literatur

Die Vorgeschichte der Bahn bis zu ihrer Eröffnung Ende 1910 ist in den kommunalen Registriaturen von Ludwigsburg, Aldingen und Neckargröningen hinreichend dokumentiert. Bei der Darstellung des Bahnbetriebs selbst macht sich das Fehlen beispielsweise der Aufsichtsratsprotokolle bemerkbar. Nach einer Notiz vom 17. Dezember 1931, also wenige Wochen vor der Liquidation der Ludwigsburger Oberleitungsbahnen GmbH, war »ein großer Rollschrank mit Akten, Büchern und anderem« vorhanden. Diese Unterlagen müssen heute als verschollen gelten.

Staatsarchiv Ludwigsburg  
F 181 III, Bü 796

Stadtarchiv Ludwigsburg  
L 23, Bü 98, 100–107, 117, 118  
Ludwigsburger Zeitung, 1898–1926

Gemeindearchiv Remseck am Neckar  
AL A 787.9 (Aldingen)  
NG A 787.9 (Neckargröningen)  
NR A 787.9 (Neckarrems)

*Gebhardt, Wolfgang*: Deutsche Omnibusse seit 1895, Stuttgart o. J.

Gleislose elektrische Bahnen, in: Mitteilungen des Vereins Deutscher Straßenbahn- und Kleinbahn-Verwaltungen 20, 1913, S. 889–927.

*Hartenstein, Hans*: Erinnerungen an meinen Vater Gustav Hartenstein, 1944 (masch.-schr. Abschrift im Stadtarchiv Ludwigsburg).

*Huss, Wolfgang/Schenk, Wolf*: Omnibus-Geschichte, Teil 1: Die Entwicklung bis 1924, München 1982.

*Knorpp, Julius*: Ludwigsburg im Verkehrsnetz, in: Neues Tagblatt (Stuttgart), Sonderbeilage Ludwigsburg vom 25. Mai 1928.

*Kubisch, Ulrich*: Borgward war nicht der Anfang. Hansa Lloyd Automobilbau in Bremen und Varel bis 1929, Ausstellungskatalog Bremen 1986.

*Müller, Peter*: Ferdinand Porsche. Ein Genie unserer Zeit, Graz/Stuttgart 1965.



# Die Ludwigsburger Lehrersfamilie Müller und ihr soziales Umfeld

von Paul Kopf

Im April dieses Jahres wurde landesweit des 100. Geburtstages von Dr. Gebhard Müller (1900–1990), 1948 bis 1952 Staatspräsident von Südwürttemberg-Hohenzollern, 1953 bis 1958 Ministerpräsident von Baden-Württemberg, 1958 bis 1971 Präsident des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe, gedacht. Am 14. April fand im Weißen Saal des Neuen Schlosses in Stuttgart ein Gedenkakt statt, dem sich die Eröffnung der Wanderausstellung »Gebhard Müller. Christ – Jurist – Politiker« im Landtag anschloss. Am 17. April, Müllers Geburtstag, veranstaltete die Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg im Gobelin-Saal der Villa Reitzenstein, dem Sitz der Landesregierung, ein Symposium mit dem Titel »Gebhard Müller. Ein Leben für das Recht und die Politik«. Dabei referierte der Verfasser über das Thema »Gebhard Müller – ein Politiker aus dem katholischen Milieu«.

Am Abend dieses Tages wurde am langjährigen Wohnhaus von Gebhard Müller in Ludwigsburg, Schorndorfer Straße 25, durch Oberbürgermeister Dr. Christof Eichert eine Gedenktafel angebracht, wobei meinerseits in einem kurzen Vortrag das soziale Umfeld der Familie Müller vorgestellt wurde. Es sollte dabei das Milieu in der Stadt Ludwigsburg verdeutlicht werden, in dem Gebhard Müller seine Grunderfahrungen für das Leben erfuhr. Ohne diesen Hintergrund ist Leben und Wirken des Ehrenbürgers von Füramoos (1953), New Orleans (1955), Stuttgart (1975) und Tübingen (1978) nicht fassbar.

Noch bevor die achtköpfige Lehrersfamilie Müller Ende Juli 1906 vom 1894 neu erbauten Lehrerhaus in Füramoos (bei Biberach) nach Ludwigsburg umzog, traf ein Brief von Stadt- und Garnisonspfarrer Ludwig Hofmann als Willkommensgruß ein, der die Vorzüge der Garnisonsstadt in einem recht guten Licht erscheinen ließ. Auf Johann Müller, den neuen Leiter der zweiklassigen Schule in der Hinteren Schlosstraße 4 (seit 1958 Mömpelgardstraße), wartete eine große Aufgabe. Die Schülerzahl der 1855 mit 44 Schülern eröffneten Katholischen Schule, die 1884 in eine von der Stadt zu unterhaltende Katholische Volksschule umgewandelt worden war, war auf 142 angewachsen. Bei der Pensionierung des geschätzten Pädagogen 1933 zählte die inzwischen in der Kanzleikaserne untergebrachte Schule acht Klassen mit 360 Schülern.

Die Eltern schätzten die Schule wegen ihres Leiters, obwohl die räumlichen Verhältnisse fast unverantwortlich waren, wie ein Bericht aus dem Ludwigsburger Gemeinderat vom Februar 1933 feststellt: »Die Katholische Volksschule verfügt an sich über große schöne Räume, die aber schon deshalb abzulehnen sind, weil sie nach Norden gehen und während des ganzen Tages nicht einen Sonnenstrahl hereinlassen, was sie schon von vornherein für Schulzwecke ungeeignet macht.

Dazu kommt die Überfüllung, die dazu zwingt, jeden Platz, mag er auch noch so weit vom Fenster entfernt sein, auszunutzen. Klassen mit 67, 59, 56 Schülern – und für die neue Osterklasse des ersten Schuljahrs liegen schon jetzt 68 Anmeldungen vor! – sind ein unhaltbarer Zustand. Dazu kommt, daß für die acht Klassen nur sieben Schulräume zur Verfügung stehen, so daß siebentes und achtes Schuljahr zusammengelegt werden mußten. Und das ist natürlich auch kein Zustand, der dem Unterricht förderlich ist. In einer Stadt von der Größe Ludwigsburgs sollte es so etwas nicht geben. Ein besonderes Kapitel sind die Lichtverhältnisse. Viele Bänke sind bei der Tiefe der Räume so weit vom Fenster entfernt, daß ein Lesen und Schreiben an trüben Tagen eine große Gefahr für die Kinderaugen bedeutet, und was die künstliche Beleuchtung anbetrifft, so liegt die sehr im Argen. Manche der große Räume verfügen nur über eine einzige und nicht einmal starke Birne, andere haben deren zwei. Dieser Übelstand ließe sich ja wohl abhelfen, aber das ändert natürlich nichts an der Tatsache, daß künstliche Beleuchtung für Schulzimmer abzulehnen ist und nur als äußerster Notbehelf am Platz wäre. Dazu kommt die ausnehmend dumpfe Luft, die in diesem alten Gebäude herrscht und die in den überfüllten Klassenräumen zur Unerträglichkeit wird.«

Der Grund des wachsenden Vertrauens der Eltern in ihre Schule lag auch an der kirchlichen Situation. Die Dreieinigkeitsgemeinde war von einer kleinen Schar von 267 Katholiken im Jahr 1724 auf 2767 im Jahr 1906 angewachsen. Gebhard Müller, nach seiner Erstkommunion wie seine beiden Brüder eifriger Ministrant, desgleichen später auch seine Söhne, sollte erleben, wie seine Kirchengemeinde kontinuierlich sich vergrößerte und 1950 auf 24 450 Mitglieder angewachsen war, darunter 17 479 in der Stadt. Von 1906 bis 1950 nahm der Anteil der Katholiken an der Gesamtbevölkerung von acht Prozent auf 30 Prozent zu.

Auch das innere Gefüge der katholischen Diasporagemeinde war stimmig. Am 12. Dezember 1906 erfüllte sich ein Jahrhunderttraum. Die 1903 von der Stadt Ludwigsburg erworbene frühere Garnisonskirche konnte nach entsprechendem Umbau durch Bischof Paul Wilhelm von Keppler (1899–1926) eingeweiht werden. Diese Kirche wurde der geistliche Ort von vielen Gläubigen, die in Gottesdiensten und außerkirchlichen Begegnungen katholisches Leben erfuhren. Dazu zählten als Leitbilder Geistliche, Ordensschwestern und Lehrer. Letzteres erlebte die kirchlich stets engagierte Familie Müller im engsten Kreis zu Hause. Die Jungen als Ministranten, der Vater als Dirigent des Kirchenchors und Organist beim Gefängnisgottesdienst in Ludwigsburg und auf dem Hohenasperg, die Mutter als ausgesprochene Frau der Caritas, die im Gang vor der Wohnung ein eigenes Tischlein zur Speisung der Bettler aufgestellt hatte.

Ohne die innere Geschlossenheit hätte die Gemeinde keine so starke Ausstrahlung über die Grenzen der Kirche hinaus ausüben können, wobei allein schon der Ausbau der Katholischen Schule Bewunderung hervorruft. Diese Entfaltung lag nicht zuletzt an den Seelsorgern der Gemeinde: Von 1903 bis 1916 wirkte dort Stadt- und Garnisonspfarrer Ludwig Hofmann – sein Begräbnis im Juli 1916 wurde zu einem besonderen Ereignis, denn der beliebte Seelsorger war erst der zweite katholische Geistliche, der auf einem Ludwigsburger Friedhof beigesetzt wurde – und von 1917 bis 1940 Dekan und Stadtpfarrer Franz Müller.

Der Gründung der noch heute bestehenden Schwesternstation »Wilhelminpflege« 1912 folgte fünf Jahre später der Katholische Frauenbund, dem sich 1921 eine Elisabethengruppe anschloss – ein reiches Feld der Betätigung für die Leh-



rrersgattin. Der Katholische Arbeiterinnenverein für Hausangestellte, Dienstmädchen und kaufmännische Angestellte wurde 1918 fast gleichzeitig mit der »Marianischen Jungfrauenkongregation« ins Leben gerufen. Dem 1907 gegründeten Arbeiterverein folgte 1913 der Gesellenverein, die heutige Kolpingsfamilie, der die Familie Müller zeit lebens eng verbunden blieb. Die Sportabteilung Deutsche Jugendkraft (DJK) 1919 und der Familienverein »Casino« 1928 belebten zusätzlich das Leben der Pfarrgemeinde, das 1930 durch die Schwestern vom »Karmel des göttlichen Herzens« in Hoheneck mit dem Kinderheim St. Josef einen weiteren Akzent erhielt, nachdem die Reutener Franziskanerinnen mit sieben Schwestern bereits in der Gemeinde in Kindergarten und Krankenpflege segensreich wirkten. Aus dieser starken und inneren Geschlossenheit wirkte die katholische Gemeinde, in der fast alle Mitglieder in kirchlichen Vereinen und Organisationen tätig waren, anziehend. Kein Wunder, wenn in nicht wenigen jungen Menschen auf diesem Nährboden der Wunsch aufkam, in den Dienst der Kirche als Geistlicher, Ordensangehöriger oder Ordensschwester zu treten.

### *Drei Kinder der Familie Müller streben den geistlichen Beruf an*

Nach Absolvierung der Unterklasse der Katholischen Volksschule besuchte Gebhard Müller zunächst die Oberrealschule der Stadt, hatte aber die Ablegung des Landexamens im Auge, wozu ihm Stadtpfarrer Hofmann eine glänzende Beurteilung ausstellte, in der er unter anderem schrieb: »Wegen seiner guten Begabung und seiner Aufführung in Kirche und Schule ist er ein Liebling seiner Vorgesetzten und Kameraden.« Um bei dieser Prüfung einigermaßen Erfolgsaussichten zu haben, wurde den Kandidaten auswärtiger Schulen empfohlen, nach Abschluss der vierten Klasse der Oberrealschule am Heimatort die fünfte in Rottenburg als Zögling des Martinihauses zu absolvieren. So legte auch Gebhard Müller auf diesem Wege das Examen ab und bestand 1915 die Prüfung als Primus, wodurch ihm ein kostenloser Platz in Konvikt und Gymnasium Rottweil gesichert war. Mit seinem damaligen Lehrer am Progymnasium Rottenburg, Oberpräzeptor Simon Schweizer (1877–1967), hielt er lebenslang Verbindung.

Nach 1918 bestandener Reifeprüfung und anschließendem Militärdienst konnte er 1919 in das Wilhelmsstift Tübingen eintreten, um an der katholisch-theologischen Fakultät der Eberhard-Karls-Universität das Studium der katholischen Theologie zu beginnen, das er jedoch nach vier Semestern abbrach und damit aus dem Wilhelmsstift ausschied, was vor allem für seine Mutter eine Enttäuschung war. Am 6. Mai 1922 nimmt Gebhard Müller zu diesem Entschluss Stellung: »Da ich mich zum Priesterstand nicht berufen fühle, bitte ich den Katholischen Kirchenrat um Entlassung aus dem Verbunde des Wilhelmsstiftes Tübingen, um mich dem Studium der Rechtswissenschaft widmen zu können. Da ich noch vier unver sorgte Geschwister habe, darunter meinen in Tübingen studierenden Bruder [Franz Xaver], würde es für meinen Vater außerordentlich schwer, wenn nicht unmöglich sein, den Studienkostenersatz sofort zu leisten und zugleich die Kosten für meine Weiterbildung aufzubringen. Deshalb bin ich gezwungen, um Stundung des Studienkostenersatzes zu bitten.«

Ein Jahr nach seinem Austritt aus dem Theologenkonvikt ließ sich jedoch sein ältester Bruder Franz Xaver (1897–1974), 1919 aus dem Militärdienst reich deko-

riert als Leutnant entlassen, nach abgeschlossenem Studium der Mathematik und Physik und beendetem Vorbereitungsdienst an der Wilhelmsrealschule Stuttgart beurlauben, um in Feldkirch in die Gesellschaft Jesu einzutreten. Im Oktober 1925 bittet Franz Xaver um Entlassung aus dem württembergischen Staatsdienst und erhält nach entsprechender Ausbildung im Jesuitenorden am 20. Juli 1929 in Innsbruck die Priesterweihe. Am 28. Juli 1929 findet in der Dreieinigkeitskirche Ludwigsburg die Primizfeier statt. Am 19. November 1940 traut der inzwischen zum Rektor des Berchmannskollegs der Jesuiten in Pullach bestellte Ordensgeistliche und spätere Provinzial der Oberdeutschen Jesuitenprovinz im Stuttgarter



*Die Großfamilie Müller nach der kirchlichen Trauung von Gebhard und Marianne Müller am 19. November 1940.*

Marienheim seinen Bruder Gebhard mit der Gastwirtstochter Marianne Lutz aus Göppingen. Ein Jahr nach dem Eintritt von Franz Xaver in den Jesuitenorden folgt ihm auf demselben Weg sein Bruder Alfons (1901–1988), der am 27. Juli 1930 in Pullach die Priesterweihe empfängt und am 3. August 1930 ebenfalls in Ludwigsburg seine Primiz feiert. Zwei Jesuiten aus einer Familie und das in der Residenzstadt Ludwigsburg wirkt fast wie ein Fanal. August Hagen schreibt zur damaligen Jesuitenfrage in Württemberg: »Am meisten Hass oder wenigstens Abneigung herrschte gegen den Jesuitenorden.«

Nicht weniger tüchtig erwiesen sich die Schwestern aus dem Lehrerhause. Die älteste, Anna Maria (1898–1988), lebte bis zur Pensionierung im Elternhaus, wirkte nach der Absolvierung des Höheren Lehrerinnenseminars in Stuttgart von 1921 bis zur Auflösung der Bekenntnisschule 1936 an der Schule ihres Vaters und

war von 1953 bis zur Zuruhesetzung am 1. April 1962 geschätzte Rektorin, zuletzt an der Oststadtschule II. Wegen ihrer politischen und religiösen Einstellung wurde sie, obwohl sie das wichtige Fach Englisch erteilte, in der Zeit des Nationalsozialismus nicht befördert. Sie bot keine Gewähr für eine nationalsozialistische Erziehung. Für die Familie war das Gehalt der Schwester fast lebensnotwendig für die Ausbildung der Brüder, die sich dafür lebenslang dankbar zeigten, was vor allem bei der jährlichen Geburtstagsfeier durch Bruder Gebhard zum Ausdruck gebracht wurde.

Auch Schwester Maria (1898–1970) blieb unverheiratet, wohnte zeitlebens bei den Eltern und war als tüchtige Sekretärin bei der Firma DLW in Bietigheim tätig. Auch sie steuerte zum Studium ihrer Brüder nicht wenig bei. Die jüngste Schwester Johanna (1903–1988) heiratete Karl Löffler (1895–1975), der 1910 das Landexamen als siebter unter 65 Kandidaten bestanden hatte, nach Konviktsjahren und einigen Semestern katholischer Theologie zum Philologiestudium wechselte und später als Oberstudiendirektor in Rottenburg, langjähriger Domorganist und Orgelrevident der Diözese in enger Verbundenheit mit der Kirche wirkte.

### *Prägende politische Kräfte*

Die Katholiken in Ludwigsburg waren nicht nur in der Minderheitenposition, sondern die Gemeinde war zudem auch recht heterogen zusammengesetzt. Aufgrund zahlreicher Zu- und Wegzüge verzeichnete sie eine große Fluktuation, auch gab es nicht wenige Mischehen, und als besonderer Faktor kamen noch die Angehörigen der Garnison dazu, die zeitweise numerisch den größten Teil der Gemeinde ausmachten und den Stadt- und Garnisonspfarrer stark in Anspruch nahmen. Für den Seelsorger war es deshalb wichtig, auf bestimmte Kernfamilien bauen zu können. Dazu zählte zweifelsohne die Familie des Schulleiters Müller, in der alle Mitglieder vielfältig im kirchlichen Leben aktiv tätig waren. Die Rollenverteilung war die damals übliche: die Frauen auf dem Feld der Caritas, die Männer in der Politik bzw. im kirchlichen Dienst.

Für Johann Müller war es selbstverständlich, alsbald nach seiner Ankunft in Ludwigsburg Kontakt mit der Zentrumsparterie aufzunehmen, deren langjähriger Schriftführer er werden sollte. Dabei spielte der Stammtisch »Vatikan« seit der Jahrhundertwende eine besondere Rolle. Mit 15 Jahren, so berichtete mir Gebhard Müller, durfte er am Sonntagabend seinen Vater zum ersten Mal dorthin begleiten. Diesem Kreis blieb er bis zu seinem Tod verbunden. In seinen letzten Lebensjahren war es mir vergönnt, in dieser Runde neben ihm einzunehmen und teilzuhaben an der Reflexion des Lebens eines Politikers, der zeitlebens Ludwigsburg als seine Heimat betrachtete, lebte er doch dort mit wenigen Unterbrechungen von 1906 bis 1958.

In diesem Kreise erfuhr er seine erste politische Prägung auf den Grundlagen der katholischen Soziallehre, die durch die Erfahrungen während seiner Berliner Studienjahre im Kreis um den Großstadt- und Akademikerseelsorger Carl Sonnenschein (1876–1929) besondere soziale Akzente erhielt. Dieser begnadete katholische Geistliche aus der Schule des Volksvereins für das katholische Deutschland prägte eine Priester- und Politikergeneration, die ihre Ideen beim Aufbau Nachkriegsdeutschlands in die Politik einbringen konnte, wobei aller-



*Ministerpräsident Dr. Gebhard Müller bei der Fronleichnamsprozession des Jahres 1954 in Ludwigsburg.*

dings nicht wenige Opfer des Nationalsozialismus geworden waren. Dabei immer den direkten Kontakt mit der katholischen Kirchengemeinde aufrechtzuerhalten war für Gebhard Müller selbstverständlich. Gerne benutzte er festliche Anlässe, um über Fragen der Politik zu sprechen. Dabei versuchte er vor allem auf die politische Verantwortung der Christen zu verweisen, wobei er nach dem Abschied von der konfessionellen Zentrumsparterie in der CDU eine Möglichkeit erblickte, christliche Politik auf klaren Werten zu gestalten, was vor allem in seiner Kulturpolitik sichtbar werden sollte. Sein Konzept sah er in der Bekenntnisschule am besten aufgehoben und deren Abschaffung 1967 durch die Koalitionsregierung von CDU und SPD unter Ministerpräsident Hans Filbinger war für ihn eine der bittersten politischen Enttäuschungen, was er wiederholt zum Ausdruck brachte.

Seine politischen Freunde sind ihm alle im Tod vorausgegangen. Zu den Gleichgesinnten gehörten nicht wenige, die den Weg zum katholischen Geistlichen anstrebten oder ihre Wurzeln in den damals blühenden katholischen Verbänden hatten. Dazu zählten der ehemalige württembergische Staatspräsident Eugen Bolz (1881–1945), dem er als Mann des Widerstandes ein beeindruckendes Gedenken in einem 1982 in den »Tübinger Blättern« veröffentlichten Aufsatz widmete, und Joseph Beyerle (1881–1963), Justizminister von 1923 bis 1933 und 1945 bis 1951, der wohl treueste Gefährte, der aus seiner Familie zwei Priesterkandidaten als Gefallene betrauern musste und dessen Frau Elisabeth ob dieses Schmerzes 1943 auf dem Weg zum Gottesdienst für Priesteramtskandidaten in St. Eberhard auf der Königstraße in Stuttgart an Herzversagen starb. Karl Arnold (1901–1958), Mitbegründer der CDU und von 1947 bis 1956 Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, und der Gewerkschafter, Zentrumspolitiker und Widerstandskämpfer

Joseph Ersing (1882–1956) kamen aus demselben katholischen Milieu Oberschwabens wie die Familie Müller. Für alle galt als Maxime: soziales Handeln, gespeist aus den Quellen der katholischen Soziallehre.

Um die Grundlagen seiner Politik auch in Ludwigsburg zu erkennen, bedurfte es am Ort treuer Gefährten, die nach 1945 das Erbe des Zentrums in die neu gegründete CDU einzubringen versuchten. Zum Vertrautesten zählte für ihn wohl Rektor Robert Fischer (1886–1969), seit 1920 in Ludwigsburg als Lehrer wirkend und seitdem ebenfalls in der Schorndorfer Straße 25 wohnhaft. Über die Zeit des Nationalsozialismus berichtet Fischer: »Ich war nie Parteigenosse, habe auch nie um Aufnahme in die Partei nachgesucht. Als grundsätzlicher Gegner der NSDAP, als früherer Zentrumsmitglied, als aktiver Katholik und Dirigent des katholischen Kirchenchores hatte ich viel zu leiden. Unermüdlich arbeitete ich in meiner Schule und an meiner Fortbildung. Je mehr ich aber arbeitete, desto fühlbarer bekam ich die politische Zuchtrute zu spüren. Ich wurde drangsaliert, bedrückt, gepeinigt, zurückversetzt, man suchte mich – um meinen Einfluß zu brechen – aufs Land zu versetzen, wurde ins politische Schulungslager beordert, dort bespitzelt, mein Namen auf die ›Schwarze Liste‹ gesetzt, mehrmals unschuldig bei der Ministerialabteilung angeklagt.«

Als Mitbegründer der CDU in Stadt und Kreis stand Robert Fischer bis 1965 an deren Spitze und gehörte sowohl dem Ludwigsburger Gemeinderat als auch dem Kreistag als Fraktionsvorsitzender an. Die Stadt ehrte bereits 1956 seine politische und gesellschaftliche Tätigkeit, indem Robert Fischer der zweite Träger der 1954 gestifteten Bürgermedaille wurde. Zu seinem 80. Geburtstag schreibt ihm Gebhard Müller: »Seit Jahrzehnten sind Sie meiner Familie verbunden, als stets geschätzter Hausgenosse, als treuer Kollege und Mitstreiter meines Vaters, als charaktvoller, mannhafter und mutiger Bekenner ihrer religiösen und politischen Überzeugung in schwerster Zeit, als Zentrums- und CDU-Mann, der aus tiefer Überzeugung für sein Volk und seine Mitbürger gearbeitet hat, als Lehrer und Musiker geliebt und geachtet.«

Bei so hohem Anspruch ist es nicht verwunderlich, wenn Gebhard Müller gegenüber dem Verfasser immer wieder zum Ausdruck brachte, wie bedrückend für ihn die Politik in der Gegenwart geworden sei. Zu viele Werte, die er in seiner Familie, Kirchengemeinde und seiner politischen Arbeit erfahren hat, schwanden dahin. Mit seiner Kirche blieb er trotz des Bedauerns ihrer Liberalisierung eng verbunden, pflegte zu den Verantwortlichen in Ludwigsburg wie zu den Bischöfen in Rottenburg vertrauensvollen Kontakt. Dadurch ist es auch mir möglich geworden, einen Blick in die Tiefe eines Politikerlebens zu gewinnen, dessen letzten Inhalt künftigen Generationen zu vermitteln geschickter Pädagogik bedarf, um nicht als altmodisch abge-



*Gedenktafel am Haus  
Schorndorfer Straße 25 in Ludwigsburg.*

tan zu werden. Durch sein hohes Alter hat, so mein Eindruck, sich Gebhard Müller fast selbst überlebt. In der Stadt Ludwigsburg war es meiner Ansicht nach über die katholische Kirchengemeinde hinaus nur wenigen bewusst, welch prägende Kraft des Gestaltens durch die Familie Müller über Jahrzehnte hinweg wirkte und wie viel Samen des Guten ausgestreut wurde in das Leben von Menschen innerhalb und außerhalb von Ludwigsburg, Baden-Württemberg, der Bundesrepublik Deutschland, bis hin nach Madrid, wo der ehemalige Provinzial der Oberdeutschen Jesuitenprovinz Franz Xaver Müller segensreich als Hochschullehrer und Seelsorger bis zu seinem Tode 1974 wirkte.

Die Landesarchivdirektion Baden-Württemberg veröffentlichte als Festgabe zum 100. Geburtstag von Gebhard Müller das Inventar seines Nachlasses im Hauptstaatsarchiv Stuttgart. Aus diesen Quellen, Beständen des Staatsarchivs Ludwigsburg, Befragung von Verwandten und eigenem Erleben versuchte ich Elemente aus dem Leben eines Menschen, der seine Prägung in der Stadt Ludwigsburg erhalten hatte und dieser bis ins hohe Alter treu verbunden geblieben war, aus der Perspektive seines spezifischen Milieus darzustellen.

# Berichte und Notizen

## Die Veranstaltungen des Historischen Vereins 1999/2000

### I. Die Vorträge im Winterhalbjahr 1999/2000 im Kulturzentrum Ludwigsburg und im Staatsarchiv Ludwigsburg

1. **Donnerstag, 14. Oktober 1999:** Zum Auftakt der Vortragsreihe im Winterhalbjahr sprach Oberstleutnant a. D. Wolfgang Klusemann über »Das Gefecht bei Erligheim von 1799 nach württembergischen und österreichischen Quellen«. Dieser Vortrag wurde in leicht überarbeiteter Fassung in den Ludwigsburger Geschichtsblättern 53/1999 abgedruckt.

2. **Donnerstag, 11. November 1999:** Anstelle unseres am 9. Oktober 1999 im Alter von 86 Jahren verstorbenen, allseits geschätzten Ehren- und Vorstandsmitglieds Markus Otto, der über »Die emblematischen Emporenbrüstungsbilder in der Freudentaler Kirche« sprechen wollte, referierte der Remsecker Gemeindechef Eduard Theiner über »Die Ludwigsburger Oberleitungsbahnen 1910–1926. Ein Beitrag zur Geschichte des öffentlichen Nahverkehrs«. Der Vortrag ist in erweiterter Fassung im vorliegenden Band veröffentlicht.

3. **Donnerstag, 9. Dezember 1999:** Den letzten Vortrag vor dem Historischen Verein im Kulturzentrum – seit Januar 2000 finden die Vorträge im Staatsarchiv am Arsenalplatz statt – hielt Dr. Susanne Arnold, Konservatorin beim Landesdenkmalamt, über das Thema »Dorfsterben – Vöhringen und was davon blieb«. Die untergegangene Siedlung Vöhringen, östlich von Schwieberdingen gelegen, wird seit 1990 durch archäologische Ausgrabungen unter der Leitung der Referentin systematisch erforscht. Der Ortsname, ein Personennamen mit -ingen-Endung, spricht für eine frühmittelalterliche Entstehung des Dorfes im 6. oder 7. Jahrhundert. Erstmals taucht ein Ort namens »Feingen« in einer Urkunde aus dem Jahr 779 auf, wobei jedoch unklar bleibt, ob es sich dabei um Vöhringen oder Vaihingen/Enz handelt. Fast 450 Jahre lang schweigen anschließend die Quellen. Die Urkunden des 14. Jahrhunderts bezeugen eine Aufsplitterung des Besitzes, so dass es sich bei Vöhringen damals wohl nicht mehr um ein blühendes Dorf handelte, vielmehr der Prozess des »Wüstwerdens«, d. h. Verlassens bereits weit fortgeschritten war. Bis 1488 ist ein Pfarrer überliefert; die steinerne Kirche existierte noch 100 Jahre später. Die Siedlung wurde nie ganz vergessen, davon zeugen die Flurnamen (z. B. »Vöhringer Grund«) ebenso wie lokale Sagen.

Mit Vöhringen wird erstmals in Baden-Württemberg eine aufgegebene Siedlung vollständig archäologisch untersucht. Sie ermöglicht viele Einblicke, die bei heute noch existierenden Dörfern durch die unzähligen Umformungen nicht mehr möglich sind. Die mittelalterlichen Höfe innerhalb des Ortes waren nicht dicht an dicht gebaut, sondern hielten einen gewissen Abstand; dazwischen lagen Gärten und Wiesen. Zu den Höfen gehörten Grubenhäuser. Zahlreiche Webgewichte, die in den etwa einen Meter in den Boden vertieften Gruben gefunden wurden, bezeugen die Existenz von Webstühlen in diesen feuchten Verschlagen.

Die Kirche ist auch anhand der Flurnamen überliefert (»Vöhinger Kirchle«). Sie war den orientalischen Soldatenheiligen Sergios und Bacchos geweiht. Das Patrozinium dürfte vom Kloster Weißenburg im Elsass, wo deren Gebeine aufbewahrt wurden, über den Hohenasperg, dessen Herrnsitz seit Beginn des 9. Jahrhunderts zu Weißenburg gehörte, nach Vöhingen gekommen sein. Im frühen Mittelalter stand zunächst eine bescheidene Holzkirche. Der massive Steinbau des Vöhinger Kirchleins entstand bereits in einem verlassenen Siedlungsbereich. Völlig ungewöhnlich und nicht erklärbar sind bislang die Skelettfunde von mindestens zwei weiblichen Schafen in einer Grube im ehemaligen Langhaus der Kirche. War es bloßer Unfug, den man in den Ruinen der Kirche trieb, oder handelte es sich um abergläubische Praktiken? Neueste Hinweise verweisen auf Parallelen, wie sie aus Südsandinavien überliefert sind.

Warum wurde diese mittelalterliche Siedlung aufgegeben? Vöhingen war kein Einzelfall. Für die Zeit des 13. und 14. Jahrhunderts lässt sich das »Dorfsterben« in großem Umfang nachweisen, zeitgleich mit einer Welle von Städtegründungen auch in unserer Gegend. Bei der Suche nach den Ursachen ist man auf Spekulationen angewiesen. Entscheidend dürfte der Zug aus den Dörfern in die aufstrebenden Städte gewesen sein, wo wirtschaftlicher und sozialer Aufstieg und rechtliche Vorteile (»Stadtluft macht frei«) lockten. *ev*

**4. Donnerstag, 13. Januar 2000:** Kreisarchivar Dr. Thomas Schulz sprach »Zur Geschichte der Mühlen im Landkreis Ludwigsburg«. Dieser Vortrag soll in den Ludwigsburger Geschichtsblättern 55/2001 veröffentlicht werden.

**5. Donnerstag, 10. Februar 2000:** Dr. Hermann Ehmer, der Leiter des Landeskirchlichen Archivs in Stuttgart, referierte über »Das Stift Oberstenfeld – Von der Salierzeit bis ins 20. Jahrhundert«. Der Vortrag ist ebenfalls im vorliegenden Heft veröffentlicht.

**6. Donnerstag, 9. März 2000:** Der letzte Vortragsabend des Winterhalbjahres begann mit der Mitgliederversammlung. In seinem Tätigkeitsbericht ging der Vorsitzende, Dr. Wolfgang Bollacher, zunächst auf die Aktivitäten des Vereins seit der letzten Mitgliederversammlung ein. Der Verein verfügt über eine befriedigende Kassenlage. Seit 1. Januar dieses Jahres gilt eine neue Spendenregelung. Die Stadt stellt nicht mehr die Spendebescheinigungen aus. Bei Spenden bis zu 100 DM gilt der Einzahlungsschein als Nachweis, bei höheren Beträgen kann der Verein jetzt selbst Spendebescheinigungen ausstellen. Sorge bereiten Rückstände bei den Mitgliedsbeiträgen. Gegen säumige Zahler soll künftig abgestuft vorgegangen werden: von der Mahnung bis zur Streichung von der Mitgliederliste. Der Vorsitzende gedachte des verstorbenen Ehrenmitglieds Markus Otto aus Bietigheim-Bissingen. Er gratulierte Professor Sauer zur Auszeichnung mit der Otto-Hirsch-Medaille. Er warb für neue Mitglieder und dankte für die ehrenamtliche Arbeit im Verein und allen Spendern.

Der Kassenwart, Herr Hövel, berichtete, dass bei den Ausflugsfahrten Ausgaben und Einnahmen ausgeglichen sind. Dagegen verursachen die Ludwigsburger Geschichtsblätter und die Vortragsveranstaltungen erhebliche Kosten, die nicht durch die Mitgliedsbeiträge abgedeckt sind. Dank der Zuschüsse von Stadt und Landkreis sowie durch Spenden konnte diese Lücke aber geschlossen werden. Die Kassenprüferin, Frau Kirschler, bestätigte dem Kassenwart eine sehr sorgfältige Buchhaltung und stellte den Antrag auf Entlastung, der von der Mitgliederversammlung einstimmig angenommen wurde. Ebenfalls einstimmig wiedergewählt



wurde der bisherige engere Vorstand: Dr. Wolfgang Bollacher, der sich zum letzten Mal zur Wahl stellte, als Vorsitzender, Professor Dr. Paul Sauer als Stellvertreter, Theodor Hövel, Studiendirektor i. R., als Kassenwart und Stadtarchivar Wolfgang Läßle als Schriftführer. Dr. Albert Sting leitete die Wahl und dankte dem Vorstand für seine bisherige Arbeit. Auch der erweiterte Vorstand wurde von den Mitgliedern einstimmig bestätigt.

Im Anschluss an die Mitgliederversammlung hielt Stadtarchivar Wolfgang Läßle zum Thema »Regimenter und Kasernen – Die Garnison in Ludwigsburg« den letzten Vortrag im Winterhalbjahr.

Am Abend des 6. Mai 1994 verabschiedete sich die Bundeswehr mit einem Großen Zapfenstreich auf dem Ludwigsburger Marktplatz von der hiesigen Bevölkerung. An diesem denkwürdigen Tag endete nicht nur eine Ära militärischer Präsenz, die von Anfang an Ludwigsburg ihren Stempel aufgedrückt hatte, sondern auch die rund 260 Jahre währende Geschichte der Stadt als Standort verschiedener Armeen im Rahmen unterschiedlicher Gesellschaftssysteme.

Unter Herzog Karl Alexander hatte die Entwicklung zur Garnisonsstadt mit dem Bau der Talkaserne als der ältesten Ludwigsburger Kaserne begonnen. In der näheren Umgebung des Schlosses wurden etliche Gebäude im Laufe der Zeit militärisch genutzt, wie das »Marstallreithaus«, der »Gesandtenbau«, Schlosstraße 31, im 19. Jahrhundert Sitz des Militärgouverneurs von Ludwigsburg, oder das Nachbargebäude, der »Grafenbau«, auch »Pionierkaserne« genannt.

Für Herzog Karl Eugen war das Militär eine große kostspielige Liebhaberei – mit geringem Kampfwert, wie sich im Siebenjährigen Krieg zeigen sollte, dafür umso mehr zu glänzenden Paraden tauglich. Der militärische Alltag war wenig glänzend. Um die schlecht behandelten und schlecht besoldeten Soldaten bei der Fahne zu halten, mussten alle Mittel aufgeboten werden, von der Stadtmauer, welche die Fahnenflucht verhindern sollte, bis zum Spießrutenlaufen. Ein besonders trauriges Kapitel der Ludwigsburger wie der württembergischen Militärgeschichte war das Kapregiment, das 1787 im Gasthaus zum Waldhorn seinen Abschied nahm. Die meisten der 3000 an Holland verkauften Soldaten gingen in tropischer Hitze und an Krankheiten zugrunde.

Am heutigen Arsenalplatz entstand um 1760 ein Schwerpunkt mit dem zweiflügligen Generalmagazin als Zeughaus. Die wuchtige Reiterkaserne an der Nordseite des Arsenalplatzes, der heutige Wilhelmsbau, wurde in mehreren Etappen im Verlauf des 19. Jahrhunderts errichtet. In napoleonischer Zeit war Ludwigsburg der bedeutendste Waffenplatz Württembergs. Kriegsgerät lieferten unter anderem eine Gewehrfabrik und eine staatliche Geschützgießerei.

Nach dem Krieg von 1870/71 wurde die württembergische Armee nach preußischem Vorbild organisiert. Die Ludwigsburger Garnison wuchs auf 5000 bis 6000 Mann an. Weitere Kasernen, Magazine, Militärbaracken und sonstige militärische Einrichtungen entstanden auf dem Areal östlich der Stuttgarter Straße und südlich der Schorndorfer Straße, das zum eigentlichen »Kasernenviertel« der Stadt wurde. Um 1910 war Ludwigsburg eine der größten deutschen Garnisonsstädte; die Garnison stellte rund 20 Prozent der Gesamtbevölkerung.

Bei Kriegsbeginn 1914 zogen die Soldaten, begeistert gefeiert von der Bevölkerung, aus den Kasernen an die Front. Kriegsgefangene und Verwundete füllten die Gebäude. Nach der durch den Versailler Vertrag erzwungenen massiven Truppenreduzierung führte die Aufrüstung der Nationalsozialisten zu einer erneuten Ver-

stärkung der Garnison. Neue Kasernen, wie die Frommann-, die Flak- und die Krabbenlochkaserne, Dienstgebäude usw. wurden notwendig.

Nach Kriegsende 1945 zogen zunächst Heimatvertriebene und Flüchtlinge, Internierte und Displaced Persons in die Kasernen, andere übernahm die US-Armee. 1956 belegte das Feldzeug-Bataillon 514 als erster Truppenteil der noch jungen Bundeswehr die Luitpoldkaserne. Als letzte Einheit verließ das Verteidigungsbezirkskommando 51 Mitte April 1994 die Stadt. Bereits ein Jahr zuvor waren die letzten US-Soldaten aus Ludwigsburg abgezogen worden. Die Kasernen sind verschwunden oder dienen heute anderen Zwecken, prägen aber noch immer das Bild der Stadt. *ev*

## II. Die Sommerfahrten 2000

### 1. Samstag, 1. Juli 2000: Ganztagesfahrt nach Haigerloch.

Das von der Eyach in Schleifen umflossene Haigerloch – nach Gustav Schwab »wahrhaft eine toll gewordene Stadt« – war Ziel der Exkursion des Historischen Vereins. Dr. Adolf Vees, stellvertretender Vorsitzender des Hohenzollerischen Geschichtsvereins, führte durch das Bergstädtchen, das beiderseits der Eyach an steilen Muschelkalkhängen hinaufgewachsen ist. Haigerloch umfasst heute insgesamt neun Teilgemeinden mit etwa 10 000 Einwohnern und hat eine nicht unbedeutende Industrie. Die Kernstadt weist eine Vergangenheit vor, die von Katholizismus, Protestantismus, Judentum, Schwäbischem, Preußischem und Österreichischem geprägt ist.

Die Anfänge des hoch über der Stadt gelegenen Schlosses liegen im Jahr 1200. Damals bauten die Herren von Hohenberg eine Burg. 1580 bis 1588 ließ Graf Christoph von Hohenzollern-Haigerloch die mittelalterliche Burg zu einem Renaissanceschloss umbauen. Zehntscheuer, Hofkaplanei, Obervogtei und Marstall stammen noch aus dieser Zeit. 1975 ging das Schloss in Privatbesitz über und ist heute – gut saniert – ein »multikulturelles Zentrum«. Vom Schloss geht der Blick auf den jenseitigen Talhang, wo die Weißen Väter von Trier ein Missionshaus erbaut haben, das heute ein Altenheim für Afrikamissionare ist.

Die Schlosskirche, eines der Wahrzeichen Haigerlochs, steht als kühnes Bauwerk auf dem Muschelkalksporn, der vom Schloss ins Tal stürzt. Um 1750 wurde sie, die im Inneren unsymmetrisch aufgeteilt, aber dadurch von großer Lebendigkeit ist, von Fürst Josef Friedrich von Hohenzollern, der seine Residenz von Sigmaringen nach Haigerloch verlegt hatte, barockisiert. Ausgemalt ist sie von dem Sigmaringer Maler Meinrad von Au. Im Fels unter der Kirche befindet sich der »Schwanenkeller«, der 1944 vom Kaiser-Wilhelm-Institut für Physik in Berlin angemietet wurde. In ihm wurde von Professor Werner Heisenberg ein von Graphit und schwerem Wasser ummantelter Atommeiler erstellt. Ehe jedoch eine sich selbst erhaltende Kettenreaktion durch Beschießen von Uran mit Neutronen glückte, wurde Haigerloch am 23. April 1945 von amerikanischen Truppen besetzt. Eine Sprengung des »Atomkellers« konnte durch den Pfarrer der Schlosskirche verhindert werden. Sie hätte das Ende auch der Schlosskirche bedeutet. Heute ist der Keller Museum, durch das uns der Haigerlocher Bürgermeister Roland Trojan sehr versiert führte.

Über den Marktplatz der unteren Stadt mit dem Nepomukbrunnen und die Eyachbrücke gelangt man in die Oberstadt mit dem Rathaus und dem Geburts-

haus von Desiderius Lenz (1832–1928), dem Begründer der Beuroner Kunst. Das »Haag« ist neben Ober- und Unterstadt die »dritte Stadt«. Hier finden sich Reste der Synagoge und der Mikwe, dem rituellen Bad der Frauen, sowie das vollständig erhaltene Schul- und Rabbinatshaus, ferner – zur Eyach hin gelegen – der jüdische Friedhof. Bei der Synagoge erinnert ein Gedenkstein an das Schicksal der jüdischen Minderheit in der Zeit des Nationalsozialismus.

In der protestantischen Kirche befindet sich als eine Merkwürdigkeit besonderer Art die von Friedrich Schüz (1874–1954), Sohn des noch bekannteren Malers Theodor Schüz, geschaffene Kopie des Abendmahls von Leonardo da Vinci in den Originalabmessungen. Auch die Kopie vermag die sprechende Dramatik des Originals zu vermitteln.

Der Römerturm, urkundlich erstmals 1375 erwähnt, hat nichts mit den Römern zu tun. Seinen Aufsatz erhielt er 1744 bis 1746 durch den Haigerlocher Baumeister Christian Großbayer. Auf dem Turm, von dem aus ein schöner Blick zu den nahen Albbergen und weit ins Gäu reicht, wurde den Exkursionsteilnehmern eine von der Stadt gespendete Erfrischung gereicht. Die Wallfahrtskirche St. Anna, im Barock- und Rokokostil geschaffen, ist ein Kleinod. Sie wurde von Georg Weckenmann und Christian Großbayer erbaut und ebenfalls von Meinrad von Au aus Sigmaringen ausgemalt. Das Gnadenbild zeigt die heilige Anna Selbdritt. Erheitert vernahmen die Teilnehmer, dass für einen zu Ende der dreißiger Jahre zu Bruch gegangenen Putto auf dem linken Altar der kleine Adolf Veas als Modell für den Ersatzengel gedient hat.

Mit einem Besuch der großen römischen Gutsanlage aus dem ersten und zweiten nachchristlichen Jahrhundert in Hechingen-Stein, in der noch immer gegraben wird und in der ein kleines und sehr instruktives Museum entstanden ist, schloss die Exkursion.

Professor Dr. Paul Sauer hatte auf der Hinfahrt über die links und rechts der Route liegenden Orte und ihre Bedeutung in Vergangenheit und Gegenwart berichtet und in die Geschichte Hohenzollerns und Haigerlochs eingeführt. Die Hohenzollern hatten sich 1227 in einen fränkischen, später evangelischen und in einen schwäbischen katholischen Zweig gespalten. Im schwäbischen Zweig entwickelten sich von 1576 an die Linie Hohenzollern-Hechingen und die Linie Hohenzollern-Sigmaringen, von der sich vorübergehend die Linie Hohenzollern-Haigerloch losgelöst hatte. 1623 wurden die regierenden Herren beider Linien in den Reichsfürstenstand erhoben. Die Fürsten gehörten 1806 bis 1813 dem Rheinbund an und dankten 1849 zu Gunsten des Königs von Preußen ab. Die Linie Hohenzollern-Hechingen starb 1869 aus. Ihr Territorium fiel an Hohenzollern-Sigmaringen. Ein Fürst dieses Hauses gelangte 1866 auf den rumänischen Thron, Fürst Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen wurde durch seine spanische Thronkandidatur 1870 bekannt, die zum Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 führte.

Der erlebnisreiche Tag fand mit einem gemütlichen Beisammensein im »Grünen Baum« in Warmbronn sein Ende, bei dem Professor Dr. Paul Sauer und Dr. Adolf Veas – diesem in absentia – herzlich gedankt wurde. *wb*

**2. Samstag, 23. September 2000:** Halbtagesfahrt nach Marbach und »Mühlentour«.

Die nach umfangreicher Renovierung am 19. September 1999 mit einem festlichen Gottesdienst eingeweihte Alexanderkirche in Marbach war das erste Ziel der

Reise. Stadtarchivar Albrecht Gühring führte zunächst in die Siedlungsgeschichte Marbachs ein, um sich dann der ehemaligen Wehranlage um die Kirche zuzuwenden, an deren Fuße zwei Häuser stehen, welche die Stadtverheerung von 1693 durch die Franzosen überstanden haben. Am Torhaus, 1744 anstelle eines älteren erbaut, befinden sich bemerkenswerte Grabplatten, unter anderem von Charlotte Christiane Schelling geb. Gaupp (1792–1830), Ehefrau des Dekans Schelling, eines Bruders des Philosophen, von Johann Friedrich Roos, dessen Sohn mit Ludwig Hofacker, dem Pietisten, befreundet war, und von Regina Dorothea Scholl geb. Müller (1767–1817), der Großmutter von Ottilie Wildermuth, und schließlich von Johann Georg Kinckelin, der als Zehnjähriger im Neckar ertrank.

Die Kirche ist die dritte an dieser Stelle. Einem karolingischen Bau folgte eine romanische Basilika und dieser die heutige spätgotische Staffelhalle. 1302 war Marbach an Württemberg gekommen. Graf Ulrich V., der Vielgeliebte, dem bei der Landesteilung 1442 der Stuttgarter Landesteil zugefallen war, plante vielleicht in Marbach eine zweite Residenz zu errichten, die neben einer Burg auch eine repräsentative Kirche erforderte. 1450 wurde mit dem Chor begonnen, der unter Aberlin Jörg 1453 vollendet wurde. In der südlichen Außenwand des Schiffes findet sich ein großer Stein mit römischer Inschrift von 145 n. Chr., der aus dem Kastell Benningen stammt, und an der südlichen Außenwand des Chores die Reste eines Ölbergs, dessen hölzerne Figuren nebst einem gotischen Schrank 1923 von der Kirchengemeinde verkauft wurden, um die Reparatur der Chorfenster zu finanzieren.

Die Innenausstattung ist für eine protestantische Kirche noch immer reich und vielseitig. Fehlt auch der Hochaltar, so gibt es Grabplatten, Totenschilder und Epitaphe, das Fresko eines mächtigen Christophorus, Weihekreuze aus vorreformatorischer Zeit und eine fein gestaltete Kanzel, die neben den Kirchenvätern den Kirchenpatron zeigt. Der Kirchenpatron Papst Alexander I. war der fünfte Nachfolger auf dem Stuhl Petri und erlitt das Martyrium. Seine Reliquien kamen über Kaiser Karl den Großen und St. Denis sowie das speyerische Klingensmünster nach Marbach und ließen hier eine Wallfahrt entstehen. Unter den zahllosen farbigen Schlusssteinen, die ein theologisches Programm enthalten, sind das Sparrenwappen des Aberlin Jörg, das württembergische Wappen und das älteste farbige Wappen der Stadt Marbach als weltliche Schlusssteine zu erwähnen. Das Fresko im Chor, das zwei betende Ritter kniend vor der Jungfrau Maria zeigt, erinnert an die im Pfälzischen Krieg 1460 gefallenen Herren Konrad von Heinriet und Kaspar Speth von Hoheneck. Maria wurde nach der Reformation mit dem Gekreuzigten übermalt, kommt aber wieder zum Vorschein. Herr Gühring machte auf viele bauliche Details und Figuren aufmerksam und die Kirche mit ihrem herrlichen Netzgewölbe »lesbar«, zeigte aber auch, dass es noch manches zu erforschen gibt.

Der Führung durch die Alexanderkirche schloss sich unter Leitung von Kreisarchivar Dr. Thomas Schulz die »Mühlentour« an, die in Steinheim begann. Dort liegt an der Bottwar eine 1714 erbaute und 1966 stillgelegte Mühle, von der noch ein großes unterschlächtiges Wasserrad erhalten ist; sie war ursprünglich Loh- und Walkmühle und zuletzt Sägmühle. Eine der ältesten Mühlen im Kreis ist die 1262 erstmals erwähnte Steinheimer Mühle an der Murr, die im Dreißigjährigen Krieg zerstört und 1671 wieder aufgebaut wurde, wovon eine pittoreske Bauinschrift kündigt. 1699 wurde die Mühle mit der »darauf haftenden Banngerechtigkeit« von der Gemeinde Steinheim an Georg Sumser verkauft, dessen Familie längere Zeit

im Besitz der Mühle blieb. Der Betrieb wurde 1972 eingestellt. Vorbei an der Schlossmühle von Schaubeck – heute ein unter Denkmalschutz stehendes Wohnhaus – wurde in Großbottwar an der 1522 erstmals genannten und von der Kleinen Bottwar betriebenen Eselsmühle Halt gemacht. Sie ist noch im Betrieb und gut renoviert. Am Wunnenstein, an dem die Route vorbeiführte, wurde längere Zeit eine Gipsmühle mit Pferdegöpel betrieben. Gips galt als Dünger, seit der Kupferzeller Pfarrer J. S. Mayer in seinem 1768 erschienenen Buch »Die Lehre vom Gips« darauf aufmerksam gemacht hatte. In Besigheim sah man von der Enzbrücke aus die Obere und Untere Mühle und den Standort der abgegangenen Sägmühle. Obere und Untere Mühle dürften bereits 1322 bestanden haben. Die Untere Mühle kam 1713 an den Generalproviandirektor von Schell, weshalb sie auch als Schellenmühle bekannt ist; sie hatte 1838 sechs unterschlächtige Wasserräder und war bis 1901 in Betrieb. Die Obere Mühle oder Stadtmühle war von 1773 bis 1983 im Besitz der Familie Fackler; seit 1966/67 liegt sie still. Das 1775 errichtete Streichwehr steht als Bestandteil der Gesamtanlage »Altstadt Besigheim« unter Denkmalschutz.

Nächstes Ziel war die Bromberger Mühle bei Ochsenbach. Die von einem vom Kirbach abgezweigten 1,3 Kilometer langen Kanal gespeiste Mühle wurde 1610 von Poppo von Witzleben, Forstmeister am Stromberg, erbaut und kam 1664 mit der Burg Bromberg durch Kauf an die Herrschaft Württemberg. Die Getreidemühle wurde Mitte des 18. Jahrhunderts um eine Ölmühle und Hanfreibe erweitert. 1958 wurde der Mahlbetrieb eingestellt. Die Mühle ist heute ein höchst sehenswertes und gut erhaltenes Fachwerkgebäude, das als Wohnhaus genutzt wird. Das noch erhaltene oberschlächtige Wasserrad hat einen Durchmesser von neun Meter und eine Breite von einem Meter und gilt als eines der größten in Deutschland.

Unterwegs berichtete Dr. Schulz immer wieder über die Geschichte der Mühlen und auch über die häufig sehr schlechte wirtschaftliche Situation der Müller, die sich mit der landläufigen Vorstellung vom »reichen Müller« nicht deckt. Die Tour endete in der Unteren Mühle, der Fessler-Mühle, in Sersheim. 1396 erstmals erwähnt, ist die Mühle noch heute in Betrieb. Ihr ist ein kleines Museum, das besichtigt wurde, ein »Mühlenladen«, ein Fitness-Center und eine kleine Gastwirtschaft mit Kleinkunsthöhne angegliedert. Wolfgang Fessler, der derzeitige Müller, führte durch die Mühle mit ihren steilen Treppen, Silos, Trichtern und Walzwerken und machte interessante Ausführungen zur Produktion, Mahltechnik und heutigen Lage der Mühlen. Mit einem guten Vesper in der Mühle schloss die kleine Exkursion, an deren Ende den Herren Gühring und Dr. Schulz sowie den Herren Fessler, Vater und Sohn, herzlicher Beifall gespendet wurde. *wb*

Der Jahresbericht fußt auf den (Zeitungs-) Berichten von Dr. Wolfgang Bollacher (*wb*) und Dr. Erich Viehöfer (*ev*). Wolfgang Läßle

### Otto-Hirsch-Gedenkmedaille für Paul Sauer

Am 10. Januar 2000 wurde Herrn Professor Dr. Paul Sauer in einer Feierstunde im Großen Sitzungssaal des Stuttgarter Rathauses die Otto-Hirsch-Gedenkmedaille verliehen. Die Medaille ist von der Stadt Stuttgart, der Gesellschaft für Christlich-

Jüdische Zusammenarbeit Stuttgart und der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württemberg gemeinsam gestiftet worden und ist nach dem am 9. Januar 1885 geborenen Ministerialrat Otto Hirsch benannt. Hirsch war von 1914 bis 1919 Rechtsrat der Stadt Stuttgart, danach Ministerialrat im württembergischen Innenministerium und zusammen mit Otto Konz Gründer der 1921 ins Leben gerufenen Neckar-Aktiengesellschaft, die sich die Neckarkanalisation zur Aufgabe gestellt hatte. 1933 wurde Hirsch, der von Jugend an in der jüdischen Gemeinde Stuttgarts tätig war, von den Nationalsozialisten aus dem Amt vertrieben. Als Vorsitzender der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland mit Sitz in Berlin hatte er maßgeblichen Anteil daran, dass viele Deutsche jüdischen Bekenntnisses auswandern und damit dem sicheren Tod in den Vernichtungslagern entkommen konnten. Die eigene Emigration lehnte er ab, um weiter helfen zu können. Im Februar 1941 wurde Hirsch zum dritten und letzten Mal verhaftet. Am 19. Juni 1941 starb er im KZ Mauthausen.

Mit der Verleihung der Medaille an Herrn Professor Dr. Sauer wurde sein großer Einsatz für die christlich-jüdische Verständigung, insbesondere durch seine Forschungen, Schriften und Vorträge gewürdigt, mit denen er einen »detaillierten und präzisen Einblick« in die Geschichte der Juden und in das jüdische Leben in Baden-Württemberg vor 1933, aber auch in den Jahren der Verfolgung und Vernichtung danach gewährt hat.

Aus der eindrucksvollen Feierstunde ist die von Herrn Dr. Gerhard Taddey gesprochene Laudatio hervorzuheben, die – ohne Pathos – von warmer Sympathie für den Geehrten und von aufrichtigem Respekt vor dessen wissenschaftlichen Leistungen getragen war, und die Antwort des Geehrten, die nicht nur eine Mahnung zu Toleranz und Wachsamkeit ist, sondern darüber hinaus ein persönliches Bekenntnis des Geehrten, eine Confessio, die auch seine christlichen Wurzeln zeigt. Wir möchten die Antwort des Herrn Professors Dr. Sauer, des stellvertretenden Vorsitzenden des Historischen Vereins, in diesem Band der Ludwigsburger Geschichtsblätter veröffentlichen, um sie auch denjenigen zur Kenntnis zu bringen, die bei der Feierstunde nicht dabei sein konnten. *Wolfgang Bollacher*

#### *Ansprache von Professor Dr. Paul Sauer:*

»In der Genesis, im ersten Buch Mose, wird von dem Mord berichtet, den Kain aus Missgunst und Neid an seinem Bruder Abel begeht, und Gott, der Herr über Leben und Tod, stellt den Mörder zur Rede. ›Wo ist dein Bruder Abel?‹ fragt er. Kain, im Bestreben, sein Verbrechen zu verheimlichen, obwohl er weiß, dass dem Allmächtigen nichts verborgen bleibt, antwortet: ›Ich weiß nicht, wo er ist‹, und er schließt die dummdreiste Frage an: ›Soll ich meines Bruders Hüter sein?‹ Der Bruder ist ihm nicht bloß gleichgültig, er hasst ihn und deshalb tötet er ihn. Trotz seines bruderverachtenden Hasses will er sich das Wohlgefallen Gottes erringen. Er sieht nur sich. Gott lässt den Brudermord zu, und er lässt auch heute noch solche Verbrechen zu. Der Mensch ist für sein Handeln selbst verantwortlich. Doch Gott fordert von ihm Rechenschaft. Er erwartet Einsicht, Reue. Allein, Kain ist verstockt, uneinsichtig, selbstzerstörerisch-lieblos. Der Bruder war ihm im Weg. Er hatte mit seinem Leben, seinem Verhalten das Wohlgefallen des Allmächtigen erlangt. Damit aber wollte und konnte sich der zurückgesetzt fühlende Kain nicht abfinden.

Die Kainsfrage ›Soll ich meines Bruders Hüter sein?‹ ist zu einer Schicksalsfrage in der Geschichte der Menschheit geworden. Immer wieder haben sich Menschen auf den Standpunkt gestellt, der Nächste geht mich nichts an, er ist mir lästig, er stört meine Kreise, ich muss mich seiner entledigen. Liebe wird mit Hass vergolten, an die Stelle des hilfreichen, aufbauenden menschlichen Miteinanders tritt das zerstörerische diabolische Gegeneinander. Kein Mensch ist vor Hass und Missgunst gefeit, auch kein Volk. Zwischenmenschliche Beziehungen lösen sich auf, Völker fallen in die Barbarei zurück. Recht und Menschenwürde werden mit Füßen getreten.

Das deutsche Volk hat unter der verbrecherischen Führung der Nationalsozialisten schwere Schuld auf sich geladen. Menschen, die ihm nach Sprache und Kultur angehörten, die es geistig ungemein bereichert haben, hat es brutal von sich gestoßen. Es hat sich eine Herrenrolle über andere Völker angemaßt, Tod und Vernichtung über Europa und die Welt gebracht. Am Ende freilich standen nicht Triumph und Sieg, sondern schmachvolle Niederlage, Chaos, Blut und Tränen. Der Hass, der von Deutschland ausgegangen war, schlug hart und unerbittlich zurück. Das Sich-Nicht-Kümmern um den Bruder, um die Schwester rächte sich in schlimmster Weise. Dass indes 1945 unser Volk nicht in Not und Elend versank, sondern die Chance zu einem neuen Wiederaufstieg erhielt, verdankte es zunächst verantwortungsbewusst denkenden und handelnden Männern und Frauen der Siegermächte, und vor allem verdankte es dies bisher Ausgegrenzten und erbarmungslos Verfolgten, die den Hass überwandten und die ihm die Hand zu Frieden und Versöhnung reichten.

Unendlich viel Gutes ist seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs geschehen. In bedrückender Not und in heute kaum noch vorstellbarer Armut wurden die Fundamente für eine freiheitlich-demokratische Staats- und Gesellschaftsordnung in Deutschland gelegt, und sie haben sich als tragfähig erwiesen. Unser Dank gilt den Frauen und Männern der ersten Stunde, die dieses Wunder bewirkt haben. Wir sind stolz auf sie. Doch sie haben uns in die Pflicht genommen. Uns obliegt es, zu erhalten und zeitgemäß weiterzuentwickeln, was sie geschaffen haben. Die Demokratie verlangt unseren ganzen und unseren unablässigen Einsatz. Wir dürfen nicht die Hände in den Schoß legen und uns treiben lassen, tun, was uns Spaß macht. Wie unsere Väter und Großväter sind auch wir gefordert, unsere ganze Kraft dafür einzusetzen, dass unsere Kinder und Enkel ein menschenwürdiges Leben führen können und dass sie sich gleichermaßen wie wir in einem freiheitlich-demokratischen Staat beheimatet fühlen.

Auch uns stellt Gott die Frage: ›Wo ist dein Bruder, deine Schwester?‹, und er erwartet von uns die Antwort: Hier ist unser Bruder, hier ist unsere Schwester, sie, gleichgültig in welcher Gestalt sie uns begegnen, gehören zu uns, sind ein Teil von uns. Wir alle sind Kinder des allmächtigen Gottes. Auch unsere Welt heute ist von vielen Gefahren bedroht, und wir müssen wachsam sein. Abgründige Kräfte regen sich, verkündigen Hass und Unmenschlichkeit. Ihnen müssen wir widerstehen. Den Weg in die Zukunft weisen selbstlose Liebe, Hilfs- und Opferbereitschaft. Keiner darf abseits stehen. Nichts ist vollkommen, nicht wir und nicht unser Staat. Doch sich seinen staatsbürgerlichen Pflichten, so bei Wahlen, zu entziehen, ist sträflich und unverantwortlich. Schäden reparieren und Mängel beseitigen können wir nur, wenn wir uns für das Gemeinwohl wie für den Einzelnen engagieren. Rechte kann nur beanspruchen, wer vorab seine Pflichten wahrnimmt, wer zu sei-

ner Verantwortung steht. Nicht nur unsere Politiker, von denen leider einige den Staat als Selbstbedienungsladen betrachten und sich ungleich mehr mit Worten als mit Taten hervortun, wir alle sind aufgerufen, Recht und Gerechtigkeit zu üben und uns in unserem jeweiligen Lebenskreis menschlich zu verhalten.

Mein Freund und Kollege Dr. Gerhard Taddey hat in seinem Vortrag die Bedeutung der Zeitgeschichte für die Landesgeschichte in eindrucksvoller Weise nachgewiesen. Dabei hat er die Forschungen, die ich auf zeitgeschichtlichem Gebiet unternommen habe, mit hohem Lob bedacht. Dies freut mich, und ich danke ihm herzlich für seine großartige Laudatio. Indes hat er, wie ich meine, des Guten zu viel getan. Nun, eine Laudatio ist nun mal eine Laudatio, auch wenn sie im Fall meines Freundes Taddey ehrlich, dabei glänzend formuliert ist und darum sehr angenehm in den Ohren klingt. Ich habe mich immer als Kärner der Wissenschaft gefühlt und keineswegs als großer Historiker. Mein landesgeschichtlicher Beitrag ist alles in allem bescheiden. Zutiefst dankbar war und bin ich, dass ich die Chance hatte und habe, mich auf dem Feld der Historie zu betätigen. Die Geschichte hat mein Leben reich gemacht, sie hat mir einen der schönsten Berufe ermöglicht, den es gibt, sie hat mir Freunde und Weggenossen an die Seite gestellt, um die ich zu beneiden bin. Nur einen will ich erwähnen, meinen langjährigen, leider schon 1973 verstorbenen hochverehrten Chef Professor D.Dr. Max Miller, Theologe und Historiker, eine imponierende Persönlichkeit. Ich habe eine Frau, die meine Leidenschaft für die Historie teilt; ihr habe ich sehr viel zu verdanken. Großes Glück hatte ich auch mit meinen Sekretärinnen im Hauptstaatsarchiv und im Stadtarchiv Stuttgart; sie haben mir viel geholfen und mich vor mancher Dummheit bewahrt. Ich danke namentlich Frau Margret Krause und Frau Else Schwelling für die langjährige freundschaftlich-vertrauensvolle Zusammenarbeit. Es freut mich, dass beide Damen heute hier sind.

Mitte April 1945, kurz vor Kriegsende, die Front bei Bietigheim-Bissingen war nur noch wenige Kilometer entfernt, wurde mein kleiner Heimatort Wolfölden das Ziel amerikanischer Jagdbomber, der berüchtigten Jabos. Die Flieger hatten die auf den Feldern arbeitenden Bauern erspäht und griffen sie überfallartig mit Bomben und Bordwaffen an, auch nahmen sie den südwestlichen Dorfausgang unter Beschuss. Einige Dorfbewohner konnten sich noch mit ihren Pferdefuhrwerken, die mit Futtermitteln beladen waren, in einen Hohlweg retten. Andere suchten Schutz in Straßengräben. Das Resultat des nur wenige Minuten währenden Feuerüberfalls: vier Tote, zwei Schwerverletzte, dazu einige zerstörte oder schwer beschädigte Häuser, mehrere getötete Pferde und Kühe. Als knapp Vierzehnjähriger prägte sich mir das Bild eines im Straßengraben liegenden Toten, eines aus Pforzheim evakuierten älteren Mannes, und insbesondere der grässliche Anblick dreier russischer Arbeiterinnen und Arbeiter ein, die nach dem Angriff aus einem mächtigen Hügel von Erdschollen ausgegraben werden mussten. Die drei etwa Zwanzigjährigen hatten sich in einem Graben in Deckung gebracht. Ein Flieger hatte dies bemerkt und gezielt zwei Fünfhundertbomben abgeworfen. Diese rissen einen tiefen Krater in den angrenzenden Acker und wirbelten Erdmassen hoch, die den drei jungen Menschen zum Verhängnis wurden. Ich sehe noch immer die aufgedunsenen Gesichter der zwei Mädchen und des jungen Mannes vor mir – sie waren unter den Erdschollen grausam erstickt. Ich hatte alle drei gut gekannt. Es waren freundliche, lebensfrohe junge Menschen gewesen, die man im Ort gern gehabt hatte. Die NS-Vorschriften über die gänzliche



Absonderung der angeblich minderwertigen Ostarbeiter hatte im Dorf kaum jemand beachtet.

Dieses offenkundige Kriegsverbrechen der anderen Seite hat mich nie mehr losgelassen. Der Krieg und der Hitler-Staat, die man in der Marbacher Oberschule noch kurz zuvor verherrlicht hatte, wurden für mich zu einer Art Alptraum. Die ungeheuerlichen Verbrechen des NS-Regimes, die jetzt erst in ihrem ganzen Ausmaß bekannt wurden, erschütterten mich. Ich wollte Genaueres über die Hintergründe der deutschen Katastrophe in den Jahren 1933 bis 1945 wissen, auch wollte ich, wenigstens in bescheidener Weise, meinen Beitrag zu einem dauerhaften Frieden und zur Völkerversöhnung, ganz besonders aber zu einem menschenwürdigen Gemeinwesen leisten. Meine Interessen und meine Begabung wiesen mir den Weg zur Zeitgeschichte. In Hans Rothfels in Tübingen, einem bedeutenden Historiker jüdischer Herkunft, der sich trotz Diskriminierung und Verfolgung im Dritten Reich eine tiefe Liebe zu seinem deutschen Vaterland bewahrt hatte, und in Gerhard Ritter in Freiburg, einem unerschrockenen, weltoffenen Gelehrten, der zu den Männern des 20. Juli 1944 gehört hatte, fand ich akademische Lehrer, die mir menschliche Vorbilder waren und die mir das methodische Rüstzeug für die eigene historische Forschung vermittelten.

Ein besonderer Glücksfall für mich war es sodann, dass ich nach dem Studium in den Archivdienst des Landes Baden-Württemberg übernommen wurde. Der Doppelberuf Archivar und Landeshistoriker wurde mir zu einer Art Berufung. Die Landesgeschichtsforschung schlug mich in ihren Bann. Ein der Staatlichen Archivverwaltung 1962 erteilter Landtagsauftrag, die Schicksale der jüdischen Bürger Baden-Württembergs während der nationalsozialistischen Verfolgungszeit aufzuklären, gab mir die Chance, mit einer Arbeitsgruppe engagierter Kolleginnen und Kollegen, unter ihnen vor allem meine Freunde Franz Hundsnurscher und Gerhard Taddey, ein zentrales Thema der baden-württembergischen Zeitgeschichte wissenschaftlich zu erarbeiten und damit einen Einstieg in die brennendsten Fragen der Zeitgeschichte zu bekommen.

Freilich, im Vergleich zu den Opfern der Gewaltherrschaft hat es der Historiker gut, der sich mit ihren Schicksalen befasst und ein verlässliches Bild darüber zu zeichnen bemüht ist. Er wird nicht diskriminiert, nicht verfolgt. Das Risiko, das er auf sich nimmt, ist gering. Seine Publikationen erregen zwar mitunter die Öffentlichkeit, weil sie den Finger in offene Wunden legen, eine schreckliche, schuldbeladene Vergangenheit in Erinnerung bringen, was mancher Zeitgenosse als unangenehm oder gar als empörend empfindet; andererseits aber erhält er für sein Bemühen um eine wissenschaftliche Aufarbeitung der jüngsten Vergangenheit auch viel Anerkennung. Zudem gewährt ihm der Rechtsstaat alle Möglichkeiten zum wissenschaftlichen Forschen. Mit Blick auf die Opfer der Gewalt hat er deshalb Skrupel, Ehrungen und Auszeichnungen, die ihm, so wie mir heute, zuteil werden, anzunehmen. Er hat doch nur die im Zusammenhang mit dem von ihm frei gewählten Beruf stehenden Aufgaben nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen gesucht.

Mehr als 36 000 jüdische Menschen aus Baden-Württemberg wurden in den Jahren 1933 bis 1945 diffamiert, entrechtet und beraubt, zu einem großen Teil schließlich zum Verlassen der zur ungastlichen Fremde gewordenen Heimat gezwungen, etwa 9000 von ihnen in der Shoah (Holocaust) ermordet. Angesichts dieser schrecklichen Fakten und Zahlen erscheint die Ehrung eines Historikers, der wis-

senschaftlich mit einer Reihe von Arbeiten zum Forschungskomplex Drittes Reich hervorgetreten ist, wie schon gesagt, nicht unproblematisch. Mir ist dies bewusst. Dennoch freue ich mich, dass mir durch die Landeshauptstadt Stuttgart, die Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Stuttgart und den Vorstand der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württemberg die Otto-Hirsch-Gedenkmedaille verliehen worden ist.

Die Medaille trägt den Namen des Mannes, den ich wie kaum einen anderen Menschen verehere, vor dessen Leistungen ich den größten Respekt habe. Eine ganz besonders große Freude und hohe Ehre für mich ist es, dass Herr Hans George Hirsch, der Sohn, und Frau Ursula Joachim, die Tochter von Otto Hirsch, eigens aus den USA zu dieser Feier nach Stuttgart gekommen sind. Ich bin ihnen dafür zutiefst dankbar.

Otto Hirsch hat viele Tausende seiner jüdischen Landsleute dadurch gerettet, dass er ihnen das rettende Tor ins Ausland öffnete. Für sich selbst aber hat er zahlreiche Emigrationsmöglichkeiten ausgeschlagen, und er hat schließlich den Tod im Konzentrationslager erlitten. Mit seinem Leben und seinem Sterben hat Otto Hirsch menschliche Maßstäbe gesetzt, die für uns verpflichtend sind. Wir leben heute in einem freiheitlichen Rechtsstaat. Gerade deshalb aber obliegt es uns, dass dieser Staat, dessen Bürger wir sind, sich weiter festigt und dass niemals wieder Hass, Gewalt und Menschenverachtung in diesem, unserem Land die Oberhand gewinnen. Ich danke sehr, sehr herzlich für die hohe Auszeichnung. Sie ist mir Mahnung und Verpflichtung zugleich, meine landesgeschichtliche Arbeit fortzusetzen, solange mir Gott die Kraft dazu gibt.«

### **Nachgelassene Bauzeichnungen und Entwürfe des Ludwigsburger Architekten Friedrich Hausser (1875–1963) jetzt im Stadtarchiv Ludwigsburg.**

Ludwigsburg vor hundert Jahren – eine Stadt im Aufschwung! Kasernen werden erweitert, neue gebaut, Gewerbebetriebe siedeln sich an, die Einwohnerzahl steigt stetig, in der Innenstadt entsteht auf dem Gelände des ehemaligen Feuersees ein neues Stadtviertel, in den Randbezirken, vor allem im Westen und Süden, werden neue Wohngebiete erschlossen und zügig bebaut. Die Baubranche hat Hochkonjunktur, expandiert und schafft neue Arbeitsplätze und Verdienstmöglichkeiten. Dies erkennt auch der Stuttgarter Bauwerkmeister Christian Hausser und folgt dem Ruf seines in Ludwigsburg ansässigen Schwagers, des Kgl. Hofwerkmeisters Hugo Assenheimer, und verlegt sein Unternehmen nach Ludwigsburg, um mit der Baufirma Assenheimers zu fusionieren.

Friedrich Hausser ist einer der fünf Söhne Christian Haussers. Er wird 1875 in Stuttgart-Berg geboren, geht in der Ludwigsburger Realanstalt zur Schule, macht 1890 bis 1892 eine Maurerlehre bei Assenheimer und besucht parallel dazu die Kgl. Baugewerkschule in Stuttgart. 1894 bis 1896 ist er außerordentlicher Student an der TH Stuttgart bei Prof. Tritschler, tritt 1895 in das väterliche Baugeschäft als Architekt ein und schließt 1898 seine Ausbildung mit der Abschlussprüfung im Baugewerbe als Bauwerkmeister ab. Er gründet 1918 ein eigenes Architekturbüro und ist zusammen mit seinen Brüdern Paul und Felix Teilhaber an der Baufirma Christian Hausser. 1931 steigt er aus der Firma aus und richtet sein Büro in der Bismarckstraße 26 ein, wo er bis zu seinem Tod 1963 lebt und arbeitet.

Friedrich Hauser hebt sich von den anderen Ludwigsburger Architekten und Baumeistern seiner Zeit (z. B. Baumgärtner, Gabler, Hammer, Imle, Eichert) vor allem durch die Dauer seiner Schaffenszeit und die Vielschichtigkeit seines Werks deutlich ab (vgl. hierzu Claus Huber: *Der Ludwigsburger Architekt Friedrich Hauser*, Magisterarbeit Tübingen 1988, Exemplar im Stadtarchiv Ludwigsburg). Seine Laufbahn als Architekt beginnt als Praktikant der Kgl. Baugewerkschule im Zeichenbüro der Firma Assenheimer – seine erste nachgewiesene Zeichnung stammt von 1891. Seine letzte erhaltene Zeichnung datiert siebenzig Jahre später – ein Entwurf vom Dezember 1961 zu dem Grabstein für das Familiengrab auf dem neuen Friedhof in Ludwigsburg.



*Friedrich Hauser, ca. 1900*

In diesen siebenzig Jahren arbeitet er entwerfend und künstlerisch gestaltend in den jeweils aktuellen Stil- und Geschmacksrichtungen der Zeit. Ob Historismus, Jugendstil, heimischer Traditionalismus, Neoklassizismus, Expressionismus, Neues Bauen, Friedrich Hauser ist in allen Richtungen überzeugend, am erfolgreichsten sicher im heimischen Traditionalismus und im Expressionismus. Neben Wohnhäusern für den gut situierten Bürgerstand entwirft er auch Reihenhäuser, Einfachhäuser für den kleinen Geldbeutel und ganze Wohnsiedlungen. Er plant neben den Villen der Fabrikanten auch deren Fabriken. Zudem baut er mehrere Schulen, nimmt an zahlreichen Wettbewerben teil, u. a. für Krankenhäuser, Rathäuser, für eine Seebadeanstalt, für mehrere Ehrenmale, einen Wasserturm, sogar für künstlerisch gestaltete Kachelöfen. Umbauten von Geschäfts- oder Privathäusern gehören ebenso zu seinen Arbeiten wie typisierte Entwürfe von Transformatorstationen. Er entwirft eine Faschingsdekoration für die Musikhalle in Ludwigsburg und renoviert die Stadtkirche. Der Aussichtsturm auf dem Salon ist ebenso sein Werk wie eine Pegelsäule im Neckar bei Benningen. Auch sein Hobby, das Skifahren, verbindet er mit seinem Beruf: Er ist Hüttenarchitekt beim Deutschen Alpenverein Sektion Schwaben in Stuttgart und baut in dieser Funktion die vier Hütten der Sektion mehrere Male um.

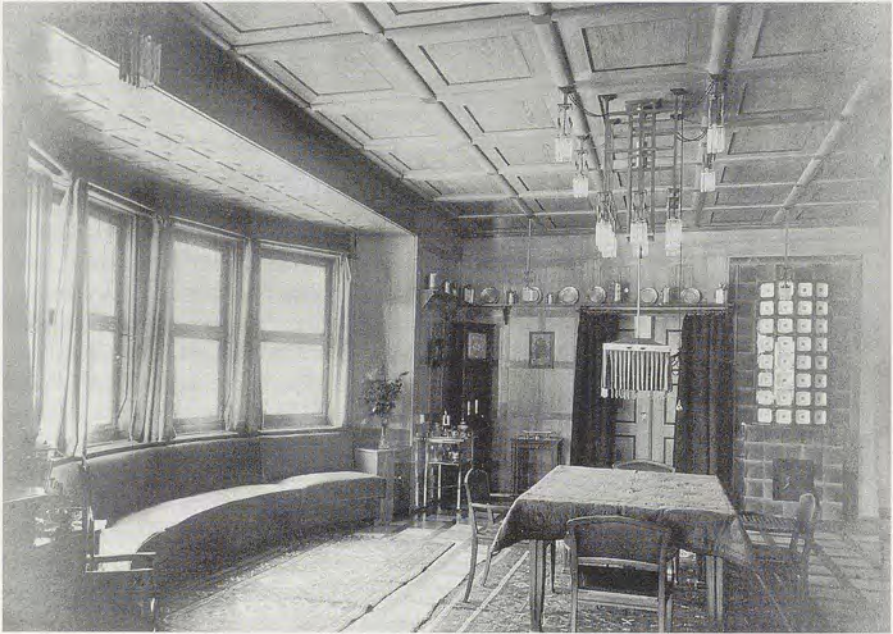
Für Friedrich Hauser muss alles aus einem Guss sein. Er ist ein Architekt, der nichts dem Zufall überlässt und deshalb nur wenig aus der Hand gibt: Von ihm stammt die Zeichnung für den Fußabstreifer, die Türklinke, das Gartentor, den Rinnenkessel, das Gitter am Blumenkasten, den Schlussstein mit dem Familienwappen oder die Wetterfahne ebenso wie die Berechnung der Deckentragfähigkeit, die Dachkonstruktion, die Bearbeitungsangaben für den Steinmetz oder die Festlegung der Querschnitte für die Abwasserleitungen. Neben seiner Ingenieur-tätigkeit ist er gleichermaßen künstlerisch gestaltender Innenarchitekt, entwirft Türen, Möbel, Tafelungen, Kachelöfen samt Zubehör, Wandbemalungen, bunte Glasfenster, Beleuchtungskörper, Vorhangstoffe, sogar die Titelseite für das Gästebuch des neuen Hausbesitzers.

### *Friedrich Hauser in Ludwigsburg*

Friedrich Hauser ist ein Stück Ludwigsburger Architektur- und Städtebaugeschichte. Die überwiegende Anzahl seiner Arbeiten hat er in Ludwigsburg realisiert. Seine Arbeiten sind noch größtenteils vor Ort gegenwärtig. Einige allerdings wurden, sicher nicht immer zu ihrem Vorteil, verändert, manche leider abgebrochen.

Im Folgenden eine Auswahl seiner Arbeiten in Ludwigsburg (der Zusatz \* bedeutet »abgebrochen«, der Zusatz \*\* bedeutet »nicht realisiert«):

- Neubau Baron von Gültlingen, Friedrichstraße 24\*
- Doppelhaus Nill, Wilhelmstraße 57



*Haus Hauptmann Breyer, Friedrichstraße 4, Innenausstattung (1908)*

- Doppelhaus Marval/Hausser, Friedrichstraße 10
- Neubau Krankenhaus\* und Saalbau, Karlshöhe
- Aussichtsturm auf dem Salon\* (siehe hierzu den Aufsatz von Wolfgang Läßle in diesem Heft)
- Cluss'scher Saalbau, Stuttgarter Straße 2
- Wohn- und Bürohaus Barth, Martin-Luther-Straße 44
- Verschiedene Fabrikbauten Heinrich Franck Söhne, u. a. das Torhaus
- Umbau und Innenausstattung Haus Hauptmann Breyer, Friedrichstraße 4
- Haus Haxton, Bismarckstraße 38
- Haus Christian Hausser, Bismarckstraße 26
- Haus Max Hausser, Bismarckstraße 30
- Haus Hauptmann Heuss, Friedrichstraße 56\*
- Wettbewerb Gymnasial- und Realschule auf dem ehemaligen Feuerseegelände\*\*
- Innenausstattung Offizierskasino Inf.-Reg. 121 am Arsenalplatz\*
- Haus Zwissler, Gartenstraße 33
- Doppelhaus »Imbröder«, Moserstraße 3/5
- Gewerbe- und Industrieausstellung 1914\*
- Neugestaltung des Ratskellergartens und Saalanbau Ratskeller
- Ehrenmal auf dem alten Friedhof
- Umbau AOK, Uhlandstraße 43
- Bebauungsplan Wernerstraße
- »Rotes Haus« und »Grünes Haus«, Hohenzollernplatz
- Renovierung der evangelischen Stadtkirche
- Entwurf Heilbad Hoheneck\*\*
- Wettbewerb evangelische Weststadtkirche, Osterholzallee\*\*
- Haus Hüller, Moltkestraße 9

### *Der Nachlass im Stadtarchiv*

Die Erben von Friedrich Hausser übergaben Mitte 1998 den größten Teil seines zeichnerischen Nachlasses sowie einige ergänzende Materialien dem Stadtarchiv Ludwigsburg als Schenkung. Da ein Großteil der Zeichnungen lange Jahre ungeschützt auf einem Dachboden gelagert worden war, waren die Verluste durch Feuchtigkeit, brüchiges Papier und Mäusefraß erheblich. In fast einjähriger Arbeit wurden alle Zeichnungen von Günther Bergan vor Ort bzw. im Stadtarchiv gesichtet, gereinigt, erschlossen, ausgewertet und abschließend sachgerecht gelagert.

Das ebenfalls von Günther Bergan angefertigte Repertorium mit einem Projekt-, Personen-, Orts- und Sachindex umfasst 329 Positionen und weist einen Bestand von ca. 5000 Blättern nach, von der einfachen Blaupause bis hin zum künstlerisch gestalteten Aquarell; das größte Blatt misst ca. 2,5 × 1,5 m, das kleinste ca. 5 × 10 cm! Neben dem Bestand im Stadtarchiv (Signatur: V3/XXXVII) befindet sich ein kleinerer Teil des zeichnerischen Nachlasses noch im Privatbesitz der Familie Hausser.

Aufgrund der Fülle vorhandener Original-Zeichnungen kann der Nachlass wertvolle Hinweise bei städtebaulichen oder denkmalpflegerischen Fragen geben. Bei der Rekonstruktion abgegangener Bauteile kann er nicht mehr oder nur noch teilweise vorhandenes Zeichnungsmaterial ersetzen oder ergänzen. *Günther Bergan*



# Rückblick auf das Jahr 1999

## Januar

10. Beim Neujahrsempfang der Gemeinde Remseck gibt es gute Nachrichten für den Zweckverband Pattonville. Der Bund hat zugesagt, sich mit 4,75 Millionen Mark an den Kosten für die Sanierung der mit einem giftigen Parkettkleber verseuchten Wohnungen der ehemaligen US-Armeesiedlung zu beteiligen.
11. Die vom Landkreis bzw. der AVL in den Jahren 1995/97 für mehr als 50 Millionen Mark erbaute Erd- und Bauschuttdeponie »Froschgraben« bei Schwieberdingen nimmt ihren Betrieb auf. Nach Berechnungen der Kreisverwaltung wird die viel zu groß geratene Deponie dem Landkreis in den nächsten zehn Jahren ein Defizit von rund 36 Millionen Mark bescheren. Alternative Lösungen wie Verkauf, Verpachtung oder gar Verzicht auf Inbetriebnahme wären freilich noch teurer gekommen.
14. Nach Besigheim, Bietigheim-Bissingen und Markgröningen beteiligt sich Marbach als vierte Stadt aus dem Kreis an der Aktionsgemeinschaft »Deutsche Fachwerkstraße«.
15. Beim Kreisbauernntag in Schwieberdingen beklagen die Landwirte den rapiden Preisverfall bei ihren Produkten und gibt es heftige Kritik an den »Agenda 2000«-Plänen der Brüsseler EU-Kommission.
16. Bietigheim ehrt einen berühmten Sohn der Stadt: Anlässlich des 150. Geburtstages des »Japanarztes« Erwin von Bälz wird im Stadtmuseum Hornmoldhaus ein Bälz-Kabinett eröffnet.
17. Bei der Bürgermeisterwahl in Möglingen ist Amtsinhaber Eberhard Weigele einziger Kandidat. Er erhält bei einer Wahlbeteiligung von nur 33 Prozent über 98 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen.
18. In Bietigheim-Bissingen wird das Fernheizwerk für das Neubaugebiet »Kreuzäcker« eingeweiht. Das Besondere der Anlage: Sie verwendet umweltfreundlich Holzhackschnitzel als Energiebasis. – In Vaihingen protestieren Bahnkunden mit einer Unterschriftensammlung gegen die vorgesehene Ausdünnung des Interregio-Netzes. Auch die Stadtverwaltung schließt sich den Protesten an, woraufhin die Bahn die geplanten Streichungen teilweise zurücknimmt.
19. Innerhalb eines Sofortprogramms der Bundesregierung zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit stehen im Arbeitsamtsbezirk Ludwigsburg 5,6 Millionen Mark für Qualifizierungsmaßnahmen zur Verfügung. Im Landkreis sind 1472 junge Menschen unter 25 Jahren arbeitslos.
21. In Sachsenheim wird der Erweiterungsbau für die in den vergangenen Jahren stark gewachsene Realschule eingeweiht. Für 1,9 Millionen Mark wurden vier zusätzliche Klassenräume und ein neuer Lehrmittelraum geschaffen.

24. In Gerlingen findet das 18. Landesnarrentreffen der württembergischen Karnevalsvereine statt. 20 000 Menschen schauen beim Umzug der 5000 aktiven Masken- und Hänsträger durch die Innenstadt zu.
25. Das Regierungspräsidium Stuttgart favorisiert für die geplante Ortsumfahrung von Pleidelsheim und Ingersheim eine Nordtrasse. Damit sind die von Naturschützern heftig kritisierten Pläne vom Tisch, die Umgehungsstraße durch das südlich von Pleidelsheim gelegene Natur- und Vogelschutzgebiet »Wiesental« zu bauen.
26. Bietigheim-Bissingens Gemeinderat billigt einstimmig die von der Stadtverwaltung vorgelegten Pläne für die Sanierung des Bietigheimer Schlosses, das nach dem Auszug des Finanzamtes für rund 20 Millionen Mark umgebaut und ab dem Jahr 2001 vor allem von Kultureinrichtungen genutzt werden soll. – Die städtische Wohnbau GmbH Kornwestheim erwirbt vom Bund für 20,3 Millionen Mark das Gelände der ehemaligen Ludendorffkaserne. Auf dem Areal soll in den nächsten Jahren der »Wohnpark Neckarstraße« für 1500 bis 2000 Einwohner entstehen.
29. Beim Neujahrsempfang des Landkreises steht das Thema »Gesundheit« im Mittelpunkt. Gleichzeitig werden mit einem Tag der offenen Tür die neuen Räume des Kreisgesundheitsamtes im ehemaligen Standortlazarett an der Königsallee eingeweiht.
31. Die winterliche Witterung und die anhaltende Konjunkturschwäche machen sich auch im Landkreis Ludwigsburg am Arbeitsmarkt bemerkbar. Im Laufe des Januars wurden fast 1900 Beschäftigte entlassen. Die Arbeitslosenquote stieg seit Jahresbeginn um 0,3 Punkte auf 5,9 Prozent, ist aber immer noch die drittniedrigste im Land.

## Februar

1. Der Lebensmittel-Discounter Aldi nimmt in Murr ein neues Zentrallager für die Region in Betrieb. Auf dem Gelände der ehemaligen Ziegelei Blattert sind rund 100 neue Arbeitsplätze geschaffen worden.
2. Neun Städte und Gemeinden gründen in Kooperation mit dem Landkreis Ludwigsburg die interkommunale Arbeitsgemeinschaft »Grünes Strohgäu« mit dem Ziel, die Natur und Landschaft in diesem Teil des Ballungsraums Stuttgart aufzuwerten.
4. In einem dringenden Appell an Stadtverwaltung und Gemeinderat warnt der Bürgerverein Eglosheim angesichts des hohen Ausländeranteils vor einer Ghettobildung im Gebiet der Hirschbergsiedlung. In den zahlreichen Wohnblocks der Siedlung sei der Anteil der deutschen Bevölkerung teilweise auf unter 20 Prozent zurückgegangen.
6. Bei einem Brand im renommierten Gasthaus »Schiller« am Bietigheimer Marktplatz werden vier Personen verletzt und entsteht erheblicher Sachschaden.
7. Bei den Fasnetsumzügen in Neckarweihingen und Kornwestheim herrscht trotz winterlicher Kälte und zeitweisem Schneetreiben beste Stimmung auf den Straßen.
10. Im Streit um den geplanten Bau eines neuen Islam-Zentrums an der



Ludwigsburger Hoferstraße verpflichtet das Verwaltungsgericht Stuttgart die Stadt, das Einvernehmen zu der Bauvoranfrage zu erteilen. Der Gemeinderat hatte im Vorjahr ein entsprechendes Baugesuch der »Islamischen Bruderschaft« abgelehnt, da diese vom Verfassungsschutz als gefährliche politische Gruppierung eingestuft wird.

15. In Bönningheim beginnen die Bauarbeiten für ein neues Gymnasium. In dem Zehn-Millionen-Bau soll zum Schuljahresbeginn 2001 ein Vollgymnasium das bisherigen Progymnasium ersetzen.
17. Starker Schneefall führt zu chaotischen Verhältnissen auf den Straßen. Der Verkehr in und um Ludwigsburg kommt innerhalb kürzester Zeit teilweise völlig zum Erliegen.
18. Das Stuttgarter Verwaltungsgericht beurteilt die der Stadt Gerlingen erteilte Baugenehmigung für das Breitwiesenstadion als rechtswidrig und gibt klagenden Anwohnern Recht, die sich durch Lärm bei Sportveranstaltungen beeinträchtigt fühlen. Damit bleibt die Anlage auch 27 Jahre nach ihrer Errichtung nur eingeschränkt nutzbar. Die Berufung lehnt der Verwaltungsgerichtshof Mannheim im November ab.
19. Im Ludwigsburger Ratskeller konstituiert sich der Verein »Freunde des Städtischen Museums Ludwigsburg« mit dem Ziel, für das Museum eine bessere Unterbringung zu erreichen und es bis zum Jubiläumsjahr 2004 in das Elsas-Haus an der Marstallstraße zu verlegen.
20. Schneeschmelze und Dauerregen verursachen auch im Kreisgebiet zum Teil verheerende Überschwemmungen. Wegen Hochwasser müssen mehrere Straßen gesperrt werden.
23. Durch ein von zündelnden Kindern verursachtes Feuer brennt ein leer stehender Wohnblock in Remseck-Pattonville vollständig aus und entsteht ein Sachschaden von rund einer Million Mark.
25. Auf dem Alten Friedhof in Ludwigsburg wird mit einer Gedenkstunde der Abschluss der Renovierungsarbeiten am Grab König Wilhelms II. gefeiert.

## März

10. Der Ludwigsburger Gemeinderat beschließt den Bau einer Tiefgarage im Rathaushof. Bis zum Jahr 2001 sollen hier für 17 Millionen Mark 300 neue Parkplätze entstehen und anschließend ein »Rathausgarten« gestaltet werden.
12. Im Schlosshotel Monrepos beraten die Agrarminister des Bundes und der Länder über die Zukunft der deutschen Landwirtschaft in Europa. Vor dem Tagungsort protestieren 300 wütende Landwirte aus dem Kreisgebiet gegen die Agrarpolitik der EU.
14. Bietigheim-Bissingens Oberbürgermeister Manfred List wird mit 95,9 Prozent der gültigen Stimmen für eine vierte Amtszeit gewählt.
15. Im Landkreis werden zum ersten Mal Autokennzeichen mit vierstelliger Zahl ausgegeben. Der Fahrzeugbestand hat in den letzten Jahren so stark zugenommen, dass die alten Schilder mit dreistelligen Nummern nicht mehr ausreichen.

16. Bei einem Brand in einer türkischen Gaststätte am Ludwigsburger Bahnhof entsteht ein Schaden von rund 1,2 Millionen Mark.
20. Die evangelische Kirchengemeinde Bissingen feiert mit einem Festkonzert und einem Festgottesdienst den Abschluss der Renovierungsarbeiten an ihrer Kilianskirche. Die Außenfassade des 1517/21 erbauten Gotteshauses wurde in den vergangenen zwölf Monaten für rund eine Million Mark komplett saniert.
21. Beim Bürgerentscheid über die Neugestaltung der Wilhelmstraße in Ludwigsburg machen lediglich 43,5 Prozent aller 60 000 Wahlberechtigten von ihrem Stimmrecht Gebrauch. 17 164 Bürger sprechen sich gegen und 8929 Bürger für die vom Gemeinderat im Oktober 1998 beschlossenen Pläne zur Umgestaltung der City-Achse zwischen Stern-Kreuzung und Schillerplatz aus. Vier Wochen später lehnt auch der Gemeinderat mit knapper Mehrheit eine Weiterverfolgung der Umbaupläne ab.
27. Das Katholische Dekanat Ludwigsburg feiert mit einem Festgottesdienst und einem Empfang sein 50-jähriges Bestehen.

## April

3. Die evangelische Kirchengemeinde in Großbottwar sorgt landesweit für Aufsehen, weil sie schon seit Jahren unehelichen Kindern die Taufe verweigert. Nach anhaltenden Protesten nimmt sie ihren Beschluss wieder zurück.
9. Die zwei historischen Dampflokomotiven, die seit 26 Jahren auf dem Parkplatz des Breuningerlandes als Blickfang dienten, müssen für die Erweiterung des Einkaufszentrums weichen und finden in Kornwestheim beim dortigen Förderverein für ein Eisenbahnmuseum eine neue Heimat.
15. In Besigheim beginnen Studenten der Stuttgarter Hochschule für Technik damit, insgesamt 100 Altstadtkeller zu vermessen. Das Kellerkataster soll Aufschluss über die historische Bausubstanz im Stadtkern geben.
16. Der Kreistag beschließt die Korrektur der Mülltarife für die Jahre 1997 und 1998, die vom Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg wegen der Einberechnung der Kosten für den gescheiterten Deponierückbau in Horrheim für ungültig erklärt worden waren. Die Gebührenzahler erhalten nun insgesamt 7,8 Millionen Mark zurück, die über den Kreishaushalt bezahlt werden müssen.
17. Die Landsmannschaft der Deutschen aus Ungarn feiert in ihrer Patenstadt Gerlingen ihren traditionellen Bundesschwabenball und das Bundestrachtenfest.
18. In Oberstenfeld wird Bürgermeister Reinhard Rosner für weitere acht Jahre im Amt bestätigt.
19. Zahlreiche Kosovo-Albaner fliehen vor dem Krieg in ihrer Heimat nach Deutschland. Die dem Landkreis zur Betreuung zugewiesenen Flüchtlinge werden in der Sammelunterkunft in Kornwestheim untergebracht.

20. Bei einer »Neckar-Konferenz« im Forum am Schlosspark beschäftigen sich Umweltperten mit Möglichkeiten zur Verbesserung von Hochwasserschutz, Ökologie und Gewässergüte des Neckars.
23. Der 45 Millionen Mark teure Erweiterungsbau am Krankenhaus Bietigheim wird mit einem großen Festakt eingeweiht.
24. In Großsachsenheim besudeln unbekannte Täter die evangelische Stadtkirche mit Naziparolen und anderen Schmierereien.
25. In Ditzingen wird Michael Makurath zum neuen Oberbürgermeister gewählt. Der bisherige Leonberger Kulturamtsleiter tritt die Nachfolge von Alfred Fögen an, der nach 16 Jahren in den Ruhestand geht. – Bei der Bürgermeisterwahl in Korntal-Münchingen wird Amtsinhaber Peter Stritzelberger für weitere acht Jahre im Amt bestätigt.

## Mai

1. Bei der traditionellen Maikundgebung des DGB-Kreisverbandes demonstrieren in Ludwigsburg rund 1000 Teilnehmer für mehr soziale Gerechtigkeit und eine sofortige Beendigung des Krieges in Jugoslawien.
7. Mit der Eröffnung des 640 Meter langen »Grotz-Tunnels« in Bissingen wird die 72 Millionen Mark teure gemeinsame Umgehungsstraße für Bietigheim-Bissingen und Tamm offiziell eingeweiht. – Die Ludwigsburger Karlshöhe weiht mit einem Festakt ihr neues Wohnheim für geistig Behinderte ein; es bietet 66 Bewohnern in sechs Wohngruppen Platz.
8. In Ludwigsburg findet der Deutsche Sängertag statt. An der zweitägigen Delegiertenkonferenz nimmt auch Bundespräsident Roman Herzog als Ehrengast teil.
9. Benningens neuer Bürgermeister heißt Klaus Warthon. Der 31-jährige Kämmerer aus Altdorf setzt sich im zweiten Wahlgang klar gegen seine Konkurrenten durch und tritt Ende Juni die Nachfolge von Peter Haaf an, der nach drei Amtszeiten nicht mehr kandidiert hatte.
14. In Ludwigsburg beginnt der 231. Pferdemarkt. 250 Pferdehalter mit 700 Pferden nehmen teil.
16. Wahlüberraschung in Kornwestheim: Bereits im ersten Wahlgang wird der CDU-Kandidat Dr. Ulrich Rommelfanger mit klarer Mehrheit zum neuen Oberbürgermeister gewählt. Der Jurist tritt im August die Nachfolge von Ernst Fischer an, der nach 15 Amtsjahren in den Ruhestand geht.
17. Im gemeinsamen Industriegebiet von Bietigheim-Bissingen und Tamm fällt mit der Grundsteinlegung der Startschuss für den Bau einer der größten Brotfabriken Europas. In dem 90-Millionen-Projekt sollen insgesamt 250 Arbeitsplätze entstehen.
19. Finanzminister Gerhard Stratthaus weiht am Vormittag in Bietigheim den für knapp 20 Millionen Mark am Rande der Altstadt errichteten Neubau des Finanzamts und am Nachmittag in Ludwigsburg das neue Theatermuseum im Residenzschloss ein.

- 22. Remseck feiert mit einem großen Fest die Eröffnung der Stadtbahnlinie von Mühlhausen nach Neckargröningen. Rund 73 Millionen Mark haben Gemeinde, Landkreis und SSB in den Bau der neuen Stadtbahnstrecke investiert.
- 23. Bei einem feierlichen Festakt im Rathaus von Saint Herblon schließen Walheim und vier Gemeinden am Unterlauf der Loire eine neue deutsch-französische Partnerschaft.
- 30. Zwischen Bietigheim und Pforzheim verkehren zum ersten Mal Stadtbahnzüge. Ihr Einsatz bringt eine deutliche Verbesserung des Nahverkehrsangebots im westlichen Kreisgebiet.

## Juni

- 1. Affalterbach und die ungarische Gemeinde Tégglás vertiefen ihre freundschaftlichen Beziehungen zu einer offiziellen kommunalen Partnerschaft.
- 6. Beim achten Kreisfeuerwehrtag in Remseck-Aldingen geben die Floriansjünger aus dem Landkreis Einblicke in ihre Arbeit. Weil überall gespart werden muss, machen sie sich aber auch Sorgen um die Sicherheitsstandards.
- 12. Bei einem feierlichen Festakt im Bietigheimer Kronenzentrum wird die neue Städtepartnerschaft zwischen Bietigheim-Bissingen und der Stadt Overland Park im US-Bundesstaat Kansas besiegelt.
- 13. Bei der Europawahl ist auch im Landkreis die CDU klare Siegerin. Sie erhält 47,6 Prozent der Stimmen, 20 Prozent mehr als die SPD. Die Wahlbeteiligung ist äußerst gering, liegt mit 43 Prozent aber immerhin knapp über dem Landesdurchschnitt.
- 16. An zahlreichen Schulen im Landkreis erhalten die Schüler außerplanmäßige Ferien. Die Schulräume werden vier Tage lang als Sammelunterkünfte für Besucher des 28. Kirchentags in Stuttgart genutzt.
- 18. Nach rund neunmonatiger Bauzeit kann die neue Anschlussstelle Hardt-/Schönbühlhof an der Bundesstraße 10 für den Verkehr freigegeben werden. Der Bund hat 3,2 Millionen Mark investiert, um durch Um- und Ausbauten die bisher sehr unfallträchtige Anschlussstelle sicherer zu machen.
- 19. In Vaihingen wird das für knapp acht Millionen Mark erbaute neue Wasserwerk »Wolfshalde« eingeweiht, das künftig die Kernstadt sowie die Stadtteile Ensingen, Kleinglattbach und Rosswag mit Trinkwasser versorgt.
- 20. Das Blühende Barock in Ludwigsburg feiert mit einem großen Kinderfest den 40. Geburtstag des Märchengartens.
- 26. Beim Marktplatzfest in Ludwigsburg gibt es erstmals einen »City-Lauf«. Fast 400 Läuferinnen und Läufer nehmen teil.
- 29. Die für knapp sechs Millionen Mark ausgebauten Landesstraße zwischen Marbach und Affalterbach wird wieder für den Verkehr freigegeben. Die Straße litt seit Jahren unter einem starken Fernlastverkehr und galt als »Todesstrecke«.

## Juli

2. Das Christliche Jugenddorf auf Schloss Kaltenstein feiert sein 50-jähriges Bestehen. In dem Vaihinger Jugenddorf, das als Stammdorf aller 150 CJD-Jugenddörfer gilt, werden zurzeit rund 300 Jugendliche ausgebildet.
3. Rund 11 000 Besucher erfreuen sich im Südgarten des Ludwigsburger Residenzschlosses an schöner Musik und einem grandiosen »Feuerwerk im Walzertakt«.
4. Hitzerekorde auch im Landkreis. Die Temperaturen erreichen Werte um 36 Grad.
5. In Ditzingen wird nach 22 Monaten Bauzeit die neue Westrandstraße, das größte Straßenbauprojekt in der Geschichte der Stadt, für den Verkehr freigegeben. Die annähernd 31 Millionen Mark teure Umgehungsstraße soll im Stadtkern eine nachhaltige Verkehrsentlastung bringen und die Rahmenbedingungen für ein künftig attraktiveres Zentrum schaffen.
7. Bei der ersten Kreis-Jugendkonferenz im Landratsamt gibt es neben zahlreichen Informationen ein buntes Rahmenprogramm und diskutierenden Jugendliche mit Baden-Württembergs Kultusministerin Dr. Annette Schavan und Landrat Dr. Rainer Haas über ihre Wünsche und Probleme.
10. Ingersheim und die gleichnamige Gemeinde im Elsass gehen eine neue deutsch-französische Partnerschaft ein.
12. Der Bietigheimer Bundestagsabgeordnete Hans-Martin Bury wird von Bundeskanzler Gerhard Schröder zum neuen Staatsminister im Kanzleramt ernannt.
16. Das Hemminger Schloss ist seit 350 Jahren im Besitz der Freiherren von Varnbüler. Das Jubiläum wird mit einem Empfang und einem großen Festabend gebührend gefeiert.
21. Der Ludwigsburger Gemeinderat beschließt, mit Ablauf der Amtszeit von Bürgermeisterin Cornelia Lange auch das von ihr geführte und für Soziales, Familie, Kinder und Frauen zuständige Dezernat aufzulösen und künftig die Funktion der Frauenbeauftragten nicht mehr mit einer Bürgermeisterin zu besetzen.
25. In Gerlingen wird im zweiten Wahlgang Georg Brenner zum neuen Bürgermeister gewählt. Der 44-jährige Verwaltungsfachmann tritt im September die Nachfolge von Albrecht Sellner an, der nach zwei Amtszeiten in den Ruhestand geht.
27. Der Asperger Gemeinderat beschließt, auf dem Gelände der alten Sportplätze einen Stadtgarten anlegen zu lassen. Dem Beschluss war ein wochenlanger heftiger Streit vorausgegangen. – Auch in Kornwestheim zieht der Gemeinderat einen Schlussstrich unter ein lange Zeit kontrovers diskutiertes Thema: Die defizitäre Galerie der Stadt wird ab 1. Juni 2000 an einen privaten Betreiber verpachtet.
30. Die Stadt Gerlingen wird für ihre Verdienste um die Förderung des europäischen Gedankens mit der nur selten verliehenen Ehrenplakette des Europarates ausgezeichnet.

## August

5. Nach rund eineinhalbjähriger Bauzeit ist das neue Stromberg-Gymnasium in Vaihingen fertiggestellt. Die 24 Millionen Mark teure Schule ist das zweite Gymnasium in der Stadt unterm Kaltenstein und kann planmäßig zum Schuljahresbeginn mit 310 Schülerinnen und Schülern eröffnet werden.
11. Obwohl sich die Sonne die meiste Zeit hinter einer Wolkendecke versteckt, ist die totale Sonnenfinsternis, die um 12.31 Uhr auch im Kreis Ludwigsburg den Tag zur Nacht macht, ein eindrucksvolles Schauspiel. Zum spektakulären Naturereignis gibt es in den Städten und Gemeinden zahlreiche Begleitveranstaltungen.
16. Mehrere hundert Landwirte aus dem gesamten Kreisgebiet protestieren bei Pflugfeldern mit einem riesigen Strohfeuer gegen die Agrar-Politik der Bundesregierung, die nach Auffassung der Bauern die Existenz der bäuerlichen Betriebe gefährdet.
18. Das seit 1993 bestehende Asylbewerberheim in der Kornwestheimer Wilkinkaserne wird aufgelöst, da die Stadt das Gelände künftig zur Gewerbeansiedlung nutzen will. Für die bisher in der ehemaligen US-Kaserne lebenden 600 Menschen werden in zehn Kreisgemeinden neue Unterkünfte eingerichtet.
20. In Kornwestheim geben Regierungspräsident Udo Andriof und Oberbürgermeister Ulrich Rommelfanger die neue »Westrandstraße« für den Verkehr frei. Die 2,6 Kilometer lange Straße verbindet die neue B 27a im Süden Kornwestheims mit der B 27 im Norden und soll die Innenstadt vom Schwerlastverkehr befreien.
23. In Marbach wird der von der Schillerstadt bis nach Karlsruhe reichende neue Stromberg-Enztal-Radweg eröffnet.
28. Beim Markgröninger Schäferlauf haben nach strömendem Regen die Teilnehmer am Wettrennen um die frisch restaurierten Schäferkronen mehr gegen den glitschigen Lehm Boden als gegen allzu spitze Stoppeln zu kämpfen.

## September

4. Höhepunkt des traditionellen Lichterfestes im Blühenden Barock ist die »brennende Emichsburg«. Bei zahlreichen Besuchern mit kleinen Kindern herrscht allerdings großer Unmut, weil das Lichtspektakel aufgrund technischer Probleme erst mit halbstündiger Verspätung starten kann.
6. Die Organisatoren des Bietigheimer Pferdemarktes ziehen zum Abschluss des viertägigen Festes eine rundum positive Bilanz und sprechen von einem »fast nicht mehr zu bewältigendem Besucherandrang«.
9. Auf den Standesämtern haben Hochzeitspaare Vorrang. Zahlreiche Brautpaare wollen am Schnapszahltag 9. 9. 99 den Bund fürs Leben schließen. Allein in Ludwigsburg stehen 38 Trauungen auf dem Programm.

10. Ein Jahr nach Fertigstellung der Oströhre wird die Weströhre des 2,5 Kilometer langen neuen Engelberg-Autobahntunnels zwischen Gerlingen und Leonberg offiziell für den Verkehr freigegeben. Damit sind nach rund vierjähriger Bauzeit die Arbeiten am größten und mit rund 850 Millionen Mark auch teuersten Straßenbauprojekt des Landes abgeschlossen. Der Verkehr kann nun zwischen Heilbronn und Leonberg durchgehend auf sechs Spuren rollen.
11. Mit einem internationalen »Historischen Biwak« unter dem Motto »Völkerverständigung – aus ehemaligen Feinden werden Freunde« erinnert die Gemeinde Erligheim an das Gefecht von Erligheim am 3. November 1799 zwischen französischen Revolutionstruppen und verbündeten württembergischen und österreichischen Regimentern.
12. In Hessigheim wird anlässlich des landesweiten »Tags des offenen Denkmals« das grundlegend sanierte und umgebaute alte Rathaus offiziell eingeweiht. Das aus dem Jahr 1791 stammende Gebäude wird künftig als Bürgerhaus, Bücherei und Heimatmuseum genutzt.
13. Pünktlich zum Schulbeginn können in Steinheim rund 270 Schülerinnen und Schüler die für 12,5 Millionen Mark erbaute neue Erich-Kästner-Realschule beziehen.
17. Die Lungen-Fachklinik auf der Schillerhöhe über Gerlingen feiert mit einem Festakt den Abschluss umfangreicher Bauarbeiten. In den letzten neun Jahren sind rund 100 Millionen Mark in den Umbau und die Modernisierung der bundesweit renommierten Klinik investiert worden.
18. In Oßweil wird mit einem großen Vereinsfest der für rund 2,5 Millionen Mark umgebaute Wettemarkt eingeweiht. Die Neugestaltung des alten Dorfplatzes war lange Zeit heftig umstritten.
19. Die evangelische Kirchengemeinde in Marbach feiert mit einem Festgottesdienst die Wiedereröffnung der für 4,8 Millionen Mark sanierten Alexanderkirche. – Höhepunkt des Besigheimer Winzerfestes ist ein farbenprächtiger Festzug mit 55 Gruppen durch die Innenstadt. Im Rahmen des Traditionsfestes gibt es erstmals seit den sechziger Jahren auch wieder ein Fischerstechen auf der Enz.
24. Der Zusammenschluss der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und der Fachhochschule für Finanzen zur neuen Ludwigsburger Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen wird mit einem Festakt feierlich besiegelt. Einer der Gründe für die Fusion war der Rückgang der Studentenzahlen in der Ausbildung zum gehobenen Verwaltungsdienst.
26. Bei der Bürgermeisterwahl in Kirchheim setzt sich Uwe Seibold bereits im ersten Wahlgang gegen drei Mitbewerber durch. Der 31-jährige Verwaltungswirt tritt die Nachfolge von Klaus-Peter Waldenberger an, der im Mai zum Rathauschef von Lauffen gewählt worden war.
30. Am Ende des dritten Quartals sind im Kreis Ludwigsburg 12 826 Männer und Frauen arbeitslos. Dies ist der niedrigste Stand seit sechs Jahren. Die Arbeitslosenquote beträgt nunmehr 5,1 Prozent gegenüber 5,6 Prozent im Vorjahr. Auch im letzten Quartal geht die Zahl der Arbeitslosen weiter zurück.

## Oktober

1. Im Rotbäumlesfeld in Ludwigsburg wird mit einem Festakt die neue Reha-Werkstatt der Lebenshilfe eingeweiht. Sie bietet 72 Arbeitsplätze für psychisch Kranke und Behinderte.
4. Mit einem festlichen Gottesdienst in der Kirche auf der Karlshöhe in Ludwigsburg wird die neue Fachhochschule der Evangelischen Landeskirche in Württemberg eröffnet. Damit beginnt das erste Semester der gemeinsamen Evangelischen Fachhochschule Reutlingen und Ludwigsburg, die nach einer umstrittenen Entscheidung der Landessynode ihren Standort auf der Karlshöhe hat.
8. In Eglosheim beginnen die Bauarbeiten an der so genannten Mäurach-Querspange. Das jahrelang heftig umstrittene 11,8-Millionen-Projekt soll die B 27 mit der Landesstraße nach Freiberg verbinden und dadurch die Monreposstraße vom Durchgangsverkehr entlasten.
10. Die evangelische Kirchengemeinde Kleinbottwar feiert das 500-jährige Bestehen ihrer Georgskirche. Rechtzeitig zum Jubiläum ist das spätgotische Gotteshaus für rund 900 000 Mark innen und außen renoviert worden.
13. »Bock auf Job« lautet der Titel der ersten Ausbildungsmesse, die drei Tage lang im Forum am Schlosspark abgehalten wird und ausbildungsbereite Unternehmen mit Schulabgängern, die einen Ausbildungsplatz suchen, zusammenführen soll. Mit rund 8000 Besuchern übertrifft die Messe alle Erwartungen der Veranstalter. – Gute Nachrichten für alle Haushalte gibt es aus dem Kreishaus: Weil die Nachsorgekosten für die Deponien wesentlich geringer ausfallen werden als ursprünglich veranschlagt, können die Müllgebühren um rund fünfzehn Prozent gesenkt werden.
15. Auf dem Areal der ehemaligen Strickwarenfabrik Bleyle in der Ludwigsburger Weststadt fällt der Startschuss für den Bau eines neuen Stadtquartiers für Handel, Gastronomie und Dienstleistungen. Eine Stuttgarter Baufirma will in den nächsten Jahren rund 100 Millionen Mark für die Wiederbelebung des seit zehn Jahren brachliegenden Geländes investieren.
18. In Markgröningen beginnen die Bauarbeiten für den ersten Abschnitt der Ostumfahrung der Stadt. Die neue Straßentangente soll die Ortskerne von Markgröningen und Möglingen vom Durchgangsverkehr entlasten.
22. Am »Geigersberg« im Sachsenheimer Teilort Ochsenbach sind die Arbeiten zu einer der letzten Rebflurbereinigungen im Land abgeschlossen. Die lange Zeit zwischen Weingärtnern und Naturschützern heftig umstrittene Flurneuordnung erfolgte in einer Weise, die auf die in Jahrhunderten gewachsene historische Weinberglandschaft Rücksicht nimmt.
24. Die CDU darf sich als klare Siegerin der Kommunalwahlen fühlen. Sie gewinnt sowohl im Regionalparlament und im Kreistag als auch in vielen Gemeinderäten Mandate hinzu. SPD, FDP und vor allem die Grünen verzeichnen hingegen deutliche Verluste. In das Regionalparlament



entsenden aus dem Kreis Ludwigsburg die CDU sieben, die SPD vier, die Freien Wähler drei, die Grünen zwei und die »Republikaner« ebenfalls zwei Abgeordnete. Im neuen, von 103 auf 98 Mitglieder verkleinerten Kreistag hat die CDU jetzt 39 statt bisher 35 Sitze, SPD und Freie Wähler stellen jeweils 21, die Grünen neun sowie die FDP und die »Republikaner« jeweils vier Kreisräte. Enttäuscht zeigt man sich überall von der geringen Wahlbeteiligung, die mit knapp 55 Prozent um über 13 Prozent unter dem Ergebnis von 1994 liegt.

31. Der Eisenbahntunnel »Langes Feld« bei Kornwestheim ist Schauplatz der größten Katastrophenschutz-Übung, die je in Deutschland stattfand. Das Szenario: Der ICE »Brandenburger Tor« entgleist kurz nach Mitternacht bei Tempo 200 in dem 4,5 Kilometer langen Tunnel. Die Übung, bei der 1900 Männer und Frauen mit etwa 200 Fahrzeugen im Einsatz sind, offenbart etliche Mängel im Rettungsplan.

## November

2. Die Weingärtner im Kreis können überaus zufrieden sein: Der 99er Jahrgang ist dank des außergewöhnlich warmen Spätsommers ein prächtiger geworden und lässt sich bestens vermarkten.
4. Die Eigentümer der Alten Mühle in Eberdingen und des Heutingsheimer Schlosses werden für die vorbildliche Restaurierung ihrer Gebäude mit dem Denkmalschutzpreis der Württemberger Hypo und des Schwäbischen Heimatbundes ausgezeichnet.
7. Hunderte Gemmrigheimer Bürger protestieren bei einer Demonstration gegen Pläne, auf dem Gelände des Kernkraftwerks Neckarwestheim ein Zwischenlager für Atommüll einzurichten.
8. Im Ludwigsburger Schlossgarten beginnt die Erneuerung der rund 200 Jahre alten Kastanienalleen. Da die 120 Baumriesen aus der Zeit Herzog Friedrichs II. krank sind und ihre natürliche Lebenserwartung erreicht haben, werden sie gefällt und schrittweise durch Jungbäume ersetzt.
10. Der Bibliothekar Dr. Lutz Reichardt wird für seine Pionierarbeit bei der systematischen Erfassung und sprachwissenschaftlichen Erschließung der württembergischen Ortsnamen mit dem diesjährigen Schillerpreis der Stadt Marbach ausgezeichnet.
15. In Ludwigsburg wird die so genannte »LudwigsTafel« eröffnet. Sie sammelt Lebensmittel, die in Supermärkten, Bäckereien oder Bauernhöfen weggeschmissen würden, und verkauft sie zu einem geringen Preis an bedürftige Personen.
23. Die Stadt Ludwigsburg erhält für die Erschließung des Wohngebiets Rotbäumlesfeld den mit 20 000 Mark dotierten Hauptpreis im landesweiten Wettbewerb »Innovative Konzepte zur kosten- und flächensparenden Erschließung von Wohngebieten«.
26. Im ehemaligen königlichen Forstgefängnis in Bönningheim wird eine Gedenkstätte für die Schriftstellerin Sophie La Roche eröffnet, die von 1769 bis 1771 in der einstigen Ganerbenstadt gelebt und hier die wichtigsten Partien des ersten deutschen Frauenromans geschrieben hat. –

Löchgau feiert mit einem kleinen Bürgerfest die Verkehrsfreigabe der neuen Südumgehung. Die etwa 1800 Meter lange Trasse soll den Ortskern vom Verkehr entlasten.

30. Der französische Automobilzulieferer Valeo, mit 2500 Mitarbeitern größter Arbeitgeber in Bietigheim-Bissingen, gibt bekannt, dass er in den nächsten zwei Jahren rund 110 Millionen Mark in die Modernisierung und Erweiterung seines Bietigheimer Werks, die ehemalige SWF, investieren wird. Den hierfür erforderlichen Grundstückserwerb fördert die Stadt mit einem Zuschuss von 7,8 Millionen Mark.

## Dezember

1. Dr. Susanne Dieterich muss die Ludwigsburger Schlossfestspiele verlassen. Der geschäftsführenden Direktorin wird vorgeworfen, den defizitären Festspiel-Etat nicht im Griff zu haben.
5. Die Bürgerinnen und Bürger Eberdingens wählen den Diplom-Verwaltungswirt Peter Schäfer zu ihrem neuen Bürgermeister und Nachfolger von Rolf Fetzer, der nach drei Amtszeiten nicht mehr kandidiert hatte.
7. Der CDU-Regionalrat Helmut Xander aus Sachsenheim wird zum Präsidenten der Regionalversammlung der Region Stuttgart gewählt.
11. In der Ludwigsburger Innenstadt explodiert am frühen Morgen eine Handgranate vor einem griechischen Café, das erst wenige Stunden zuvor eröffnet worden war.
19. Heftige Schneefälle verwandeln das Kreisgebiet in eine prächtige Winterlandschaft. Die Kehrseite: Unter der Schneelast umgestürzte Bäume blockieren mehrere Straßen und auch Eisenbahnverbindungen. In einigen Orten fällt stundenlang der Strom aus.
21. Der Landeswohlfahrtsverband verleiht der Stadt Ludwigsburg für ihr vorbildliches Engagement bei der Beschäftigung Schwerbehinderter das Prädikat »Beispielhafte behindertenfreundliche Verwaltung«.
26. Der Orkan »Lothar« fegt mit Windgeschwindigkeiten bis zu 200 Stundenkilometern über das Land und hinterlässt auch im Kreisgebiet eine Schneise der Verwüstung. Im Kreis werden zwei Dutzend Menschen verletzt und entsteht ein Sachschaden in zweistelliger Millionenhöhe. Während die Schäden auf den Straßen und an den Häusern in den Tagen danach relativ schnell behoben werden, setzen die Folgen des Orkans dem Wald noch lange zu.
28. Bei einem Brand in einer Brotfabrik in Eberdingen-Hochdorf entsteht ein Schaden von drei Millionen Mark.
31. Tausende von Zuschauern lassen den traditionellen Silvesterlauf durch die Straßen der Bietigheimer Altstadt zu einem großen Volksfest werden, und auch andernorts stimmen sich die Menschen auf zahlreichen Veranstaltungen auf den »Millennium-Wechsel« ein. *Thomas Schulz*

## Buchbesprechungen

**Karl Moersch: Es gehet seltsam zu in Württemberg.** Von außergewöhnlichen Ideen und Lebensläufen. Leinfelden-Echterdingen 1998, 296 S., zahlreiche Abb.

Von außen, mit räumlichem Abstand und erst im Vergleich mit anderen »Völkern«, schreibt Karl Moersch, habe er die Eigenarten und Besonderheiten seiner Heimat, seiner Schwaben erkannt. Er schildert seine Landsleute anhand von Biografien und der Verknüpfung mit geschichtlichen Vorgängen, beginnend im »alten« Herzogtum Württemberg, mit einem besonderen Schwerpunkt in der Zeit der »Revolution« in der Mitte des 19. Jahrhunderts und bis hin zu den heutigen Schwaben im Südweststaat. Von Pfarrern und Politikern ist hier die Rede, von Poeten, Philosophen und Pietisten, und oft können die dargestellten Menschen nicht nur einer, sondern mehreren dieser Kategorien zugeordnet werden. Liest man diese Beschreibungen, möchte man dem Titel das biblische Zitat »Es geht mir ein Licht auf« (Hiob 25,3) hinzufügen. Sicher nicht nur der Nicht-Schwabe, sondern auch der hier Verwurzelte wird durch Moersch's Buch seine Landsleute, seine Heimat und ihre Geschichte besser verstehen.

*Wolfgang Klusemann*

**Thomas Schulz: Die Mühlen im Landkreis Ludwigsburg** (Mühlenatlas Baden-Württemberg, Band 3). Remshalden-Buoch 1999, 325 S., zahlreiche Abb.

Mit den »Mühlen im Landkreis Ludwigsburg« liegt nun der – nach Ulm und Rems-Murr-Kreis – dritte Band des Mühlenatlases Baden-Württemberg vor, erstellt in fünfjähriger Arbeit von Kreisarchivar Dr. Thomas Schulz in Zusammenarbeit mit den kommunalen Archiven.

Nur ein geringer Teil der einst fast 300 Mühlen im Kreisgebiet hat die Zeit überdauert. Ziel des Buches ist es daher zum einen, die Erinnerung an die verschwundenen Mühlen wach zu halten. »Darüber hinaus will es ganz allgemein der ortsgeschichtlichen Forschung Anregungen geben, sich intensiver mit Mühlengeschichte, die ja immer zugleich ein Teil der Lokalgeschichte ist, zu befassen« (S. 7).

Die Definition von »Mühle« ist gemäß der Konzeption der Reihe sehr weit gefasst. Maßgeblich ist dabei nicht die Art der geleisteten Arbeit (also Mahlen, Sägen, Ölschlagen usw.), sondern die Art der Energiegewinnung, nämlich mit Wasser- oder Windkraft. Die Mühlen im Kreisgebiet wurden ganz überwiegend durch Wasserräder angetrieben, seit Mitte des 19. Jahrhunderts auch durch Turbinen, wobei Wehre und Mühlkanäle für den Zufluss des Wassers sorgten. Die einzige Windmühle stand auf dem Hohenasperg. Die Standorte der Mühlen sind auf 21 Karten verzeichnet. Die Mühlen sind entsprechend den Fließgewässern aufgeführt, beginnend mit der Murr und ihren Seitenbächen. Jede Mühle erhält zur exakten Identifizierung innerhalb des Gesamtprojekts Mühlenatlas eine Kennzahl. Diese besteht aus den Nummern der topographischen Karte 1:25 000 (z. B. 7021), des Flusssystemes (z. B. Nr. 1 = Murr) und der Mühle (z. B. Nr. 01 = Steinheim); die Steinheimer Mühle hat also die Kennzahl 7021-101.

Der Überblick über die ganz unterschiedlichen Mühlentypen ist ein hochinteressantes Kapitel Wirtschafts- und Technikgeschichte. Es gab Getreidemühlen, Sägmühlen, Ölmühlen, Lohmühlen, Pulvermühlen, Walkmühlen, Schleifmühlen, Gipsmühlen, Papiermühlen, Hanf- bzw. Wergreiben sowie Mühlen für Tabak, Farbholz, Zichorien usw. Die Dokumentation im Katalogteil umfasst 297 Mühlen. Bei dieser großen Zahl beabsichtigt sie keine erschöpfende Geschichte jeder einzelnen Mühle, sondern will nur die Eckdaten erfassen. Die »Erstnennung« verzeichnet entweder das Baudatum der Mühle oder ihre erste urkundliche Erwähnung sowie wichtige Zäsuren, etwa Zerstörungen oder Erweiterungen. In der »Kurzbeschreibung« wird anhand der Daten aus dem Primärkataster, der Urkarte, den Wasserrechtsbüchern und Triebwerksakten die Entwicklung der Mühle bis zur Gegenwart bzw. bis zu ihrer Stilllegung nachgezeichnet. Der »heutige Zustand« beschreibt in einer Momentaufnahme, was noch zu sehen ist. Die Rubrik »Quellen und Literatur« nennt die einschlägigen Archivalien und die weiterführende Literatur. Mehr als hundert Abbildungen, historische und aktuelle Gebäudeansichten, Wasserräder und Mahlgänge sowie Grundrisse, lockern die Datenfülle auf. Ein Orts- bzw. Mühlenregister und ein Personenregister ermöglichen eine gezielte Suche und einen raschen Zugriff.

Es handelt sich bei dem Buch nicht um einen der üblichen Bildbände zu diesem Thema. Es eignet nicht zum Durchschmökern von der ersten bis zur letzten Seite. Es ist aber ein unentbehrliches Nachschlagewerk für historisch und technisch Interessierte und sollte daher in keiner Bibliothek fehlen. *Erich Viehöfer*

**Joachim Hahn: Jüdisches Leben in Ludwigsburg.** Geschichte, Quellen und Dokumentation. Hg. von der Stadt Ludwigsburg – Stadtarchiv – und dem Historischen Verein für Stadt und Kreis Ludwigsburg. Ludwigsburg 1998, 783 S., zahlreiche Abb.

Wer den stattlichen Band von Joachim Hahn in die Hand nimmt, gewinnt als ersten Eindruck: schön, gewichtig, vielgestaltig und voller Informationen. Die 15 passbildartigen Porträts auf dem Einband zeigen: Es geht um Menschen. Die reiche Bebilderung fällt schon beim Durchblättern auf. Die knappen, aber zutreffend informierenden Bildunterschriften und die eingefügten »Kästen« öffnen den Zugang zum Buch.

Das Werk ist in zwei große Teile unter den Überschriften »Geschichte« und »Dokumentation« gegliedert. Der Geschichtsteil führt von der Stadtgründung Ludwigsburgs, der Berufung des berühmten Hoffaktors Joseph Süß Oppenheimer lückenlos bis zur Darstellung der Arbeit der »Zentralen Stelle der Justizverwaltungen der Länder zur Aufklärung von nationalsozialistischen Verbrechen« und weiter zur Partnerschaft des Landkreises Ludwigsburg mit der Region »Oberes Galiläa« in heutigen Tagen. Die Abbildung einer Orgelpfeife der Synagoge ist ebenso zu finden wie die Darstellung des Gemeindeetats aus der Mitte des 19. Jahrhunderts. Bau und Architektur der Synagoge von 1883/84 ist ausführlich mit reicher Illustration dargestellt. Die Würdigung der Teilnahme jüdischer Männer am Ersten Weltkrieg ist ausgesprochen beeindruckend. Eingefügt sind informative Mitteilungen über den jüdischen Kultus.

Die weiteren Kapitel der Geschichtsdarstellung befassen sich ausführlich mit dem Schicksal der jüdischen Gemeinde zur Zeit des Nationalsozialismus. Die

Darstellung dieser grauenhaften Jahre mit der völligen Auslöschung der jüdischen Gemeinde in Ludwigsburg in ihrer unanfechtbaren Objektivität und Präzision liest sich ebenso spannend wie niederschmetternd. Das Kapitel »Sühne, »Wiedergutmachung« und Wiederbegegnung« beschreibt die anfangs zaghaften Versuche des Nichtvergessens nach 1945 und schildert die späteren mutigen und konstruktiven Formen des Umgangs miteinander bis zur heutigen Zeit.

Eine Fundgrube ersten Ranges ist der zweite Teil des Buches, die »Dokumentation«. Sie ist eine in alphabetischer Reihe zusammengestellte Sammlung von Biografien aller bekannten jüdischen Personen in Ludwigsburg von 1800 bis 1945. Die Detailtreue dieser Sammlung ist hoch anzuerkennen, zumal jede Information mit Quellenangabe versehen ist (1400 Anmerkungen!). Die Biografien der Personen sind nach Familiennamen zusammengefasst und sind ein Fundus, der unerschöpflich scheint. Überaus beeindruckend ist auch die Beschreibung der beiden jüdischen Friedhöfe in Ludwigsburg. Sie ist umfassend nach Darstellung, Text, Bild und der exakten Wiedergabe aller noch erkennbaren Grabinschriften in hebräischer Schrift und Übersetzung. Auch hier ist als Ordnungsprinzip das Alphabet gewählt.

Die Anlage und Anordnung des Buches leistet eine Übersichtlichkeit und vielfache Zugangsmöglichkeit, die bei so komplexer Materie selten zu beobachten sind. Es gibt kaum eine Fragestellung, auf die der Leser nicht Antwort finden kann. Der geschichtliche Teil erlaubt den raschen Zugriff durch die chronologische Anordnung. Biografien und Grabstätten findet man nach dem Alphabet. Zudem ist eine chronologische Aufzählung der Bestattungen beigefügt. Die Adressenliste von 1817 bis 1941 nennt jedes Haus in der Stadt, in dem jüdische Bürger gewohnt haben. Eine Liste der Opfer der nationalsozialistischen Judenverfolgung ist angeschlossen. Auch ein umfassendes Ortsregister fehlt nicht. Um die Fülle an Informationen unterzubringen, ist es verständlich, dass relativ kleine Schrifttypen, vor allem für die Anmerkungen, verwendet wurden. Der anerkanntenswert niedrige Preis rechtfertigt ein Zugeständnis an die Bildqualität durchaus.

Das Werk ist ein höchst informatives Geschichtsbuch und ein lexikales Nachschlagewerk mit hohem wissenschaftlichem Standard. *Albert Sting*

**Daniel Schulz: Schloss Ludwigsburg – Zeitspuren eines barocken Gebäudes.** Magisterarbeit 1999, 325 S., zahlreiche Abb.

Der Autor studierte in Kassel und Berlin Freie Kunst, Kunstgeschichte und Philosophie. Seit mehreren Jahren führt er im Schloss Ludwigsburg kunsthistorische Sonderführungen im Rahmen des Programms »Alte Ansichten – Neue Einsichten« durch. Seine vorliegende Magisterarbeit, 1999 am Fachbereich Kunst/Kunstwissenschaft der Gesamthochschule Kassel eingereicht, gliedert sich in zwei sehr unterschiedliche Teile.

Der erste, rein kunsttheoretisch-philosophische Teil »Zeitspuren eines barocken Gebäudes« nimmt nur am Rand Bezug auf das Ludwigsburger Schloss und wendet sich mehr an einen an allgemeinen Fragen der Kunstgeschichte interessierten Leserkreis. Der Autor fordert für das Schloss ein Recht auf Ursprung, das aber auch eine zeitgemäße Nutzung einschließt, die bewusst eine teilweise Zerstörung dieses Ursprungs in Kauf nimmt. Er philosophiert über den Zeitbegriff und erläutert in diesem Zusammenhang einen Teil des barocken ikonographischen Pro-

gramms der Schlossanlagen, eines Programms, das Zeit und ewigen Ruhm zum Inhalt hat. Gedanken und Thesen zur Denkmalpflege sowie zur Restaurierung und Renovierung von Baudenkmalern beschließen den ersten Teil.

Der zweite Teil der Arbeit beschäftigt sich unter dem Titel »Zeitschichten eines barocken Gebäudes« ausschließlich mit dem Ludwigsburger Schloss. Die Menschen, die in unterschiedlichen Zeitabschnitten in den einzelnen Räumen gewohnt oder gearbeitet haben, werden vorgestellt. Grundlage dieser Art der Geschichtsdarstellung sind die ab 1797 in unregelmäßigen Zeitabständen erstellten Einzelinventare und Raumverzeichnisse des Schlosses, die vom Autor ausgewertet wurden. So entstanden sieben aufeinander folgende Zeitschichten von 1797 bis zur Gegenwart. Die Personen, die diese Zeitschichten in den einzelnen Räumen mit Leben erfüllten, sind in Form eines Nachschlagewerks in alphabetischer Reihenfolge ihrer Namen aufgeführt. Der Autor beschreibt die Biografien dieser Personen, ihre Beziehung zum Schloss, so dass sich vor dem Leser ein wahres Panoptikum gelebter Geschichte über die Jahrhunderte hin schichtenweise aufbaut, das äußerst kurzweilig zu lesen ist. Grundrisse des Schlosses mit den für die jeweilige Zeitschicht gültigen Zimmernummerierungen sind jedem Zeitabschnitt vorangestellt.

Ein wichtiger Bestandteil der Arbeit sind die zahlreichen, oft recht eigenwillig arrangierten Schwarz-Weiß-Abbildungen aus dem Schlossbereich, meist historische oder völlig unbekannte Ansichten. Fast noch interessanter, da in dieser Ausführlichkeit noch nie veröffentlicht, sind die Abbildungen der Spuren (Graffiti) von Bewohnern, Benutzern und Besuchern des Schlosses aus allen Zeiten, die diese an Wänden, Türen, Möbeln oder Figuren hinterlassen haben. Abschließend sei noch bemerkt, dass der Autor als bildender Künstler die Anfänge der Hauptkapitel mit eigenen Illustrationen graphisch gestaltet hat und dass ein freier, künstlerischer Bild- und Skizzenteil zum Thema »Denkmal Schloss« die Arbeit beschließt.

*Günther Bergan*

**Karen Eva Noetzel: Asperg und das Deutsche Thema, Band 2: Vom Hinterhof an die Macht: Der Aufstieg der Nazis und der Untergang der Asperger Arbeiterbewegung.** Bietigheim-Bissingen o. J., 196 S., zahlreiche Abb.

Im zweiten Band der Reihe »Asperg und das Deutsche Thema« beschäftigt sich Karen Eva Noetzel mit den gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, sozialen und vor allem politischen Ereignissen in Asperg zwischen dem Ende des Ersten Weltkriegs und der nationalsozialistischen Machtergreifung 1933 (zum ersten Band vgl. die Besprechung in den Ludwigsburger Geschichtsblättern 53/1999 S. 218 f.). Anhand von Detailinformationen und Situationsberichten beschreibt sie fast protokollarig den lange Zeit unterschätzten, aber unaufhaltsamen Aufstieg der NSDAP in Asperg zur absoluten Macht und die gleichzeitig damit verbundene »Ausschaltung« der politischen Gegner. Dabei verzichtet sie auf Wertungen und Kommentierungen des Dargestellten. Das im Anhang verzeichnete Quellenmaterial ist zahlreich, dem Text aber leider nicht zugeordnet.

Die ersten drei Kapitel des Buches gehen auf die politischen Lager in Asperg vor dem Auftreten der Nationalsozialisten ein: Deutsche Demokratische Partei, Freie Bürgerschaft, Bürgerliche Vereinigung, Handels- und Gewerbeverein waren die Vertreter des bürgerlichen Blocks, Sozialdemokraten, Arbeitervereine, Naturfreunde,

Kommunisten und Gewerkschaften die Vertreter der Arbeiterschaft. Spannungen und Konfrontationen blieben nicht aus, Höhepunkt der Auseinandersetzungen beider Lager war der Streik in der Stahlgießerei Streicher 1930/31.

In den folgenden Kapiteln wird der Aufstieg und der wachsende Einfluss der NSDAP in Asperg beschrieben sowie deren Verankerung im bürgerlichen Lager: die Gründung der Unterorganisationen SA, SA-Reserve, HJ, BDM, die eindeutige Position des »Strohgäuboten«, die Wahl- und Propagandaveranstaltungen der NSDAP-Ortsgruppe sowie schließlich der örtliche SA-Terror und die letztlich erfolglos verlaufenen Gegenmaßnahmen der Asperger Arbeiterbewegung. Zur Ludwigsburger Ortsgruppe der NSDAP bestanden zu allen Zeiten enge Verbindungen.

Nach Hitlers Machtübernahme erfolgte die Zerschlagung der Asperger Arbeiterbewegung und die Verfolgung ihrer Mitglieder, die Gleichschaltung der Vereine und des Gemeinderats. Auf die Rolle von Bürgermeister Käser in dieser Zeit wird in einem eigenen Abschnitt eingegangen. In einem abschließenden Kapitel werden die Schicksale einiger verfolgter Asperger Sozialdemokraten und Kommunisten beschrieben.

*Günther Bergan*

**Geschichtsblätter aus dem Bottwartal.** Heft 8, 1999. Hg. vom Historischen Verein Bottwartal e. V., 93 S., zahlreiche Abb.

Alle zwei Jahre gelingt es dem Historischen Verein Bottwartal auf bewundernswerte Weise, ein reich bebildertes und hochwertiges historisches Mosaiksteinchen in unsere Regionalgeschichte einzufügen. Das neueste Heft, für dessen Redaktion Heinz Mahr, Kurt Gutjahr und Brigitte Gutjahr verantwortlich zeichnen, zeugt davon. So kann der 1. Vorsitzende Rolf Lutz im Vorwort zu Recht behaupten, dass die Geschichtsblätter »zu einem festen Bestandteil der regionalgeschichtlichen Publikationslandschaft geworden« sind.

Schon der Blick ins Inhaltsverzeichnis lässt einen über die Vielfalt der Themen staunen. Zunächst beleuchtet Heinz Mahr in seinem Beitrag »Das Gasthaus zur Rose in Großbottwar« die Geschichte dieser einst »Zum Weißen Ross« oder auch »Rössle« genannten Wirtschaft, beginnend im Dreißigjährigen Krieg. Geschichte bettet er die Geschichte des Gebäudes in die allgemeine Stadtgeschichte ein. Informativ ist auch sein Kapitel »Über die Bauweise der Gaststätte«. Ergänzend dazu zeichnet Erich Viehöfer ein Lebensbild des vor rund 200 Jahren als Räuber ins negative Licht gerückten Rössle-Wirts Johann David Linse. Der 1751 geborene Linse verübte mehrere zum Teil schwere Einbrüche in der Gegend und endete 1789 am Galgen von Ludwigsburg. Seine von Viehöfer erforschte Geschichte liest sich spannend wie ein Kriminalroman und ist doch ein exemplarisches Beispiel für den Wandel eines Bürgers zum Kriminellen mit allen Folgen bis hin zu Folter, Prozess und Hinrichtung.

Bereits 1994 konnte der damalige Landesbischof Theo Sorg die von Steinmetzmeister Hans Dietl aus Steinheim angefertigte Nachbildung des Epitaphs für den ehemaligen Stuttgarter Vogt Hans VI. von Gaisberg (gest. 1516) und dessen Frau Clara Mager (gest. 1525) in der Stuttgarter Leonhardskirche weihen. Der Verbleib des Originals war schon 1906 unbekannt. Ulrich und Sybille von Gaisberg-Helfenberg erläutern den Grabstein und die Biografie des Ehepaars, das bis heute eine unüberschaubare Anzahl an Nachkommen hat.

Das Hohenzollernwappen im Stift Oberstenfeld? Ernst Schedler, verdienstvoller Archivar in Oberstenfeld, hat ausführlich die Geschichte der Äbtissin Adelheid Gräfin von Hohenzollern untersucht und in unermüdlicher Arbeit viele Mosaiksteinchen zusammengetragen. Der umfangreiche, reich bebilderte Aufsatz lässt den Leser tief in die mittelalterliche Geschichte der interessanten Familie eintauchen.

Ein historisches und wieder aktuelles Thema ist die Bottwartalbahn. An ihre Anfänge erinnert Wolfgang Frank mit einer technischen Beschreibung der Lokomotive »Oberstenfeld«, von der jetzt eine Fotografie aus dem Jahr 1895 gefunden wurde. Steinheims Heimatpfleger Hans Dietl machte den Zufallsfund dieser Rarität im Wohnzimmer der Tochter eines ehemaligen Lokführers der Bahn!

Bei der Materialsammlung zum geplanten »Glashüttenatlas Baden-Württemberg« stieß Andreas Kozlik auf die 1247 gesichert genannte Ortschaft Glashausen, die wohl zwischen Gronau und Kurzach lag. Die ehemalige Bedeutung der Glasverarbeitung im oberen Bottwartal ist nicht zu unterschätzen und die vielen interessanten Fakten, die Kozlik zusammengetragen hat, regen hoffentlich zur weiteren Erforschung dieses wichtigen Wirtschaftsfaktors in unserer Region an.

Der reich bebilderte Aufsatz von Dietmar Rupp über die Revolutionsereignisse 1848/49 im Bottwartal zeigt, dass deren Auswirkungen in den ländlichen Regionen des Oberamts Marbach stärker zu spüren waren als in der Amtsstadt selbst. Mittelpunkt sind der »Beilsteiner Aufruhr« im April 1848 und die »Schlacht am Stern in Großbottwar« am 29. Mai 1849, zwei typische Ausschreitungen dieser Zeit.

Spannend zu lesen ist der Bericht von Hans Dietl über die Öffnung der Kirchengruft der Georgskirche in Kleinbottwar, die 1999 den 500. Jahrestag ihrer Fertigstellung begehen konnte. Im Zuge der Renovierung wurde die Gruft teilweise untersucht, gab aber nicht alle ihre Geheimnisse preis. Einige der ans Tageslicht gekommenen Funde werden, eingebettet in die Baugeschichte der Kirche, in Wort und Bild vorgestellt. Den Abschluss des gelungenen Heftes bildet ein Nachruf von Günter Bollacher und Rolf Lutz auf das 1998 abgebrochene Backhaus des Hofes Schöneck in der Prevorster Hohlkasse. *Albrecht Gühring*

**Nachlass Gebhard Müller. Inventar des Bestandes Q 1/35 im Hauptstaatsarchiv Stuttgart.** Bearbeitet von Günther Bradler, Peter Bohl und Kurt Hochstuhl. Stuttgart 2000, 430 S., zahlreiche Abb.

Dr. Gebhard Müller (1900–1990), einst Staatspräsident von Württemberg-Hohenzollern, Ministerpräsident von Baden-Württemberg und Präsident des Bundesverfassungsgerichts, schloss 1986 mit dem Hauptstaatsarchiv einen Vertrag über die Übergabe und künftige Benutzung seines Handaktenbestandes und Nachlasses ab. 1992 wurden sämtliche von Müller selbst noch vorgeordnete Handakten bzw. Unterlagen ins Hauptstaatsarchiv verbracht. Ab 1998 erfolgten Ordnung und Erschließung nach allgemein anerkannten archivischen Standards, wobei sich die Gliederung an den Lebensabschnitten (persönliche Unterlagen, Württemberg-Hohenzollern, Baden-Württemberg, Bundesverfassungsgericht), beruflichen und gesellschaftlichen Wirkungsfeldern (Politik, Vorträge und Lebenserinnerungen, Korrespondenz) und Interessenschwerpunkten von Gebhard Müller orientierte. Rechtzeitig zum 100. Geburtstag Gebhard Müllers am



17. April 2000 wurde das Bestandsverzeichnis seines Nachlasses im Druck vorgelegt. Eine Biographie ist dem Verzeichnis vorangestellt, ein ausführlicher Gesamtindex erleichtert die Arbeit mit dem Verzeichnis. Der Bestand umfasst 1059 Verzeichnungseinheiten im Umfang von 22,6 Regalmetern. *Günther Bergan*

**Rosemarie Klotz-Burr: Das Enkelbuch. Eine Kindheit in Ludwigsburg.** Ölbronn 1998, 280 S., zahlreiche Abb.

In liebenswerter, lesenswerter und leicht verständlicher Weise schildert die Autorin die Geschichte ihrer Familie. Sie selbst bezeichnet sich als den zentralen Punkt der Familie und spannt, zunächst zurückgehend auf die »Wurzeln« am Anfang des 17. Jahrhunderts, den Bogen von ihren Urgroßeltern im 19. Jahrhundert bis zu ihren Enkeln heute, die sie die »Zielgruppe« ihres Buches nennt. Zahlreich sind die Fotos und Faksimiles von Dokumenten, Briefen und anderen Schriftstücken. Sicher unschätzbar nicht nur für ihre Kinder, Enkel und spätere Generationen sind die farbigen und aus den verschiedensten Perspektiven dargestellten Berichte über Personen und Ereignisse aus guten und schlechten Tagen. Familiengeschichte dieser Art ist ein Gegenpol zur »offiziellen« Geschichtsschreibung und sicher von gleichem Wert, weil sie öfter den Menschen zum Mittelpunkt hat. Es sollte viel mehr davon geben. Allerdings fordert diese »Arbeit an der Geschichte« langjähriges Bewahren von Erinnerungen und Aufheben von Bildern und Dokumenten, was der heutigen »Wegwerfgesellschaft« meist viel zu lästig ist.

*Wolfgang Klusemann*

**Eugen Ross: »And where are the horses?«** Widerdrucke 4, hg. vom Schillerverein Marbach am Neckar, o. J., 16 S., zahlreiche Abb.

Die Ehre, die englische Königin Elizabeth II. am 24. Mai 1965 in ihren Mauern begrüßen zu dürfen, verdankten die Marbacher Bundespräsident Theodor Heuss, der bei seinem Staatsbesuch 1958 in London der Königin versprochen hatte, ihr bei dem erwarteten Gegenbesuch in Deutschland auch das Pantheon der schwäbischen Dichtkunst, nämlich das Marbacher Schillermuseum zu zeigen. Von einem Besuch der Pferde im Landgestüt Marbach an der Lauter war in diesem Zusammenhang nie die Rede gewesen, obwohl dies, der allgemein bekannten Vorliebe Elizabeths entsprechend, durchaus auch denkbar gewesen wäre. Die immer wieder zum Spott der Organisatoren des Staatsbesuchs zitierte angebliche Äußerung der Königin »And where are the horses?« ist nur die geniale Erfindung von pfiffigen Journalisten. Eugen Ross beschreibt in dem vorliegenden Bändchen in lockerer, nicht immer ganz ernster Form die Vorbereitungen und den Verlauf des denkwürdigen Kurzbesuchs der Queen in Marbach. *Günther Bergan*

**Albrecht Gühring: Der Jurist Karl Georg von Wächter in seiner Geburtsstadt Marbach am Neckar.** Schöndrucke 4, hg. vom Schillerverein Marbach am Neckar, 1998, 28 S. mit Abb.

Karl Georg von Wächter, ein bedeutender Rechtsgelehrter des 19. Jahrhunderts, wurde 1797 in Marbach geboren, wo sein Vater von 1787 bis 1807 als Oberamtmann tätig war. Mit der Übersiedlung der Eltern nach Esslingen verließ der Zehn-

jährige Marbach für immer. Er studierte in Tübingen und Leipzig Jura, wurde ordentlicher Professor, später Kanzler der Universität Tübingen und von König Wilhelm I. geadelt. Wächters Fachgebiete waren Strafrecht, Landesprivatrecht und römisches Recht. In seiner Tübinger Zeit entstand sein Hauptwerk, das »Handbuch des im Königreiche Württemberg geltenden Privatrechts«. Die politische Entwicklung in Württemberg nach der Revolution von 1848/49 veranlasste ihn, 1851 sein Heimatland zu verlassen. Er kehrte als Professor des römischen Rechts nach Leipzig zurück, wo er unter anderem ordentliches Mitglied des Staatsrates und Wirklicher Geheimrat wurde. Als Ehrenbürger von Leipzig, und vom König von Sachsen zum zweiten Mal geadelt, starb er 1880. Die Verbindung zu Marbach hatte Wächter nie abreißen lassen. Nach seinem Tod setzte sich Marbachs Bürgermeister Traugott Haffner tatkräftig für die Erhaltung des Andenkens an den berühmten Sohn der Stadt ein.

*Günther Bergan*

**Hermann Schick: Otto Güntter – eine Erinnerung.** Schöndrucke 5, hg. vom Schillerverein Marbach am Neckar, 1999, 32 S., mit Abb.

Abdruck eines am 30. März 1999 vor den Mitgliedern des Marbacher Schillervereins und der Deutschen Schillergesellschaft gehaltenen Vortrags. Schilderung des Lebens und Lebenswerks von Professor Dr. Otto Güntter, des Marbacher Ehrenbürgers, der ab 1904 über 30 Jahre lang als Direktor des Marbacher Schillermuseums und -archivs und späterer Vorsitzender des Schillervereins entscheidend und maßgeblich die Entwicklung dieser Institutionen bestimmt hat.

*Günther Bergan*

# Bildnachweis

- Archiv der Tempelgesellschaft (Stuttgart-Degerloch) S. 85, 88  
Bolay, Gertrud (Asperg) S. 100  
Burkhardt, Martin (Heidenheim) S. 28, 30  
Flach, Hans Dieter (Wenzenbach) S. 42-44, 46, 47  
Gemeindearchiv Remseck S. 157, 162, 168, 170  
Hauptstaatsarchiv Stuttgart S. 19, 27, 115, Beilage  
Klusemann, Wolfgang (Ludwigsburg) S. 123  
Kopf, Paul (Ludwigsburg) S. 178, 180  
Marcinkowski-Schumacher, Nelly (Haifa) S. 90  
Schaal, Susanne (Stuttgart) S. 105  
Schedler, Ernst (Oberstenfeld) S. 13, 17, 22  
Stadtarchiv Ludwigsburg S. 71, 73, 110, 119, 120, 128, 129, 131, 133, 134, 137, 139,  
141, 142, 145, 146, 153, 164, 165, 172, 181, 195, 196, Umschlagbild  
Stadtarchiv Marbach S. 52, 57, 59, 61, 63, 65  
Städtisches Museum Ludwigsburg S. 79

# »Ludwigsburger Geschichtsblätter« 1900–2000

Heft	Jahr	Seiten	Heft	Jahr	Seiten
<b>Redaktion Christian Belschner:</b>			<b>Redaktion Dr. Wolfgang Schmierer:</b>		
1	1900	87	31	1979	148
2	1901	100	32	1980	188
3	1903	106	33	1981	256
4	1905	186	34	1982	176
5	1909	115	35	1983	180
6	1911	88	36	1984	242
7	1913	57	37	1985	245
8	1916	48	38	1985	196
9	1923	119	39	1986	224
10	1926	107	40	1987	252
11	1930	133	41	1988	200
12	1939	46	42	1988	224
			43	1989	188
<b>Redaktion Dr. Oscar Paret:</b>			44	1990	232
13	1957	140	45	1991	236
14	1960	66	46	1992	232
			47	1993	168
<b>Redaktion Heinrich Gaese:</b>			48	1994	196
15	1963	162	49	1995	264
16	1964	203	50	1996	200
17	1965	207	51	1997	244
18	1966	192			
19	1967	164	<b>Redaktion Dr. Thomas Schulz:</b>		
20	1968	196	52	1998	240
			53	1999	228
<b>Redaktion Dr. Willi Müller:</b>			54	2000	220
21	1969	92			
22	1970	116			
23	1971	195			
24	1972	272			
25	1973	141			
26	1974	141			
27	1975	199			
28	1976	161			
29	1977	179			
<b>Redaktion Dr. Paul Sauer:</b>					
30	1978	128			

Hefte 1–14, 22, 26–28, 30, 41 und 48  
vergriffen, alle anderen lieferbar.



Bestellungen: Buchhandlung Aigner, Arsenalstraße 8, 71638 Ludwigsburg

dd (17) k=C  
E 4W + Tasse



2002.4.4772  
12.0640

Cum ea que gerunt in his labi soleant amemoria nisi scripto fuerint emendata. Huiusmodi presentem paginam inspecturi quod nos. Scodus liber De slankenstein et Elizabeth vxor ipsius ecclesiam saminoniam quam in honore se dei genitricis Marie fundauimus cum assensu venabilis patris ac domini Henrici Spurensis episcopi et cancellarii sacri Imperii. Et ecclesiam prochialem ibidem quam supradictae ecclesie saminoniam cum assensu iam dei venabilis patris ac domini Episcopi Spurensis et capituli ex integro donauimus et omnes possessiones earum cum predicto ad domino Rudolfo marchione de Baden empto et alijs quibuscumque predictis ab antiquo vel de nouo collatis ut emptis claustris et prochie ab omni iure aduocacie quod ad nos pertinet libere absoluimus ita tamen quod predictae saminoniales tempore vite nostre non eligant sibi aliquem alium aduocatum ne nomen fundatorum ex hoc amittere videamur. Volumus etiam et concedimus ut terminis predictarum saminoniarum in quibus possunt facere libere monasterium. Claustrum. hortos. pomeria. molendina. piscaria. et omnes officinas sibi competentes sint pons qui transit flumen qui dicitur Borebor et libera curia. et area suturis. et due strate publice tendentes versus villam que dicitur Gynus Borebor. et lapidina superius versus eandem villam et totum quod includitur exceptis tribus aris. scilicet. Bernoldi. Conradi. et relictis Gimamerij ultra lapidina autem superiorem piscaria nobis et eis erit communis. Insuper x iugera commutanda eis ubi necesse fuerit ab omni iure aduocacie absoluimus. Volumus etiam ut molendina ipsarum non recipiant molentes de villa Steinheim nisi aliquo casu impediente molendina iuxta aquam que dicitur Gurra molere non possint. De alijs autem villis omni tempore possunt recipere molentes. Volumus et concedimus ut lapidinas et aqueductus totum suo predicto et suorum libere possint habere. Et concedimus quod decem sorores faciant si placuerit eis de villa que dicitur Juchese Grangiam. ita tamen quod filie eis et nostris hominibus de Steinheim ad secunda mensura sint communes. promittimus et quod opam dabimus bona fide ut omnes residentes in predictis terminis vendant sua predicta sororibus ac si nos ipsi optare uellemus. homines siue seruientes claustris et aduocatis si aliquid fecerint unde incendant remedia que vulgo dicitur fravlin sorores se atalibus absoluant. uel per eis soluant eundem. Qui vero predictam eis fuerint astricti opere aliorum religiosorum per eis satisfaciant. promittimus et maias nostras quod in cimiterio predicto ad ecclesiam prochialem non locabimus homines non tempore morte et pro instantes uinicos non ibi aliquid amplius edificabimus. De omnibus autem supradictis hoc promittimus quod bona fide siue dampno nostro tamen laborabimus ut ad libertatem omnimodam producant. Et ut omnia supradicta maiore habeant firmitatem sigillum domini Henrici episcopi Spurensis et comitis Ulrici de Wurtenberc et Hartmanni de Gromingen et de Wehminge et proprijs roborari presentem paginam procuramus. Acta sunt hec

